

(Beginn: 14.09 Uhr - Ende: 22.23 Uhr)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 51. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2004/2009 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie alle Mitglieder des Rates.

Ganz besonders begrüße ich Frau Moritz und Herrn Pohl, die beide am heutigen Tag Geburtstag haben und gratuliere Ihnen ganz herzlich.

(Allgemeiner Beifall)

Bevor wir zur Festlegung der Tagesordnung kommen, lade ich Sie alle bereits jetzt zu einem kleinen Empfang *nach* Ende dieser Sitzung ein.

(Heiterkeit)

Die letzte Sitzung vor der Sommerpause beginnt zwar früher, endet aber trotzdem oft später. Deshalb sage ich das schon an dieser Stelle, auch um Sie zu animieren, heute zügig zu arbeiten. Es ist guter Brauch, das erste Halbjahr der Ratsarbeit nach der letzten Sitzung vor den Sommerferien bei einem Getränk ausklingen zu lassen. An diesem Brauch wollen wir auch heute gerne festhalten. Der Empfang wird wie immer im Foyer vor dem Ratssaal stattfinden. Übrigens, wenn wir bis 24 Uhr fertig sind, wird es auch noch einen kleinen Imbiss geben.

(Heiterkeit)

Wenn die Sitzung länger dauern sollte, würde ich wegen des Verfallsdatums der Lebensmittel darauf verzichten. Dann gibt es nur einen Umtrunk. Ich bitte Sie also, zügig zu arbeiten.

(Heiterkeit)

Damit wir das umfangreiche Arbeitspensum bewältigen können, bitte ich Sie, Ihre Redebeiträge heute freiwillig auf drei statt der sonst üblichen fünf Minuten zu beschränken. Zu Ihrer Orientierung haben wir die Uhr bereits auf drei Minuten eingestellt. In Einzelfällen wird es sicherlich Ausnahmen geben können, aber das sollten wirklich Einzelfälle bleiben. Grundsätzlich bitte ich Sie, drei Minuten Redezeit einzuhalten.

Wenn wir alle uns daran halten, sehe ich einem Sitzungsende vor 0 Uhr positiv entgegen. Ich freue mich auf zehn Stunden Sitzungsleitung

(Martin Börschel [SPD]: Glatt gelogen!)

sowie auf kurze, knackige Beiträge zu den immerhin über 20 Anträgen und 40 Vorlagen allein im öffentlichen Teil.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Frau May, Herr Simons und Herr Lierenfeld entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Petelkau, Herrn Waschek und Herrn Brust.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu beziehungsweise Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktion pro Köln hat am 29. Juni 2009 fristgemäß einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Auswirkungen rückläufiger Steuereinnahmen auf den städtischen Haushalt“ eingereicht, den wir als Tagesordnungspunkt 01 behandeln werden.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 3.4 und 24.12.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 2.2.1, 5.1.1, 5.1.3, 5.4.1, 9.7, 9.17, 9.23, 9.36, 9.37, 9.41 und 9.43 sowie 11.7.

Bitte schön, Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion zieht ihren Antrag unter 2.1.10 zurück. Sie, Herr Oberbürgermeister, haben das Ziel dieses Antrags schon erreicht, indem Sie der Verwaltung einen entsprechenden Auftrag gegeben haben. Es geht um Familienkoordination, Hilfestellung und bedarfsorientierte Information aus einer Hand. Dafür bedanken wir uns. Der Antrag muss deshalb und auch aufgrund der Zeit, die heute vor uns liegt, nicht mehr behandelt werden. - Danke.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Granitzka. Punkt 2.1.10 wird

zurückgezogen und von der heutigen Tagesordnung genommen.

(Götz Bacher [SPD]: Herr Oberbürgermeister, wir bekommen sonst immer eine aktualisierte Tagesordnung. Die haben wir nicht bekommen!)

- Sie müsste Ihnen eigentlich vorliegen; ich werde der Sache gleich noch einmal nachgehen und das veranlassen.

Nun zur Reihenfolge der Tagesordnung: Gibt es diesbezüglich Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Auch das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung insgesamt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 01 auf:

**01 Antrag der Fraktion pro Köln auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Auswirkungen rückläufiger Steuereinnahmen auf den städtischen Haushalt“
AN/1210/2009**

Die Fraktion pro Köln hat das Wort.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist noch nicht allzu lange her, dass die Stadt Köln ihr Finanzsystem von der kameralistischen auf die bilanzierende Buchführung umgestellt hat. Diese Gelegenheit hat die Stadtspitze genutzt, sich reich zu rechnen und über die immobilien Werte unserer Stadt - Werte, die sich de facto niemals, jedenfalls nicht sinnvoll liquidieren lassen - die eigene Handlungsfähigkeit am Kapitalmarkt wiederherzustellen. Durch diese schöngerechnete Eröffnungsbilanz war es der Stadtspitze möglich, neue Kredite aufzunehmen. Sofort meldeten die Dezernate ihren jeweiligen Bedarf an, sowohl in sachlicher als auch in personeller Hinsicht. In denkwürdigen Sitzungen des Finanzausschusses und des Rates im vergangenen Jahr wurden daraufhin umfassende Beschlüsse gefasst, die erhebliche Mehraufwendungen für die Stadt in den unterschiedlichen Ressorts zur Folge haben.

All das geschah am Vorabend einer internationalen Wirtschaftskrise, die nicht ohne Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte bleiben wird. In diesem Jahr schlägt die Stadtkämmerei Alarm, weil sie nun bemerkt, dass die Steuereinnahmen zurückgehen, ein Phänomen, mit dem natürlich niemand rechnen konnte. Niemand scheint davon ausgegangen zu sein, dass es Auswirkungen auf die Steuereinnahmen des Staates, auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, haben wird, wenn reihum Industriebetriebe und Gewerbe unterschiedlicher Art zusammenbrechen und wenn die Zahl der Arbeitslosen steigt.

In der Sitzung des Finanzausschusses hieß es gestern, es sei davon auszugehen, dass die Stadt Köln im laufenden Jahr nicht 100 Millionen Euro, sondern 200 Millionen Euro mehr ausgeben wird, als sie einnimmt. Weiter hieß es: Wenn das alles so weitergeht und nicht eine Wende in dieser Politik, sowohl auf der Ausgaben- als auch der Einnahmenseite, vollzogen wird, dann wird die fiktive Rücklage, die sich die Stadtspitze schöngerechnet hat - sie eröffnet gegenwärtig noch die Möglichkeit, weitere Kredite in Anspruch zu nehmen, und begründet die mehr oder weniger vorhandene Handlungsfähigkeit der Stadt Köln -, spätestens im Jahr 2011 aufgebraucht sein.

Dieser Termin liegt natürlich weit nach dem Datum der nächsten Kommunalwahl. Gerade weil wir wohl mit einigem Recht davon ausgehen können, dass sich viele Akteure der Kölner Kommunalpolitik zum gegenwärtigen Zeitpunkt über das Jahr 2011 noch nicht allzu viele Gedanken machen, war dieser Antrag der Fraktion pro Köln auf Durchführung einer Aktuellen Stunde nötig. Denn nur wenn jetzt, in der Mitte des Jahres 2009, an der zuständigen Stelle, mit der strategischen Planung begonnen wird, besteht vielleicht noch der Hauch einer Chance, zu verhindern, dass es im Jahr 2011 de facto zum Zusammenbruch der städtischen Finanzen kommt. Denn genau das wird passieren, wenn Ihre Finanzpolitik, meine Damen und Herren, nicht ab sofort beziehungsweise so schnell wie irgend möglich einen Einschnitt erfährt, wenn Sie hier nicht eine Wende vollziehen.

Wir haben in den zurückliegenden Haushaltsplanberatungen mehrfach umfangreiche Möglichkeiten aufgezeigt, unsinnige und für das Gemeinwesen zum Teil sogar schädliche Ausgaben einzusparen. Wir haben aber auch immer wieder klar gemacht, wo Verbesserungen auf Einnahmenseite möglich

sind. Soweit darüber im etablierten Politikbetrieb überhaupt nachgedacht wird, geht das Denken ganz offensichtlich in die völlig falsche Richtung.

So hat die Bezirksvertretung Nippes auf Antrag der dortigen CDU-Fraktion kürzlich beschlossen, es möge geprüft werden, inwiefern die Möglichkeit besteht, eine Straßenmaut in Köln einzuführen. Diese soll zwar zunächst nur für eine einzelne Straße und auch nur für LKWs gelten. Aber ich gehe davon aus, dass die meisten von Ihnen hier genug politische Routine haben, sich ohne Weiteres vorstellen zu können, in welche Richtung die Überlegungen gehen werden, wenn diese Straßenmaut erst einmal auf einer Straße in Köln wunderbar funktioniert, sei es zunächst auch nur für eine einzelne Fahrzeugklasse: Wenn sich jemand mit seinem Kraftfahrzeug durch Köln bewegen will, dann darf die Stadt - das soll ja nun herbeigeprüft werden - dafür Geld vereinnahmen. Ein kluger Kopf, der die Grundrechenarten beherrscht, rechnet dann natürlich aus, wie viel die Stadt pro Jahr einnehmen könnte, wenn diese Straßenmaut auch auf die Hauptverkehrsadern ausgedehnt würde. - Es gehört nicht allzu viel Fantasie dazu, sich das vorzustellen. Das ist eine Folge der von Ihnen auf den Weg gebrachten, unverantwortlichen Finanzpolitik dieser Stadt. Mit solchen Ansätzen ruinieren Sie unser Gemeinwesen.

Ich möchte Sie bitten, die Möglichkeiten, die in der gegenwärtigen Situation noch bestehen, zu überdenken, um die Schiefelage, die sich aus den uns gestern in der Sitzung des Finanzausschusses von der Verwaltung vorgelegten Zahlen ergibt, für die Stadt abzuwenden. Schauen Sie bitte bei diesen Tatsachen nicht weg! Glauben Sie nicht, dass sich diese Probleme von allein regeln! Gehen Sie bitte auch nicht davon aus, die Menschen wären so naiv, dass sie am 30. August nicht ins Kalkül zögen, wer sich mit solchen Fragen auseinandersetzt und wer wegschaut. Wir jedenfalls werden nicht wegschauen. Wir erlauben uns auch in dieser letzten Ratssitzung vor der Sommerpause, den Finger in die Wunde zu legen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Zunächst nicht. Da nicht alle Ratsmitglieder an der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses teilgenommen haben,

darf ich Herrn Stadtkämmerer, Dr. Walter-Borjans, bitten, einige Worte dazu zu sagen.

Stadtkämmerer Dr. Norbert Walter-Borjans: Gerne. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zu Beginn will ich einiges richtigstellen.

Erster Punkt. Hier ist eben davon gesprochen worden, wir hätten uns mit Schönrechnereien eine Eröffnungsbilanz verschafft, die es uns ermöglicht, neue Kredite aufzunehmen, was dazu führen würde, dass wir uns noch tiefer verschulden. Dazu sage ich Ihnen: Diese Eröffnungsbilanz gibt es noch gar nicht. Sie wird erst in Kürze vorgelegt. Insofern kann sie gar nicht Grundlage für die Entwicklung unsolider Vorstellungen gewesen sein.

Zweiter Punkt. Wir haben in diesem Jahr noch keinen Kredit aufgenommen.

Dritter Punkt. Bislang hat die Umstellung auf das neue kommunale Finanzsystem dazu geführt, dass unser Haushalt aufgrund von Abschreibungen und Pensionsrückstellungen zusätzlich belastet wird. Es wurden uns also keine zusätzlichen Möglichkeiten eröffnet, mit denen wir uns hätten reich rechnen können.

Des Weiteren ist mir wichtig, zu sagen, dass dieses kommunale Finanzsystem im Gegensatz zur Kameralistik deutlich macht, dass sich die Stadt Köln nicht reich gerechnet hat, sondern dass sie, weil jetzt auch die Aktivseite der Bilanz gesehen wird, eine durchaus wohlhabende Stadt ist.

Die Frage ist: Wie geht man, auch vor dem Hintergrund einer weltweiten Rezession, verantwortungsvoll mit dem Vermögen und mit den Haushaltseinnahmen und -ausgaben der Stadt um? Ich möchte noch einmal einige Punkte skizzieren, die gestern auch in der Sitzung des Finanzausschusses zur Sprache kamen:

Erstens. Wir stecken in einer tiefen Rezession. Das ist keine Kölner Rezession, sondern diese Rezession besteht weltweit. Köln ist allerdings auch nicht das kleine gallische Dorf, das sich als einziges dem, was drum herum passiert, entziehen kann.

Zweitens. Köln steht im Vergleich der großen Städte in der Bundesrepublik Deutschland verhältnismäßig gut da. Das bedeutet aber trotzdem, dass uns bezüglich der bisher

erwarteten Einnahmen dreistellige Millionenbeträge wegbrechen werden.

Wir haben dem Finanzausschuss diese Veränderungen gestern sehr detailliert dargestellt. Wir haben aber auch dargelegt, wie wir dieser neuen Situation begegnen wollen, nämlich ohne mit dem Holzhammer vorzugehen. Vielmehr wollen wir die Flexibilität erhalten und gleichzeitig Einsparungsmöglichkeiten eröffnen, die uns in die Lage versetzen - wenn denn alles so eintritt wie bislang nur grob einschätzbar -, am Ende nicht nur diese unerwarteten Verluste zu verkraften, sondern vielleicht sogar noch ein Stück weit die im Haushalt veranschlagte Deckungslücke zu reduzieren. Damit hätte man nicht nur mehr Luft für das Jahr 2010, sondern vor allen Dingen auch für die zusätzlichen Lasten, die aufgrund der Krise noch auf uns zukommen werden und die unsere Berechnungen noch gar nicht beinhalten können.

Vor diesem Hintergrund glaube ich, es wäre alles andere als richtig, zu sagen, dass die Situation, in der wir uns befinden, nicht ernst ist; denn die Situation ist weltweit ernst. Ich glaube jedoch, dass wir damit sehr solide umgehen und unser Haushalt, so wie er aufgestellt ist, auf festen Beinen steht. Man muss allerdings jetzt darauf achten, dass man nicht mit einer Flut zusätzlicher Ausgaben dieses Gleichgewicht stört. Das ist im Prinzip die Einschätzung, die ich jetzt geben kann. Alles andere haben wir gestern detailliert aufgelistet. Diese Zahlen sind jedem zugänglich.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Okay. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schlage vor, die weitere Behandlung des Themas in die Verwaltung zu verweisen. Ich halte das für sinnvoll, weil wir, wie Sie den Ausführungen des Kämmerers entnehmen konnten, in den nächsten Monaten so oder so mit den Fragen zu tun haben werden. Über dieses Ansinnen, nämlich Verweisung in die Verwaltung zur weiteren Beratung, lasse ich jetzt abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Dafür sind die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion, die Grünen, pro Köln, Herr Dr. Müser und auch ich. Dann ist das einstimmig so verwiesen. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

1. Annahme von Schenkungen / Vermächnissen / Erbschaften

Zu Tagesordnungspunkt 1.1:

1.1 Annahme einer Schenkung für das Museum für Ostasiatische Kunst hier: Schenkungsangebot von 20 Exponaten von Frau Margarete Bengel 1835/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Einstimmig so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 1.2:

1.2 Lindenthaler Tierpark hier: Annahme einer Schenkung über die Erstellung eines Personalgebäudes durch den Förderverein Lindenthaler Tierpark e. V. / Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung 2018/2009

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 1.3:

1.3 Annahme einer Spende der PSD Bank Köln eG in Höhe von 50 000 Euro zur Ausstattung für den Schul- und Breitensport 2307/2009

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das auch einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich allen Spendern an dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön sagen. Ich möchte insbesondere dem Förderverein Lindenthaler Tierpark ganz herzlich danken. Das sind Menschen, die schon seit Jahren ehrenamtlich arbeiten und einen riesengroßen Betrag zusammengebracht haben, der uns hilft, jetzt das Personalgebäude - einige Bereiche für die Tierwelt sind ja bereits von ihm errichtet worden - fertigstellen zu lassen. Allen Sponsoren ganz herzlichen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe die Anträge unter Tagesordnungspunkt 2.1 auf:

2.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zunächst Tagesordnungspunkt 2.1.1:

**2.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Ausweitung des Köln-Passes“
AN/0990/2009**

**Änderungs- beziehungsweise
Zusatzantrag der CDU-Fraktion
AN/1215/2009**

Als Erstes spricht Herr Börschel für die SPD-Fraktion, nach ihm Frau Moritz für die Grünen.

Martin Börschel (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Drei Minuten Redezeit sind vorgegeben; das ist anspruchsvoll. Deshalb versuche ich es im Stakkato.

Die Einführung des Köln-Passes und das, was wir seit der Wiedereinführung 2006 erlebt haben, ist ein Erfolgsmodell. Etwa 100 000 Kölnerinnen und Kölner sind im Besitz dieses Köln-Passes und können dadurch am gesellschaftlichen Leben dieser Stadt teilhaben - für Sozialdemokraten immer eine der Kernforderungen eines sozialen Gemeinwesens.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben den Köln-Pass in den vergangenen Jahren stetig erweitert. Hinzugekommen ist die Zahlungsbefreiung vom Elternbeitrag in den Kindertagesstätten, das Mittagessen für Schulkinder wurde preisgünstiger, und auch die Aufnahme von Kindern aus Geringverdienerfamilien in Sportvereine wurde mittlerweile einfacher, weil preisgünstiger.

Schon mit der Antragstellung im Jahr 2006 haben wir uns vorbehalten, eine Ausweitung der Leistungspalette des Köln-Passes vorzunehmen, wenn hinsichtlich der Kosten, die für die Nutzung des Schwerpunktelements, nämlich des öffentlichen Nahverkehrs der KVB, anfallen, sowie des Nutzungsverhaltens insgesamt erste Erfahrungen vorliegen. Ich kann sehr erfreut feststellen, dass sich der Erstattungsbetrag bei den Kölner Verkehrsbetrieben im Jahr 2009 deutlich niedriger darstellt als ursprünglich prognostiziert und angenommen, nämlich nur noch 1,7 Millionen Euro - das ist ein deutliches Zeichen für den Erfolg der Initiative. Auch die Zahl derjenigen, die den Köln-Pass für den Besuch der KölnBäder benutzen, ist mittlerweile

auf 27 000 pro Jahr gestiegen - auch das ist eine außerordentlich positive Entwicklung.

Wir befinden uns mittlerweile - das ist der zweite Anlass unserer Initiative heute - in einer extrem schwierigen wirtschaftlichen Situation. Aus der Finanzkrise ist eine Wirtschaftskrise geworden. Die Wirtschaftskrise wird auch auf den Arbeitsmarkt durchschlagen. Allein die Zahl der Neuansprüche für Kurzarbeit - es sind ja längst um die 20 000 Ansprüche - dokumentiert, dass immer mehr Menschen aus Geringverdienerfamilien Sorge haben, in den Strudel dieser Wirtschafts- und Finanzkrise und damit in Schwierigkeiten zu geraten. Für uns war immer ganz besonders wichtig, dass die Menschen von ihrer eigenen Hände Arbeit leben können müssen und dass sie selbst und ihre Kinder Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben sollen. Deswegen möchten wir den Betrag für diejenigen, die einen Anspruch auf den Köln-Pass haben, auf 130 Prozent des Transferleistungssatzes ausdehnen - ein wirklich wichtiger und wegweisender Schritt nach vorne, den wir mit dem Antrag heute gehen.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt: Bei durchschnittlicher Miete dürfen Geringverdienerfamilien etwa 1 800 Euro verdienen, wenn sie ein Kind in ihrer Familie haben, um an den Köln-Pass zu kommen. Wenn das funktioniert, ist das schon ein Erfolg. Wir wissen, dass es ganze Berufsgruppen mit niedrigerem Einkommen gibt, die damit in den Genuss des Köln-Passes kommen können, seien es Krankenpfleger und Krankenschwestern, Fachverkäufer, Postzusteller oder ähnliche Berufsgruppen. All diejenigen können sich in Zukunft Hoffnungen machen, den Köln-Pass zu bekommen.

Außerdem - das ist das zweite Kernelement dieser Initiative - möchten wir für Schulanfänger ein Schulstarterpaket in Höhe von 160 Euro gegen Kostennachweis anbieten. Ein einigermaßen ordentlicher Ranzen kostet mittlerweile allein schon über 120 Euro; darin ist noch kein Federmäppchen enthalten. Diese Dinge sollen mit dem Schulstarterpaket bezuschusst werden.

Erlauben Sie mir für den ersten Teil meiner Rede ein Letztes: Wir werden gleich von der CDU hören, sie sei schon immer für diese Initiative gewesen. Wir werden von der CDU ganze Schalmeienklänge hören. Sie wird sagen, dass sie begeistert sei, dass Rot-Grün nun endlich diesen Antrag des Köln-Passes ausweitet. Ich

darf Sie nur daran erinnern, wie Kollege Möring in der Ratsdebatte um die Wiedereinführung des Köln-Passes im Jahr 2006 argumentiert hat - ich zitiere wörtlich -:

... das, was heute in diesem Antrag von Rot-Grün vorgelegt wird, ist sowohl ungeeignet als auch falsch in der Sache.

Er ergänzte:

Wir sind der Auffassung, dass Ihr Antrag in eine falsche Richtung zielt. Alle Welt spricht davon, dass wir die Anreize für die Arbeitsaufnahme vergrößern müssen.

Das Wesentliche - jetzt folgt ein indirektes Zitat - sei, den Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu verstärken und die Leute zu motivieren, sich um Arbeit zu kümmern.

Sie hingegen erhöhen die Transfereinkommen, indem Sie die große Gruppe der Hartz-IV-Empfänger dort hineinnehmen.

Ihre Position damals war zynisch. Sie bleibt allen Schalmeienklängen zum Trotz zynisch. Sie haben sich selbst entlarvt. Tun Sie jetzt nicht so, als würden Sie auf den Zug mit aufspringen wollen; denn dieser Zug fährt längst. Sie waren damals dagegen - ihres Menschenbildes wegen -, und Sie sind weiterhin dagegen. Das muss hier auch gesagt werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Börschel. - Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will versuchen nichts von dem zu wiederholen, was Herr Börschel bereits gesagt hat. Aber ich will trotzdem hier herausstellen, wie stolz wir sind, dass wir etwas in Köln einführen, das in Deutschland wirklich beispielhaft ist und womit die Stadt Köln ein Alleinstellungsmerkmal erlangt.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses
90/Die Grünen und der SPD)

Heute rufen uns tagtäglich Menschen aus anderen Kommunen an und fragen, wie wir das machen, weil sie von uns lernen wollen. Wir

können nicht oft stolz darauf sein, dass wir etwas leisten, was andere Städte in Deutschland sich bis jetzt nicht geleistet haben, sich aber gerne leisten würden.

Sie fragen sicherlich, wie wir das in Zeiten, in denen das Geld so knapp ist, beschließen können. Darauf sage ich: Gerade in Zeiten, in denen das Geld knapp ist, müssen wir aufpassen, dass das soziale Gefüge nicht in ein Ungleichgewicht gerät. Soziale Gerechtigkeit ist neben der Ökologie für uns Grüne eines der wichtigsten Identitätsthemen. Wir stehen für sozial und ökologisch. Deshalb haben wir kontinuierlich an diesem Thema gearbeitet; 1984 wurde unter Rot-Grün der Köln-Pass eingeführt. 1999 wollte Schwarz-Gelb ihn abschaffen, was aufgrund der breiten Kritik von der Basis verhindert werden konnte. Dann wurde der Pass in einen Familienpass umgewandelt, der den Schwerpunkt auf Familien mit mehreren Kindern gelegt hat. 2005 wurde der Köln-Pass von der Großen Koalition wieder eingeführt, leider aber eben nicht für die ganz große Gruppe der Transferleistungsbezieher, sondern nur für die Teilgruppe der Sozialhilfeempfänger. Wir sind wirklich stolz darauf, dass wir jetzt auch diejenigen fördern können, die ohne Transferleistungen auskommen müssen, diejenigen, die überall die ganz normalen Maximalbeiträge leisten müssen, obwohl sie nur knapp über dem Transferleistungseinkommen liegen.

Soziale Gerechtigkeit geht nur mit sozialer Teilhabe. Das Spektrum, das wir mit unserem heute vorliegenden Antrag eröffnen, ist zwar nicht geeignet, die soziale Wirklichkeit völlig auf den Kopf zu stellen; es bietet aber innerhalb der Rahmenbedingungen die größtmögliche Teilhabe. Ich denke, dass sich viele Leute - übrigens nicht nur Familien mit Kindern, sondern auch viele ältere Menschen - freuen werden, dass nun auch sie beispielsweise in Sachen Mobilität und Teilhabe an kulturellen Angeboten dieser Stadt vom Köln-Pass profitieren.

Den CDU-Antrag lehnen wir ab. Es wird sich wahrscheinlich gleich von selbst erklären, warum. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Moritz. - Herr Detjen für die Linken, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Diese Ratssitzung ist für die Linke eine wichtige Sitzung; denn mit der Annahme dieses Antrags wird es uns gelingen, die Spaltung der Gesellschaft ein Stück weit aufzuhalten. Die sozialen Unterschiede werden immer größer. Wir erweitern die Gruppe der Bezieher des Köln-Passes noch einmal um einige Tausend Leute, die nun auch den Köln-Pass beantragen können, selbst wenn sie mit dem Einkommen bis zu 30 Prozent über dem Regelsatz liegen. Damit setzen wir hier im Rat der Stadt Köln eine Politik der Grundsicherung durch; als Kommune kann man das ja immer nur in Ansätzen machen.

Frau Moritz hat hier die Geschichte des Köln-Passes schon zum Teil wiedergegeben. Bereits in der Ratssitzung, in der der Köln-Pass verabschiedet worden ist, haben wir gesagt: Wir wollen die alte Regelung des Köln-Passes wieder einführen, nämlich dass er von all denjenigen beantragt werden kann, deren Einkommen bis zu 30 Prozent über der Armutsgrenze, dem damaligen Sozialhilfesatz, liegt. Ich bedanke mich bei SPD und Grünen, dass sie diese Vereinbarung eingehalten haben und wir diesen Schritt heute, noch vor der Kommunalwahl, gehen können.

Ich bin relativ viel in der Bundesrepublik herumgereist und habe über das Projekt Köln-Pass diskutiert und berichtet. Interessant war, dass selbst Kommunen, die unter Haushaltssicherung stehen, das Modell des Köln-Passes für sinnvoll halten. Wie wir alle wissen, haben 190 000 Personen inzwischen ein Monatsticket bei der KVB gekauft. Das ist eine sehr hohe Zahl; sie ist in den letzten Jahren noch einmal deutlich gestiegen. Die KVB selbst sagt: Dieser Köln-Pass rechnet sich. Deshalb ist es auch in ganz schwierigen Zeiten möglich, diesen Köln-Pass anzubieten und weiterzuentwickeln.

Der Antrag zum Köln-Pass beinhaltet ja zwei Punkte. Der zweite Punkt betrifft die Erstausrüstung für Schulanfänger. Ich finde es schon dreist, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass Sie mit Ihrem Antrag versuchen, Arbeitslose und Geringverdiener gegeneinander auszuspielen. Wenn Sie die Gleichstellung von Geringverdienern wollen, bitten Sie Ihre Bundesregierung, mehr für die Geringverdiener zu tun, und pfeifen Sie Ihre CDU-Ministerpräsidenten, die eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wollen, zurück. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer würde alle Menschen in unserer Gesellschaft treffen, die Armen allerdings besonders hart.

(Walter Grau [CDU]: Rede doch keinen Blödsinn! Das will doch keiner! Das steht doch nicht im Programm!)

Mit dem Köln-Pass soll das Gegenteil erreicht werden, nämlich die Möglichkeit der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle. Das ist die Politik, für die wir stehen. Deswegen sind wir auch für die Erstausrüstung der Schulanfänger. Damit sorgen wir dafür, dass Kindern, deren Eltern arm sind, keine Nachteile entstehen. Vorwärts mit der weiteren Grundsicherung, damit die Menschen nicht noch weiter in die Armut abrutschen. Ich freue mich, dass wir das heute unter Dach und Fach bringen können. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Für die CDU-Fraktion spricht Herr Ensmann, bitte.

(Martin Börschel [SPD]: Uns hätte die Meinung von Herrn Möring interessiert! Der war doch damals dagegen!)

Bernhard Ensmann (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht nur wir wissen, dass die Kommunalwahl am 30. August stattfindet und dass Ihr Antrag damit in Zusammenhang steht. Wir halten es allerdings für unangebracht, sich hier aufzuregen und aufzuspielen. Insbesondere Herr Börschel scheint zu glauben, mit seiner Rede Stimmen in der Bevölkerung fangen zu können. Das ist der falsche Weg. Das ist so nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU)

Uns, der CDU, braucht überhaupt keiner vorzuwerfen, wir wären nicht für Familien. Ganz im Gegenteil:

(Martin Börschel [SPD]: Sie haben den Antrag damals abgelehnt, Herr Ensmann! Sie waren dagegen!)

Wir versuchen, dafür zu sorgen, dass die Menschen durch Arbeit ihre Bedürfnisse selbst befriedigen können. Wir wissen natürlich, dass ein Teil der Bevölkerung trotz entsprechender Arbeit zu den Geringverdienern gehört und dass diese Menschen mit ihrem Einkommen gerade so in der Lage sind, die Miete und den normalen Lebensunterhalt zu finanzieren, sich aber andere Dinge nicht leisten können. Deswegen sind wir

für eine Familienkarte. Diese würde allen Kölner Familien einen gewissen Vorteil bringen. Aber eine solche Karte wollten Sie ja nicht. Sie haben Anfang 2007 mit Mehrheit den Köln-Pass wieder eingeführt. Jetzt kommen Sie uns mit dem in Ihrem Antrag formulierten Vorhaben einen Schritt entgegen: Während Sie damals nur diejenigen begünstigt haben, deren Einkommen bei 100 Prozent lag.

(Zurufe: 110!)

Sie haben es dann auf 110 Prozent des Regelsatzes gesteigert und wollen den Personenkreis jetzt auch auf all diejenigen ausweiten, die bei 130 Prozent des Satzes liegen. Man muss kein Prophet sein - die Wirtschaftslage ist eben schon angesprochen worden; sie wird uns auch noch längere Zeit beschäftigen -: Der Berechtigtenkreis, der dieses Angebot nutzen kann, wird sich vermutlich noch erhöhen.

Sie sprechen hier ja immer von Prozenten. Deshalb habe ich mir die von der Verwaltung vorgelegten Zahlen einmal angeschaut. Wenn Sie sagen, wir steigern jetzt von 110 auf 130 Prozent, stellt sich doch die Frage: Um wie viele Personen handelt es sich denn? - Es sind nicht einmal 1 000 Personen.

(Martin Börschel [SPD]: Wie bitte?)

Diese Zahl habe ich der Vorlage der Verwaltung entnehmen können. 1 700 Antragsteller haben damals keinen Köln-Pass bekommen, weil sie über dem Regelsatz von 110 Prozent lagen. Die Verwaltung hat in einer Vorlage nun dezidiert aufgelistet, um wie viele Personen es sich jeweils handeln würde, wenn ein Einkommen von 120 beziehungsweise 130 Prozent des Regelsatzes zugrunde gelegt wird. Das sind im Grunde keine aufregenden, großen Zahlen.

(Martin Börschel [SPD]: Das glauben Sie aber selbst nicht, was Sie da eben gesagt haben!)

- Das ist so. Das können Sie nachlesen.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist eine glatte Unwahrheit!)

- Das steht so in der Verwaltungsvorlage.

(Jochen Ott [SPD]: Ja, ja, klar! - Martin Börschel [SPD]: Das ist ja peinlich! Sie kennen ja die Zahlen nicht!)

Wir haben einen Änderungsantrag zu Punkt 2 eingebracht, weil wir wollen, dass die Kinder von Hartz-IV-Empfängern nicht besser gestellt werden als Kinder von Eltern, die berufstätig sind und trotz eines geringen Einkommens von diesen Vorteilen nicht profitieren können. Wir sind der Auffassung: Wenn für die Einschulung 160 Euro zur Verfügung gestellt werden sollen, muss der Gleichbehandlungsgrundsatz gelten. Das heißt, nicht nur SGB-II-Empfänger, sondern auch der Personenkreis, der ein Einkommen bis zu 130 Prozent des Regelsatzes hat, also Geringverdiener, sollen für ihre Kinder diesen Zuschuss zur Einschulung erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Anderenfalls käme es zu einer Ungleichbehandlung, weil dann nämlich Kinder, deren Eltern Hartz-IV-Empfänger sind, 160 Euro bekämen, während andere Kinder,

(Michael Zimmermann [SPD]: Auch 160 Euro!)

deren Eltern zwar einen Job, aber nur ein geringes Einkommen haben, wesentlich weniger erhalten würden. Das halten wir für nicht vertretbar.

(Unruhe - Ulrich Breite [FDP]: Herr Oberbürgermeister, drei Minuten!)

Deswegen tragen wir hier unseren Antrag vor; er liegt Ihnen allen aber auch schriftlich vor.

Da meine Redezeit abgelaufen ist, will ich abschließend noch einmal deutlich sagen: Wir wollen, dass Kinder von Eltern, die unter Hartz IV, sprich: Sozialgesetzbuch II, fallen, und Kinder von Eltern, deren Einkommen bis zu 130 Prozent des Regelsatzes beträgt, gleich behandelt werden. Dann können wir dem zustimmen.

(Martin Börschel [SPD]: Sie sind ja völlig ahnungslos, Herr Ensmann! - Jochen Ott [SPD]: Und das ist der sozialpolitische Sprecher! Das ist ja peinlich!)

Noch ein Satz zu Punkt 4 Ihres Antrags, zu dem Sie bisher gar nichts gesagt haben. Wahrscheinlich hat die SPD übersehen, dass übermorgen die Ferien beginnen werden. Sie fordern in diesem Punkt die Verwaltung auf, bis zum Ferienbeginn ein Konzept zu erstellen. Heute haben wir den 30. Juni; die Ferien beginnen bereits übermorgen. Ob die

Verwaltung noch so schnell ein Konzept erarbeiten kann, weiß ich nicht.

Punkt 2 können wir zustimmen, weil es sich dabei um einen Prüfauftrag an die Verwaltung handelt. Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung zu Punkt 2 sowie zu unserem Änderungsantrag. - Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Ensmann. - Herr Mendorf für die FDP, bitte.

Marco Mendorf (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch wir wünschen uns eine soziale Stadt. Allerdings interpretieren wir das Wort „sozial“ etwas anders als Sie. So ist das eben in der Politik. Ich denke, wir alle wünschen uns eine soziale Stadt, die für Chancengerechtigkeit sorgt und Kindern, Jugendlichen und all denjenigen Chancen eröffnet, die einen Arbeitsplatz, einen Job suchen.

Sie interpretieren den Begriff „soziale Stadt“ allerdings etwas anders: Für SPD, Grüne und Linkspartei ist es sozial, wenn der Staat pleite ist beziehungsweise die Stadt pleitegeht. Von Ihnen, Herr Börschel, aber auch von den anderen Kollegen haben wir wenig dazu gehört, wie Sie das Füllhorn an Wohltaten finanzieren wollen.

(Beifall bei der FDP sowie von Winrich Granitzka (CDU))

Wir haben kurz vor dieser Debatte unserem zwischenzeitlichen Kämmerer ganz genau zugehört. Sie, Herr Börschel, gehören nicht nur dem Finanzausschuss an, sondern Sie sind auch dessen Vorsitzender. Sie kennen die Vorlagen, die uns Ihr Kämmerer vorgelegt hat.

(Zuruf: *Unser Kämmerer!*)

- Unser Kämmerer; das korrigiere ich ganz ausdrücklich.

(Beifall)

Er hat ganz klar aufgezeigt, wo wir stehen: Wir stehen vor dem größten Haushaltsloch in der Geschichte der Stadt Köln.

(Jochen Ott [SPD]: Wer hat das gemacht? Die Idee des Liberalismus hat das gemacht!)

Das Haushaltsloch wird in diesem und in den nächsten Jahren 170 Millionen Euro betragen. - Und wo sind Ihre Konzepte, meine Damen und Herren? Wie wollen Sie verhindern, dass künftig nicht mehr wir diese Stadt regieren,

(Jochen Ott [SPD]: Der Brandstifter ruft nach der Feuerwehr, fantastisch!)

sondern der Regierungspräsident? Wir stehen kurz davor, im nächsten oder übernächsten Jahr wiederum unter das Haushaltssicherungskonzept zu fallen. Das sind die Worte unseres Kämmerers. Sie müssen darauf eine Grundsatzantwort geben. Wir meinen: Sozial ist nicht, die Stadt zu plündern, noch dazu kurz vor der Kommunalwahl.

(Beifall bei der FDP - Jochen Ott [SPD]: Ihr habt doch die Leute über Jahre geplündert! Leider gehen nicht alle für 150 Jahre in den Knast!)

Das ist nicht unsere Vorstellung von sozialer Stadt, meine Damen und Herren.

Vor dem Hintergrund des Zeitpunkts ist es schon sehr beachtlich, von welcher Konstellation der Antrag, den wir hier diskutieren, gestellt worden ist. Ich gebe zu, dieser Antrag behandelt ein Wohlfühlthema der SPD, die alle fünf Jahre dieser Stadt sagt: Wir haben es sozial nett gemacht und den Köln-Pass eingeführt. Aber das ist ebenso ein besonderes KampftHEMA der Linken. Wir haben hier einen Antrag von Rot-Rot-Grün, von SPD, Grünen und Linkspartei. Das ist Ihre voreilende Liebeserklärung die Sie den Linken erteilen.

(Beifall bei der FDP)

Kurz vor der Kommunalwahl kann man das nicht anders interpretieren. Wir sind Ihnen aber gleichzeitig auch dankbar dafür; denn damit schenken Sie den Kölnerinnen und Kölnern reinen Wein ein und machen ihnen klar, wie diese Stadt regiert werden kann: Wenn es rechnerisch aufgeht, werden Sie von Rot-Rot-Grün links von der Mitte diese Stadt regieren. Wir wollen das nicht, und wir hoffen, dass viele Bürger das ebenso wenig wollen.

(Beifall bei der FDP)

Wir interpretieren den Begriff „soziale Stadt“ so: Wir wünschen uns, dass Geld in diese Stadt

investiert wird - Geld für Kindergärten, Geld für die Betreuung von Kindern in den Schulen. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, dass die Offene Ganztagsgrundschule gestärkt und deren Ausbau intensiviert wird, dass der Bildungscharakter - -

(Lachen bei SPD - Zurufe: Was? - Jochen Ott [SPD]: Mehr davon, mehr!)

- Es ist ja interessant, dass Sie jetzt lauter werden. Damit wollen Sie doch nur ablenken. - Wir haben Sie gedrängt, alle Mittel, die in die Kassen gespült werden, für die Qualitätsverbesserung der Offenen Ganztagsgrundschule einzusetzen.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind für Qualität, meine Damen und Herren.

(Zurufe von Jochen Ott [SPD] sowie von Martin Börschel [SPD])

Wir glauben nicht, dass sich eine soziale Stadt dadurch auszeichnet, dass ihren Bürgern ein Köln-Pass angeboten und der Berechtigtenkreis dafür noch ausgeweitet wird. Wir wollen gute Schulen und gute Kindergärten. Wir wollen das Geld in die Familien geben und es nicht für einen Ausweis und soziale Wohltaten verwenden. Sie verstehen das als „sozial“. Wir dagegen wollen Chancen für die Menschen, für die Kinder und für all diejenigen, die einen Arbeitsplatz in dieser Stadt finden wollen.

(Michael Zimmermann [SPD]: So wie '99 folgende?)

Deswegen werden wir Ihren Antrag ebenso wie in den letzten Jahren ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP - Zurufe bei der SPD: Oh!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Mendorf. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen.

Zuerst stimmen wir über den Änderungsantrag der CDU ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, pro Köln und meine Stimme. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der SPD, den Grünen, der FDP und der Linken. Enthaltungen? - Bei Herrn Dr. Müser. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt stimmen wir über den Antrag von SPD, Grünen und Linken ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linke, die CDU sowie meine Stimme. Gegenstimmen? - Von der FDP. Enthaltungen? - Bei pro Köln und Herrn Dr. Müser. Damit ist der Antrag so beschlossen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.2 auf:

2.1.2 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend „Umnutzung des Deutzer Hafens“ AN/1140/2009

Für die Antragsteller spricht zunächst Herr Klipper.

Karl Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Vor fast zehn Jahren habe ich hier ebenfalls gestanden und die Gedanken zum Rheinauhafen vorgetragen. Zehn Jahre ist das her! Leider haben SPD und Grüne unserem Antrag damals nicht zugestimmt. Im Gegenteil: Sie haben sogar bis 2003 immer wieder gesagt: Nein, das machen wir nicht.

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Das ist ja nicht wahr, Herr Klipper! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihr habt euch enthalten!)

Meine Damen und Herren, was wäre Köln heute ohne den Rheinauhafen?

Wie hätte sich unsere Wirtschaft ohne Rheinauhafen, ohne SAP und die anderen Unternehmen, die sich dort angesiedelt haben, entwickelt? - CDU und FDP haben damals einen wegweisenden Beschluss gefasst, der dazu geführt hat, dass Köln wieder ins Konzert der Metropolen miteinstimmen kann.

Heute geht es darum, nachzufragen, warum in Köln nichts mehr passiert. Seit vier Jahren passiert in Köln nichts mehr. Die Messecity, 2003 gekauft, dümpelt heute noch immer vor sich hin. Wir werden nachher eine europaweite Ausschreibung beschließen, die vielleicht in anderthalb Jahren zu einem Ergebnis kommen wird. Seit 2000 tut sich dort nichts mehr.

(Jochen Ott [SPD]: Wer ist die stärkste Fraktion und stellt den Oberbürgermeister!)

- Wer überstimmt uns denn jedes Mal, Herr Ott? Sie sind es doch, die diese Stadt lähmen! Sie sind doch diejenigen, die verhindern, dass die Stadt nach vorne kommt.

(Beifall bei der CDU)

Darf ich Sie an das Clouth-Gelände erinnern? Was tun Sie denn dafür? Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, dass dort etwas getan wird.

(Lachen bei der SPD - Zurufe)

Wir haben Ihnen voriges Jahr vorgeschlagen, eine Entwicklungsgesellschaft zu gründen. Und was ist passiert? Nichts.

Angesichts dessen, dass für die Entwicklung und Vermarktung des Rheinauhafens fünf bis zehn Jahre notwendig waren, sage ich Ihnen: Sie müssen heute anfangen. Sie müssen heute eine Entscheidung für die Umnutzung des Deutzer Hafens treffen. Sie dürfen heute nicht wieder wie beim Großmarkt sagen: Lasst uns doch noch zehn Jahre abwarten. Nur wegen dieser Haltung verhindert der Großmarkt-Standort heute, dass wir die FH nach vorne bringen können. Wir hätten die FH ideal ausstatten können, wenn wir das Gelände des Großmarktes für ihre Unterbringung hätten nutzen können. Nun ist einfach zu wenig Platz vorhanden, um spürbare Verbesserungen herbeizuführen. Der jetzige Großmarkt-Standort steht aber auch dem Speer-Plan entgegen, der vorsieht, den Inneren Grüngürtel zu erweitern. Und all das aufgrund von Entscheidungen, die von Ihrer Seite, meine Damen und Herren von den Grünen und der SPD, aufgeschoben werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen heute wiederum eine Vision für die nächsten zehn Jahre vortragen. Wenn wir den Deutzer Hafen nicht umbauen, der für die HGK 5 Prozent des Warenumschlags bedeutet, verabschieden wir uns nicht nur von der Internationalität, sondern auch von der Weiterentwicklung dieser Stadt. Wir werden weniger Arbeitsplätze haben. Wir werden weniger Unternehmen haben. Deswegen ist es dringend erforderlich, das zu machen.

Wir haben dieses Symposium abgewartet. Was hat uns dann dieses zweitägige Symposium gebracht? Es hat ergeben, dass die Entwicklung des Deutzer Hafens sowohl bezüglich der Hochwassertechnik als auch des zur Verfügung stehenden Retentionsraums möglich ist. Alle Experten haben uns gesagt: Er wird am Markt nur dann eine Chance haben, wenn Sie sich für

seinen Umbau entscheiden. Deswegen, meine Damen und Herren: Tun Sie etwas für Köln! Tun Sie etwas für die Zukunft dieser Stadt! Stimmen Sie unserem Antrag zu! - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Zimmermann, bitte schön.

Michael Zimmermann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Ich habe keine Nachfrage, sondern eine Anregung: Herr Klipper hat gerade von dem Symposium gesprochen und gefragt, was das Symposium gebracht habe. Ich wäre Ihnen dankbar - es waren ja nicht alle bei dem Symposium anwesend - ,

(Karl Klipper [CDU]: Wären Sie mal besser hingegangen!)

- ich war da, Herr Klipper -, wenn die Verwaltung uns einmal das Ergebnis des Symposiums darstellen würde.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt? Wir haben doch alles schriftlich! Wer lesen kann, der hat mehr vom Leben! - Karl Klipper [CDU]: Es steht alles dort!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herrn Streitberger wollte ich auch noch dazu befragen, zunächst aber sollten die Fraktionen Gelegenheit haben, hierzu vorzutragen. - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich will direkt an das anschließen, was mein Kollege Karl Klipper zur Fortsetzung der erfolgreichen Politik in Sachen Rheinauhafen gesagt hat. Albert Speer, der uns im vergangenen Jahr den Masterplan - in Führungszeichen - geschenkt und erarbeitet hat, hat im Rahmen dieses Symposiums gesagt, dass eine schnelle und stringente Entwicklung dieses de facto Innenstadtbereichs im Kontext mit der erfolgreichen Entwicklung des Rheinauhafens für die internationale Positionierung der Stadt Köln imminent wichtig sei und dass wir, wenn wir den Deutzer Hafen nicht entwickeln, den Kredit, den wir uns durch die Entwicklung des Rheinauhafens erarbeitet haben, wieder verspielen würden.

Sie wissen, dass unsere Fraktion seit längerem dafür kämpft, dass wir hier einen Umnutzungsbeschluss fassen. Wir haben am 7. September 2007 dazu den ersten Antrag in den Rat eingebracht. Dieser wurde damals abgelehnt. Wir haben im Oktober vergangenen Jahres beantragt, für den Deutzer Hafen ein Moratorium zu verhängen, das verhindern soll, dass noch langfristige Verträge abgeschlossen werden, die spätere Entwicklungen behindern könnten. Wir haben die Zusage von den Stadtwerken bekommen, dass dies auch eingehalten wird. Wir wollten, dass wir in dieses Symposium mit dem klaren Auftrag gehen, um zu klären, wie wir zu einer Umwandlung kommen. Dazu haben wir im Januar dieses Jahres einen Antrag im Stadtentwicklungsabschluss eingebracht, der leider abgelehnt wurde.

Jetzt, am 27. und 28. April des Jahres, wurde diese Planungswerkstatt durchgeführt, die sehr hochkarätig besetzt war und sehr gut von der Verwaltung vorbereitet worden war - das muss man auch einmal lobend erwähnen. Das Ergebnis - Herr Zimmermann, dazu wird der Beigeordnete sicherlich gleich noch etwas sagen - kann man in einem Satz zusammenfassen: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Die Umwandlung des Deutzer Hafens im Sinne von Wohnen und Ansiedlung von Gewerbe ist möglich. Der Hochwasserschutz - das war ja die höchste Hürde in dieser Frage - könnte sogar davon profitieren. Herr Vogt, Leiter der Kölner Hochwasserschutzzentrale, hat gesagt: Mit einer Umwandlung des Deutzer Hafens können wir mehr Hochwasserschutz erreichen, als wir hier heute haben.

Wir wollen durch diesen Antrag erreichen, dass der Rat hier und heute, vor der Kommunalwahl, klar das Signal setzt: Wir sind handlungsfähig, und wir haben Gestaltungswillen für die Zukunft unserer Stadt. Ich glaube, wir liegen hier nicht sehr weit auseinander. Wenn Sie unserem Antrag heute nicht zustimmen, werden wir sicherlich in einer der nächsten Sitzungen eine entsprechende Verwaltungsvorlage beschließen. Ich bin allerdings der Meinung, wir sollten dieses Signal heute, vor der Kommunalwahl, setzen und der Chronik, die ich eben vorgetragen habe, das heutige Datum hinzufügen, nämlich dass wir am 30. Juni 2009 den Beschluss zur Umwandlung des Deutzer Hafens gefasst haben. - Vielen Dank.

(Beifall von Manfred Wolf [FDP])

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dass man im Wahlkampf Duftmarken setzen will, ist ja schön und gut. Dass das aber immer zu einem solchen Gestank aufgebläht wird, ist überflüssig.

Zunächst zum Rheinauhafen. Herr Klipper, erzählen Sie bitte nicht so etwas Oberflächliches zum Rheinauhafen. Erzählen Sie es vor allem denjenigen nicht, die das gar nicht mehr wissen. Erstens gab es damals gar nicht Rot-Grün, weder als Koalition noch in Kooperation. Zweitens haben die SPD und die Grünen nicht identisch abgestimmt. Die Grünen haben dagegen gestimmt.

(Karl Klipper [CDU]: Die SPD hat nicht dafür gestimmt!)

- Die SPD kann das von mir aus selbst erklären; sie hat sich übrigens enthalten. Herr Klipper, ich muss Ihr Gedächtnis ein bisschen auffrischen. - Die Grünen haben dezidiert gegen *diesen* Entwurf gestimmt und als einzige Fraktion damals *eigene* Vorschläge für die Entwicklung des Rheinauhafens gemacht. Wir waren nicht gegen die Entwicklung des Rheinauhafens, sondern wir hatten ein anderes Leitbild für diesen Ort.

Jetzt zum Deutzer Hafen. Dazu hat es ein Symposium gegeben. Ich meine, wir alle kennen Herrn Sterck. Herr Sterck ist total zapplig, total ungeduldig. Er kommt mit seinen Vorstellungen immer ein bisschen zu schnell, immer ein bisschen zu früh.

(Ralph Sterck [FDP]: Nein! Das ist schnelle Bewegung!)

Dass die CDU aber jetzt auch ihrem Oberbürgermeister nicht mehr traut, ist schon erstaunlich. Ich habe zwar selbst an dem Symposium nicht teilgenommen, weil ich zu dieser Zeit nicht in Köln war, aber ich habe das Protokoll gelesen; Herr Zimmermann, das existiert ja und deswegen könnten wir uns heute eigentlich eine Verlesung ersparen.

(Michael Zimmermann [SPD]: Ich wollte eine Stellungnahme haben!)

Laut Protokoll hat der Herr Oberbürgermeister zugesichert, dass er noch im Laufe dieser Wahlperiode einen Vorschlag machen will. Ihnen

geht es doch heute gar nicht darum, dass es in der Sache weitergeht. Vielmehr geht es darum, dass die Herren an dieser Sache sozusagen ihr Bein gehoben haben. Darum geht es hier heute.

(Heiterkeit)

- Ja, sie wollen ihr Revier markieren.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Es ist so!)

Ich bin allerdings nicht bereit, ihnen beim Markieren zu helfen.

(Heiterkeit - Martin Börschel [SPD]: Wir bitten auch darum, Frau Moritz!)

Jetzt aber wieder zur Sache. Die Worte von Herrn Vogt in allen Ehren - ich möchte dem Herrn auch nicht zu nahe treten -, aber über den Gesetzen steht auch ein Herr Vogt nicht.

(Winrich Granitzka [CDU]: Aber das ist der Hochwasser-Papst!)

- Lassen Sie mich zu Ende ausführen. Von meiner dreiminütigen Redezeit sind nur noch 29 Sekunden übrig. -

Das Hochwasserschutzgesetz ist ein Gesetz. Wir können diese Problematik nur bewältigen, indem wir mit dem Gesetzgeber darüber Gespräche führen. Deshalb ist der FDP-Antrag überhaupt nicht hilfreich. Wir als Stadt Köln profitieren ja auch von Leistungen, die andere Anrainer am Rhein erbringen. Wir können doch jetzt nicht kackfroh sagen: Die Orte am Oberrhein müssen zwar überall Polder bauen, wir dagegen verstoßen jetzt mal schnell gegen das Hochwasserschutzgesetz; Herr Vogt hat das ja erlaubt. Hallo? Seit wann darf Herr Vogt denn so etwas erlauben? Herr Sterck, lassen Sie uns ganz sachlich und ein bisschen fundierter arbeiten, statt immer so oberflächlich zu argumentieren. Ehe diese Problematik nicht geklärt ist, ist ein Beschluss über den Deutzer Hafen überhaupt nicht möglich. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Moritz. - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der FDP! Sie regen sich ja immer tierisch über den Schrott im Deutzer Hafen auf. Was sagen Sie denn zu

folgender Mitteilung im Umweltausschuss? Darin heißt es, dass es nach Auskunft des Beigeordneten Dr. Walter-Borjans kein geeignetes Grundstück in der Stadt gibt, um dem Schrottplatzbetreiber in der Gottfried-Hagen-Straße in Humboldt-Gremberg ein Ausweichquartier anbieten zu können; in Köln gibt es zwei Schrottplätze. Wie wollen Sie das Problem lösen, wenn Sie nicht in der Lage sind, einen weiteren Schrottplatz zu finden, auf dem der Schrott vom Deutzer Bahnhof gelagert werden kann?

(Karl Klipper [CDU]: Nach Neuss gehen!)

Welche alternativen Standorte wollen Sie den anderen Industriebetrieben, die sich derzeit im Deutzer Hafen befinden, anbieten? Meine Damen und Herren von der CDU und von der FDP, Sie müssen erst einmal Ihre Hausaufgaben machen,

(Karl Klipper [CDU]: Haben wir schon!)

ehe wir hier ernsthaft über die Umwandlung des Deutzer Hafens diskutieren können.

Die Entwicklung des Deutzer Hafens befindet sich noch in der Phase des Diskussionsprozesses. Im April hat ein Symposium dazu stattgefunden. Dieser Prozess muss weitergeführt werden. Insofern sehe ich überhaupt keinen Sinn darin, dass wir hier jetzt kurzfristig, sozusagen zwischen Tür und Angel, einfach entscheiden: Jawohl, da soll Wohnnutzung hin. Das kann ich überhaupt nicht akzeptieren.

Frau Moritz hat recht, wenn sie sagt: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der FDP, befassen Sie sich mit dem Hochwasserschutz; denn es gab eine gesetzliche Änderung, die es zu beachten gilt und die sich auf die Entwicklung des Deutzer Hafens einschneidend auswirken kann. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich will jetzt den Kollegen Streitberger bitten, einige essenzielle Sätze zu diesem Workshop zu sagen, damit wir alle hier den Sachstand erfahren und in Kenntnis gesetzt werden, welche Aufträge wir von der Verwaltung in der Zwischenzeit schon angenommen haben.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie essenziell mein Vortrag sein wird, müssen Sie anschließend beurteilen. Ich werde mir Mühe geben.

Die Beschlusslage zum Deutzer Hafen entspricht immer noch der Beschlusslage des Rates vom 26. März dieses Jahres, als Sie beschlossen haben, uns zu beauftragen, Standortuntersuchungen im Zusammenhang mit dem Deutzer Hafen durchzuführen. Diese Standortuntersuchungen haben alle Chancen, aber auch alle Risiken einer Umwandlung des Deutzer Hafens deutlich gemacht. Gleichzeitig haben Sie beschlossen, am 27. und 28. April ein Symposium durchzuführen. Ich glaube, dass dieses Symposium ein eindeutiges Ergebnis hatte, nämlich: So, wie es jetzt ist, kann es nicht bleiben. Das war ganz eindeutig.

Herr Oberbürgermeister hat in Abstimmung mit Herrn Dr. Walter-Borjans und mir zum Schluss des Symposiums gesagt: Wir werden eine Vorlage vorlegen, in der wir versuchen, einerseits die Hafennutzung auf einem reduzierten Areal weiterzuführen und andererseits eine Transformation in einen Dienstleistungsbereich vorzunehmen. Diese Vorlage ist ebenso wie die Dokumentation des gesamten Symposiums in Vorbereitung. Wir haben bereits vorbereitende Gespräche geführt, unter anderem auch mit der Bezirksregierung in der Zeughausstraße. Wir bereiten die Vorlage für die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 20. August dieses Jahres vor.

(Martin Börschel [SPD]: Bravo! Das ist doch vor der Kommunalwahl! Das gibt es ja gar nicht! Das will Herr Sterck gar nicht glauben! So eine Überraschung! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Der will markieren - Gegenruf von Ralph Sterck [FDP]: Der Rat tagt nicht mehr vor der Kommunalwahl - Karl Klipper [CDU]: Ich freue mich, dass wir diesbezüglich etwas haben! Es geht weiter!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Zimmermann, bitte.

Michael Zimmermann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Streitberger hat gerade den Weg aufgezeigt, den ich für sehr vernünftig halte. Ich

teile die Einschätzung, dass es einen guten Workshop gegeben hat. Ich teile auch die Einschätzung von Herrn Sterck, dass wir so weit in der Sache gar nicht auseinander sind. Nur - Herr Streitberger hat es gerade gesagt -: Am heutigen Tag noch einmal einen Beschluss zu fassen, halte ich für völlig überflüssig; denn wir sind schon auf dem richtigen Weg. Ich erspare mir jetzt einen Kommentar zu den Ausführungen von Herrn Klipper, der hier eher eine Wahlkampfreden gehalten hat. Ich glaube, Herr Klipper, am Ende werden wir den Weg gemeinsam gehen. Ich finde, das ist der richtige Weg. Deshalb werden wir heute Ihren Antrag ablehnen. Wir warten auf die Vorlage.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag von CDU und FDP ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU und die FDP.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und der Oberbürgermeister!)

- Nein, ich werde mich enthalten. - Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen sind die SPD, die Grünen, die Linke und Herr Dr. Müser. Enthaltungen? - Von pro Köln und von meiner Seite.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.3 auf:

2.1.3 Antrag von Ratsmitglied Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) betreffend „Ausdehnung des Bürgerhaushalts auf große Investitionsvorhaben“ AN/0931/2009

Herr Müser, ich bitte Sie, ans Rednerpult zu kommen.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Maxime des Bürgerhaushalts lautet, ein möglichst offenes Verfahren zu gestalten, sodass jeder Bürger die Möglichkeit hat, frei seine Anliegen einzubringen. Das ist richtig und wichtig und war sicherlich auch ein Erfolgsgarant für den Testlauf.

Jetzt geht es darum, das Verfahren weiterzuentwickeln, und zwar nicht nur bezüglich der Verfahrensdurchführung, wie bereits beschlossen, sondern auch inhaltlich, um so die Euphorie, mit der die Bürger in das Bürgerhaushaltsverfahren eingestiegen sind,

aufzugreifen. Gerade jetzt, da wir vom Kämmerer über die Zuspitzung der Haushaltssituation unterrichtet wurden, sollten wir die Chance nutzen, die Bürger frühzeitig mit ins Boot, also in die Haushaltsdebatte zu holen.

Meine Damen und Herren, jedem von uns ist klar, dass der Kämmerer am 30. August um 18 Uhr eine Haushaltssperre verkünden wird und dass er spätestens am 1. Januar 2010 beim Regierungspräsidenten vorstellig werden wird. Was wollen wir dann den Bürgern in Bezug auf den Bürgerhaushalt mitteilen? Etwa: Nachdem es in 2009 wegen der Kommunalwahl schon zu gefährlich war, euch mit dem Bürgerhaushalt zu belasten, können wir es in 2010 wegen der Haushaltssituation ebenfalls nicht. - Ist das bereits jetzt abzusehen?

Wir wollen mit dem vorliegenden Antrag den umgekehrten Weg gehen. Wir glauben, dass es gerade wegen der sich abzeichnenden Schwierigkeiten richtig ist, die Bürger frühzeitig und transparent in das Haushaltsverfahren einzubeziehen, und zwar stärker als bisher. Nur die Themenbereiche auszutauschen, ist zu wenig. Damit würde der Eindruck vermittelt, dass alles im Lot sei und wir so weitermachen können wie bisher. Dabei wissen wir, dass es dramatische Einschnitte gerade in den frei disponiblen Bereichen geben wird. Es wäre falsch, so zu tun, als gelte es neue Aktivitäten zu entwickeln und einzufordern.

Aus diesem Grunde schlagen wir erstens vor, einen höheren Prozentsatz des Haushalts im Bürgerhaushalt zur Disposition zu stellen. Damit wird von vornherein mehr Verantwortung auf die Bürger übertragen.

Zweitens wollen wir, dass auch die Projekte, die in den kommenden Jahren maßgeblich den Haushalt belasten werden, in das Bürgerhaushaltsverfahren einbezogen werden.

Meine Damen und Herren, wir brauchen keine Angst davor zu haben, dass die Bürger darüber mitentscheiden, wohin und in welchem Umfang das meiste Geld fließen wird. Die Festlegung darüber erfolgt nun einmal mit den Investitionen in Großprojekte wie zum Beispiel das Opernquartier oder den geplanten Klotz auf dem Rathausplatz. Sowohl das Verfahren zur Aufstellung des Masterplans, an dem sich zahlreiche Bürger intensiv beteiligt haben, als auch der Testlauf zum Bürgerhaushalt 2008 haben nicht nur gezeigt, dass sich die Bürger beteiligen wollen, sondern dass sie auch

verantwortungsvoll mit ihrer Beteiligungsmöglichkeit umgehen.

Mit der Ausweitung des Beteiligungsverfahrens in quantitativer und qualitativer Hinsicht haben wir hier die Chance, den Bürgern ein Stück mehr von der Stadt zurückzugeben und sie stärker partizipieren zu lassen. Zeigen Sie mit Ihrem positiven Votum, dass Sie das verstanden haben. - Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke, Herr Dr. Müser. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin von mehreren Fraktionen auserkoren worden, das eine oder andere zum Antrag von Herrn Dr. Müser zu sagen.

Herr Dr. Müser, Sie sind ja ständiger Begleiter bei uns im Finanzausschuss. Insofern kennen Sie die Debatten und sollten eigentlich wissen, dass wir alle miteinander, und zwar fraktionsübergreifend, schon ein gutes Stück weiter sind. Sie wollen mit Ihrem Antrag im Grunde erreichen, dass wir über die Budgetquoten sprechen. Wir haben hier in Köln doch einen viel besseren, weil viel weiter gehenden Weg gewählt. Wir sprechen über Themenbereiche und geben den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, über diese vollinhaltlich, sozusagen mit allem, was dazugehört, ihr Votum abzugeben. Erst dann trifft der Rat als Vertreter des Souveräns darüber eine Entscheidung.

Unter Ziffer 2 Ihres Antrags schlagen Sie im Grunde vor, im Bürgerhaushaltsverfahren eine Form von Bürgerbegehrensverfahren zu implementieren. Das ist aber ein eigenes, in der Gemeindeordnung geregeltes Instrument, das nicht in den Bürgerhaushalt hineingehört, einfach darum, weil es diesen unklarer macht. Man mag ja die Rahmenbedingungen für Bürgerbegehren in der Gemeindeordnung NRW für falsch halten; das ist gutes Recht - das eine oder andere Element halten wir übrigens auch für falsch. Ich glaube, die CDU, die FDP und die Grünen sehen das ebenso, wenn auch bei unterschiedlichen Punkten. Nur, das gehört hier nicht hinein.

Ich will noch einmal betonen: Mit dem Bürgerhaushalt haben wir hier in Köln ein bundesweit wirklich anerkanntes, neues Verfahren für eine Millionenstadt implementiert.

Dieses Verfahren ist mehrfach prämiert worden. Es ist von vielen Institutionen als außerordentlich gut und zukunftsweisend für eine Millionenstadt anerkannt worden. Ich finde, wir können mit Stolz und Selbstbewusstsein auf dieses Element schauen.

Wir wissen natürlich, dass es Weiterentwicklungsbedarf gibt. Wer etwas zum ersten Mal macht, erkennt natürlich, dass er, wenn er das evaluiert, das eine oder andere nachstellen und weiterentwickeln muss. Vor dem Hintergrund dieses Weiterentwicklungsbedarfs hat der Finanzausschuss am 23. März dieses Jahres zum einen die zweite Runde des Bürgerhaushaltsverfahrens eingeläutet, zum anderen aber auch weitere Rahmenbedingungen - übrigens einstimmig - beschlossen, die allerdings von einem völlig anderen Hebel ausgehen. Während Sie ein anderes Modell des Bürgerhaushaltsverfahrens implementieren wollen, möchte eine Mehrheit aus CDU, SPD, Grünen und FDP das nicht.

Deswegen sagen wir: Wir wollen bei der Gliederung nach Themenbereichen bleiben. Wir wollen den Bürgerhaushalt ausweiten. Wir wollen ihn weiterentwickeln. Ihre Vorstellungen, über starre Budgetquoten zu gehen, ist einfach vergangenheitsbezogen und nicht das, was wir weiterhin erreichen wollen. Deswegen werden CDU, SPD, Grüne und FDP Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Börschel. Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer gegen den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die SPD, die Grünen, die FDP, die Linke und meine Stimme. Enthaltungen? - Gibt es bei pro Köln. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.4 auf:

2.1.4 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Bleiberecht für langjährig geduldete Menschen in Köln“ AN/1114/2009

Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der CDU-Fraktion AN/1211/2009

Frau dos Santos Herrmann, bitte.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, gleich zu Beginn mitzuteilen, dass sich die antragstellenden Fraktionen und die Antragsteller des Änderungsantrages, die CDU und die FDP, am Rande dieser Ratssitzung auf einen gemeinsamen Vorschlag geeinigt haben.

(Beifall bei Teilen der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie von Ulrich Breite [FDP])

Ich glaube, das ist per se schon ein gutes Zeichen, halten wir doch damit an unserer Tradition fest. In den vergangenen Jahren ist es uns immer wieder gelungen, bei teilweise schwierigen Fragen, die mit geduldeten Menschen und mit Flüchtlingen in Köln zu tun haben, hier im Rat einen Konsens herzustellen und sowohl die humanitären Fragen auf Konsensbasis zu regeln als auch die kommunalen Interessen, die wir haben, so zu thematisieren und zu lösen, dass sie dem demokratischen Anspruch gerecht werden.

Ich will Ihnen nun kurz erläutern, worauf wir uns geeinigt haben. Der Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen würde wie folgt verändert werden:

Punkt 1 bleibt bestehen. - Das ist klar.

In Punkt 2 würden wir die Formulierung von CDU und FDP übernehmen und diese um folgenden Satz ergänzen: Darüber hinaus appelliert der Rat der Stadt Köln an den Innenminister Nordrhein-Westfalens, die Möglichkeiten des Landes auszuschöpfen. - Das hat insbesondere damit zu tun, dass der Innenminister auch Erlasse zu Bundesgesetzen herausgibt und somit die Möglichkeit hat, das eine oder andere zu regeln.

Punkt 3 würde auf der Basis der Formulierung aus dem Antrag von SPD und Grünen wie folgt lauten: Der Rat der Stadt Köln appelliert darüber hinaus an den Bundesgesetzgeber und die Innenministerkonferenz, sich längerfristig für eine Nachfolgeregelung zur jetzigen Bleiberechtsregelung einzusetzen. - Deutscher Städtetag und Innenminister NRW fallen an dieser Stelle weg, ebenso entfällt die Stichtagsregelung. Stattdessen ergänzen wir um folgenden Satz: Dabei muss der Zeitrahmen ausgeweitet werden, um insbesondere den langjährig geduldeten Menschen eine Perspektive zu geben.

Ich glaube, damit setzen wir die gute Tradition des Stadtrates in dieser Periode fort. Ich würde mich freuen, wenn Sie alle dem zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis
90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich möchte mich bei den Fraktionen dafür bedanken, dass sie sich in diesem Fall auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt haben. Zu diesem Thema besteht in der Tat Regelungsbedarf. Wir können das nicht regeln, aber wir können gemeinsam an den Gesetzgeber appellieren und ihn auffordern, das zu regeln. Das halte ich für ausgesprochen gut.

Haben die weiteren Wortmeldungen danach noch Bestand? - Frau Demirel möchte noch etwas dazu sagen.

Özlem Demirel (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In Anbetracht der noch vor uns liegenden Tagesordnung und auch der Situation, dass dazu keine Debatte mehr geführt wird, möchte ich mich kurz fassen. Wir von der Linken werden selbstverständlich dem jetzt zwar noch weicher gespülten Kompromissantrag zustimmen, aber ich möchte schon noch einmal darlegen, warum meine Fraktion schon den ursprünglichen Antrag als zu weich formuliert fand.

Grund dafür ist, dass wir in der derzeit gültigen Altfallregelung das Hauptproblem sehen. Die schreibt vor, dass Menschen erst eine sozialversicherungspflichtige Arbeit aufnehmen müssen, bevor sie das Recht erhalten, hier dauerhaft leben zu können. Damit sind sie einer Verwertungslogik, einem Kosten-Nutzen-Faktor unterworfen. Es wird festgestellt, ob sie es wert sind, hier leben zu dürfen oder eben nicht. Wir von der Linken vertreten immer die Grundsatzposition: Wir stehen für Freiheit. Wir sind der Meinung, Menschen sollten immer und überall dort, wo sie leben wollen, leben können.

(Zuruf von Johannes-Werner
Hamm [CDU])

Tatsache ist doch, dass Menschen, die Geld haben, sowieso schon zu jeder Zeit dort, wo sie wollen, leben können. Wir halten das für das Kernproblem dieser Altfallregelung.

Wir von der Linken schließen uns der Forderung des Kölner Flüchtlingsrates an, der uns als Kommune darauf hingewiesen hat, die Handlungsspielräume, die wir haben, auch auszuschöpfen. Es ist gut und wichtig, dass wir an die verantwortlichen Instanzen appellieren und sie auffordern, bessere Regelungen zu finden, damit die Menschen hier bleiben können. Aber wir als Kommune hätten auch diese Möglichkeit, beispielsweise indem wir diesen geduldeten Menschen sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anbieten würden.

(Beifall von Jörg Detjen
[Die Linke.Köln])

Wir könnten das beispielsweise als ein Kriterium für die Beschäftigung bei der Stadt machen und diese Leute bei der Stellenvergabe bevorzugen. Das machen wir noch nicht oft genug.

Meine Damen und Herren, wir werden selbstverständlich auch diesem weichen Appell zustimmen. Aber ich glaube, wir werden langfristig nur dann vorankommen, wenn wir den Aufenthalt von Menschen und das Recht der Menschen, sich frei zu bewegen, wirklich als ein Recht wahrnehmen und dieses Recht nicht an irgendwelche Kosten-Nutzen-Faktoren knüpfen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Wolter.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Integration vieler in Deutschland lebender Ausländer ist als gescheitert zu bezeichnen. Nichts anderes stellen auch die Fraktionen der etablierten Parteien fest, indem sie den vorliegenden Antrag stellen. Sie beabsichtigen hier nichts anderes als die weitere Förderung der Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme. Dies kann langfristig nur den Kollaps unseres Sozialstaates zur Folge haben.

25,9 Prozent der männlichen Einwanderer aus der Türkei beispielsweise verfügen über keinen Schulabschluss. Hauptursache hierfür sind mangelnde Deutschkenntnisse. Bildung und Ausbildung der Bevölkerung sind der entscheidende Faktor für das zivilisatorische, ökonomische und kulturelle Entwicklungsniveau

eines Landes. Wer sich also der Integration verweigert, indem er sich Bildung und Ausbildung verweigert, der sollte nach unserer Auffassung nicht weiter hier leben dürfen. Die Fraktion pro Köln wird diesen Antrag daher ablehnen.

Jeder Einwanderer, der sich in unsere Gesellschaft einbringt, der bereit ist, sich zu integrieren, und der seinen Lebensunterhalt bestreiten kann, ist uns gerne willkommen.

(Beifall bei pro Köln)

Wer aber nur hier lebt, um in den Genuss unserer Sozialleistungen zu kommen, belastet uns nur. Oft geht diese Erwartungshaltung zudem mit einer Verachtung unserer Werte sowie unserer offenen Gesellschaft einher. So etwas akzeptiert kein anderes Einwanderungsland. Wir sollten das auch nicht tun. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den wie vorgetragen geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, Grünen, CDU und FDP ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die genannten vier Fraktionen sowie die Linke, Herr Dr. Müser und meine Stimme. Gegenstimmen? - Bei pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Das ist mit großer Mehrheit so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.5 auf:

2.1.5 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Nord-Süd-Stadtbahn - Ausbau Rheinuferstraße“ AN/0961/2009

Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der SPD-Fraktion AN/1219/2009

Zunächst hat Herr Möring das Wort, bitte schön.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist von der sachlichen Seite schon vor einem Jahr sehr intensiv diskutiert worden, sodass ich es mir ersparen will, hier noch einmal für unseren Vorschlag zu plädieren.

Auslöser ist, dass die damals gefundene Lösung, die man kaum als Lösung, sondern eher als einen Notbehelf bezeichnen kann, nur mit den Stimmen der SPD verabschiedet wurde. Sie fand nie unsere begeisterte Zustimmung, sondern hat nur unsere zähneknirschende Enthaltung bekommen.

(Martin Börschel [SPD]: Sie waren zu feige!)

- Ach, Herr Börschel! - Immerhin hat jemand aus Ihren Reihen erkannt, dass dieser Beschluss unvernünftig war. Es war Ihr Oberbürgermeisterkandidat, der diesen Beschluss so bezeichnet hat.

(Beifall bei Teilen der CDU - Martin Börschel [SPD]: Da hören Sie nicht richtig, Herr Möring!)

- Ich habe ihm genau zugehört. Seine Worte haben mich ermuntert, das Thema noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen.

(Lachen bei der SPD)

Lieber Herr Börschel, liebe SPD-Fraktion, es war eine ziemliche Unverfrorenheit von Ihnen, unseren Antrag abzuschreiben. Sie haben ihn unter II. um ein paar Punkte verlängert, die allesamt beantwortet sind, und zwar eindeutig. Man kann dazu sagen: Das Ganze ist ein bisschen blumiges Drumherum. Lediglich in einem einzigen Punkt gibt es einen Unterschied: Während wir sagen: Wir beauftragen die Verwaltung, das zu verfolgen, schreiben Sie: prüfen.

Liebe SPD, Sie kommen um eine Grundsatzentscheidung nicht herum. Entweder Sie sagen: Wir wollen eine Tunnellösung; das haben Sie damals abgelehnt. Dann können Sie unserem Antrag zustimmen und Ihrem Oberbürgermeisterkandidaten folgen, der gesagt hat, die bisherige Lösung sei nicht vernünftig. Oder aber Sie sagen: Das wollen wir nicht. Mit beidem kann ich leben. Das eine ist eine gute Lösung, und das andere ist eine gute Sache für den Wahlkampf.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist doch mit Kosten verbunden! Wer zahlt das?)

- Zu den Kosten sage ich noch etwas. - Unser Antrag impliziert, dass die Verwaltung plant, dass sie die Kosten ermittelt, dass sie Vorsorgemaßnahmen prüft, dass sie die Planfeststellung vorbereitet usw. und dass sie uns immer auch über den zwischenzeitlichen

Stand berichtet; denn das ist ja kein Bauauftrag, sondern ein Planungsauftrag.

(Martin Börschel [SPD]: Sie wollen sich festlegen!)

Letzte Woche Donnerstag gab es eine Diskussion der beiden Oberbürgermeisterkandidaten im Domforum, in der auch über Kosten gesprochen wurde. Ihr Kandidat hat gesagt: 90 Millionen Euro kann die Stadt nicht stemmen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und was hat Ihr Kandidat gesagt?)

Unser Kandidat hat gesagt: Wenn der Betrag unter 90 Millionen Euro liegt, dann machen wir das.

(Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

- Liebe Frau Moritz, er hat sich bei Ihnen gemeldet. Ich sage ausdrücklich: Er hat sich in einem Punkt vertan. Sie haben damals gegen alles gestimmt und nicht für die Ausweitung. Das ist zur Kenntnis genommen worden.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Vielen Dank! Ich wollte, dass Sie das hier noch einmal sagen! - Martin Börschel [SPD]: Herr Möring, sagen Sie uns: Was kostet das? Wer bezahlt es?)

Wir haben bei der letzten Diskussion gesagt: Wir haben keine Vorstellungen, wie viel das kosten wird, aber wir rechnen mit 30 bis 40 Millionen Euro. Sie haben gesagt - ich kann Herrn Kron zitieren -: 80 Millionen Euro. Beide Schätzungen liegen noch unter 90 Millionen Euro. Ich will gar nicht sagen, dass wir 90 Millionen Euro bezahlen sollen.

(Martin Börschel [SPD]: Wer bezahlt es denn?)

- Genau das ist die Aufgabe der Verwaltung, nämlich zu ermitteln, wie viel das kostet. Dass es grundsätzlich GVFG-fähig ist, haben wir damals schon diskutiert. Die Höhe der Zuschüsse, mit denen sich das Land daran beteiligt, wird im weiteren Prozess noch zu klären sein. Aber dafür müssen die Fakten auf dem Tisch liegen. Das kann man nicht mit einem einfachen Prüfauftrag machen. Das muss man schon konkreter angehen, inklusive der Frage der Zufahrt, die bisher unbefriedigend war, und, und, und.

(Martin Börschel [SPD]: Ich frage: Machen Sie den Tunnel auch aus kommunalen Mitteln, Herr Möring? Zahlen Sie den Tunnel kommunal?)

- Herr Börschel, Sie wissen doch, dass das eine Mischfinanzierung ist. Bevor wir einen Bauauftrag vergeben, werden wir im - -

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

- Sie können ja auch gleich drei Minuten reden.

(Martin Börschel [SPD]: Ja, das machen wir! Aber haben Sie den Zuschuss denn schon?)

- Kennen Sie die Kosten schon?

(Martin Börschel [SPD]: Sie müssen das doch wissen! Das geht doch nach einer Quote! Das sagen Sie doch selbst! - Jochen Ott [SPD]: Das ist doch Populismus!)

- Wir alle wissen doch, wie die Quote ist. Wir alle wissen auch, dass sich die GVFG-Gesetzgebung ändern wird. Das alles muss dann noch einmal besprochen werden.

Aber lassen Sie mich auf den Kern der Sache zurückkommen - das will ich hier auch einmal thematisieren -: Warum stecken wir denn in diesem Schlamassel?

(Zuruf von Karin Wiesemann [SPD])

In diesem Schlamassel stecken wir, weil jemand in der Genehmigungsbehörde zu einem frühen Zeitpunkt gesagt hat: Obwohl es bestimmte gesetzliche Vorgaben gibt, wie solche Kreuzungen zu gestalten sind, ignorieren wir das und machen etwas anderes.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Deswegen reden wir heute über Reparatur und nicht über Ideallösungen. Deswegen seien Sie bei diesem Punkt ruhig und versuchen Sie nicht, einzuhaken.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist doch wegen Ihrer Streckenführung, Herr Möring! Ihre Streckenführung ist schuld!)

Wir wollen, dass die Verwaltung beginnt zu arbeiten, damit sie uns seriöse Daten vorlegen und genauer Auskunft geben kann. Deshalb haben wir formuliert, sie soll das verfolgen. Das heißt, sie soll planen, was und wie es geht und

was es kosten wird. Das wollen wir mit unserem Antrag erreichen.

(Martin Börschel [SPD]: Sie wollen sich festlegen!)

Deswegen sage ich Ihnen: Wenn Sie in Ihrem Antrag nur ein Wort ändern und alles andere mit unserem Antrag übereinstimmt, dann können Sie auch unserem Antrag zustimmen. Wir wollen jedenfalls, dass Sie sich entscheiden, und zwar noch vor dem 30. August, ob Sie Ihrem Kandidaten folgen wollen oder nicht. Wenn Sie ihm folgen wollen, stimmen Sie unserem Antrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der CDU - Martin Börschel [SPD]: Darf ich Ihnen eine Frage stellen?)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Börschel hat eine Frage, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Möring, Sie haben auf die Diskussion im Domforum rekurriert. Ich darf dazu den Oberbürgermeisterkandidaten der CDU wörtlich zitieren. Er hat nämlich laut *Kölnischer Rundschau* mit Blick auf die letzte Ratssitzung der Legislaturperiode gefordert - jetzt folgt das direkte Zitat -, „dass dort nichts beschlossen wird, was zusätzliche Ausgaben bedeutet“. Das ist der Appell Ihres Oberbürgermeisterkandidaten.

Der entscheidende Unterschied zwischen den beiden Anträgen ist: Sie beantragen heute, nachdem Sie Ihre Feigheit - denn nur Ihre damalige Enthaltung hat eine Lösung mit 29 von 91 Stimmen möglich gemacht - aufgegeben haben: Egal, was und wie - wir wollen auf jeden Fall den Tunnel. Wir dagegen sagen: Nachdem eine neue Situation eingetreten ist, ist die entscheidende Frage, ob dieser Tunnel nach voller Quote bezuschusst wird. - Ist Ihnen das egal, Herr Möring? Sie sagen ja, Sie wollen sich festlegen. Das bedeutet aber auch: Sie wollen sich festlegen unabhängig von der Frage, wer die Kosten trägt. Mich würde interessieren, was Sie tun, wenn es keine Förderung gibt.

Karsten Möring (CDU): Herr Börschel, erstens war es damals nicht Feigheit, sondern notgedrungene Klugheit. Die Feigheit war auf Ihrer Seite. Sie wollten nicht springen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Zweitens. Was macht es für einen Sinn, wenn ich Ihnen jetzt sage, von welcher Quote ich ausgehe, wenn wir noch nicht einmal die Kosten ermittelt haben? Das macht doch keinen Sinn.

(Martin Börschel [SPD]: Ich frage Sie: Zahlen Sie den Tunnel auch alleine, oder tun Sie das nicht?)

Deshalb habe ich eben deutlich darauf hingewiesen, wie wir uns das Verfahren vorstellen und was wir von Ihnen erwarten. Wir möchten von Ihnen heute die klare Aussage, wo Sie stehen. Das ist der Punkt.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wollen die ja nicht!)

Sie haben heute Gelegenheit, das offenzulegen. Ich weiß, dass Ihnen das schwerfällt. Ich kenne ja auch die Umstände. Aber sehen Sie es mir nach, dass ich Sie heute darauf festnageln will.

(Martin Börschel [SPD]: Zahlen Sie den Tunnel aus kommunalen Mitteln oder nicht?)

Denn ich möchte, dass die Wähler im Kölner Süden, die über diese Straße fahren, wissen, ob Sie nach dem 30. August einen Rückzieher machen werden oder nicht. Sie haben jetzt den Eindruck erweckt, Sie könnten sich doch den Tunnel vorstellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Möring. Es hat sich Herr Kron für die SPD gemeldet.

(Zuruf von der SPD: Es wurde gewechselt!)

Herr Walter für die SPD, bitte.

(Ralph Sterck [FDP]: Herr Kron durfte wahrscheinlich nicht!)

Karl-Heinz Walter (SPD): Meine Damen und Herren! Natürlich hätte Herr Kron gedurft, aber er hat es mir überlassen, weil er weiß, dass das mein Lieblingsthema ist.

Herr Möring, Sie haben eine tolle intellektuelle Leistung erbracht. Sie haben nämlich festgestellt, dass wir Ihren Antrag fast wortgleich übernommen haben. Herzlichen Glückwunsch!

Wir haben das deshalb getan - Martin Börschel hat gerade darauf hingewiesen -, weil es uns wichtig ist, zu schauen, wie die Förderung aussieht. Gibt es tatsächlich dafür 90 Prozent? Können wir uns das wirklich leisten?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist die einzige Frage, die sich die SPD stellt: Können wir uns das leisten? Wahnsinn! Das ist ja eine verkehrspolitische Meisterleistung!)

Indem wir in der heutigen Sitzung den gefassten Beschluss zur sechsspurigen Aufweitung ändern, schaffen wir faktisch eine neue Situation. Ausschlaggebend war für uns dafür Folgendes:

Erstens wollen wir keine Legendenbildung. Deshalb wollen wir, dass auf jeden Fall die Tunnellösung dahingehend geprüft wird, ob es dafür Geld gibt und, wenn ja, ob es 90 Prozent gibt. Wenn klar ist, dass es 90 Prozent dafür gibt, dann können wir gerne noch einmal über die Realisierung reden.

Uns ist aber noch ein zweiter Punkt wichtig. Herr Möring, ich glaube, diesen Punkt haben Sie eben zu geringgeschätzt. Wir möchten, dass noch einmal die Frage geprüft wird, ob wir an dieser Stelle tatsächlich eine BÜSTRA brauchen oder nicht. Die BÜSTRA ist dieses Ungetüm, das in der Diskussion steht und das im Wesentlichen aus Gründen der Verkehrssicherheit festgelegt wurde. Andere, wesentlich stärker frequentierte und von Schienen- und Straßenverkehr gekreuzte Kreuzungsbereiche in Köln funktionieren auch ohne BÜSTRA weitestgehend reibungslos und sicher.

Es erscheint uns deshalb zielführend, den Versuch zu unternehmen, die BÜSTRA-Anlage durch eine normale Verkehrssicherungsanlage zu ersetzen. Dabei soll der Vorrang der Nord-Süd-Stadtbahn erhalten bleiben, um den Kosten-Nutzen-Faktor nicht zu verringern und die Förderung der Gesamtmaßnahme nicht zu gefährden. Wir gehen sogar davon aus, dass eine VS-Anlage günstiger in der Einrichtung ist, sodass sich der Kosten-Nutzen-Faktor geringfügig verbessern könnte. Gleichzeitig kann von einer erhöhten verkehrlichen Leistungsfähigkeit mit einer VS-Anlage ausgegangen werden, da die Sperrzeiten für den motorisierten Individualverkehr verkürzt werden können. In diesem Zusammenhang gehört auch die Auffächerung der Rheinuferstraße auf sechs Fahrspuren auf den Prüfstand. Sollte sie entbehrlich werden, würde dies eine weitere deutliche Einsparung für die Stadt bedeuten.

Meine Damen und Herren, es wäre tatsächlich ein Treppenwitz der Geschichte, wenn sich zeigen würde, dass wir diese BÜSTRA gar nicht brauchen, dass es auch ohne sie geht und dass unsere Überlegungen bezüglich eines Tunnels und einer sechsspurigen Aufweitung gar nicht notwendig waren oder sind.

Zu guter Letzt sollte auch über eine Variante nachgedacht werden, die in Deutschland womöglich ein Novum darstellen würde, nämlich die Kombination aus einer BÜSTRA und einer Verkehrssicherungsanlage, und zwar vor dem Hintergrund, dass die Nord-Süd-Stadtbahn von Norden kommend aus einem Tunnel auf die Querung zufährt, während das von Süden aus nicht der Fall ist.

(Ulrich Breite [FDP]: Reden Sie eigentlich noch zum Antrag?)

- Das steht im Antrag, Herr Breite. Sie können doch lesen, oder? - Bei einem Jahrhundertbauwerk wie der Nord-Süd-Stadtbahn darf keine Möglichkeit außer Acht gelassen werden, auch wenn sie verkehrstechnisches und rechtliches Neuland bedeutet. Technisch erscheint eine derart kombinierte Steuerung möglich, wobei dieser Idee zugute kommt, dass die Einrichtung der dafür erforderlichen Software sowie der signaltechnischen Anlagen erst gegen Ende der zweiten Baustufe erforderlich wären.

(Ulrich Breite [FDP]: Das wissen wir doch alles! Alles geprüft!)

- Nein, das ist nicht alles geprüft, Herr Breite.

(Ulrich Breite [FDP]: Doch natürlich! Sie haben nicht aufgepasst!)

- Ach, Herr Breite. Wer schreit, hat unrecht!

(weiterer Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Herr Oberbürgermeister, können Sie Herrn Breite einmal sagen, dass er nicht die ganze Zeit herumbrüllen soll?

(Ulrich Breite [FDP]: Das darf man im Parlament!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dann müsste ich das aber auch der anderen Seite sagen.

Karl-Heinz Walter (SPD): Ja, der anderen Seite auch?

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Die andere Seite war vorhin noch viel lauter. Aber lassen Sie doch ruhig ein bisschen Leben in die Bude kommen.

Karl-Heinz Walter (SPD): Herr Breite, Sie können weiter brüllen. Herr Schramma möchte ein bisschen Leben in der Bude haben.

Meine Damen und Herren, wir schaffen eine neue Situation. Die sechsspurige Aufweitung wird vom Tisch sein, wenn Sie so stimmen. Wir stehen zu dieser Variante, weil wir sie weiterhin für eine gute Möglichkeit und einen gangbaren Weg halten. Wir haben auch deshalb eine neue Situation, weil das Unglück am Waidmarkt natürlich dazu führen wird, dass sich die erste Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn verzögern wird. Wir haben also ein wenig Zeit gewonnen, um die Finanzierung des Tunnels - es geht hier um 90 Prozent bei einem Volumen von ungefähr 100 Millionen Euro, Herr Möring - zu prüfen und natürlich auch die Frage zu klären, ob wir eine BÜSTRA brauchen oder ob es auch mit einer Vorrangschaltung beziehungsweise mit einer Kombination von BÜSTRA und Vorrangschaltung geht. Ich denke, das ist ein gangbarer Weg. Dafür werben wir.

Wir würden uns natürlich freuen, wenn Sie unserem Änderungsantrag zustimmen. Wir schlagen vor, dass der erste Teil des CDU-Antrags von: „Der Rat der Stadt Köln“ bis „zu stoppen“ separat und danach unser Änderungsantrag abgestimmt wird. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Können Sie noch einmal genau sagen, von wo bis wo. Ich habe das jetzt nicht gefunden. -

(Zuruf von Martin Börschel [SPD]: Der erste Satz, der Rest getrennt!)

Okay. Danke. - Frau Tull, bitte.

Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich finde die Debatte mittlerweile ziemlich peinlich. Die CDU beantragt hier:

Tunnel - egal, was es kostet. Der SPD weht ein bisschen Wind aus der Bevölkerung ins Gesicht, schon flüchtet sie sich in die Arme der Großen Koalition und ist jetzt auf einmal auch für einen Tunnel. Dass man hier ausschließlich über Ingenieurbauwerke redet und nicht darüber, welche Verkehrspolitik man in dieser Stadt machen will und welche anderen Lösungen es noch geben könnte, finde ich wirklich oberpeinlich und gemessen am Niveau dieses Rates auch ein bisschen armselig. Das muss ich ganz ehrlich an dieser Stelle einmal sagen.

Wir haben einen anderen Vorschlag gemacht. Wir haben gesagt: Wir setzen auf Verkehrsvermeidung. Wir halten auch den Effekt für sinnvoll und gut, dass der Durchgangsverkehr, der von Süden nach Norden und von Norden nach Süden fährt und beide Autobahnen verbindet, an dieser Stelle auf die Autobahn gelenkt wird. Diesen Verkehr wollen wir auf dieser Straße nicht. Wir wollen, dass alle Bäume stehen bleiben können. Wir wollen keine Aufweitung, wir wollen keinen Trog, und wir wollen schon gar nicht einen Tunnel.

Eine erneute Prüfung, ob es tatsächlich eine Querung nach dem Eisenbahnquerungsgesetz sein muss oder ob es nicht auch eine Regelung wie auf dem Ubierring tut, schadet nicht. Deswegen werden wir diesem Punkt des SPD-Antrags zustimmen. Wir sehen es allerdings ähnlich wie die FDP, die es, wie ich eben gehört habe, für fraglich hält, ob dabei etwas Sinnvolles herauskommt. Aber prüfen kann man das. Das wäre auf jeden Fall eine bessere Lösung als das, was außerdem dazu beantragt worden ist.

Für einen Trog und für einen Tunnel müssten alle Bäume gefällt werden, die Straße wäre für Jahre gesperrt, eine Baustelle würde an dieser Stelle ziemlich viel Ärger machen - und das alles, um einen eventuell auftretenden Stau zu vermeiden. Man muss sich hier auch einmal fragen: Was ist hier das Huhn und was das Ei? Tatsächlich geht es doch nur darum, dass dort eventuell ein Stau auftreten könnte. Aber sofort ist die Mehrheit des Rates offensichtlich bereit, 80, 90 oder 100 Millionen Euro zum Fenster hinauszuerwerfen. Das ist wirklich ungeheuerlich angesichts der Finanzsituation, in der wir uns befinden.

Wir wollen den Wählerinnen und Wählern keinen Sand in die Augen streuen und etwas prüfen lassen, was wir nicht wollen. Deswegen werden wir weder dem CDU-Antrag noch dem SPD-Antrag, das prüfen zu lassen, in diesem Punkt zustimmen. Wer von Finanzierung ein bisschen

Ahnung hat und sich anschaut, wie das Land und der Bund Projekte in Köln begleitet haben, weiß, dass das alles gedeckelt ist und all das, was ein bisschen in Richtung Luxus geht, sofort abgelehnt wird. Deswegen ist der CDU-Antrag auch völlig unlauter; denn genau das, was Sie an dieser Stelle beantragen, wird in keinem Fall so kommen. Das brauchen wir auch nicht prüfen zu lassen. Das weiß jeder hier im Saal. Wenn wir keinen Wahlkampf hätten, würde das überhaupt nicht auf der Tagesordnung stehen.

Die SPD will das jetzt prüfen lassen - gut, von mir aus; wenn Sie meinen, das wäre nötig. Sie gehen damit aber von Ihrer Linie ab. Ich finde es schade, dass Sie sich nicht näher auf uns zu bewegen, sondern stattdessen in dieser Frage Ingenieurlösungen den Vorrang geben, auf die CDU zugehen und dafür viel Geld ausgeben wollen. Aber gut, das ist Ihr Problem. Wenn Sie es nicht aushalten, dass Sie für die Lösung, die Sie vorgeschlagen haben, Ärger bekommen, dann tut es mir leid.

Wir beantragen, dass der erste Satz des CDU-Antrags, der da lautet: „Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die Ausbauplanung für einen 6-spurigen Ausbau der Rheinuferstraße im Bereich der Stadtbahnquerung zu stoppen“, getrennt abgestimmt wird. Wir beantragen des Weiteren getrennte Abstimmung für den SPD-Antrag; denn wir wollen Teil II. zustimmen, Teil I. werden wir ablehnen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist konsequent!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Jetzt spricht Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man erlebt hier noch richtig schöne Überraschungen. Das hat sicherlich auch mit dem Ergebnis der Europawahl zu tun. Deswegen ist die SPD wohl ein bisschen ins Grübeln gekommen und hat diesen Antrag hier eingebracht. Das kann man nur befürworten.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

Ich finde es gut, dass SPD und CDU jetzt gerade hier verhandeln. Ich hoffe, Sie kommen zu einer Einigung; denn die Menschen im Kölner Süden

wollen eine Tunnellösung. Wir sollten sie hier zustande bringen, egal, ob wir jetzt Wahlkampf haben oder nicht.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Wenn die SPD, Herr Ott, bei diesem wichtigen Thema eines Besseren belehrt worden ist, wenn sie jetzt erkennt, dass die Tunnellösung die bessere Lösung ist, dann sollte sie den Sprung gemeinsam wagen. Jetzt geht es darum, Prioritäten zu setzen, wie es der CDU-Antrag macht. Stattdessen reiben Sie sich hier an unterschiedlichen Formulierungen auf; Sie schreiben „prüfen“, die CDU schreibt „verfolgen“. Ich glaube, das können die Menschen nicht verstehen. Eine Lehre aus dem Ergebnis der Europawahl sollte für die SPD sein, zu erkennen, dass man mit Wortklauberei nicht weiterkommt. Die Menschen wollen, dass wir Entscheidungen treffen. Sie möchten einfach nicht mehr dieses Hin und Her, wie wir es gerade wieder bei der Diskussion um den Deutzer Hafen erlebt haben. Sie haben es satt, dass in Köln immer alles auf die lange Bank geschoben wird.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Sie haben auch das, was mit dem Großmarkt passiert, satt. Sie haben es einfach satt, dass immer alles aufgeschoben wird.

Deswegen habe ich die Rede meines SPD-Kollegen auch nicht verstanden. Darum habe ich ihn mit Zwischenrufen unterbrochen und gefragt: „Was wollen Sie denn?“ - Ihr Antrag macht doch deutlich: Sie wollen Ja sagen zur Tunnellösung. Dann sagen Sie doch Ja. Oder möchten Sie die Menschen für dumm verkaufen? Wenn Sie die Menschen für dumm verkaufen wollen, dann wird Ihr Ergebnis bei der Kommunalwahl vermutlich noch schlechter ausfallen als bei der Europawahl.

(Beifall bei der FDP! - Jochen Ott [SPD]: Wer verkauft denn wen für blöd, Herr Breite? Was Sie machen, ist purer Populismus!)

Die Menschen sind klug genug, zu erkennen, dass Sie hier Nebelkerzen setzen. Das werden sie nicht mitmachen. Da können Sie sicher sein. Also wundern Sie sich nicht.

Wenn Sie von der SPD sagen: Wir wollen den Tunnel nicht, dann schlage ich vor: Ziehen Sie Ihren Antrag zurück.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, genau!)

Denn ein solches Vorgehen brauchen wir nicht, und das brauchen auch die Bürger nicht. Die Bürger können im August eine Mehrheit wählen, die für die Tunnellösung ist. Das wird auch dabei herauskommen, wenn Sie in dieser Form agieren.

Ich kann verstehen, dass die Grünen darüber sauer sind; das ist für sie sicherlich eine schwierige Situation. Aber das, was ich bisher von der SPD gehört habe, war nur Wackelpudding. Ich hatte gedacht, jetzt käme bei der SPD ein bisschen Schub herein. Aber dann höre ich, dass Sie die Tunnellösung eigentlich doch nicht wollen. Dann hätten Sie auch darauf verzichten können, die Tunnellösung in Ihrem Antrag zu erwähnen. Ich glaube, das geht nach hinten los, insbesondere weil sich Ihr Oberbürgermeisterkandidat dafür ausgesprochen hat. Wie wollen Sie denn den Leuten erklären, was Sie eigentlich wollen? In dieser Hinsicht ist - das ist richtig - die Position der Grünen viel klarer. Aber nach der Europawahl mache ich mir keine Sorgen mehr; denn auch die Position der FDP ist deutlich: Wir möchten eine Tunnellösung. Dagegen wissen die Menschen, die für die SPD stimmen, gar nicht, was sie eigentlich will. Aber das ist mir auch recht. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Breite. - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Die U-Bahn ist jahrzehntelang geplant worden. Am Planungsprozess war die Bevölkerung nie in dem Maße beteiligt, wie ich es gut gefunden hätte. Ich hätte es gut gefunden, wenn die Bürger hätten abstimmen können, ob sie die U-Bahn wollen oder nicht. Ich meine, wir sollten uns einmal generell überlegen, ob wir nicht bei solchen Großprojekten eine Bürgerbefragung oder einen Bürgerentscheid durchführen sollten. Ich halte das für den richtigen Weg.

Der Planungsprozess zu diesem Projekt hat 20 Jahre gedauert. Ob jetzt richtig oder falsch geplant worden ist, sei einmal dahingestellt; aber es gibt eine Planung und die gilt für mich. Diese Planung wollen Sie jetzt einfach umwerfen. Sie

sagen: Dieser Planung verschaffen wir jetzt mit 90 Millionen Euro Raum. Obwohl Sie ganz genau wissen, dass wir die 90 Millionen Euro gar nicht haben, stellen Sie sich hier hin und sagen: Das machen wir mal in einem Federstrich.

Sie, meine Damen und Herren von CDU, FDP, SPD und auch Grünen, werfen der Linken ja immer vor, wir würden zu locker mit Geld umgehen und zu viel ausgeben wollen. Ich sage Ihnen: An dieser Stelle werden wir kein Geld ausgeben; wir werden für diesen Zweck kein Geld ausgeben. Ich sehe nicht ein, dass wir in Zeiten, in denen wir jede Menge soziale Probleme in dieser Gesellschaft bekommen werden, für diese Sache 90 Millionen Euro ausgeben. Dann müssen die Leute eben im Stau stehen.

Wir werden den Gesamtplan prüfen. Teil der Planung ist ja meines Erachtens auch, dass man dann, wenn der Park & Ride-Verkehr am Bonner Verteiler fertig ist und man schlussendlich sehen kann, wie dieses Projekt aufgestellt ist, prüft, ob es hier oder da ein Problem gibt. Wenn es ein Problem geben sollte, muss entsprechend nachgearbeitet werden. In dieser Hinsicht bin ich gerne bereit, im Diskussionsprozess zu bleiben. Jetzt aber ist für uns klar: Es muss so bleiben, wie es ist. Warum soll denn die BÜSTRA noch einmal geprüft werden? Sie ist doch schon geprüft worden. Sie ist sozusagen Kernbestandteil des gesamten Finanzierungsgeschäfts. Wenn man jetzt sagt, das könne man auch anders machen, dann werden wir - das weiß doch jeder hier - die Fördermittel nicht erhalten. Diesen Zusammenhang kennt doch jeder hier. Insofern sehe ich in einer solchen Prüfung keinen Sinn. Es muss bleiben, wie es ist. Wir brauchen keine sechsspurige Straße.

Insofern können wir dem einen berühmten Satz der CDU voll zustimmen, gar keine Frage. Ansonsten muss man halt sehen, wie man in zehn oder 15 Jahren mit diesem Problem umgeht, wenn es denn wirklich problematisch werden sollte. Vielleicht gibt es ja dann auch weniger Autos. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Dr. Müser, bitte.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt kommt der Trog-Löser!)

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nein, Frau Moritz, wir waren nicht von Anfang an für den Trog. Dafür war die CDU, vor allem die CDU in der Bezirksvertretung Innenstadt.

Wir danken natürlich der CDU und der SPD dafür, dass sie den Antrag vom Kölner Bürger-Bündnis aus der letzten Ratsdebatte jetzt übernehmen, und vor allem auch dafür, dass sie die Anträge vom Kölner Bürger-Bündnis und von der FDP aus den Bezirksvertretungen Innenstadt und Rodenkirchen endlich entdeckt haben. Das waren übrigens Anträge, denen die CDU-Bezirksbürgermeisterin von Rodenkirchen damals noch die Abstimmung verweigerte, sodass die CDU dort noch nicht einmal in der Lage war, dafür zu stimmen, dass eine Tunnellösung im Rahmen des Möglichen bleiben soll. Sie hat auch dem Antrag der Grünen in der Bezirksvertretung, der forderte, keine Fakten zu schaffen, die eine Tunnellösung unmöglich machen, die Abstimmung verweigert. Ihr Kehrtschwenk jetzt ist natürlich zu begrüßen. Es ist zu begrüßen, dass Sie sich der Initiative von Kölner Bürger-Bündnis und FDP anschließen. Das ist auch gut so.

Zu den Kosten beziehungsweise den Zuschusshöhen. Hätten Sie von SPD und CDU unserem Prüfauftrag, den wir bereits anlässlich der ersten Diskussion hier im Rat zur Abstimmung gestellt hatten, zugestimmt, lägen bereits heute die Fakten auf dem Tisch. Das haben Sie damals abgelehnt. Jetzt monieren Sie, es würden keine Daten vorliegen. Sie hatten das doch selbst in der Hand, aber Sie wollten diese Daten gar nicht haben. Von daher ist es geradezu scheinheilig, hier einen Prüfauftrag in den Raum zu stellen. Sie selbst sind schuld, dass diese fundamentalen Fakten nicht vorliegen. Aber das passt in die gleiche Linie, wie sie hier auch von Frau Tull verfolgt wird, die immer noch behauptet, dass alle Bäume gefällt werden müssten.

(Zuruf von Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen])

- Das behaupten Sie, Frau Tull, wider besseres Wissen. In der letzten Verkehrsausschusssitzung hat die Verwaltung eindeutig erklärt, dass bei einer Tunnellösung, wie wir sie vorgeschlagen haben, nämlich bei verkürzten Rampen, bei weitem nicht alle Bäume gefällt werden müssen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie viel denn?)

- Das weiß die Verwaltung nicht. Die Verwaltung sagt, dass es deutlich weniger sein werden als bisher gedacht.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: „Nur“ die Hälfte! 70?)

- Weniger als 70, Frau Moritz.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Noch weniger? Das ist ja „gar nichts“!)

- Sehen Sie, da kommen wir der Sache schon ein wenig näher. Diese Erkenntnis kommt zwar spät bei Ihnen, aber immerhin akzeptieren Sie das jetzt. Das freut mich schon sehr.

Die Verwaltung weiß das deswegen noch nicht genau, weil ihr bisher nur die Planungen der KVB vom Sommer letzten Jahres vorliegen. Sie hat keine eigenen Planungen zu einer kurzen Rampenlösung angestellt. Deswegen liegen ihr auch keine Daten dazu vor. Wie gesagt: Wir haben diese Unterlagen eingefordert, wir wollten die Fakten wissen. Sie wollten das bisher nicht.

Wir haben in Rodenkirchen bereits die Prüfung einer möglichst kurzen Tunnellösung, also mit einem möglichst kurzen Deckel, in Auftrag gegeben. Uns wurde von der Verwaltung zugesagt, dass wir die Informationen, gerade auch zu den Baumfällungen und den Kosten, bekommen. Wenn hier nun im Rat eine große Tunnellösung, also mit einem Deckel, der auch den Friedenspark zum Rheinufer zugänglich macht, favorisiert wird, umso besser. Dann erhalten wir auch Daten zu den Alternativen und können zu gegebenem Zeitpunkt intelligent darüber entscheiden. Wir begrüßen auf jeden Fall diese Initiative. - Herzlichen Dank.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Müser. - Herr Börschel hat noch einen Vorschlag.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will natürlich dem Wunsch des Kollegen Breite sehr gerne nachkommen und noch einmal erläutern, welches Ziel wir mit unserem Änderungsantrag verfolgen.

Dazu müssen wir noch einmal auf die Ursache zurückkommen, warum wir dieses Kreuzungsproblem überhaupt haben. Das ist in vielen Debatten in den vergangenen Monaten

und Jahren schon thematisiert worden. Ursächlich dafür ist, dass seinerzeit, vor vielen Jahren, gegen jeden Expertenrat in einer Nacht-und-Nebel-Aktion von CDU und FDP die Trassenführung geändert worden ist. Das gehört zur Wahrheit dazu. Das ist die Ursache allen Übels.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der FDP)

Vor dem Hintergrund dieses Problems

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

hat es dann eine sehr umfangreiche Untersuchung der Verwaltung und auch von externen Sachverständigen gegeben, die zu folgendem Ergebnis geführt hat: Zur Minimierung der Probleme haben der Oberbürgermeister und der Stadtentwicklungs- und Verkehrsdezernent diesem Rat eine Auffächerung auf sechs Spuren vorgeschlagen. Der von Herrn Oberbürgermeister Schramma und Herrn Streitberger vorgeschlagenen Auffächerung hat die SPD zugestimmt, während sich die Mehrheit des Hauses enthalten hat. So kam es zu dem Umstand, dass 29 von 91 Stimmen eine Auffächerung beschlossen haben.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und wir haben dagegen gestimmt! Das wäre auch eine Erwähnung wert!)

- Pardon, das wusste ich nicht auswendig. Die Grünen haben dagegen gestimmt. - Da sich CDU und FDP enthalten haben, führte das dazu, dass 29 Stimmen zu einer relativen Mehrheit dieses Rates und damit zu diesem Beschluss geführt haben.

Wir wissen natürlich - in Vorbereitung auf diese Ratssitzung haben wir ja mit dem einen oder anderen geredet -, dass die Mehrheit von CDU, von den Grünen und vermutlich auch von der FDP gemäß Satz 1 des CDU-Antrags den damaligen Ratsbeschluss, dem Oberbürgermeister Schramma und SPD zugestimmt haben, heute stoppen werden. Das heißt, Sie werden durch einen übereinstimmenden Beschluss der Mehrheit dieses Rates sagen: Diese Variante soll nicht weiterverfolgt werden. Nachdem das heute vom Tisch sein wird - wir wissen, dass Sie dem zustimmen werden und damit den alten Ratsbeschluss verändern -, gibt es denknotwendigerweise, nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder es ändert sich nichts,

oder man macht einen Tunnel. Die Grünen möchten, dass sich nichts ändert. Die CDU möchte - das hat Frau Tull völlig richtig dargestellt - den Tunnel um jeden Preis; koste es, was es wolle.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das stimmt nicht!)

Der Unterschied ist, dass wir überlegen, wie man mit dieser Situation umgehen kann. Denn: Wir möchten den Tunnel nicht um jeden Preis. Für die SPD kommt ein Tunnel nur unter zwei Voraussetzungen infrage, nämlich wenn es erstens eine volle Bezuschussung der jeweiligen Zuschussgeber gibt - die Quote wird sich ja vermutlich von 90 auf etwa 85 Prozent verringern - und wenn zweitens durch eine solche Tunnellösung die Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn nicht gefährdet ist.

Während sich die CDU in ihrem Antrag festlegt und sagt: Wir wollen diese Variante verfolgen, sagen wir: Die Tunnellösung kommt für uns nur dann infrage, wenn diese beiden Voraussetzungen erfüllt sind. Deshalb haben wir uns erlaubt, die Prüfaufträge der CDU - das haben wir ja offen bekannt - in unseren Antrag zu kopieren, sie aber mit einem anderen Wort einzuleiten. Während Sie von der CDU sagen, wir wollen das auf jeden Fall, möchten wir, dass erst einmal die Fakten dargestellt werden. Zur Darstellung der Fakten gehört selbstverständlich auch eine Ausarbeitung. Ohne eine solche Ausarbeitung kann man die dafür erforderlichen Kosten nicht prüfen - wir glauben, gerade mit der dicken Tunneldecke werden die Kosten eher bei 80 als bei 40 Millionen Euro liegen.

(Zuruf: Nur der Herr Müser weiß es jetzt schon!)

- Nur Herr Müser kennt jetzt schon den genauen Preis. - Erst auf dieser Grundlage lässt sich sagen, wie viel die 85-prozentige Förderquote von Land und Bund ausmacht und wie viel an der Stadt Köln hängenbleibt?

Um es noch einmal klar zu sagen: Einen Tunnel aus rein kommunalen Mitteln, also aus den Steuerzahlungen der Kölner Bürgerinnen und Bürger, wollen wir nicht. Wir wollen diese Variante nur dann, wenn es eine volle Bezuschussung und keine Verzögerung beim Bau der Nord-Süd-Stadtbahn gibt. Das ist schon ein klarer Unterschied.

Mit unserem Änderungsantrag verfolgen wir aber noch ein zweites Ziel. Um keine Zeit zu verlieren,

wollen wir uns auch auf die Situation vorbereiten, wenn sowohl die Prüfung durch die Stadtverwaltung als auch die Förderungsanfrage bei den Landes- und Bundesbehörden nicht das gewünschte Ergebnis bringen. Sie, Herr Kollege Möring, sind eben einer Antwort auf die Frage ausgewichen, was wir machen, wenn es keine Bezuschussung für den Tunnel gibt oder wenn sie nicht rechtzeitig erfolgen kann. Das kann zur Folge haben, dass dadurch die Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn gefährdet wird.

Vor diesem Hintergrund haben wir in Ziffer II. unseres Änderungsantrags geschrieben, dass zeitgleich noch eine andere Lösung verfolgt werden muss. Wenn dieser Fall eintreten sollte - das liegt ja im Rahmen des Möglichen - und wenn die CDU dann immer noch dabei bleibt und sagt: Wir wollen den Tunnel um jeden Preis, wären wir darauf vorbereitet und würden sagen: Wenn es keine volle Bezuschussung gibt, wollen wir den Tunnel nicht, sondern dann wollen wir, da Sie ja heute die Auffächerung wegstimmen werden, die bestmögliche Lösung, sozusagen die zweit- oder drittbeste Lösung.

Es wurde hier die Frage gestellt, warum diese BÜSTRA - das hat Kollege Walter eben schon erklärt - noch einmal geprüft werden muss. Antwort: Weil wir diesen Kreuzungsverkehr noch optimieren müssen. Dass er nicht optimal ist, ist doch völlig logisch. Ansonsten hätten wir damals nicht gemeinsam mit Herrn Streitberger und Herrn Schramma die Auffächerung der Straße beschlossen.

Das alles soll so schnell wie möglich gemacht werden, meinetwegen noch vor der Kommunalwahl, wenn Sie das alles hinbekommen. Aber es soll eben nicht nach dem Motto verfahren werden: Augen zu und durch; koste es, was es wolle. In diesem Fall hat zur Abwechslung einmal Ihr Oberbürgermeisterkandidat recht, der gefordert hat, in dieser letzten Ratssitzung keine Beschlüsse zu fassen, die die Kölner Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zig Millionen Euro kosten können. Das wollen wir auch nicht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Walter Grau [CDU]: Das ist doch kein Baubeschluss! - Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Börschel. - Herr Möring hat sich noch einmal gemeldet.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister, bevor ich auf das Plädoyer des Rechtsanwalts Börschel antworte, würde ich gerne von Herrn Streitberger wissen wollen, wie vonseiten der Verwaltung das Thema BÜSTRA beurteilt wird. Wäre das möglich?

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich denke schon.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Die haben wir doch schon oft gehört!)

Karsten Möring (CDU): Ja, aber es scheint jetzt offensichtlich eine große Rolle zu spielen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Manche wollen das eben gerne noch einmal hören. Vielleicht gibt es ja auch neue Erkenntnisse.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Man kann es nicht genug hören!)

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die BÜSTRA-Anlage ist planfestgestellt. Damit ist sie sozusagen für uns gesetzt. Wir haben seinerzeit, im Vorfeld der Planfeststellung, sehr intensiv versucht, sowohl mit der Bezirksregierung als Kölner Planfeststellungsbehörde, mit der Technischen Aufsichtsbehörde Düsseldorf als auch mit der KVB über eine andere technische Lösung, also eine Verkehrssteuerung, zu sprechen. Das ist nicht gelungen. Das muss man deutlich sagen. Die Bezirksregierung hat darauf bestanden, dass diese BÜSTRA-Anlage planfestgestellt wird. Die Technische Aufsichtsbehörde hat gesagt: Ohne BÜSTRA-Anlage entfallen alle Fördervoraussetzungen für das Projekt Nord-Süd-Stadtbahn. Das war auch für mich eine sehr harte Entscheidung, weil es dabei natürlich auch darum geht, inwieweit wir beweglich bleiben, um die möglichen Probleme an dieser Querung zu minimieren.

Heute ist mir ein neues Projekt vorgestellt worden. Herr Walter, wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist diese Kombination aus BÜSTRA und VS-Anlage für den halben Tunnel vorgesehen - so habe ich das gelesen -, und zwar für den Tunnel auf der östlichen Seite der

Straße. Auf der westlichen Seite soll es das nicht geben. So habe ich Herrn Walter verstanden.

(Martin Börschel [SPD]: Nein! -
Heiterkeit bei der FDP)

Das wäre in der Tat etwas ganz Neues. Das müsste man in der Sache noch prüfen.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir noch einen Vorschlag - Sie wissen ja, dass ich mich in dieser Angelegenheit sehr engagiert habe -: Wenn Sie diese Beschlüsse heute fassen, würde ich sehr gerne der Beurteilung dieser oder jener Anlage auch noch die Beurteilung des sechsstreifigen Ausbaus gegenüberstellen. Ich glaube, diese Information wird Ihnen weiterhelfen. Nach meinem Dafürhalten wird der sechsstreifige Ausbau immer wieder wegen des Eingriffs in das Grün zu negativ dargestellt. Für mich ist er der Garant dafür, dass wir die Allee erhalten können. Beim Bau eines Tunnels ist die Allee weg. Das sollten wir alle wissen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Möring noch einmal.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Börschel, auch wenn Sie weit in die Vergangenheit zurückgegangen sind, muss man doch zunächst einmal eines klar feststellen: Die jetzige Linienführung gewährleistet, dass der Kosten-Nutzen-Faktor für die Nord-Süd-Stadtbahn aufrechterhalten werden kann. Bei einer Lösung über den Gürtel hätten wir schon zum jetzigen Zeitpunkt einen Faktor unter 1. - Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt. Bei allen Debatten, die wir bisher zu diesem Thema geführt haben, galt für uns immer die Prämisse, dass sich daraus nicht eine Verzögerung der Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn ergeben darf und dass wir nicht in die Planfeststellung eingreifen, die die Nord-Süd-Stadtbahn betrifft. Herr Streitberger hat eben noch einmal genau erläutert, warum das im Zusammenhang mit der BÜSTRA der Fall wäre, abgesehen davon, dass sich daraus auch noch andere Konsequenzen ergeben würden.

Deswegen ist dieser Rettungsanker in Ihrem Antrag beziehungsweise die Berufung darauf sachlich absolut nicht tragbar. Es gibt jetzt nur zwei Möglichkeiten: Entweder machen wir es so, wie wir es jetzt machen wollen, wobei die

Aufweitung auch noch zu einem späteren Zeitpunkt realisierbar wäre, wenn man sie nicht von vornherein will. Oder aber wir entscheiden uns für die Tunnellösung. Diese müssten wir allerdings jetzt angehen. Ich sage ausdrücklich: angehen.

Sie versuchen, uns auf etwas festzulegen, was wir nicht beantragt und nicht gesagt haben. Es geht nicht darum, den Tunnel um jeden Preis zu realisieren. Sie haben eben zugespitzt formuliert: 90 Prozent Zuschuss oder volle kommunale Finanzierung. Dazwischen liegt aber immerhin noch eine Spanne von 90 Prozent.

Ich habe in meinem Redebeitrag vorhin genau gesagt, wie ich mir das vorstelle. Wir brauchen eine Kostenermittlung. Dafür muss die Verwaltung einen Planungsauftrag haben.

(Martin Börschel [SPD]: Das steht in
unserem Antrag auch!)

- Nein, Sie sagen: Prüfauftrag.

(Martin Börschel [SPD]: Das gehört
doch zum Prüfen dazu! Das ist doch
darin enthalten!)

- Nein, das ist nicht so. Ein Planungsauftrag ist eine Art Notanker, damit wir, falls die Verwaltung zu dem Ergebnis kommt, dass das zu teuer wird, sagen können, dass wir den Tunnel nicht bauen. Wenn sie aber zu dem Ergebnis kommt, es ist finanziell machbar, den Tunnel zu bauen, dann müssen wir jetzt Entscheidungen treffen.

(Martin Börschel [SPD]: Sie sagten
doch gerade, dass Sie keine
Entscheidungen treffen! Das
widerspricht sich doch!)

Sie wissen doch aus den Diskussionen des letzten Jahres ganz genau, dass wir, wenn wir bestimmte Maßnahmen nicht zügig auf den Weg bringen, später immense Verteuerungen und Zeitverzögerungen bei einem solchen Tunnelbau in Kauf nehmen müssen. Deshalb gehören auch die Maßnahmen auf den Prüfstand, die in Angriff genommen werden müssen wie zum Beispiel die letztes Jahr von Ihnen noch abgelehnte Vorsorgemaßnahme. Auch das muss in das Ergebnis einfließen. Die Verwaltung erhält von uns den Planungsauftrag, festzustellen, wie viel es kosten wird, wenn wir den Tunnel bauen, wie die Finanzierung aussehen könnte und welche anderen Möglichkeiten wir uns offenhalten müssen. Das Ergebnis muss sie uns dann vorlegen.

Wenn wir heute keine Entscheidung treffen, dann ist es vorbei. Wenn wir der Verwaltung nur einen Prüfauftrag erteilen, gewinnen wir nicht mehr Zeit.

(Martin Börschel [SPD]: Entweder Sie entscheiden oder Sie entscheiden nicht, Herr Möring! Sie widersprechen sich!)

Im Gegenteil: Mit einem Prüfauftrag verschwenden wir Zeit. Damit kommen wir nicht zum Ziel. Deswegen haben wir gesagt: Wir wollen einen Planungsauftrag. Das ist - das sage ich noch einmal - kein Bauantrag. Halten Sie uns nicht vor, wir würden den Tunnel um jeden Preis wollen. Ich sage hier dezidiert: Wir wollen ihn nicht um jeden Preis. Ich gehe von einer Mischfinanzierung aus. Über die Details sprechen wir erst, wenn wir über einen Bauantrag sprechen.

Also: Verschwenden Sie keine Zeit! Stimmen Sie für eine Lösung, die wirklich zukunftsfruchtig ist! Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann stehen wir vor einer ziemlich komplizierten Abstimmung.

Als Erstes werden wir über den Änderungsantrag abstimmen. Es wurde gewünscht, diesen getrennt abzustimmen. Zur Sicherheit will ich noch einmal nachfragen: Es wurde vonseiten der SPD eben beiläufig gesagt, dass Sie die Punkte aus dem CDU-Antrag übernommen haben.

(Martin Börschel [SPD]: Mit einem Unterschied!)

- Nicht nur der erste Satz?

(Martin Börschel [SPD]: Und eine Ziffer 10!)

- Und die Ziffer 10. Okay. Das hatten Sie vorhin nicht gesagt. Deswegen wollte ich das noch einmal richtigstellen.

Bitte, Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir stellen gerade fest, dass wir uns möglicherweise doch auf eine gemeinsame Linie einigen können. Wir beantragen deshalb eine kurze Auszeit, um darüber zu beraten.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Fünf Minuten?

Winrich Granitzka (CDU): Fünf Minuten dürften reichen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dann unterbreche ich die Sitzung für fünf Minuten.

(Unterbrechung von
16.07 Uhr bis 16.21 Uhr)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet. - Haben Sie eine Einigung erzielen können?

Karsten Möring (CDU): Wir wollen den Versuch machen, einen Text zu finden, der unsere Intentionen so widerspiegelt, dass die drei Fraktionen, die das grundsätzlich befürworten wollen, damit leben können. Um eine erneute Sitzungsunterbrechung zu vermeiden, bitten wir darum, die Beschlussfassung zu diesem Antrag zurückzustellen und die anderen Anträge vorzuziehen. Wir brauchen noch ein bisschen mehr Zeit, den Beschlusstext zu formulieren.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das heißt, wir stellen das an das Ende der Anträge heute.

Karsten Möring (CDU): Ja.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Darüber muss ich abstimmen lassen, ob es Einvernehmen beziehungsweise eine Mehrheit dafür gibt. Wer ist damit einverstanden, dass wir diesen Punkt jetzt unterbrechen und am Ende der Anträge zur Abstimmung wieder aufrufen? - Wer ist dagegen? - Keiner. Enthaltung? - Auch keiner. Dann machen wir es so.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.6 auf:

**2.1.6 Antrag der FDP-Fraktion betreffend
„Public Viewing anlässlich der FIFA-
Weltmeisterschaft 2010“
AN/0986/2009**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1192/2009**

Herr Repgen, bitte.

Dietmar Repgen (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir erinnern uns gern an die Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland 2006 und an die große Begeisterung überall in Deutschland. Köln war damals einer der sogenannten Hotspots. Köln war nicht nur einer der 13 Austragungsorte, sondern auch ein besonders beliebter Anlaufpunkt für Fans aus aller Welt.

Im kommenden Jahr wird erneut die Fußballweltmeisterschaft ausgetragen. Die Begeisterung für den Fußball ist in Köln außerordentlich groß. Das kann man in diesen Tagen unter anderem daran ablesen, dass zum ersten Training von Lukas Podolski als Wiederkehrer zum 1. FC Köln über 20 000 Zuschauer aus Köln und dem Umland angereist sind.

Das bedeutet für uns, dass wir Raum schaffen müssen für das offensichtliche Bedürfnis der Menschen, sich für den Fußball zu versammeln und gemeinsam zu feiern. Nicht allein deshalb gibt es für das Public Viewing, wie es landläufig genannt wird, ja auch die Kölsche Übersetzung „zusamme lure“. Mit anderen Worten: Wir brauchen ein breites Angebot in Köln; denn auch hier kann Köln mehr.

Meine Damen und Herren, Köln nennt sich Stadt der Events. In den kommenden zwei Wochen werden wir wieder zwei Großereignisse in der Innenstadt stattfinden: am kommenden Wochenende der Christopher-Street-Day und am darauffolgenden Wochenende die Kölner Lichter.

Wir als Stadt Köln sind an Großereignisse gewöhnt. Deshalb sehen wir es als zwingend an, ein breites Angebot zu schaffen, um die offensichtlich große Nachfrage während der Fußballweltmeisterschaft im nächsten Sommer befriedigen zu können. Das Platzkonzept ist zu eng. Das haben wir schon mehrfach festgestellt, zuletzt in der letzten Sitzung, als wir über die Konzerte auf dem Roncalliplatz im September gesprochen haben.

Wir appellieren an die SPD und die Grünen: Man kann nicht immer von vornherein alles verbieten, wie Sie es mit Ihrem Änderungsantrag tun, in

dem Sie die Innenstadt beziehungsweise zumindest den Kern der Innenstadt kategorisch aus dem Platzkonzept ausschließen.

(Michael Zimmermann [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Sie haben ein Feigenblatt in Ihren Änderungsantrag mitaufgenommen, nämlich das Gebiet südlich der Messe, das Barmer Viertel. Das reicht uns nicht. Wir wollen, dass die Leute auch im Zentrum feiern können. Sie werden es ohnehin nicht vermeiden können, dass die Leute auch in die Innenstadt ziehen. Die Innenstadt wird während der Fußball-Weltmeisterschaft im nächsten Jahr sowieso brummen. Insofern würden wir uns freuen, wenn Sie uns hier ein wenig entgegenkommen.

Wir haben im Vorfeld der Ratssitzung versucht, gewisse Gemeinsamkeiten auszuloten. Da hat sich eine Linie entwickelt. Letztendlich geht es nur darum: Innenstadt, ja oder nein. Ich finde, man kann sie hier nicht a priori ausschließen.

(Michael Zimmermann [SPD]: Das tut doch keiner! Lesen Sie mal den Antrag!)

Die Innenstadt als zentraler Teil der Stadt ist als Versammlungsort auch bei solchen Großereignissen ein wichtiger Bestandteil Kölns, der Stadt der Events. Insofern würde ich mich freuen, wenn wir uns ähnlich wie bei dem vorangegangenen Antrag noch im Rahmen der Debatte auf eine Lösung einigen könnten, die allen gerecht wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Repgen. - Herr Bosbach, bitte.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Wolfgang, du bist doch eigentlich Schwimmer!)

Wolfgang Bosbach (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Fußballmannschaften, die sich verbessern wollen, versuchen, Fehler abzustellen. Gelingt dies, kann sich der Erfolg einstellen. Das gleiche Prinzip gilt auch für die Politik. Wenn man sich verbessern möchte, sollte man Fehler nicht wiederholen; denn durch eine Wiederholung bleibt der Mangel noch besser im Gedächtnis.

Insofern hat die FDP mit Ihrem Antrag zum Public Viewing ein Eigentor geschossen.

Abermals zielt Sie auf den Innenstadtbereich mit seinen schönen Plätzen ab. Sicher, Public Viewing vor dem Panorama der Altstadt hätte seinen Reiz. Aber genau weil die Innenstadtplätze ihren Reiz haben, müssen sie geschützt werden. Deshalb gibt es das Platzkonzept, und das ist auch gut so. Das bleibt unangetastet.

Jede Wette: Ihren Antrag hat die FDP nicht mit den zahlreichen Anwohnern der Innenstadt abgestimmt. Die Quittung wird nicht lange auf sich warten lassen. Ein klassisches Eigentor, völlig unnötig. Wir haben in Köln viele andere Möglichkeiten.

(Marco Mendorf [FDP]: Die Leute sehen das aber anders!)

Ich will noch auf einen anderen Aspekt eingehen. Im FDP-Antrag heißt es lapidar: die Ausnahmegenehmigung vom Land einholen und Kontakt mit dem Innenministerium aufnehmen. Sie tun so, als würden bei der Landesregierung die Ausnahmegenehmigungen nur so herumliegen und als könnte man sie einfach dort abholen. Vielleicht haben Sie ja besonders gute Kontakte zum Innenminister, weil auch er das FDP-Parteibuch hat. Ich glaube allerdings, auch er wird Ausnahmegenehmigungen nicht einfach so ausstellen. Ein weiteres Eigentor.

Nachdem wir durch Ihren Antrag in Köln schon null zu zwei zurückliegen, müssen wir schauen, wie wir das Thema in einen Sieg umwandeln können.

Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, soll es zur Fußball-WM 2010 in Südafrika auch in Köln wieder Public Viewing geben. Dieses klare Bekenntnis gebe ich hier unmissverständlich für die SPD ab.

Erstens. Der Antrag muss breiter formuliert werden und an die Vorbereitungen ansetzen, die für das Public Viewing 2008 - mein Vorredner hat darauf hingewiesen - geleistet wurden. Wir haben die Lanxess Arena, wir haben das Rheinenergie-Stadion, wir haben das Südstadion, und wir haben die Fläche zwischen Messe und Deutzer Bahnhof. Wir sind sicher, da ist ein Treffer dabei. Damit verkürzen wir auf eins zu zwei.

Zweitens. Im Vordergrund der Suche nach einem geeigneten Standort steht nicht die Zentrumsnähe, sondern die Abwägung aller relevanten Aspekte. Die rechtlichen Voraussetzungen müssen vorliegen, die dafür

notwendigen Kapazitäten müssen vorhanden sein, die ordnungsrechtlichen und polizeilichen Erfordernisse müssen erfüllt sein, und, nicht zu vergessen, auch die Anwohnerinteressen müssen gewahrt sein. Damit haben wir ausgeglichen auf zwei zu zwei.

Nun kommt der entscheidende Punkt, bei dem unser Änderungsantrag ins Spiel kommt. Das Public Viewing 2008 hat aus unserer gesamtstädtischen Sicht vor allem deswegen so viel Freude gemacht, weil es haushaltsneutral war. Weil wir wissen - dafür muss man kein Hellseher sein -, dass 2010 mit Sicherheit in finanzieller Hinsicht nicht einfacher wird als 2008 - alle Experten sagen, dass es viel schwieriger wird -, legen wir ganz besonders Wert darauf, dass die Steuerzahler das nicht bezahlen müssen. Das heißt, die Fans werden an einem zentralen Platz gemeinschaftlich Fußball schauen und feiern können. Darüber hinaus werden sie das auch in der ganzen Stadt tun können, sei es in Kneipen, in Biergärten, in Kirchen, in Klubheimen. Das ist doch mittlerweile schon geübte Praxis in Köln. Damit spricht, wie ich glaube, alles für unseren Antrag. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Bosbach. - Frau Thelen für die Grünen, bitte.

Elisabeth Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wolfgang Bosbach hat schon vieles von dem gesagt, was hier auf meinem Zettel steht. Von daher versuche ich, mich ganz kurz zu fassen.

Im Mittelpunkt des Antrags der FDP steht wieder einmal ein Angriff auf das Platzkonzept. Dieses Mal nutzt sie dafür das populäre Thema Fußball-Weltmeisterschaft. Das Platzkonzept ist ja ein Hassthema der FDP. Dass Sie das hier jetzt wieder angreifen, macht mich richtig sauer. Denn mit dem Platzkonzept ist es uns endlich gelungen, die Veranstaltungen und Spektakel, die auf den Innenstadtplätzen stattfinden, sinnvoll zu steuern. Damit wird zum einen mehr Qualität erreicht, zum anderen können damit auch die Interessen der Anwohner besser gewahrt werden. Kaum kommt König Fußball daher, greifen Sie wieder Ihr altes Feindthema auf und versuchen, sich als Spaßpartei in Szene zu setzen.

Zur Sache. Eine Fokussierung auf die Innenstadt in Zusammenhang mit dem Thema Public Viewing ist nicht nachvollziehbar. Wir reden hier von Großveranstaltungen. Sie haben die beiden Großveranstaltungen genannt, die am nächsten und am übernächsten Wochenende in der Innenstadt stattfinden werden. Bei der Fußball-WM geht es jedoch um einen anderen zeitlichen Rahmen. Sie wollen eine Großveranstaltung auf die Innenstadtplätze holen, die mehr als zwei Wochen dauern wird. Wir meinen: Das verträgt sich nicht mit dem Platzkonzept.

Wir haben in unserem Änderungsantrag vier zentrumsnahe, große Flächen genannt. Die Interessenten können sich also überlegen, ob sich für sie eine Public-Viewing-Veranstaltung dort lohnt. Im Rheinenergie-Stadion - das wissen wir - wird es tatsächlich haushaltsneutral sein; es fällt für die Gesellschaft sogar ein Gewinn für die Vermietung ab.

Über die vier genannten Angebote hinaus wird es in Biergärten, Kneipen, Bürgerzentren, Vereinsheimen, überall in der Stadt möglich sein, gemeinschaftlich Fußball zu schauen. Ich persönlich und viele andere Kölnerinnen und Kölner ziehen das den Großveranstaltungen mit mehr als 1 000 Teilnehmern vor. Deswegen bitte ich Sie, den gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen zu unterstützen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Thelen. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Da die beiden Anträge jeweils unterschiedliche Schwerpunkte setzen, müssen wir auch über beide abstimmen.

Zuerst stimmen wir über den Änderungsantrag von SPD und Grünen ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen und die Linke. Gegenstimmen? - Bei der FDP, der CDU, pro Köln und Dr. Müser. Enthaltungen? - Eine Enthaltung.

Jetzt stelle ich den Antrag der FDP zur Abstimmung. Wie gesagt, da er einen anderen Schwerpunkt setzt, müssen wir auch darüber abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, FDP, pro Köln, Herr Dr. Müser und meine Stimme. Gegenstimmen? - Gegen die SPD, die Grünen und die Linke. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Es wird also breit geprüft. Das heißt, es werden auch Plätze geprüft, die in der Innenstadt liegen, aber die Schwerpunktsetzung liegt anderswo. So habe ich das verstanden.

Wir kommen zu:

2.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Begrenzung der Haftung der Stadt Köln für Mietforderungen des Oppenheim-Esch-Fonds bezüglich der Bauprojekte ‚Neue Messehallen‘ und ‚Umbau der RTL-Hallen‘“ AN/1112/2009

Hierzu spricht Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In den letzten Wochen überstürzen sich die Ereignisse. Eine Gutachterin des Europäischen Gerichtshofs bemängelt die fehlende Ausschreibung beim Bau der neuen Messehallen, und das Bankhaus Sal. Oppenheim gerät unter Beschuss.

Es tut sich etwas - nur nicht im Rat der Stadt Köln. In stoischer Gelassenheit wartet man auf das Urteil aus Brüssel und plant 22 Millionen Euro Mietkosten, die die Koelnmesse nicht zahlen kann, schon einmal in den Haushalt ein.

Inzwischen werden die zwielichtigen Geschäfte des Bankhauses Sal. Oppenheim und des Esch-Oppenheim-Fonds immer offensichtlicher. Ein bekanntes Nachrichtenmagazin spricht davon, dass der Verlust an Vertrauenskapital für Sal. Oppenheim am Ende noch größer sein kann als der wirtschaftliche Schaden, den sich das Bankhaus im Zusammenhang mit dem Engagement bei Arcandor selbst zugefügt hat - womit es Tausende von Arbeitsplätzen in Gefahr bringt.

Hier schließt sich der Kreis. Meine Damen und Herren, wissen Sie eigentlich, dass nicht nur der Oppenheim-Banker Matthias Graf von Krockow persönliche Anteile an den Messehallen besitzt, sondern auch Dr. Thomas Middelhoff und jene Frau Madeleine Schickedanz, die bei der Karstadt-Krise den Tränen nahe war? Sie alle sind Anteilseigner der Messehallen.

Wissen Sie, dass die fünf Kaufhäuser, die der Esch-Oppenheim-Fonds von Karstadt kaufte und dann rückvermietete, eine ähnlich hohe Mietlast tragen müssen wie die Stadt Köln? Bei über 20 Millionen Euro kann Karstadt darüber Konkurs

gehen - die Stadt Köln dagegen nicht. Der Kölner Steuerzahler kann bis 2035 Jahr für Jahr zahlen. Das ist der große Unterschied zwischen Karstadt und der Stadt Köln.

Dies wollen wir als Linke nicht weiter haben. Deshalb hat die Fraktion Die Linke den Antrag gestellt, mit dem Bankhaus Sal. Oppenheim in Verhandlungen zu treten.

Ich möchte eine eidesstattliche Erklärung zitieren, die Graf Krockow in einem Gerichtsprozess abgegeben hat:

Die Mietforderung wird unter Berücksichtigung der entsprechenden Indexsteigerung unter 700 Millionen Euro liegen.

Damit waren die Messehallen gemeint.

Herr Oberbürgermeister, Ihre Amtszeit läuft jetzt aus. Ich frage Sie: Was haben Sie unternommen? Sie treffen die Oppenheim-Leute doch öfter als alle anderen.

Und ich frage Herrn Börschel: Was tun Sie? - Diese Frage darf ich auch deshalb stellen,

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]:
... weil er sie auch häufig trifft!)

weil Herr Börschel, der im Moment nicht hier ist, mit den Stimmen der Linken zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Sparkasse KölnBonn gewählt worden ist.

Alle Ratsmitglieder sollten sich dagegen wehren, dass sich die verantwortlichen Akteure, die sich mit den Geschäften bereichert haben, ähnlich wie bei Karstadt aus der Verantwortung stellen. Es ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, etwas dagegen zu unternehmen, dass sie verschwinden.

Stellen Sie sich also vor, dass Brüssel gegen Köln entscheidet. Dann hat die Stadt Köln einen doppelten Verlust: eine zu hohe Miete und zusätzlich eine zu zahlende Strafe.

Wenn Graf Krockow von 700 Millionen Euro spricht, muss man ihn auch beim Wort nehmen.

Frau Moritz hat in der Presse erklärt, man habe schon verhandelt. Komischerweise weiß der Verwaltungsratsvorsitzende der Sparkasse davon nichts. Vielleicht weiht Frau Moritz Herrn Börschel ja in dieser Beziehung ein.

In unserem Antrag fordern wir in Punkt 1 eine Deckelung der Mietkosten auf höchstens

700 Millionen Euro und in Punkt 2 einen Schadensausgleich bzw. eine Beteiligung an den Schulden der Sparkasse durch das Bankhaus Sal. Oppenheim in Form einer stillen Einlage bzw. den Erwerb von Genussrechten, wie das im Bankwesen so schön heißt.

Sie wollen doch immer das Eigenkapital der Sparkasse erhöhen. Das haben Sie hier im Rat der Stadt Köln ja schon öfter gemacht. Damals haben wir immer dagegen gestimmt. Jetzt versuchen wir Ihnen einen Weg aufzuzeigen, wie Sie es wieder machen können - diesmal mit unseren Stimmen. Es wäre ein möglicher Weg, das Eigenkapital der Sparkasse zu erhöhen.

Meine Damen und Herren, deswegen appelliere ich an Sie: Packen wir es an. Zeigen wir dem Bankhaus Sal. Oppenheim, wo der Kurs in Köln weitergeht und entlanggeht. - Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Detjen, ich möchte hier nur zu Protokoll geben, dass Ihre Aussage, ich träfe mich mit den Oppenheim-Leuten, höchstens eine politische, aber keine wahre Aussage ist - damit das einmal deutlich ist. - Als Nächster hat Herr Breite um das Wort gebeten.

(Ulrich Breite [FDP]: Nein!)

- Nicht. Dann bitte ich Herrn Dr. Walter-Borjans als den Kämmerer und Teiligungsdezernenten, kurz einige Sätze dazu zu sagen.

Stadtkämmerer und Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe großes Verständnis dafür, dass Sie Graf Krockow, wenn er das mit den 700 Millionen Euro, was Sie zitieren, gesagt hat, beim Wort nehmen wollen.

Das Problem ist allerdings, dass ein zugrunde liegender abgeschlossener Vertrag - wie auch immer man ihn würdigen will - zunächst einmal gilt. Selbst wenn derjenige, der diesen Vertrag auf der anderen Seite abgeschlossen hat, dann in Schätzungen bestimmte Werte nennt, gibt es keinen Anlass, von der einen Vertragsseite aus einfach eine Deckelung vorzunehmen.

Auch vor dem Hintergrund Ihres Antrags habe ich mich etwas intensiver mit diesen Zahlen beschäftigt und will Ihnen ganz offen Folgendes sagen: Die Mieten, die in diesem Vertrag

vereinbart worden sind - das ist ja bekannt -, werden in der Summe ohne die in dem Vertrag vereinbarten Mietsteigerungen über die gesamte Laufzeit von 30 Jahren um 600 Millionen Euro liegen.

Was die Konditionen für Mietanpassungen angeht, kann man sich eigentlich nicht beschweren. Sie sehen so aus, dass Mietanpassungen gemessen an der Entwicklung der Verbraucherpreise nur dann greifen, wenn sich eine Erhöhung um 10 Prozent ergeben hat. Diese Erhöhung kann dann auch nur zur Hälfte umgesetzt werden.

Wenn man einmal von den Steigerungen der Verbraucherpreise ausgeht, die in den letzten zehn Jahren zu beobachten waren, kann man sicher sagen, dass die 700 Millionen Euro, von denen dort gesprochen worden ist, in etwa eingehalten werden. Es können dann vielleicht 705 oder 706 Millionen Euro sein.

Insofern würde diese Erklärung nicht ziehen. Sie würde nur ziehen, wenn sich die Entwicklung völlig anders darstellen würde, als das in der Vergangenheit der Fall war. Im Moment liegt die Steigerung der Verbraucherpreise bei null. Das heißt, dass wir derzeit weit von dieser Regelung entfernt sind.

Ich gestehe Ihnen aber zu, dass der Vertrag, wie Sie deutlich machen, variable Gestaltungsgrößen enthält. Daher wird sich immer wieder etwas ergeben können, was auch für den Rat von Interesse ist.

Deswegen sage ich an dieser Stelle gerne zu, dass wir den Finanzausschuss immer wieder darüber informieren werden, wie sich diese Entwicklung vollzieht. Das ist überhaupt kein Problem. - Das ist das Erste.

Das Zweite ist allerdings, dass ich zu Punkt 2 Ihres Antrags Folgendes feststellen muss: Darin verlangen Sie, dass die Verwaltungsratsmitglieder der Sparkasse eine Weisung erteilt bekommen, die schlicht und ergreifend rechtlich nicht möglich ist.

Zum ersten Teil sage ich aber noch einmal: Gerne. Es ist ein Vertrag, der variable Bestandteile enthält. An dieser Stelle finde ich es nur richtig, dass man dann auch die Politik darüber informiert, wie sich diese Variabilität letztendlich auswirkt.

Von der Schätzung her müsste die Zahl, die genannt worden ist, in etwa hinkommen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Okay. - Sie werden also informiert.

Dann kommen wir zur Abstimmung. - Herr Detjen, Sie haben sich noch einmal gemeldet. Wenn Sie jetzt ein paar wahre Äußerungen vortragen würden, wäre das ganz schön.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Erste Frage: Herr Walter-Borjans, ist es richtig, dass in der Presse öfter von 750 Millionen Euro gesprochen wird?

Zweite Frage: Es kann sein, dass die von Ihnen prophezeite Indexentwicklung eintritt. Kann es aber auch sein, dass eine andere Entwicklung eintreten kann, sodass mit einer Deckelung auf 700 Millionen Euro zumindest ein gewisser Schutz da wäre?

Dritte Frage: Ich habe die SPD vorhin so verstanden, dass dies ein fester Tagesordnungspunkt bei den Sitzungen des Finanzausschusses sein wird. Kann man das auch so fassen, dass die Geschäftsentwicklung bei den Messehallen und die Geschäfte mit dem Esch-Oppenheim-Fonds ein fester Tagesordnungspunkt beim Finanzausschuss werden?

Vierte Frage: Wären Sie bereit - ich spreche Sie jetzt als Amtsträger und nicht als Person an -, noch einmal erneut Gespräche aufzunehmen?

Stadtkämmerer und Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans: Erster Punkt: Ich weiß, dass die Zahl von 750 Millionen Euro schon einmal in der Presse genannt worden ist. Ich erinnere mich auch daran, dass im WDR sogar einmal von 800 Millionen Euro geredet worden ist. Unter Zugrundelegung von Preissteigerungsraten, die weit über dem Durchschnitt der letzten Jahre liegen, können Sie zu fast jeder beliebigen Zahl kommen.

Ich kann nur Folgendes sagen: Die Berechnung, die ich selber noch einmal nachvollzogen habe, basiert darauf, dass wir in den letzten zehn Jahren Preissteigerungsraten von rund 1,6 Prozent hatten. Dann werden Sie in etwa zu diesem Ergebnis kommen. Es kann natürlich auch weniger sein. Im Augenblick liegen wir darunter. Und wenn gerade in einer wirtschaftlich schwierigeren Zeit die Preissteigerungsrate niedriger bleiben sollte, werden Sie darunter kommen.

Nächster Punkt: ständiger Tagesordnungspunkt, Information über die Entwicklung. Der Vertrag sieht so aus, dass man drei Jahre nach Abschluss, also 2008, eine Basis festlegt. Ab drei Jahre danach wird überlegt, ob es eine Steigerung der Verbraucherpreise um 10 Prozent gegeben hat. Legen wir die 1,6 Prozent zugrunde, sind das ungefähr sechs Jahre. Sechs Jahre nach drei Jahren sind neun Jahre. Zu diesem Zeitpunkt kann zum ersten Mal überhaupt eine solche Anpassung stattfinden.

Hätten wir ab jetzt bei jeder Sitzung einen solchen festen Tagesordnungspunkt, müsste ich Ihnen also die nächsten sechs Jahre im Prinzip jedes Mal dasselbe sagen. Rein pragmatisch gesehen, ist das nicht sinnvoll.

Wenn sich eine entsprechende Entwicklung abzeichnet - zum Beispiel, wenn die Verbraucherpreise deutlich von der durchschnittlichen Steigerung von rund 1,6 Prozent abweichen sollten -, wäre aber sicher ein Hinweis an die Adresse der Politik notwendig, damit Sie auf dieser Grundlage kalkulieren können.

Letzter Punkt: der Appell, noch einmal Verhandlungen aufzunehmen. Ich habe mich noch nie vor irgendetwas gedrückt, wenn es einen Sinn macht, etwas zu tun. Eben haben Sie aber selber die Rahmenbedingungen beschrieben, unter denen die Vermieter aufgrund anderer Aktionen stehen. Vor diesem Hintergrund halte ich die Wahrscheinlichkeit, dass sie dort, wo sie eine relativ sichere Vertragsvariante für die nächsten Jahre gewählt haben, zum Nachgeben bereit wären, für ziemlich gering.

Wenn es in irgendeiner Weise Erfolgsaussichten hätte, dort einmal ein Gespräch zu führen oder am Rande anderer Gespräche darauf hinzuweisen, ist das überhaupt kein Problem; dann kann man das gerne machen. Als wirksame Maßnahme kann ich im Moment aber erst einmal nur zusagen, Sie über den Verlauf der abgeschlossenen Verträge und ihrer Auswirkungen zu informieren.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. - Herr Kollege Detjen, ich habe Ihre Frage im Büro über Lautsprecher gehört. Sie wissen, dass ich aus vertraulichen

Sitzungen des Verwaltungsrates hier nicht berichten darf.

Nichtsdestotrotz dürften Sie mittlerweile wissen - in der Öffentlichkeit ist das jedenfalls bekannt -, dass es auch seitens des neuen Vorstands der Sparkasse KölnBonn mit dem Esch-Oppenheim-Fonds - oder den Esch-Oppenheim-Fonds; im Plural ist es ja richtig ausgedrückt - das eine oder andere Gespräch dahin gehend gibt, aus Sicht der Sparkasse KölnBonn Vertragskonditionen besser zu gestalten, als sie sind.

Über Ergebnisse oder den Stand der Dinge kann ich hier natürlich nichts sagen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Herr Rouhs, bitte.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat beschlossen, diesem Antrag der Linken zuzustimmen.

(Zurufe von der CDU: Hey!)

Ich lege allerdings Wert auf die Feststellung, dass wir nur dem Antragstext zustimmen und nicht dem unstrukturierten Zeug, das Herr Detjen hier zur Begründung vorgetragen hat.

(Beifall bei pro Köln)

Selbstverständlich kann der Hinweis des Stadtkämmerers, dass aus Sicht des Bankhauses Sal. Oppenheim wohl wenig Anlass für Nachverhandlungen im Raum steht, nicht a priori als völlig unsinnig abgetan werden. Zudem ist dieses Bankhaus natürlich auch nicht Teilnehmer irgendeines politischen Wettbewerbs und insofern nicht auf ein gutes Image in der Öffentlichkeit angewiesen. Dass alle Welt über es schimpft und sein Verhalten in bestimmten Sachfragen vielleicht als unangemessen bewertet, mag diesem Bankhaus relativ gleichgültig sein.

Meine Damen und Herren, das entbindet die Kölner Kommunalpolitik aber nicht von der Pflicht, alle nur vorstellbaren Wege auszutesten, die infrage kommen, um in einem Stadium, in dem die Lage auf der sachlichen Seite zweifellos sehr schwierig ist, immer wieder den Versuch einer Schadensbegrenzung zu unternehmen.

Dazu hat meine Fraktion hier verschiedene Anträge gestellt und insbesondere auf die Notwendigkeit hingewiesen, auch diejenigen in Regress zu nehmen, die diesen Unsinn in diesem Haus beschlossen haben. Sie waren alle versichert bzw. sind es, soweit sie nach wie vor dem Rat angehören, immer noch.

Seinerzeit hatten wir angeregt, es möge doch einmal geprüft werden, ob hier nicht die Versicherungen zu belasten sind; denn letzten Endes wurde ein Beschluss getroffen, der erheblich zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ist - auch vor dem Hintergrund der EU-Aktivitäten, die Ihnen allen geläufig sind. Auf die Bundesrepublik wird mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Strafzahlung zukommen. Auch wenn diese Strafzahlung - was ja keineswegs sicher ist - am Ende nicht von der Stadt Köln zu tragen sollte, ist es unser aller Steuergeld, das an dieser Stelle gezahlt werden muss.

Wenn man diesen ganzen Komplex nimmt, muss man sagen: An dieser Stelle haben diejenigen Ratsmitglieder, die der Sache zugestimmt haben, der Stadt bzw. der öffentlichen Hand insgesamt eindeutig einen schwerwiegenden Schaden zugefügt. - Hier muss zweifellos etwas unternommen werden.

Es muss aber auch jeder nur erdenkliche Weg ausgelotet und getestet werden, der irgendwie infrage kommt, um eine Begrenzung des Schadens vorzunehmen. Meine Damen und Herren, das liegt in der Verantwortung desjenigen Rates, dessen Mehrheit diese Sache verbockt hat.

Deshalb wäre es - auch wenn dieser Antrag von der Linken kommt - in der Sache besser, wenn das heute hier so verabschiedet werden würde.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer für den Antrag der Linken ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Linken, pro Köln und Herr Dr. Müser. Enthaltungen? - Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann rufe ich auf:

2.1.8 Antrag von Ratsmitglied Dr. Müser (Kölner Bürger-Bündnis) betreffend

**„Einstellung aller Planungen für den Hubschrauberlandeplatz auf dem Kalkberg“
AN/1142/2009**

Herr Dr. Müser spricht auch selbst dazu.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Je mehr man sich mit der Diskussion um die Verlegung des Hubschrauberlandeplatzes von Merheim auf den Kalkberg auseinandersetzt, desto fragwürdiger stellt sich die Situation dar.

In den vielen Sitzungen, in denen sich vor allem die Fachausschüsse mit diesem Thema auseinandergesetzt haben, sind immer nur Teilwahrheiten Gegenstand der Diskussion gewesen. Eine offene Gegenüberstellung aller Vor- und Nachteile kann ich nicht entdecken. Dies hätte jedoch geleistet werden müssen, wenn tatsächlich die Interessen der Bürger im Mittelpunkt gestanden hätten.

So wird immer wieder suggeriert, dass der Rettungshubschrauber Christoph 3 hauptsächlich im Stadtgebiet Köln, also innerstädtisch, unterwegs sei. Das ist so natürlich nicht richtig. Der Rettungshubschrauber fliegt in den seltensten Fällen in die Kölner Innenstadt, weil es dort auch kaum Landeplätze gibt. Wenn überhaupt, dann fliegt er zu den einzelnen Kölner Krankenhäusern. Das tut er in der Regel jedoch nach einem Einsatz. Daher ist der Standort unerheblich. Übrigens benötigt der Hubschrauber für 3 Kilometer Wegstrecke weniger als 1 Minute, sodass eine mögliche Flugzeitveränderung im Verhältnis zu der Gesamteinsatzzeit völlig nebensächlich ist.

Tatsache ist, dass das Einsatzgebiet von Christoph 3 - von Gelsenkirchen bis Andernach und von Geilenkirchen bis Olpe - weit über das Kölner Stadtgebiet hinaus reicht. Die Mitte dieses Gebietes liegt in Bergisch Gladbach und nicht in Köln.

Außerdem ist nicht die Stadt Köln oder die Kölner Feuerwehr Betreiber des Hubschraubers, sondern das Bundesinnenministerium.

Meine Damen und Herren, Christoph 3 ist nicht nur für die Stadt Köln da. Deshalb ist auch nichts Blasphemisches dabei, sich dafür einzusetzen, dass der Hubschrauber in Zukunft zum Beispiel im Rhein-Sieg-Kreis - der sich wohl intensiv darum bemüht - stationiert werden sollte.

Dass die Stadt Köln Kerträgerin für den Hubschrauber ist, ist lediglich das Ergebnis einer Funktionszuweisung und nicht in Stein gemeißelt.

Tatsache ist ferner, dass es selbst dann, wenn der Hubschrauber nicht in Merheim stationiert ist, dort einen Hubschrauberlandeplatz geben wird, wie ein gewisser Herr Hecker bereits in der Presse verlauten ließ. Dieser Landeplatz würde dann auch den aktuellen EG-Richtlinien entsprechen. Mit anderen Worten: Mit der Verlegung von Christoph 3 auf den Kalkberg würde man nicht den Landeplatz in Merheim aufgeben, sondern nur einen zusätzlichen Landeplatz schaffen.

Was den anderen Hubschrauber, den Intensivtransporthubschrauber, angeht, besteht ohnehin keine Notwendigkeit, ihn vom jetzigen Standort am Flughafen zu verlegen. Die möglichen Synergieeffekte sind zu vernachlässigen, da weder die Einsatzzwecke noch der Betrieb Schnittstellen aufweisen und dieser Hubschrauber auch nicht den Flughafenbetrieb stört.

Lassen Sie mich jetzt aber zu den weniger vertrauenerweckenden Seiten der Diskussion kommen. Die Verlegung der Hubschrauber-Basisstation macht natürlich den Weg für Bebauungen rund um das Merheimer Krankenhaus frei. Das ist ursächlich für die ganze Diskussion. Dieser Zusammenhang ergibt sich unmittelbar aus der 2. Änderung des Bebauungsplans Madausstraße in Köln-Merheim.

Mit anderen Worten: Es geht nur darum, dort Geld zu verdienen. Deshalb bekommen die Bürger in Buchheim und Kalk einen Hubschrauberlandeplatz vor die Nase gesetzt.

(Walter Grau [CDU]: Und was ist mit den Porzern? Das ist Kirchturmpolitik!)

Eine Frage an die Verwaltung: Ist es richtig, dass der Investor in Merheim, der das dortige Wohngebiet plant, eine Zahlung von 1 Million Euro für die Verlagerung des Standortes zugesagt hat und dass diese Zahlung in die Prüfung eingeflossen ist?

Andererseits gibt es natürlich ein starkes finanzielles Interesse daran, dass der Hubschrauberlandeplatz auf den Kalkberg kommt. Der Kalkberg ist ohnehin nichts anderes als eine Sondermülldeponie, die wohl ohne die entsprechende bergbaurechtliche Genehmigung

aufgeschüttet wurde. Wenn sich damit jetzt auch noch Geld verdienen lässt, ist das umso besser. Der Umstand, dass es sich dort um eine ausgewiesene Grünfläche handelt, ist an dieser Stelle planungsrechtlich natürlich nur eine Lappalie.

Eine zweite Frage: Kann es sein, dass auch hier eine stadtnahe Gesellschaft mit im Boot sitzt?

Meine Damen und Herren, ich halte es für falsch, dass die Bürger Buchheims und Kalks mit ihrer Lebensqualität zahlen sollen, damit anderswo Geld verdient wird, und dass keine sorgfältige und vor allen Dingen ergebnisoffene Alternativenabwägung stattgefunden hat.

Aus diesem Grunde bitten wir Sie, die gegenwärtigen Aktivitäten zum Hubschrauberlandeplatz auf dem Kalkberg einzustellen und den Weg frei zu machen für eine endgültige Verlagerung zum Flughafen Köln/Bonn bzw. hin zur Abgabe der Kernträgerschaft an solche Kreise, die augenscheinlich geeignetere Flächen vorhalten. - Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gestatten Sie noch eine Frage von Herrn Grau?

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Ja.

Walter Grau (CDU): Herr Dr. Müser, was halten Sie denn von der Lebensqualität der Bürger in Porz, die im Moment auch tagtäglich den Hubschrauber spüren, der immer in Richtung Innenstadt fliegt?

Es ist völlig klar, dass beide Hubschrauber sein müssen, weil sie Leben retten. Es kann aber nicht angehen, dass man die Probleme von dem einen Bürger zum anderen schiebt. Insoweit ist Ihr Antrag in dieser Weise absolut nicht akzeptabel.

Mich würde interessieren, was Sie von der Lebensqualität der Bürger in Porz halten.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Herr Grau, das ist hier insofern überhaupt nicht relevant, als dass der Antrag ganz klar dahin geht, dass im Rahmen der bisherigen Untersuchungen eine ergebnisoffene Debatte nicht stattgefunden hat und eine Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile an

den einzelnen Standorten dadurch vorgeprägt war, dass man unbedingt wollte, dass dieser Standort auf den Kalkberg kommt.

(Walter Grau [CDU]: Dann hätten Sie einmal in den Umweltausschuss kommen müssen!)

Dass man in Porz natürlich genauso Nachteile haben wird wie an jedem anderen Standort, ist doch klar. Allerdings gilt es hier, eine Abwägung zu treffen, ob wir wirklich einen weiteren Hubschrauberlandeplatz haben wollen.

(Walter Grau [CDU]: Sie haben keine Ahnung! Das ist leider Gottes so!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Mir liegt noch eine Wortmeldung von Herrn Wolf vor.

(Manfred Wolf [FDP]: Nein!)

- Sie ist erst einmal zurückgezogen. Ich wollte auch - zur Aufhellung ist das ja vielleicht nicht unwichtig - den Herrn Stadtdirektor bitten, vonseiten der Verwaltung kurz einige Worte zu der Situation zu sagen; denn dann erübrigt sich möglicherweise auch der eine oder andere Beitrag. - Herr Stadtdirektor, bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben eine Beschlusslage des Rates von vor exakt vier Jahren. Am 5. Juli 2005 ist hier ein Auftrag zur Prüfung genau dieses Standortes erteilt worden.

Im Jahr 2007 hat es auch eine öffentliche Anhörung gegeben. Dadurch hat sich das ganze Verfahren auch verzögert, weil in der Tat viele Gesichtspunkte noch einmal in die Diskussion einbezogen worden sind.

Sie wissen, dass im Oktober letzten Jahres von der Bezirksregierung Düsseldorf eine entsprechende Genehmigung erteilt worden ist. Diese Genehmigung ist derzeit aber nicht umsetzbar. Gegen sie läuft ein Klageverfahren. Wie Sie wissen, hat eine solche Klage aufschiebende Wirkung.

Zudem haben wir auch noch keinen abgeschlossenen Mietvertrag. Das ist nachvollziehbar. Sie können sich vorstellen, dass ein solcher Mietvertrag erst dann abgeschlossen werden kann, wenn klar ist, dass auch tatsächlich von der luftrechtlichen Genehmigung

an diesem Standort Gebrauch gemacht werden kann.

Herr Dr. Müser, Sie haben ein Interesse des Rhein-Sieg-Kreises angeführt. Ich habe das noch einmal abklären lassen. Diese Position, die einem in der letzten Woche erschienenen Zeitungsartikel zu entnehmen war, ist mir jedenfalls bisher noch nicht bestätigt worden.

Ich kann Ihnen allerdings Folgendes sagen: Ich habe erste Gespräche mit Vertretern des Flughafens geführt und habe auch vor, diese Gespräche im August 2009 fortzusetzen. Natürlich werde ich auch noch einmal der Frage nachgehen, inwieweit der Rhein-Sieg-Kreis hier tatsächlich Interessen hat.

Ich kann aber schon jetzt klarstellen, dass sich in der Tat 50 Prozent der Flüge über Kölner Stadtgebiet abspielen. Insofern ist die besondere Betroffenheit von Köln ein Thema.

Ich sage Ihnen zu: Sofern sich hier neue Erkenntnisse ergeben, werde ich Sie natürlich in dem zuständigen Ausschuss über eventuelle Entwicklungen informieren.

Deshalb schlage ich Ihnen vor, diesem Antrag nicht zuzustimmen, sondern schlicht und ergreifend darauf zu setzen, dass wir als Verwaltung nach der Sommerpause, wenn neue Erkenntnisse vorliegen, in den entsprechenden Ausschuss gehen werden.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Jetzt Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Herr Grau, es ist doch die Unfähigkeit der Verwaltung, dass sie nach vier Jahren immer noch nicht geklärt hat, wohin der Hubschrauber soll. Sie beschweren sich jetzt über die Situation in Porz. Das hängt doch unmittelbar damit zusammen, dass der Weg - -

(Walter Grau [CDU]: Sie haben nicht richtig zugehört!)

Sie haben ja völlig recht. Natürlich müssen wir das abwägen und müssen dann auch feststellen, wie die Situation in Porz ist. Erst einmal geht es aber um etwas anderes. Sie müssen doch nicht Herrn Müser angreifen, wenn die Verwaltung seit vier Jahren ihre Hausaufgaben nicht macht.

(Walter Grau [CDU]: Er hat aber einen Vorschlag gemacht!)

Herr Grau, ich möchte Sie noch einmal an das damalige Vorgehen erinnern. Sie waren vor vier Jahren doch auch dabei. Damals hieß es: Das muss jetzt sofort entschieden werden; sonst ist alles zu spät. - Das mit diesem Hubschrauber habe ich mir wirklich gemerkt. Das war ein Lernerfolg.

Auch nach vier Jahren kann man gewisse Entscheidungen doch wieder ändern. Das war auf jeden Fall kein richtiger Weg.

Meine Damen und Herren, nach meinem Eindruck wird von der Verwaltung, aber auch von den großen Parteien hier ein bisschen taktiert - nach dem Motto: Nach der Kommunalwahl werden wir das schon hinkriegen. Wir schaukeln das Ganze nach der Kommunalwahl. Damit lösen wir auch das Problem, wie in Buchforst gewählt wird. - Das finde ich nicht richtig.

Herr Kahlen, ich bin auch dankbar für Ihren Hinweis, dass nur 50 Prozent der Hubschrauberflüge über Kölner Stadtgebiet führen. Das finde ich jetzt eher wenig. Diese Zahl muss man erst einmal sacken lassen und sich überlegen: Aha, nur 50 Prozent über das Stadtgebiet.

(Jochen Ott [SPD]: Wenn du betroffen bist, „freust“ du dich trotzdem!)

Ich hätte auf 80 bis 90 Prozent getippt, wenn man mich gefragt hätte.

(Zuruf von der CDU: Aber Sie fragt zum Glück keiner!)

Also muss man diese neue Zahl auch noch einmal in die Betrachtung einbeziehen.

Deswegen kann ich nur sagen: Wir werden den Antrag von Herrn Müser unterstützen.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gut. - Herr Dr. Müser hat noch einmal um das Wort gebeten. Danach können wir dann abstimmen.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrter Herr Kahlen! In der Vorlage der Verwaltung mit der Nummer 5179/2008 - vielleicht schauen Sie einmal dort hinein - sind diese Informationen

enthalten. Ich habe es selbstverständlich nicht gewagt, hier aus dieser Vorlage zu zitieren. Da wir uns jetzt in einer öffentlichen Sitzung befinden, sind meine Quellen auch öffentliche Informationen.

Herr Grau, zu Ihrer Bemerkung, ich hätte keine Ahnung: Es kann ja gut sein, dass Sie mir das hier absprechen wollen. Es ist aber schon so, dass diejenigen, die die Vorlagen zu meiner Rede und den einzelnen Punkten erstellt haben, sich intensiv und sachkundig damit auseinandersetzen. Das sollten Sie sich vielleicht doch einmal zu Gemüte führen. Auch die Klageschrift, die Herr Kahlen erwähnt hat, beinhaltet genau diese Punkte.

Wenn Sie natürlich sagen: „Alle Welt, alle Anwälte und alle Betroffenen haben keine Ahnung; nur ein Herr Grau hat Ahnung“, dann haben Sie recht. Ansonsten sollten Sie sich vielleicht auch einmal für andere Argumente öffnen. - Danke schön.

(Zuruf von Walter Grau [CDU] -
Gegenruf von Dr. Martin Müser [Kölner
Bürger-Bündnis])

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Darüber könnt ihr euch gleich noch weiter unterhalten. - Jetzt hat noch Frau Gärtner das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir hatten uns an sich vorgenommen, nichts mehr dazu zu sagen. Was Herr Dr. Müser hier ausgeführt hat, fordert aber doch ein bisschen heraus. - Herr Dr. Müser, Sie hätten sich wirklich etwas gründlicher sachkundig machen müssen.

Erstens werfen Sie ständig die Themen eines Landeplatzes und einer Betriebsstation durcheinander. Das ist ein entscheidender Unterschied. Vielleicht hätten Sie das vorher einmal klären sollen.

Zweitens geht es nicht darum, dass das Gelände um das Klinikum für Bebauung frei geräumt wird, sondern darum, dass eine EG-Richtlinie geändert worden ist. Weil die bisherigen Abflugwinkel nicht mehr zulässig sind, war Handeln erforderlich.

Drittens möchte ich noch folgenden Punkt ansprechen: Herr Kahlen, ich bin nicht sicher, dass sich die von Ihnen genannten Zahlen wirklich auf den Hubschrauber Christoph 3

beziehen. Ich glaube, dass sie sich auf die beiden Hubschrauber insgesamt beziehen. Soweit ich weiß, hat Christoph 3 eine viel höhere Quote in Köln.

Ich finde es unverantwortlich - das möchte ich betonen; das ist mir sehr wichtig -, hier zu fordern, dass der Hubschrauber seine Betriebsstation außerhalb von Köln bekommt; denn das ist für alle Kölner Krankenhäuser mit Sicherheit ein großer Wettbewerbsnachteil. Ich finde es unverantwortlich, dass jemand aus dem Rat hier eine solche Forderung stellt.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, lasse ich jetzt abstimmen. Wer für den Antrag von Herrn Dr. Müser ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Herr Dr. Müser selbst, pro Köln und die Linke. Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu:

2.1.9 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Referat Lesben, Schwule, Transgender“ AN/1141/2009

Hierzu hat sich Herr Wolter gemeldet.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Grüne und SPD wollen mit diesem Antrag die Themen Diversity und Vielfalt voranbringen.

Dieser Antrag knüpft nahtlos an die von uns eingebrachten Initiativen zur Schaffung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule, Transgender und zur Charta der Vielfalt an.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule, Transgender ist eines der gelungenen Partizipationsmodelle, wie sie für Migrantinnen, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Behinderung bereits vor dieser Wahlperiode existierten.

Wir haben gesehen, dass die Anforderungen an die Verwaltung gestiegen sind. Leider haben wir die kontinuierliche Unterstützung vermisst, die

angesichts der mittlerweile entstandenen Themenvielfalt geboten wäre und die in anderen Bereichen selbstverständlich ist.

Grüne und SPD wollen Lesben, Schwulen und Transgender die administrative Unterstützung geben, die andere Diversity-Gruppen in Köln bereits erhalten.

Die Diskussion, die die OB-Kandidaten von FDP und CDU angezettelt haben, ist leider eine, wie wir sie vor 15 Jahren schon hatten. Andere Parteien und auch viele andere Städte in Deutschland sind da wesentlich weiter. Jahrelang hat man Lesben und Schwule als Bittsteller abblitzen lassen. Das war auch hier in den letzten Jahren noch der Fall. Es gab Kürzungen im Selbsthilfebereich durch das Land und Blockaden bei der rechtlichen Gleichstellung.

Die Initiativen im Rat waren auch nicht immer so vielfältig wie in der letzten Zeit, als SPD und Grüne zum Beispiel die Stadtarbeitsgemeinschaft ins Leben gerufen und sie im Stadtrecht verankert haben, die Haushaltsansätze nicht nur in der Prävention, sondern auf breiter Basis erhöht haben und einen Dialog in Gang gesetzt haben, der seinesgleichen sucht.

Wir wollen die erfolgreiche Kooperation von Verwaltung, Szene und Politik mit diesem Antrag stärken. Lesben- und Schwulenverbände verlangen mehr Aufmerksamkeit als nur Grußadressen und spendable Mitwirkung bei Charity-Veranstaltungen.

Diese Forderung wird von wichtigen Akteuren in der Szene wie vom Lesben- und Schwulenverband in Deutschland, vom Jugendzentrum anyway und vom Sozialwerk für Lesben und Schwule mit Nachdruck unterstützt.

Ich zitiere einmal einige Sätze aus dem Beschluss des Sozialwerks für Lesben und Schwule, das die Einrichtung eines solchen Referats und einen entsprechenden Beschluss durch den Rat heute eindeutig unterstützt:

Damit wird die Stadtarbeitsgemeinschaft gestärkt. Wir werden uns aktiv an der Umsetzung beteiligen und gehen davon aus, dass die Ausgestaltung der Details noch durch die Stadtarbeitsgemeinschaft vorgenommen wird.

Davon gehen wir auch aus. Die Stadtarbeitsgemeinschaft, die im September dieses Jahres noch einmal tagt, wird sich dann

sicherlich auch ausführlich mit diesem Thema befassen.

Ein Blick auf vergleichbare Städte zeigt, dass dort seit Jahren entsprechende Referate erfolgreich arbeiten. In Hamburg gibt es beispielsweise eine „Arbeitsstelle Vielfalt“, die mit den verschiedenen Diversity-Gruppen zusammenarbeitet.

In München sind ein Drittel der Beratungssuchenden städtische Mitarbeiter. Das zeigt, dass auch in der internen Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsarbeit noch ein weites Feld liegt.

Eine Öffentlichkeitsarbeit, mit der im Vorfeld Vorurteile abgebaut werden, haben wir hier im Moment überhaupt noch nicht.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft kann von bereits voll ausgelasteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht weiter nebenbei geführt werden. Deshalb brauchen wir hier eine Professionalisierung.

Wir wollen Qualität. Wir wollen, dass die Stellen von einem Schwulen und einer Lesbe besetzt werden, weil auch hier die Anforderungen spezifisch sind.

Wir wollen die Themen Diversity und Vielfalt sowohl im Verwaltungshandeln als auch in der Politik und in der Stadt voranbringen.

Lesben und Schwule sollen dabei auf Augenhöhe mit Migrantinnen, Menschen mit Behinderung und Seniorinnen und Senioren mitwirken.

Deshalb baut unser Antrag auf den Beschlüssen auf, die der Rat auf Vorschlag von Grünen und SPD gefasst hat, und ist folgerichtig auch die Grundlage für die vom Rat beschlossenen Ziele zu Diversity und Vielfalt. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Wolter. - Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes hat am Samstag auf dem Straßenfest in der Schaafenstraße auf der Bühne erklärt: „Ich will ein Lesben- und

Schwulenreferat“ - natürlich unter dem vermeintlichen Jubel der Massen.

(Martin Börschel [SPD]: Was heißt denn „vermeintlich“?)

Daran kann man erkennen, welches Geistes Kind dieser Antrag ist. Drei Tage vor dem CSD und 61 Tage vor der Kommunalwahl soll ähnlich wie bei dem eben behandelten Antrag zum Köln-Pass hier ein Wahlgeschenk verteilt werden - was aber teilweise nach hinten losgeht.

Das weiß Andreas Wolter auch. Zwar hat er hier die Unterstützung durch wichtige Akteure angeführt. Er hat aber nicht erwähnt, dass es auch Verbände gibt, die dieses Projekt in dieser Form ganz und gar nicht unterstützen.

Das hat folgenden Grund: Er hat gesagt, unsere Reaktion sei wie vor 15 Jahren. In Wirklichkeit ist aber das hier eingesetzte Instrument ein Instrument von vor 15 Jahren, als jeder AStA, der ein bisschen etwas auf sich hielt, natürlich ein Schwulen- und Lesbenreferat haben musste.

Wir in Köln sind eigentlich schon eine Entwicklungsstufe weiter; denn wir haben diese Stadtarbeitsgemeinschaft - die wir hier auch mit breiter Mehrheit getragen haben -, die sehr erfolgreich arbeitet. Nicht jeder von Ihnen wird das Ganze verfolgt haben. Das ist auch okay. Als Ratsmitglied kann man ja nicht alles im Blick haben. Mit dieser Stadtarbeitsgemeinschaft verfügen wir aber über ein Gremium, in das die Verbände, die Verwaltung und die Politik Vertreterinnen und Vertreter entsenden, die auf Augenhöhe über Probleme in dieser Stadt für Schwule, Lesben und Transgender beraten. Im Grunde haben sie als Betroffene auch alle Ansprechpartner der Verwaltung vor Ort, sodass sie entsprechende Fragen direkt mit ihnen beraten können.

Wie Sie wissen, sitzen die Vertreter der Stadtarbeitsgemeinschaft auch in den Ausschüssen. Die Stadtarbeitsgemeinschaft kann Anträge in die Ausschüsse und in die Gremien einbringen.

Das ist etwas, was wir vielen Städten voraushaben.

(Ulrich Breite [FDP]: Allen!)

- Allen Städten voraushaben, sagt Ulrich Breite. - Deswegen ist das hier eingesetzte Instrument ein Instrument von vor 15 Jahren, das jetzt nur deshalb wieder aufgekocht wird, weil Wahlkampf ist und weil der CSD vor der Tür steht.

Wie abwegig diese Idee eigentlich ist, sehen Sie an Folgendem: Der Kölner Lesben- und Schwulentag, der Organisator des CSD, hat ein breites kommunalpolitisches Manifest für die Kommunalwahl vorgelegt, in dem er Forderungen an die Stadt und an die Politik stellt. Darin kommt eine solche Forderung gar nicht vor, weil man sich mit dem hier eingerichteten System der Stadtarbeitsgemeinschaft wohlfühlt.

Lieber Andreas Wolter, von daher wäre es im Grunde ein Affront gegen dieses Gremium, das wir eingerichtet haben, hier in diesem Rat - in dem ja nur sehr wenige sitzen, die sich mit diesem Thema beschäftigt haben, weil sie vielleicht selbst betroffen sind, und die Arbeit der Stadtarbeitsgemeinschaft kennen - vom grünen Tisch oder vom rot-grünen Tisch aus zu beschließen, ein solches Referat einzuführen, ohne die Betroffenen zu hören.

Da hilft es auch nicht, dass ihr noch letzte Woche, als die Sache ein bisschen brenzlig wurde, schnell noch von der einen oder anderen Organisation eine positive Stellungnahme eingeholt habt.

Wichtig ist vielmehr Folgendes: Wenn wir die Stadtarbeitsgemeinschaft ernst nehmen, müssen wir dieses Thema dort behandeln lassen. Dann möchte ich das Statement dieses Gremiums haben. Wir haben es doch eingesetzt, damit es uns als Rat, uns als Verwaltung, uns als Stadt Köln entsprechend berät. Dann muss dieser Antrag dorthin verwiesen werden, damit wir ihn anschließend mit einem Votum der Stadtarbeitsgemeinschaft in diesem Rat beraten können.

In diesem Fall sind nämlich auch die Details dabei, von denen du eben gesprochen hast: wie das Ganze ausgestaltet wird; wie das Referat ausgestattet wird; welche Kompetenzen es haben wird; was dort gewünscht wird. Das sollten wir nicht hier im Rat als Planspiel beschließen, sondern den Betroffenen überlassen.

Daher beantrage ich für die FDP-Fraktion die Verweisung dieses Antrags in die Stadtarbeitsgemeinschaft, damit wir uns dann mit ihrem Votum hier wieder darüber unterhalten können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Sterck. - Frau De Bellis, bitte.

Teresa De Bellis (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn der Beratung eine Feststellung treffen. Heute wie vor drei Jahren treten wir für die Stärkung und Mitwirkung von Lesben, Schwulen und Transgender auf kommunaler Ebene ein - und dies aus gutem Grund.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft hat in diesen drei Jahren hervorragende Arbeit geleistet, für die ich allen Aktiven in der betroffenen Bürgerschaft und in der Verwaltung herzlich danke.

Vor diesem Hintergrund haben wir natürlich überlegt, ob es Sinn macht, nunmehr ein städtisches Referat einzurichten, das sehr schnell in den Ruf der Bevormundung durch Politik und Verwaltung kommen könnte. Das wollen wir nicht. Wir wollen die Fortsetzung der Arbeit für die betroffene Zielgruppe in einer selbstbestimmten Organisation.

Dies muss auch durch das neue Referat, das SPD und Grüne bereits heute wünschen, gewährleistet sein. Wenn Hilfestellung in organisatorischen Fragen gegeben wird, ist dagegen nichts einzuwenden. Wir erwarten aber, dass Initiativen aus der Stadtarbeitsgemeinschaft aufgenommen werden und nicht durch den Aufbau bürokratischer Hemmnisse behindert werden.

Diese Sorge ist nicht unberechtigt; denn dieser Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird ohne Vorbereitung in der Stadtarbeitsgemeinschaft - die im Übrigen am 4. Mai dieses Jahres getagt hat, meine Damen und Herren - heute zur Abstimmung gestellt.

Das erinnert an alte sozialdemokratische Zeiten, als grundsätzlich durch Personalnetzwerke in der Verwaltung freie Bürgeraktivitäten behindert und diskreditiert wurden. Es wundert mich, dass ausgerechnet die Grünen diesen möglichen Rückfall in alte sozialdemokratische Sünden kritiklos unterstützen. Zumindest wir werden diesen Umstand kritisch beobachten.

Wir teilen die Auffassung der FDP, dass dieses Thema mit den Betroffenen in der Stadtarbeitsgemeinschaft diskutiert wird und nicht über deren Köpfe hinweg entschieden wird. Deshalb stimmen wir dem Antrag der FDP-Fraktion zu.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau De Bellis. - Jetzt spricht noch Herr Detjen.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Nein!)

- Nicht. - Meine Damen und Herren, weil wir hier ja auch verwaltungsseitig betroffen sind, möchte ich nur kurz Folgendes sagen: Seit 21. April 2009 liegt mir der Bericht der Stadtarbeitsgemeinschaft vor. Wie man in diesem Bericht sieht, hat sie wirklich tolle Arbeit geleistet - absolut beeindruckend. Das kann ich von hier aus nur bestätigen.

Wir haben das Problem mit dem Personaletat. Sie haben angeboten, dass diese Stellen aus dem Dezernat von Frau Bredehorst zur Verfügung gestellt werden. Ich weiß nicht, ob das möglich ist. Frau Bredehorst, vielleicht können Sie darstellen, ob es ohne Weiteres machbar ist, das entsprechende Personal darzustellen. Das sollte man an dieser Stelle auch sagen; denn die Personalsituation ist gerade in Ihrem Dezernat sehr angespannt.

Im Übrigen gelingt die sachliche Behandlung dieses Themas meines Erachtens in der Stadtarbeitsgemeinschaft schon sehr gut. - Einige kurze Sätze von Ihnen dazu würden aber vielleicht doch helfen, Frau Bredehorst.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe den Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen eben noch einmal durchgelesen. Darin steht nicht, dass das Personal aus meinem Dezernat gestellt werden soll. Darin steht, dass die Verwaltung das Personal stellen soll. Das müssen wir dann noch einmal im Stadtvorstand klären, denke ich.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich hatte das jetzt direkt zugeordnet, Frau Bredehorst.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Das kenne ich aber aus vielen Bereichen. Darüber müssen wir uns dann im Stadtvorstand unterhalten.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das heißt also eher Nein.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Ich will allerdings noch Folgendes sagen: Ich freue mich über die Beurteilung der Arbeit der Stadtarbeitsgemeinschaft, deren Geschäftsführung bei mir angesiedelt ist und die ich auch leite. Auch nach meinem Eindruck arbeitet sie sehr erfolgreich.

Gestatten Sie mir einen Hinweis auf die Parallele einer weiteren erfolgreichen Arbeit - ohne jetzt die Zielgruppen miteinander vergleichen zu wollen. Die Arbeit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hat ebenfalls sehr erfolgreich begonnen. Dort haben wir festgestellt: Je erfolgreicher die Arbeit der Stadtarbeitsgemeinschaft wurde, desto mehr Arbeit musste auch in der Verwaltung komplementär dazu geleistet werden.

Das entwickelt sich bei der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule, Transgender ähnlich. Ich habe aber überhaupt kein Personal, um dies auch zu leisten. Bei einigen Dingen macht sich das schon bemerkbar. Teilweise werden Beschlüsse der Stadtarbeitsgemeinschaft von der Stadtverwaltung Köln schlecht verfolgt, weil wir die personellen Ressourcen dazu nicht haben.

Bei der Behindertenpolitik haben wir die Konsequenzen gezogen und eine Parallele in der Verwaltung implementiert - die im Übrigen sehr erfolgreich läuft. Dies fehlt im Bereich Lesben, Schwule, Transgender. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Okay. - Damit dürfte das so weit geklärt sein. Es gibt auch keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich zuerst über den Änderungsantrag der FDP abstimmen,

(Ralph Sterck [FDP]: Den Verweis!)

und zwar zunächst einmal den Verweis in die Stadtarbeitsgemeinschaft, um sich dort damit zu befassen und eventuell zu einem entsprechenden Votum zu kommen - oder auch nicht. Das ist Ihr Antrag, Herr Sterck. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die antragstellende FDP, die CDU, Herr Dr. Müser und ich. Gibt es Gegenstimmen gegen diesen Verweis? - Von SPD, Grünen, Linken und pro Köln. Damit ist das abgelehnt.

Herr Sterck möchte jetzt eine Erklärung abgeben.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist erst nach der Abstimmung möglich!)

Ralph Sterck (FDP): Nein, wir haben ja die erste Abstimmung über unseren Antrag abgeschlossen. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zur Erklärung unseres Abstimmungsverhaltens über den Sachantrag Folgendes sagen: Ich habe Ihnen von dem Straßenfest erst den ersten Teil erzählt. Im zweiten Teil wurden die beiden Oberbürgermeisterkandidaten von CDU und FDP, Peter Kurth und Ralph Sterck, von dem Moderator, der zufällig den Grünen angehörte, gefragt: Warum sind Sie denn gegen dieses Schwulen-Lesben-Referat?

(Martin Börschel [SPD]: Sie haben doch eine Presseerklärung herausgegeben, in der zu lesen ist, dass Sie dagegen sind, aber trotzdem dafür stimmen! Das ist doch lächerlich!)

- Nein, nein. Herr Börschel, es ist schön, dass Sie unsere Pressemitteilungen so aufmerksam lesen. Darin steht das ja auch entsprechend.

Von daher werden wir Ihnen nicht den Gefallen tun, hier in diese Falle zu tappen, damit Sie uns zum Beispiel bei den Veranstaltungen im Rahmen des CSD am kommenden Wochenende von einer Politdiskussion zur nächsten Bühne treiben können.

Wir werden dem Antrag zustimmen und dann sehen, wie die Stadtarbeitsgemeinschaft im September dieses Jahres die Fragen ausgestaltet. Wenn das Ganze dann wieder hierher kommt, sind wir vielleicht ein bisschen schlauer. - Vielen Dank.

(Michael Zimmermann [SPD]: Eine wahrhaft konsequente politische Entscheidung! - Weiterer Zuruf von der SPD: Populist!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das war mit der Diktion „passieren lassen“ so erklärt worden, wenn ich mich richtig erinnere. Ich habe den Text auch gelesen.

Können wir jetzt zur Abstimmung über den Ursprungsantrag kommen? - Frau De Bellis hat sich noch einmal gemeldet. Bitte.

Teresa De Bellis (CDU): Wie ich erwähnt habe, sind wir selbstverständlich für die Stärkung der Lesben, Schwulen und Transgender. Wir sind auch nicht grundsätzlich gegen ein entsprechendes Referat.

Herr Wolter hat in seiner Rede aber schon darauf hingewiesen, dass Ihr Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und SPD, über den wir gleich abstimmen werden, in der September-Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft noch einmal zur Diskussion gestellt wird. Mir ist es nun einmal wichtig, dass Anregungen, die dort noch gegeben werden, auch inhaltlich mit aufgenommen werden, wenn es dann zur Referatsgründung kommt.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Wenn es denn dann zur Gründung kommt. Wie wir gehört haben, müssen wir uns im Stadtvorstand ja noch darüber unterhalten, weil wir das Personal auch noch suchen, aber kein neues einstellen dürfen. - Herr Wolter, Sie wollen auch noch etwas sagen.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Wir verstehen unseren Antrag so, dass er nicht in Stein gemeißelt ist, sondern durchaus noch Ergänzungen und Änderungen vorgenommen werden können. Diese Ergänzung können wir gerne mit in diesen Beschluss aufnehmen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dann bekommen wir jetzt ja ein breites Votum hin. Das ist auch sehr schön. - Ich darf also fragen: Gibt es Gegenstimmen? - Bei pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Der nächste Antrag unter Tagesordnungspunkt 2.1.10 ist zurückgezogen worden.

Dann rufe ich auf:

2.1.11 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Severinstraße als erste Standortpriorität zum Wiederaufbau des Historischen Archivs“

AN/0929/2009

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AN/1220/2009

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einleitend bitte etwas dazu sagen. Eigentlich bin ich ein bisschen überrascht. Nachdem die

Verwaltung wegen der Ihnen allen bekannten neuen, durchaus diskutablen Entwicklungen ihre Vorlage zum neuen Standort für das Historische Archiv heute zurückgezogen hat, hatte ich eigentlich erwartet, dass die FDP das auch mit ihrem Antrag macht.

Wir haben uns alle hier im Rat geeinigt, dass wir eine zügige Entscheidung treffen - noch in dieser Legislaturperiode. Das ist auch nach wie vor mein Interesse.

Die neue Entwicklung beinhaltet aber, wie Sie wissen, zum einen die Prüfung weiterer, neu in die Diskussion eingebrachter Standorte und zum anderen die Ergebnisse unseres - darauf möchte ich Wert legen; genauso wie einige von Ihnen habe ich mir den ganzen Tag dafür Zeit genommen - hochrangigen internationalen Expertenhearings. Dessen Ergebnisse sollen Ihnen auch noch wenigstens in Kurzform zukommen. Es gibt Aussagen und Forderungen, die wir bei der Abwägung der möglichen Standorte vielleicht stärker als bisher berücksichtigen müssen.

Sie alle wissen, wie groß unser aller Interesse ist - auch meins -, schnell, aber doch überlegt zu einem neuen Standort zu kommen. Herr Professor Quander und Herr Streitberger arbeiten mit Hochdruck an diesem Thema. Ich will aber eine wirkliche Vergleichbarkeit der verschiedenen Standorte haben - in der Darstellung auch vergleichbar im Hinblick auf die einzelnen Module, die ja möglich sind, aber nicht unbedingt notwendig sind.

Vor allen Dingen will ich einen Beschluss im September dieses Jahres. Das ist dann meine letzte Sitzung und unsere letzte Sitzung in dieser Zusammensetzung. Das müssten wir hinkriegen, meine Damen und Herren. Ich wünsche mir bis dahin noch viele Gespräche, bin aber auch davon überzeugt, dass wir dann zu einer sehr guten Lösung mit einer breiten Mehrheit kommen.

Dennoch ist der Antrag der FDP-Fraktion - zu dem auch noch ein Änderungsantrag vorliegt - jetzt da. Deswegen darf Herr nun ans Mikrofon.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich finde es wichtig, dass wir heute über dieses Thema diskutieren und uns nicht, indem Sie Ihre Vorlage zurückziehen und die FDP-Fraktion ihren Antrag zurückzieht und auch dieser Änderungsantrag nicht zur Debatte steht, in der letzten Sitzung vor

der Sommerpause und der letzten Sitzung vor der Kommunalwahl darum herumdrücken; denn wir stehen bei der Stadtgesellschaft im Wort, dass wir vor der Sommerpause eine Entscheidung treffen.

Es gibt Leute - auch auf Seiten des Historischen Archivs -, die sagen: Egal, für welchen Standort ihr euch am Ende entscheidet; Hauptsache, ihr entscheidet euch für einen Standort. - Dort will man nämlich natürlich auch sehen, dass es irgendwie weitergeht. Daher finde ich die Debatte hier wichtig. Am Ende der Debatte müssen wir dann schauen, welche Lösungen favorisiert werden.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben in Ihrer Vorlage den Standort Eifelwall favorisiert. Es gab eine entsprechende Untersuchung. Dort war auch einmal die MesseCity - die sicherlich von einer breiten Mehrheit dieses Hauses nicht getragen wird - ganz weit vorne. Leider hat Ihre Verwaltung die Signale insbesondere aus dem Kulturausschuss - wenn irgendetwas in der Zeitung steht, braucht einen das ja nicht zu interessieren; wenn im Kulturausschuss gewisse Aufträge erteilt werden, ist das aber etwas anderes - in Richtung des ursprünglichen Standortes an der Severinstraße nicht richtig aufgegriffen. Es hieß dann, dafür habe die Verwaltung keinen Prüfauftrag, weil sie stoisch das abgearbeitet hat, was am 26. März dieses Jahres hier im Rat beschlossen wurde.

Ich möchte das noch einmal erklären - auch was die Wertigkeit der einzelnen Standorte angeht; denn darüber gab es auch in einer Pressenotiz Irritationen. In der Debatte der Jahre 2007/2008 waren wir uns in diesem Hause mit einer breiten Mehrheit einig, dass das Gereonskloster mit seinem historischen Standort die würdigste und beste Lösung für das Historische Archiv gewesen wäre. Leider mussten wir diese Lösung fallen lassen, weil sie sich finanziell nicht darstellen ließ.

Dann gab es die Alternativenprüfungen der verschiedenen Standorte: der Waidmarkt, also das alte Polizeipräsidium, der Eifelwall und die MesseCity - die dort, wie gesagt, auch eine überraschend gute Bewertung bekommen hatte. Für mich als Stadtentwicklungspolitiker war das in der Tat überraschend; denn eigentlich hatten wir mit der MesseCity etwas anderes vor.

Durch den tragischen Einsturz des Historischen Archivs bekommen wir jetzt die „Chance“ - ich möchte dieses Wort aber auch im Protokoll ausdrücklich in Anführungszeichen gesetzt

haben -, wieder über den alten Standort an der Severinstraße zu verfügen.

Die Schließung der Wunde, die dieses Unglück in die Stadt gerissen hat - und zwar sowohl städtebaulich als auch psychologisch -, durch den Wiederaufbau des Historischen Archivs in der Severinstraße halten wir als FDP-Fraktion für sehr wichtig.

Wir haben der Stadtgesellschaft versprochen, dass wir vor der Sommerpause entscheiden. Deswegen haben wir als FDP-Fraktion diesen Antrag gestellt - schon bevor es Ihre entsprechende Vorlage gegeben hat.

Nach der bisherigen Aktenlage - Sachstand heute - muss ich sagen, dass die Severinstraße der bestmögliche Standort ist.

Wenn es neue Erkenntnisse gibt, zum Beispiel in Richtung Gereonskloster, sind wir gerne bereit, uns diesen Erkenntnissen nicht zu verschließen und neu nachzudenken. Diese Chance sehe ich zurzeit aber nicht.

Deswegen sollten wir den Mitarbeitern des Stadtarchivs und der Stadtgesellschaft auch eine Antwort auf die Frage geben, wo wir das Historische Archiv wieder aufbauen. Wir wollen es in der Severinstraße wieder aufbauen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Sterck. - Herr Dr. Lemper.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]:
Zuerst Frau Moritz! Sie hat heute
Geburtstag!)

- Also Frau Moritz.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuschauer und Zuschauerinnen! Alle Fraktionen im Rat haben versprochen, dass wir uns vor der Sommerpause zu einer Entscheidung durchringen werden. Deswegen war ich umso enttäuschter, als ich die Vorlage gesehen habe, die heute zurückgezogen worden ist; denn ein Standort, der am Anfang aus Pietätsgründen nicht so laut ausgesprochen wurde, weil dort gerade ein schreckliches, tragisches Unglück passiert war, nämlich der Standort Severinstraße, ist schon seit Ende April

dieses Jahres in der öffentlichen Debatte. Ich bin wirklich erstaunt, dass die Verwaltung ihn nicht mit untersucht hat. - Ad eins.

Ad zwei: Wir haben damals gesagt, dass es drei Möglichkeiten gibt: Modul 1 - nur Historisches Archiv; Modul 2 - Historisches Archiv mit Rheinischem Bildarchiv; Modul 3 - Historisches Archiv mit Kunst- und Museumsbibliothek. Die Untersuchung, die wir jetzt vorliegen haben, setzt aber unterschwellig voraus, der Rat hätte sich bereits für das Modul 3 entschieden. Das ist ja gar nicht der Fall. Deswegen hätte ich erwartet, dass sehr wohl anhand dieser unterschiedlichen Varianten - ganz kleine, mittlere und große Konzeption - differenziert wird.

Am allermeisten enttäuscht bin ich über die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung; denn darin wird den Grundstückskosten ein sehr hoher Stellenwert gegeben. Unter dieser Voraussetzung ist natürlich klar - das braucht man gar nicht zu untersuchen -, dass das Gereonskloster völlig herausfällt.

Heutzutage muss man die Lebensdauer eines Gebäudes betrachten. An dieser Stelle ist die Energietechnik der entscheidende Parameter - und nicht der Grundstückspreis. Wenn man eine Lebensdauer von 50 Jahren zugrunde legt, werden die Grundstückskosten relativ marginalisiert.

Ich hätte mir auch eine Gegenüberstellung der Betriebskosten und der Gebäudekosten pro Jahr, also geteilt durch 50, gewünscht. Damit hätte man eine Vergleichbarkeit hergestellt.

Das alles haben wir nicht. Ich hoffe, dass die Verwaltung jetzt nacharbeitet.

Herr Sterck, ich persönlich halte das Gereonskloster nach wie vor für den herausragendsten Ort. Wenn wir das finanziell irgendwie darstellen können - dafür fehlen mir noch Beurteilungsgrundlagen -, ist für mich die Severinstraße allerdings auf jeden Fall ein besserer Standort als der Eifelwall. Die heute vorliegende Untersuchung läuft ja im Prinzip auf den Eifelwall hinaus. Die MesseCity kommt vom Standort her nicht infrage.

Die Severinstraße ist also ein besserer Standort als Eifelwall. Dazu müssen Untersuchungen durchgeführt werden. Das steht alles in unserem Änderungsantrag.

Wir wollen uns aber noch nicht heute festlegen und erst einmal diese zusätzliche Untersuchung

in Auftrag geben. Würden wir uns bereits festlegen, bräuchten wir diese Untersuchung ja gar nicht in Auftrag zu geben. Man gibt doch keine Untersuchung in Auftrag und sagt: Ich weiß aber eigentlich schon, was dabei herauskommt. - Dann brauchen wir keine Untersuchung mehr in Auftrag zu geben.

Herr Oberbürgermeister, wenn diese Untersuchung extern vergeben wird, möchten wir auch gerne vorher erfahren, wer sie durchführt und nach welchen Kriterien - und nicht so, wie das bisher gemacht wurde.

Ich appelliere an die FDP, unserem Antrag zuzustimmen.

Alle diejenigen in der Stadtgesellschaft, die hohe Erwartungen an den Rat dahin gehend hatten, dass wir heute entscheiden, bitte ich um Verständnis. Das Wichtigste sind der Lesesaal, das Digitalisierungszentrum und das Restaurierungszentrum. Das brauchen wir sofort. Wenn wir uns sechs Wochen später für diesen oder jenen Standort entscheiden, wird das den Braten nicht fett machen. Wir wissen alle, dass das Gebäude nach der Fertigstellung auch noch austrocknen muss. Wir haben also eine lange Zeit vor uns. Vor diesem Hintergrund sollten wir uns der Seriosität wegen noch diese Zeit nehmen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke, Frau Moritz. - Herr Dr. Lemper, bitte.

Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wäre natürlich eine gute Gelegenheit gewesen, heute eine endgültige Entscheidung über den neuen Standort des Historischen Archivs zu treffen. So war es eigentlich vereinbart. Eine solche Entscheidung hätte im Kontext des Geschehens gestanden und auch der Würde des besonderen Anliegens entsprochen. Das ist nun nicht möglich. Ich will die Gründe dafür jetzt nicht weiter erläutern; denn ich habe sie schon hinreichend im Kulturausschuss kommentiert. Ich will nur zum Ausdruck bringen, dass bei mir eine leichte Enttäuschung mitschwingt, dass die Verwaltung nicht in der Lage war, dem Rat eine komplette Vorlage vorzulegen, auf deren Grundlage wir heute eine Entscheidung hätten treffen können.

Dennoch sind wir der Meinung, Herr Oberbürgermeister, dass auf jeden Fall noch in dieser Wahlperiode - wir haben ja noch eine Ratssitzung - die Entscheidung getroffen werden sollte. Da es im Rahmen des Möglichen liegt, dass der neu gewählte Rat in seiner rechtlichen Selbstständigkeit diese Entscheidung erst mit einiger zeitlicher Verzögerung treffen kann, weil er sich erst in die Unterlagen einarbeiten muss, sollte das noch in dieser Wahlperiode entschieden werden.

Es sind jetzt sehr viele Standorte diskutiert worden. Allerdings hat es keinen Sinn, jetzt Bekenntnisse zu einzelnen Standorten abzugeben, ohne dass uns saubere, seriöse und nachprüfbare, und zwar sowohl hinsichtlich der baulichen Voraussetzungen als auch der finanziellen Dimensionen, Unterlagen vorliegen.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

Was wir hier völlig ausschließen können, ist - ich glaube, das ist völlig klar -, dass das Archiv im Messe-Citybereich, also im rechtsrheinischen Bereich, gebaut wird.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Im Linksrheinischen!)

Das muss nicht weiter untersucht werden. Die Verwaltung muss jetzt Untersuchungen, und zwar in den Dimensionen, die auch Frau Moritz hier zum Ausdruck gebracht hat, zu folgenden Standorten anstellen: Severinstraße, Eifelwall - da gibt es noch eine Menge Nachfragen -, Waidmarkt und Gereonshof. Bei Letztgenanntem sind wir alle in der Tat der Meinung, dass wir, wenn wir jenseits der finanziellen Dimensionen eine Entscheidung treffen könnten, den Standort Gereonshof favorisieren würden.

Vor einer Entscheidung über den künftigen Standort muss auch die Frage der Unterbringung des Rheinischen Bildarchivs und der Museumsbibliothek beantwortet sein. Wenn diese beiden Institute dort nicht untergebracht werden können, muss eine Alternative dargestellt werden.

Ich bitte die Verwaltung, das aufzunehmen, und uns in der nächsten Ratssitzung eine Grundlage, auf der man entscheiden kann, vorzulegen. Vielleicht können wir uns auf zwei Dinge einigen, meine Damen und Herren: Vielleicht gelingt es dem Rat, die Standortentscheidung im Konsens zu fassen; das wäre mein Wunsch. Ich finde, das wäre angesichts dessen, was passiert ist, auch die einzige adäquate politische Antwort, die wir

geben können. Vielleicht gelingt es uns auch, die verbindliche Entscheidung noch in dieser Wahlperiode zu treffen. Wenn wir diese beiden Dinge hinbekommen, dann haben die Diskussionen sowohl hier im Rat als auch im Kulturausschuss ihren Sinn gehabt.

(Beifall bei der CDU sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Lemper. - Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir von der Linken haben uns in diese Debatte nicht so intensiv eingebracht; das will ich ganz offen zugeben. Trotzdem halten wir die Frage der Eigenrealisierung beziehungsweise der Eigeninvestition für wichtig. Das steht für uns an erster Stelle.

(Zuruf)

- Das hat damit gar nichts zu tun. - Köln kann es sich nämlich nicht leisten, noch einmal ein Geschäft zu entwickeln, bei dem man sich hinterher fragt: Mein Gott, wer hat sich denn daran dick und dämlich verdient? Das will ich noch einmal deutlich sagen. Deswegen hat es mich gewundert, dass im Gutachten von Ernst & Young der Risikofaktor bei einer Eigenrealisierung höher ist als bei einer Fremdvergabe. Ich habe bisher gedacht, dass das eher umgekehrt ist, nämlich dass bei einer Eigeninvestition das Risiko kleiner und bei Fremdvergabe eher größer ist. Ich denke, das stimmt möglicherweise etwas nicht, und bitte die Verwaltung um erneute Prüfung.

Für uns ist die Lage ein wichtiger Punkt in dieser Diskussion; denn vor einer Standortentscheidung sollten wir auch die Wegebeziehungen in der Innenstadt betrachten. Ein weiterer wichtiger Punkt in der Diskussion ist das Grundstück selbst. Das Grundstück am Eifelwall hat den Vorteil, dass es nicht 4 000 Quadratmeter, sondern 6 000 Quadratmeter groß ist, also 50 Prozent größer ist. Das könnte nicht nur aus strategischen Gründen ein Vorteil sein; denn man kann sich natürlich überlegen, ob man Teile dieses Grundstücks eventuell untervermietet und so weiter. Das würde die Betriebskosten senken. Auch dieser Aspekt sollte in die Prüfung miteinbezogen werden. - Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Zimmermann.

Michael Zimmermann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind jetzt wieder an einem Punkt, wo wir sehr eng beieinander sind. Wir haben hier in diesem Rat einen Beschluss gefasst; ich glaube, es war in der März-Sitzung. Wir haben die Verwaltung per Beschluss beauftragt, bestimmte Dinge zu prüfen. Heute stellen wir fest, dass diese Prüfungen nicht vollständig genug erfolgt sind und dass nicht genügend Fakten auf dem Tisch liegen, insbesondere was den Standort Severinstraße betrifft. Ich finde es sehr gut - das will ich ausdrücklich sagen -, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, als Konsequenz daraus die Vorlage zurückgezogen haben. Denn uns allen ist es sehr wichtig, hierüber eine fundierte Entscheidung zu treffen.

Zu Beginn haben Sie schon einige Punkte benannt. Das korrespondiert in etwa mit dem, was wir auch in unserem Änderungsantrag formuliert haben. Das heißt, es besteht die große Chance, dass wir am Ende zu einer gemeinsamen Lösung kommen. Aber wir bestehen darauf, dass wir unsere Entscheidung auf der Grundlage von überprüfbaren Fakten treffen. Für den gesamten Komplex Severinstraße zum Beispiel, für den wir durchaus Sympathie haben, liegen diese Fakten schlichtweg nicht vor. Wenn wir das heute beschließen würden, wäre das ein Schnellschuss. Es wäre falsch, sich noch vor einer Prüfung für den Standort Severinstraße zu entscheiden. Sie haben deswegen Ihre Verwaltungsvorlage zurückgezogen; das finde ich sehr vernünftig.

Wie schon im März sagen wir auch hier heute ganz klar: Wir wollen eine schnelle Entscheidung. Wir haben damals gesagt: Wenn uns die Verwaltung bis zu den Sommerferien das Ergebnis ihrer Prüfungen vorlegt, dann entscheiden wir noch vor den Sommerferien. Sie haben uns heute mitgeteilt, dass das Ergebnis noch nicht vorliegt; wir sehen das genauso. Wir sagen, dass wir die Entscheidung treffen können, sobald die Fakten vorliegen, gerne auch in der September-Sitzung. Wenn Sie uns bis zum Ende der Sommerferien die entsprechenden Unterlagen vorlegen, können wir in Ruhe in den Fraktionen diskutieren. Und dann können wir, wie ich hoffe, eine sehr breit getragene Entscheidung treffen. Gerade das

halte ich in diesem Punkt für außerordentlich wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Die beiden Dezernate arbeiten daran. Ich sage Ihnen zu, dass Sie rechtzeitig vor der letzten Sitzung in dieser Legislaturperiode eine Vorlage bekommen, die sehr stark differenziert und sämtliche Standorte noch einmal aufgreift, mit Ausnahme der Messehalle. Dieser Standort ist, glaube ich, aus dem Rennen; das ist im Kulturausschuss so verabschiedet worden. Um das objektiv beurteilen zu können, wird der Standort Gereonshof wieder aufgenommen, des Weiteren die ebengenannten Standorte sowie eventuell noch ein weiterer, der jetzt ganz kurzfristig dazugekommen ist. In einer Gegenüberstellung werden wir alle diese Standorte nach drei Modulen aufschlüsseln, nämlich hinsichtlich der Grundstückskosten, der Baukosten und der Betriebskosten. Damit haben Sie eine echte Vergleichsmöglichkeit. Sind Sie damit einverstanden?

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Und die unterschiedlichen Funktionen!)

Von Herrn Sterck kommt noch eine Wortmeldung.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Kollegin Moritz hat schon ihre Enttäuschung zum Ausdruck gebracht, dass die Fakten heute nicht vorliegen,

(Martin Börschel [SPD]: Das haben wir auch!)

obwohl bereits in der Sitzung des Kulturausschusses vor zwei Monaten der Standort Severinstraße in die Diskussion gebracht wurde.

(Martin Börschel [SPD]: Ja, da haben Sie recht!)

Wir sind - da hat Herr Zimmermann vollkommen Recht - eigentlich nicht weit auseinander, insbesondere weil wir alle, wie ich der Diskussion entnehmen konnte, im Grunde die gleichen Prioritäten setzen. Natürlich würden wir uns gerne für den Standort Gereonskloster entscheiden. Ich glaube, er findet zumindest bei den vier großen Fraktionen hier eine breite Mehrheit. Aber dieser Standort war schon einmal

ausgeschieden, einfach weil er finanziell nicht darstellbar ist. Ich höre auch - das höre ich sehr gerne -, dass der zweite Favorit hier in diesem Hause die Severinstraße ist. Da nach derzeitigem Aktenstand der Standort am Gereonskloster nicht finanzierbar ist, würden wir als FDP-Fraktion eine Entscheidung für die Severinstraße mittragen. So weit sind andere hier noch nicht; das ist auch okay. Das heißt nicht, dass wir diese Prüfung blockieren wollen.

Wenn wir uns in diese Richtung bewegen, werden wir uns bei der Abstimmung über den Änderungsantrag enthalten und würden in der September-Sitzung auf unseren Vorschlag zurückkommen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Dann lasse ich jetzt abstimmen über den Änderungsantrag. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, pro Köln, die Linke, Dr. Müser und meine Stimme. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der FDP ist das einstimmig so angenommen.

Wie gesagt, wir werden uns so aufstellen, dass Ihnen zum Ende der Sommerferien die Unterlagen vorliegen, damit Sie genügend Zeit haben, sich auf die September-Sitzung vorzubereiten, und damit Sie im September ein klares Votum, möglichst sogar einvernehmlich, fällen können.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.12 auf:

2.1.12 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Wiedereintritt der Sozial-Betriebe Köln (SBK) gGmbH in den Kommunalen Arbeitgeberverband“ AN/1126/2009

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/1197/2009

Es spricht Herr Ludwig.

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Linke fordert ebenso wie die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten der SBK die Rückkehr in den Tarifvertrag. Der Rat muss heute entscheiden: Heißt er den Tarifbruch eines 100-prozentigen städtischen Beteiligungsunternehmens gut, oder steht er zu

den Tarifverträgen für die Beschäftigten in dieser Stadt?

Die Geschäftsführung der SBK begründet den Ausstieg aus dem Arbeitgeberverband und aus dem Tarifvertrag mit dem Konkurrenzdruck privater Pflegeeinrichtungen und dem negativen Betriebsergebnis der SBK. Wir halten es für eine absurde Konstruktion, die Pflege von alten Menschen und Menschen mit Behinderungen, eine absolute Kernaufgabe der Daseinsfürsorge, rein betriebswirtschaftlich rechnen zu wollen.

In vielen privaten Pflegebetrieben - ich denke, das wissen Sie auch - herrschen nicht nur Lohndumping und ein recht flottes Heuern und Feuern von Beschäftigten, sondern zum Teil auch die berüchtigte Satt-und-Sauber-Pflege unter zum Teil menschenunwürdige Bedingungen für die zu pflegenden Menschen. Auf diese Konkurrenz wollen sich die Beschäftigten der SBK zu Recht nicht einlassen. Wir als Rat sollten heute beschließen, dass sie sich auf diese Konkurrenz auch nicht einlassen müssen.

Wir von der Linken haben 2007 vor der Ausgliederung in eine private Rechtsform gewarnt und gesagt, dass wir der Passage: niemandem würden daraus Nachteile entstehen, nicht wirklich Glauben schenken können. Das hat sich nun bestätigt. Die Attacke auf die Gehälter ist eine Folge der gGmbH-Gründung. Wir haben den Verdacht, dass die Startbedingungen der Ausgliederung so gewählt wurden, dass der Druck in Richtung Lohnsenkung, sozusagen politisch gewollt, eingebaut wurde, indem die SBK seitens der Stadt nicht mit Mitteln in ausreichender Höhe ausgestattet wurden; denn trotz einer sehr hohen Auslastung im Pflege- und Betreuungsbereich können die Löhne angeblich nicht finanziert werden.

Es liegt nicht in der Verantwortung der Kolleginnen und Kollegen, dass der SBK nicht ausreichend Investitionsmittel zur Verfügung stehen. Es liegt nicht in ihrer Verantwortung, dass im Pflegebereich ein Dumpingwettbewerb auf den Knochen von Beschäftigten und Pflegebedürftigen ausgetragen wird. Warum sollen sie für diese Probleme bezahlen?

Wir betrachten den Ausstieg der SBK aus dem Arbeitgeberverband nicht als absoluten Einzelfall und als eine ernste Warnung für die Beschäftigten aller anderen städtischen Beteiligungsbetriebe. Es ist keine Bagatelle, wenn ein städtisches Unternehmen aus dem

Tarifvertrag aussteigt. Wir werden es Ihnen hier auch nicht durchgehen lassen, wenn Sie sagen, das habe mit der besonderen Situation im Pflegebereich zu tun, dafür könne man doch nichts, das Problem sei nun einmal nur über niedrigere Löhne lösbar. - Nein, das ist nicht richtig. Es ist eine verdammt ernste Frage, ob ein städtischer Betrieb die Tarifbindung verlässt. Wenn die Geschäftsleitung der SBK durchkommt, werden sich nämlich - das befürchten wir - auch andere Vorstände ermutigt fühlen. Diesen Dammbbruch wollen wir verhindern.

Die Auseinandersetzung um die Verlässlichkeit der Tarifverträge bei der Stadt Köln und ihren Beteiligungsbetrieben beginnt mit der Auseinandersetzung bei den SBK. Herr Ludorf hat den Ausstieg auch mit den in den letzten Tarifrunden vereinbarten prozentualen Gehaltssteigerungen begründet, obwohl er ganz genau weiß, dass durch den neuen Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes, den TVöD, die Kosten mittelfristig sinken werden.

Der TVöD ist ein Absenkungstarifvertrag, der, auf die Lebensarbeitszeit gerechnet, zu Gehaltseinbußen von mehreren 10 000 Euro führt. Durch die neue Billiglohngruppe, die Entgeltgruppe 1, wurden Tarife auf die Höhe der Mindestlohnforderung von ver.di abgesenkt. Die Arbeitgeber wissen das, und trotzdem oder gerade deswegen versuchen sie hier offensichtlich, nachzukartieren. Das zeigt auch, dass es ein Fehler seitens ver.di war, den TVöD abzuschließen; Gleiches trifft auf die Sparten- und Notlagentarifverträge zu. Denn die Arbeitgeber wurden durch dieses Nachgeben ermutigt und sehen die Chance, weiteres Erpressungspotenzial aufzubauen. Deshalb gilt es, jetzt bei den SBK und den Beteiligungsbetrieben der Stadt Köln insgesamt zumindest die Linie des TVöD zu verteidigen und eine weitere Aufweichung zu verhindern.

Den Änderungsantrag von SPD und Grünen müssen wir leider unter dem Titel „Wahlkampf“ abbuchen. Wir haben den Eindruck, so kurz vor den Wahlen wollen Sie nicht offen arbeitnehmerfeindlich erscheinen und drücken sich deshalb um eine klare Antwort herum.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: ver.di ist arbeitnehmerfeindlich!)

Sie tun so, als wäre man für eine Einigung, obwohl eine Einigung gar nicht mehr zur Debatte steht. Sie schreiben in Ihrem Antrag: Die

Zielsetzung, man solle einen Austritt aus dem Arbeitgeberverband durch einen eigenen Absenkungstarifvertrag überflüssig machen, ist noch aktuell. - Das ist einfach nicht mehr richtig. Dieser Tarifvertrag ist nicht zustande gekommen. Ver.di ist nicht auf den Druck eingegangen, unserer Meinung nach zu Recht. Daraufhin hat die Leitung der SBK ihre Drohung wahrgemacht und den Ausstieg aus dem Arbeitgeberverband und dem Tarifvertrag vollzogen. Das steht also gar nicht mehr zur Debatte. Die jetzige Situation ist nicht vergleichbar mit der, als der ursprüngliche Antrag vom Rat beschlossen wurde.

Deswegen müssen sich hier und heute alle Ratsmitglieder entscheiden: Hü oder Hott? Es geht nicht um allgemeine Appelle, sondern um eine ganz einfache und konkrete Entscheidung, die massive Auswirkungen auf die Gehaltsschecks der Beschäftigten bei den SBK haben wird. Sie können diese Verantwortung nicht anderen zuschieben. Entscheiden Sie sich heute: Wollen Sie den tariflosen Zustand für Beschäftigte eines städtischen Unternehmens akzeptieren oder nicht? Die Beschäftigten bei den Sozialbetrieben in Köln und den anderen städtischen Betrieben werden sehr genau verfolgen, wer welche Position zu diesem Thema bezieht. - Danke sehr.

(Beifall bei der Linken.Köln und auf der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Als Aufsichtsratsvorsitzender der SBK möchte ich gerne dazu Stellung nehmen. Vor ziemlich genau einem Jahr wurde hier im Rat der Stadt Köln dieses Thema diskutiert, und es kam zu einem nahezu einstimmigen Beschluss, der die Tarifparteien aufforderte, die Tarifverhandlungen so zu führen, dass es nicht zu einem Austritt aus dem KAV kommt.

Inzwischen hat sich eine Menge getan. Es wurden sehr viele, sehr erfolgreiche und konstruktive Gespräche geführt. Vonseiten ver.di Nordrhein-Westfalen und dem Kommunalen Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen sowie in Abstimmung mit dem Betriebsrat der SBK und der Geschäftsführung der SBK wurde ein paraphierfähiges Abkommen - ich will es einmal

so nennen -, das einen Rahmentarifvertrag und weitere Vereinbarungen einschließt, festgezurr. Im März dieses Jahres wurde vom ver.di-Bundesvorstand eine Rahmenvereinbarung getroffen, die es ermöglicht, auf kommunaler Ebene über die Landesebene entsprechende Tarifverträge zu paraphieren. Alle Seiten waren sich einig. Wir standen also kurz davor, ein Ergebnis zu paraphieren, auf das sich beide Seiten in den Gesprächen geeinigt hatten.

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich bitte Sie daher, die gemeinsame Zielsetzung des Ratsbeschlusses vom 28. August 2008 noch einmal zu bekräftigen und dafür auch den Gesellschafter, die Stadt Köln, mit ins Boot zu holen, und zwar mit der Maßgabe, endlich die so naheliegende tarifvertragliche Lösung zu paraphieren und dann die Vollmitgliedschaft im Kommunalen Arbeitgeberverband wiederherzustellen. In diesem Sinne bitte ich Sie eindringlich, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Detjen, haben Sie eine Nachfrage?

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Kurzes Statement!)

- Ein Statement. Üblicherweise gehen wir nach der Rednerliste vor. Das wollen wir auch jetzt so beibehalten. - Die nächste Wortmeldung kam von Herrn Helling. - Er zieht sie zurück. Dann spricht Herr Mendorf. - Auch er zieht zurück. Dann sind Sie jetzt doch dran, Herr Detjen.

(Heiterkeit)

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Heinen, die Kontroverse, wie wir sie heute wieder führen, gab es auch schon in der damaligen Ratssitzung. Sie hatten einen Antrag dazu gestellt, und wir hatten einen Antrag dazu gestellt. Der Beschluss wurde damals nicht einstimmig gefasst.

Sie können sich hier nicht herausreden. Es geht darum, den Status quo wiederherzustellen. Darum geht es zwar auch in Ihrem Antrag, aber Sie müssen doch zugeben, dass sich über Verhandlungen der Status quo nicht wiederherstellen ließ. Also gibt es nur einen Weg, den Status quo wiederherzustellen, nämlich indem Herr Ludorf dem Kommunalen

Arbeitgeberverband wieder beitrifft. Einen anderen Weg gibt es nicht. Das wäre auch nicht unnormal, sondern der ganz normale Weg. Alle städtischen Unternehmen sind im Arbeitgeberverband, nur seine Durchlaucht, der Herr Ludorf, nicht.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil er den Betrieb nicht an die Wand fahren will!)

- Das Argument könnte auch jedes andere Unternehmen ins Feld führen, Frau Moritz.

Wir als Rat der Stadt Köln können es doch nicht dulden, dass jeder Geschäftsführer eines Betriebs der Stadt Köln seinen ureigenen Weg geht. Auch Herr Assenmacher verfährt schon so. Das geht nicht. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen. Wir fordern, den Status quo wiederherzustellen.

(Beifall bei der Linken.Köln und auf der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau Moritz hat sich zu Wort gemeldet.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Ich kann das hier nicht so stehen lassen. Sie von der Linken erwecken hier den Eindruck, wir wären gegen die tarifliche Bezahlung in den städtischen Betrieben. Unsere Position hat nur den einen Grund: Wir wollen die SBK unbedingt in städtischer Trägerschaft halten. Das, was Sie betreiben, würde am Ende dazu führen, dass wir den Betrieb abwickeln müssten. Erzählen Sie den Leuten keinen Unsinn!

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Frau Moritz, schon mit Umwandlung der SBK in eine gGmbH stand fest, dass sie den Lohn absenken will.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: „Muss“, lieber Herr Detjen!)

Deswegen haben wir damals dagegen gestimmt. Man muss den Tariflohn überhaupt nicht absenken, sondern man muss den Tariflohn erhalten. Das gehört zu unserer fürsorgenden Aufgabe. - Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag von SPD und Grünen abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die CDU, die Grünen, die FDP, Herr Dr. Müser und meine Stimme. Gegenstimmen? - Gegen die Linke und pro Köln. Enthaltungen? - Keine.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.13 auf:

2.1.13 Antrag von Ratsmitglied Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) betreffend „Einstellung der bisherigen Planung für den Umbau des Opernquartiers und Ausschreibung eines Realisierungswettbewerbs auf neuer Grundlage“ AN/1143/2009

Herr Dr. Müser, bitte.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

Seit dem Ausbruch der Finanzkrise scheint Schulden machen wieder salonfähig zu sein. Der Bund wirft mit Steuer-Milliarden nur so um sich, die Berliner Schuldenuhr rast mit über 2000 € pro Sekunde. Warum sollten sich die Kommunen nicht gönnen, was Vater Staat ihnen vorlebt? Auf ein paar Millionchen mehr oder weniger kommt es jetzt doch auch nicht mehr an.

So Eberhardt Kanski vom Bund der Steuerzahler NRW. - Zu ergänzen ist: Die Stadt Köln steht mit den Planungen zur Oper für diesen Ansatz.

Es geht jedoch auch anders: Glasklarer Konsolidierungskurs, Bürger mit ins Boot nehmen, eine Kultur der Budgetdisziplin bei gleichzeitiger kontinuierlicher Entschuldung - das sind die Kennzeichen für eine Politik, mit der beispielsweise Langenfeld schuldenfrei geworden ist.

Die derzeitigen Planungen für das Opern- und Schauspielhausquartier stehen für eine Politik des aus dem Vollen Schöpfens. Das ist ein Haushaltsdinosaurier. Während der Kämmerer schriftlich mitteilt, dass für die kommenden Jahre Haushaltssperre und Haushaltssicherungskonzept drohen, geht die flexible Planung weiterhin bezüglich des Raumprogramms von den maximalen Möglichkeiten aus.

Der erste Entwurf für den Baukörper hat eine Höhe und ein Volumen erreicht, dass selbst den Unterausschussmitgliedern mulmig wurde und sie darum baten, doch eine etwas kleinere und niedrigere Lösung zu erstellen. Das ändert jedoch nichts daran, dass dem Entwurf die falschen Rahmenvorstellungen zugrunde liegen.

Während das Kooperationsprojekt Deutsche Oper am Rhein öffentlich ausgezeichnet wird, beharrt man in Köln weiterhin auf einer monolithischen Lösung - ohne Kooperation entlang der Rheinschiene, ohne Hebung von Synergien, ohne Abstriche zu machen.

Mit dem vorliegenden Antrag haben Sie die Möglichkeit, die Zukunft Kölns auch weiterhin aktiv zu gestalten, bevor der RP das Heft in die Hand nimmt. Denn wie der brillante Liberale Lord Dahrendorf schon zu Lebzeiten sagte: „Freiheit ist nicht ein Zustand, sondern immer eine Tätigkeit.“ - Die Schuldenfreiheit gehört dazu. - Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer für den Antrag von Herrn Dr. Müser ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist er selbst. Enthaltungen? - Gibt es keine. Das heißt, die ganz große Mehrheit ist dagegen. Herr Dr. Müser, das war nicht der ganz große Wurf.

(Heiterkeit)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.14 auf:

2.1.14 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Erstattung der Elternbeiträge für nicht betreute Kinder während des Kita-Streiks“

AN/1098/2009

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion
AN/1214/2009**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1216/2009**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln
AN/1217/2009**

Dazu spricht der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich in Anbetracht der Zeit nur kurz darlegen, warum die CDU-Fraktion dafür eintritt, den Eltern, deren Kinder während des Kita-Streiks nicht betreut werden konnten, ihre Beiträge anteilig, der Anzahl der Streiktage entsprechend, zurückzuzahlen.

Fakt ist, dass trotz erheblicher Bemühungen der Verwaltung nicht alle Eltern ihre Kinder in Notfallbetreuungseinrichtungen unterbringen konnten. Manche Eltern mussten auf private Initiativen zurückgreifen oder nach anderen Betreuungsmöglichkeiten suchen und dafür zusätzliche Kosten aufbringen. Aus unserer Sicht ist es daher nur gerecht, dass die Eltern, deren Kinder keine Leistungen in Anspruch nehmen konnten, ihre Beiträge zurückerstattet bekommen. Wir meinen, der Streik darf nicht zu Lasten und auf Kosten der Eltern - diese waren ja davon betroffen - gehen.

(Beifall bei der CDU)

Was bei der Erstattung der Essenskosten möglich ist - das hat die Verwaltung schon geplant -, muss auch bei den Elternbeiträgen möglich sein, vor allem wenn man berücksichtigt, vor welchem Hintergrund sich der Streit um den Streik abspielt. Bei den Eltern wächst - das kann man tagein, tagaus in den Zeitungen lesen - der Unmut, dass dieser Streik fortgeführt wird und sie weiterhin belastet werden.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Genau!)

Viele dieser Eltern befürchten schon, dass durch das Hin- und Herschieben von einer Notbetreuung in die andere ihre Kinder letztlich vom Psychiater behandelt werden müssen. Darum übernehmen sie selbst die Betreuung, und viele von ihnen haben dafür schon ihren Urlaub verbraucht.

Zur gleichen Zeit werden Amtsgerichte bemüht, um zu klären, wer denn nun recht hat zu der Frage: Ist das nun höhere Gewalt oder nicht? Den betroffenen Eltern kann das Urteil völlig egal sein, wenn sie durch die anteilige Rückzahlung ihres Beitrags eine Milderung ihrer materiellen und immateriellen Belastungen für nicht erhaltene Leistungen erfahren.

In diesem Zusammenhang würde ich gerne ein paar Worte an die zuständige Dezernentin, Frau Dr. Klein, richten. Liebe Frau Klein, wir waren schon sehr erstaunt, dass Sie sich, wie wir der

Presse entnehmen konnten, schon im Vorfeld gegen unseren Ratsantrag ausgesprochen haben, und zwar mit der Begründung, die Eltern hätten kein Recht auf eine Rückerstattung.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Aha!)

Wir haben dazu ein Gespräch mit Ihnen geführt. Sie haben gesagt, sie hätten das nicht expressis verbis nach unserem Ratsantrag gesagt, sondern schon vorher, und hätten das dann nur wiederholt; sei es, wie es sei. Ich stelle fest: Es kommt überhaupt nicht darauf an, meine Damen und Herren und liebe Frau Klein, ob die Eltern ein Recht darauf haben - es gibt auch kein Verbot -, dass ihnen das Geld zurückerstattet wird, sondern es kommt schließlich und endlich darauf an, was gerecht ist. Wir fühlen uns moralisch dazu verpflichtet, den Eltern zu dieser Rückzahlung zu verhelfen.

(Beifall bei der CDU)

Dass dies möglich ist, zeigt das Beispiel Duisburg. Die Stadt Duisburg macht das schon. Von daher denke ich, dass das überhaupt kein Problem sein sollte, Frau Klein. - Wenn die Eltern, die sich nicht finanziell belastet fühlen, sagen, sie wollten das Geld nicht zurück, dann können sie es durchaus auch der Kita ihres Kindes stiften.

Halten wir also fest: Bei den Eltern von Kita-Kindern wächst tendenziell der Wunsch nach einer Rückerstattung. Darüber politisch zu entscheiden, ist nicht Angelegenheit des Jugenddezernats, sondern ureigenste Angelegenheit des Rates.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sind wir auch sehr dankbar dafür, dass sich mehrere Ratsfraktionen unserer Initiative angeschlossen beziehungsweise sie aufgegriffen haben. Wir stellen fest, dass von Rot-Grün beispielsweise ganz andere Vorschläge gemacht werden, als sie Frau Klein für die Verwaltung vorgetragen hat. Uns kommt es aber nicht auf Wortklauberei an, sondern darauf, dass die Eltern entlastet werden. Weil dies mit den Anträgen von Rot-Grün und von der FDP genauso erreicht wird, werden wir nicht zögern, auch diesen beiden Anträgen zuzustimmen. - Ich danke Ihnen sehr, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herzlichen Dank, Herr Granitzka. - Für die SPD Herr Dr. Heinen, bitte.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Granitzka, mit dem Rechtsbegriff gehen Sie manchmal ein wenig locker, um nicht sagen zu müssen: leichtfertig, um. Ich denke, Satzungen - dazu gehören auch Gebührensatzungen - haben ihren Wert und dürfen nicht der Beliebigkeit ausgesetzt werden. Trotzdem haben wir natürlich bei unseren Entscheidungen hier im Rat ein gewisses Maß an Freiwilligkeit und auch an Eigenständigkeit. Wir dürfen allerdings solche Dinge nicht der Beliebigkeit aussetzen und sagen: Wir setzen uns über die Satzung hinweg,

(Zuruf: Wer hat das denn gesagt?)

wenn sie etwas anderes vorsieht. - Das nur am Rande.

(Winrich Granitzka [CDU]: Die Eltern haben ein Recht auf die Rückzahlungen!)

Die aktuelle Wetterlage spiegelt ja die jetzige Situation sehr gut wider: Wir haben Hitze, und es gibt zudem eine Gemengelage mit unterschiedlichen Beteiligten und Akteuren. Besonders bedauern wir die sich inzwischen verhärtenden Fronten zwischen den Erzieherinnen auf der einen Seite und den Eltern auf der anderen Seite. Es darf nicht dazu kommen, dass unsere Kinder mehr und mehr die Leidtragenden dieser Auseinandersetzung werden. Unsere Aufgabe hier im Rat ist es nun, diese Fronten abzubauen.

Wir wollen zum einen, dass unsere Jugenddezernentin in gemeinsamen Gesprächen die Akteure wieder ins Boot holt. Unser Antrag zeigt auch, dass wir über die Unterstützung der betroffenen Eltern hinaus nahezu alle eingesparten Gelder wieder in die Kitas investieren und nicht etwa für Haushaltssicherungsmaßnahmen oder Ähnliches verwenden werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir tun also das, was wir immer versprochen haben, selbst in diesen schwierigen Zeiten. Damit kann jede Kindertagesstätte selbstverantwortlich entscheiden, ob sie diese Gelder in Ernährung, Bewegung, Gesundheit, Sprachförderung, Spielmaterial, pädagogische

Arbeit oder in eine erweiterte Ausstattung investiert.

Wir begrüßen ausdrücklich die Zusage unserer Jugenddezernentin zu flexiblen Öffnungszeiten in den Sommerferien, um so wichtige Aktivitäten wie die Verabschiedung der zukünftigen Schulkinder zu ermöglichen und auch die ausgefallenen Sommerfeste nachzuholen. Damit wird den Eltern, den Erziehern und den Kindern Unterstützung gegeben in einer Zeit, die auch für die Kinder sehr schwierig ist. Ich denke, wir müssen in dieser Situation immer wieder das Wohl der Kinder hervorheben. Es gilt, insbesondere für die Kinder Brüche zu vermeiden.

Zu den Zusatzanträgen. Der FDP-Antrag ist für uns sehr zustimmungswürdig, da er den Dingen im späteren Verfahren in der Verwaltung etwas Kompliziertheit nimmt. Deswegen sagen wir von unserer Seite: kein Problem.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das heißt, den Antrag der FDP nehmt ihr mit auf.

Ralf Heinen (SPD): Ja, den FDP-Antrag nehmen wir mit auf.

Zum Antrag der Linken. Herr Detjen, vielleicht sollten Sie noch einmal genau schauen, was Sie geschrieben haben; denn das ist ganz gefährlich. Sie hebeln nämlich mit Ihrem Antrag die Tarifautonomie der Vertragsparteien aus.

(Zuruf: So ist das! - Beifall bei
Teilen der SPD)

Deswegen können und dürfen wir einem solchen Schritt nicht zustimmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir fordern von allen Beteiligten, insbesondere von den Tarifparteien, in den nächsten Wochen aufeinander zuzugehen und gemeinsam eine Einigung im Sinne und zum Wohl der Kinder herbeizuführen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Heinen. - Frau Schlitt, bitte.

Gabriele Schlitt (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe

Ratskolleginnen und -kollegen! Seit Wochen streiken die Erzieherinnen der städtischen Kindertagesstätten für eine bessere Bezahlung und für einen angemessenen Gesundheitsschutz. Wir meinen, zu Recht. Viele Eltern, die täglich die Leistungen der Erzieher zu schätzen wissen, zeigen Verständnis für und auch Sympathie mit den Streikenden.

Leider gibt es bis heute keine Lösung in diesem Tarifkonflikt. Dies bedeutet für die Eltern und die circa 15 000 Kinder eine enorme Belastung. Das bezeugen die vielen Briefe, die sicherlich alle Fraktionen erhalten haben. Herr Granitzka hat es schon gesagt: Viele Kinder haben Probleme, sich in den für sie fremden Notgruppen zurechtzufinden; Eltern sind gezwungen, Urlaub zu nehmen, um ihre Kinder zu Hause betreuen zu können.

Wir von der Politik wollen und dürfen uns nicht in die Tarifautonomie einmischen. Trotzdem möchte ich an dieser Stelle im Namen meiner Fraktion unsere Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass es schnellstmöglich zu einer Einigung kommt, die den Forderungen der Erzieherinnen gerecht wird.

Meine Damen und Herren, die Stadt Köln spart an jedem Streiktag Personalkosten in Höhe von circa 350 000 Euro. Die Eltern zahlen einen teilweise sehr hohen Elternbeitrag. Vor diesem Hintergrund hat die CDU einen Antrag eingebracht, dessen Ziel wir als richtig ansehen. Die CDU fordert, den Eltern die Beiträge anteilig zurückzuerstatten. Leider macht sie die Einschränkung - ich sage es einmal mit meinen eigenen Worten -: Es sollen nur die Eltern finanziell bedacht werden, die keinen Platz in einer Notbetreuungsgruppe bekommen haben. Das findet unsere Fraktion zu wenig, ein bisschen zu kleinlich und vor allem auch zu bürokratisch.

Deshalb haben wir uns erlaubt, Ihren Antrag wie folgt nachzubessern - Herr Dr. Heinen hat die Kernpunkte gerade schon aufgeführt -:

Erstens. Wir wollen den Eltern eine Kompensation bieten. Wir sagen: Ein halber Monatsbeitrag soll allen Eltern zurückerstattet werden. Das wäre unbürokratisch zu handhaben.

Zweitens. Wir wollen die eingesparten Personalkosten für die Verbesserung der Ausstattung der Kindertagesstätten einsetzen.

Die zahlreichen Anträge der Fraktionen zeigen, dass sich alle mehr oder weniger mit dem

Thema beschäftigt haben. Wir gehen davon aus - so haben es auch meine Vorredner gesagt -, dass wir hier mit breiter Zustimmung einen gemeinsamen Beschluss fassen. Das finde ich wichtig, weil wir damit dokumentieren, dass wir uns trotz der großen Haushalts- und Wirtschaftskrise, auf die wir jetzt zusteuern, nicht an den Eltern und ihren Kindern bereichern wollen, sondern dass wir das gesamte Geld wieder in Bildung und Betreuung stecken werden. Das ist im Sinne der Kinder und der Bildung und erfüllt den Anspruch, den wir an uns stellen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Schlitt. - Frau Gebauer für die FDP, bitte.

Yvonne Gebauer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die größten Verlierer im Kita-Streik der vergangenen fünf Wochen sind neben den Kindern, die ihre dringend notwendigen Strukturen und somit einen Teil ihrer unbeschwertten Kindheit verloren haben, auch deren Eltern, die Geld für die Betreuung ihrer Kinder aufgewandt haben, ohne eine Gegenleistung zu erhalten, und die darüber hinaus noch einen Teil ihres Jahresurlaubs und ein gehöriges Maß an Nerven eingebüßt oder schlimmstenfalls sogar ihren Job verloren haben. Die tägliche Ungewissheit über eine verlässliche Betreuung ihrer Kinder führte zu guter Letzt zu erheblichem und verständlichem Unmut der Eltern gegenüber ver.di.

Die frühzeitige Ankündigung der Jugenddezernentin, Frau Dr. Klein, die bereits vereinbarten Beiträge den Eltern nicht zurückzuerstatten, sondern sie in die Einrichtungen zu geben, entschärft die missliche Situation nicht. Andere Kommunen gehen mit dieser Situation anders um, beispielsweise Mülheim, Gelsenkirchen, Gütersloh, Bielefeld oder auch Lünen.

Als FDP-Fraktion haben wir den vorliegenden Zusatz- und Ergänzungsantrag gestellt, der, wie Ihnen bekannt ist, zum Inhalt hat, dass *alle* Eltern für die Streiktage eine Beitragsrückerstattung erhalten sollen. Wir möchten nämlich nicht die Eltern bestrafen, die sich am Telefon die Finger wund gewählt und nur mit Mühe und Not einen

Notfallbetreuungsplatz erhalten haben, der vielleicht am anderen Ende der Stadt lag und nur mit entsprechendem Aufwand zu erreichen war, was weitere finanzielle Einbußen zur Folge hatte. Diese Unterscheidung wäre aus unserer Sicht weder schlüssig nachzuvollziehen noch familienfreundlich. Die Stadt täte gut daran, die für den Zeitraum des Kita-Streiks erhobenen Beiträge zu erstatten; denn den Eltern sind in den vergangenen Wochen nicht nur, aber eben auch neben finanziellen Einbußen zusätzliche Belastungen entstanden.

Zu dem bereits zitierten Rechtsgutachten zum Thema „Höhere Gewalt als Grund für die Nichtrückerstattung der Beiträge“ liegen mittlerweile etliche Stellungnahmen vor, die besagen, dass ein Streik des eigenen Personals keine höhere Gewalt sei, sondern nur Streiks außen stehender Dritter unter höhere Gewalt fielen. Diese spitzfindigen juristischen Überlegungen dürfen nach unserer Auffassung nicht ausschlaggebend sein, den Eltern für eine nicht erbrachte Leistung die anteilige Rückerstattung der Beiträge zu verweigern.

Ich freue mich, dass wir alle letztendlich das Gleiche wollen. Ich möchte allerdings auf einen erheblichen Unterschied aufmerksam machen und hätte darauf gerne eine Antwort von Frau Dr. Klein:

In Punkt 2 des Antrags von SPD und Grünen heißt es: Die Eltern sollen eine Entschädigung beziehungsweise eine Rückerstattung in Höhe eines halben Monatsbeitrags erhalten. CDU und FDP fordern eine anteilige Rückerstattung, sprich: Für die Tage, an denen wegen des Streiks keine Leistung erbracht wurde, soll der Beitrag zurückerstattet werden. - Ein halber Monatsbeitrag würde zehn Streiktage abdecken. Wenn es sich aber um 15 Streiktage handeln würde, gäben wir den Eltern nicht wirklich das zurück, was ihnen zusteht. Ich bitte die Jugenddezernentin, diese Frage noch vor der Abstimmung zu beantworten.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Gebauer. - Frau Dr. Klein, können Sie direkt darauf antworten?

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Meine Damen und Herren! Die Situation stellt sich im Moment folgendermaßen dar: Wir haben dieses Rechtsgutachten eingeholt; wir haben keine

Rechtspflicht auf Rückzahlung von Beiträgen. Wenn der Rat jetzt eine Kulanzentscheidung trifft und den Eltern die Beiträge freiwillig zurückerstattet, ist das etwas anderes. Zwischen der Position der Verwaltung, die wir auch aufgrund des Rechtsgutachtens einnehmen mussten, und der Situation hier im Rat besteht ein Unterschied.

Zu Ihrer Frage, Frau Gebauer. Im Moment wissen wir nicht, wann dieser Streik endet. Das heißt, die Frage der Rückerstattung der Beiträge wird möglicherweise auch noch die nächsten Monate betreffen. Insofern sehe ich im Moment keinen Hinderungsgrund, gemäß dem Antrag von SPD und Grünen zu entscheiden. Der Geist dieses Antrags ist ja, dass man einen Teil der Beiträge beziehungsweise die Beiträge in Gänze zurückzuerstatten will. Wenn im August weiter gestreikt wird, werden wir diese Diskussion erneut führen müssen. Von daher sollten wir flexibel mit diesem Antrag umgehen. Ich habe keine Bedenken, wenn Sie so entscheiden, wie in diesem Antrag vorgeschlagen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Liegen die bisherigen Ausfalltage über oder unter einem halben Monatsbeitrag? Das war ja die Frage von Frau Gebauer.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Im Moment liegen sie unter einem halben Monatsbeitrag.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Granitzka hat auch noch eine Frage.

Winrich Granitzka (CDU): Frau Dr. Klein, können Sie aufgrund dieses Antrags auch sicherstellen, dass die Eltern, wenn es zu 15 oder sogar 20 Streiktage im Monat kommt, das Geld in bar bekommen und es nicht nur in die KITAS fließt? Alle Anträge beinhalten ja, dass die Eltern etwas zurückbekommen sollen.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Ich würde Folgendes vorschlagen: Der jetzige Antrag ist ja sozusagen kompatibel mit den Streiktage. Sollten sich weitere Streiktage ergeben, was wir alle nicht hoffen - wir hoffen, dass es zu einer Einigung zwischen den Tarifpartnern kommt -, würden wir mit Ihrer Hilfe versuchen, den Eltern den Vorschlag zu machen, dass sie ihre Beiträge quasi anteilig erstattet bekommen.

Ebenso wie bei der Rückzahlung der eingesparten Personalkosten wissen wir im Moment noch nicht, um wie viel Geld es sich handelt; denn das berechnet sich nach Streiktage. Wir müssen in der Zukunft ohnehin etwas flexibler mit diesen Anträgen umgehen und werden Ihnen dann entsprechende Vorschläge machen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Frau Demirel hat sich zu Wort gemeldet.

Özlem Demirel (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Mehrere Wochen lang haben Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen für bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Entlohnung gestreikt. Wir halten ihre Forderungen für berechtigt. Wenn Sie, Frau Gebauer, hier sagen, die Kinder seien die Verlierer des berechtigten Streiks, dann finde ich diesen Zungenschlag schon etwas zynisch. Das zeigt wieder einmal deutlich, wo Sie von der FDP stehen.

(Ulrich Breite [FDP]: Bei den Kindern stehen wir!)

- Bei den Kindern stehen wir auch, vielleicht sogar mehr als Sie, Herr Breite. Die Linke hat sich sowohl auf Bundes-, Landes- als auch kommunaler Ebene immer solidarisch mit den streikenden Beschäftigten der KITAS gezeigt.

(Ulrich Breite [FDP]: Aber nicht mit den Kinder!)

Auf der Großkundgebung in Köln, zu der 30 000 streikende Erzieherinnen kamen, haben die anderen Parteien Lippenbekenntnisse abgegeben und geäußert, sie wären mit den streikenden Beschäftigten solidarisch. Solche Äußerungen fielen in der Rede von Frau von der Leyen, in der Rede von Herrn Müntefering und in der Rede von Frau Künast.

Mit unserem Antrag wollen wir erreichen, dass diese berechtigten Forderungen erfüllt werden. Wir als Rat greifen auch nicht wirklich in die Tarifautonomie ein. Denn wir, der Rat der Stadt Köln, sind die verantwortlichen Vertreter der Stadt, und die Stadt ist auch Arbeitgeber und Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband. Insofern war Ihr Einwand, Herr Heinen, nicht nur an den Falschen gerichtet, nämlich an Herrn Detjen, sondern auch inhaltlich falsch.

Meine Damen und Herren, indem Sie unserem Antrag zustimmen, können Sie alle zeigen, ob Sie vor 30 000 streikenden Beschäftigten nur Lippenbekenntnisse abgegeben haben oder sich tatsächlich mit den Streikenden solidarisch zeigen und deren Forderungen als wirklich begründet, berechtigt und längst überfällig ansehen. Unsere Position dazu ist deutlich, wie Sie unserem Änderungsantrag entnehmen können.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gestatten Sie eine Frage von Herrn Ott?

Özlem Demirel (Die Linke.Köln): Noch einen Moment, Herr Ott.

Tatsache ist auch, dass insbesondere in den vergangenen Wochen immer wieder versucht wurde, einen Keil zwischen die Eltern und die streikenden Beschäftigten zu treiben. In einem Artikel des *Kölner Stadt-Anzeigers* mit dem Titel „Eltern müssen Rathaus räumen“ hieß es, das Gebäude sei von erbosten Eltern besetzt worden. Herr Oberbürgermeister schrieb in einem Brief an ver.di, der Streik sei verantwortungslos. - Ich muss hier einhaken: Nicht der Streik ist verantwortungslos, sondern das KiBiz. Dieses Gesetz ist einer der Gründe für den momentanen Streik.

(Widerspruch bei der CDU)

Dieses Gesetz ist verantwortungslos, und das kam von Ihrer Partei, Herr Oberbürgermeister.

Dass die Eltern unter diesem Streik schwer zu leiden haben, sehen wir genauso. Aber der Streik richtet sich nicht gegen die Eltern. Deswegen waren wir von Anfang an der Meinung, und zwar schon zu einem Zeitpunkt, als allein von der CDU ein Antrag dazu eingebracht worden war, dass die Elternbeiträge zurückerstattet werden müssen. Das muss jetzt passieren. Wir sind aber nicht nur für eine Rückerstattung der Elternbeiträge, sondern wir wollen auch, dass in diesem Zusammenhang deutlich gemacht wird: Der Streik in den Kitas richtet sich nicht etwa gegen die Eltern. Nein, der Streik in den Kitas richtet sich gegen die falsch gemachte Kinder- und Jugendpolitik der vergangenen Jahre, und der Streik richtet sich gegen die Kommunen, die als kommunale Arbeitgeber seit Jahren die berechtigten Forderungen der Beschäftigten negieren und

ihnen nicht wirklich entgegenkommen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Ott, bitte.

Jochen Ott (SPD): Zum Ersten zu Ihren Ausführungen zum Arbeitgeberverband. Ich halte es - das ist dasselbe Argument, was eben schon einmal gekommen ist; von daher ist die Linke nicht konsequent in ihrer Position - für hochproblematisch, wenn die Stadt Köln das Signal gibt, aus dem Arbeitgeberlager auszuscheren; denn das würde dazu führen, dass die Kommunen auch bei anderen Themen aus dem Arbeitgeberverband ausscheren. Das könnte zu Ergebnissen führen, die wir alle eigentlich nicht wollen können. Die Tarifautonomie und die Tarifgemeinschaft sind für uns wichtig und richtig. Ich sage hier ganz klar: Es war ein Riesenfehler, die Tarifgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen zu zersplittern. Auch das ist eine der Ursachen, warum wir jetzt da stehen, wo wir stehen. Die Tarifverträge für die Beschäftigten bei den Kommunen, beim Land und beim Bund werden nicht mehr zusammenverhandelt, sondern jeweils einzeln. Das ist ein großer Fehler der Vergangenheit. Deshalb sollten wir darauf achten, dass wenigstens die kommunale Familie zusammenbleibt, so schwierig es auch ist.

Noch ein zweites Problem will ich hier ansprechen. Das ist mir schon wichtig, gerade weil ich als Vater einer Tochter, die in den Kindergarten geht, zwar nicht in einen städtischen, dieses Problem sozusagen hautnah miterlebt habe. Wir alle sollten das sehr ernst nehmen. Wir als Rat der Stadt haben uns eine Bildungsoffensive vorgenommen. Wir vertreten die Auffassung, dass Kinderbetreuung und bessere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt wichtig sind. Deswegen müssen wir in unserem Interesse dafür sorgen, dass nach diesem Arbeitskampf - niemand hat gesagt, ein solcher Arbeitskampf würde nicht heftig und an vielen Stellen auch sehr konfrontativ geführt - alle Beteiligten wieder an einem Tisch zusammenfinden, dass die Erzieher und die Eltern wieder ein gutes Verhältnis pflegen.

Deshalb hat Rot-Grün die Idee entwickelt und den Vorschlag gemacht, einen Teil der Gelder

direkt in die Kitas zu geben. Das ist ein Versuch, die Menschen nach dem Arbeitskampf wieder an einen Tisch zu bringen. Wir sagen damit den Erziehern und den Eltern: Nutzt diese Gelder dafür, um gemeinsam eure Einrichtung zu gestalten.

Wir tragen die Verantwortung für das Gesamtsystem. Kein Kommunalpolitiker sollte so tun, als ob er dieses Problem wirklich lösen könnte. Das wisst ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen, und das wissen auch Sie, Herr Oberbürgermeister. Uns sind an vielen Stellen die Hände gebunden. Zum einen gibt es die Tarifautonomie; die finden wir richtig. Zum anderen sind auch wir der Meinung, die Eltern haben ein Recht auf Betreuung. Wir sind aber nicht der Arbeitgeberverband. Wir können unsere Vertreter nur massiv drängen, in den Verhandlungen zu einer Einigung zu kommen. Wir können ver.di nur auffordern, mit den Arbeitgebern zu einer Lösung zu kommen. Das ist das, was wir können. Wir sollten den Menschen nicht Dinge versprechen, nämlich morgen oder übermorgen eine Lösung herbeiführen zu können, die wir gar nicht in der Hand haben. Wir können nur appellieren und bitten: Nehmt eure Verantwortung wahr! Es geht um das Wohl der Kinder in dieser Stadt!

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Ott. Herr Frank, bitte.

(Özlem Demirel [Die Linke.Köln]: Das war doch eine direkte Anfrage an mich! - Unruhe)

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, das war ein eigenständiger Beitrag.

(Özlem Demirel [Die Linke.Köln]: Ich möchte aber kurz darauf erwidern)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Jetzt ist erst einmal Herr Frank an der Reihe. Sie müssen sich schon in die Reihenfolge der Wortmeldungen einordnen.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich halte es für wichtig, hier noch einige Punkte klarzustellen, weil doch einiges

durcheinandergeht. Natürlich dient der Änderungsantrag von Rot-Grün, der offenbar breite Unterstützung findet, dazu, Brücken zu bauen. Er dient aber auch dazu, eingesparte Gelder für eine bessere Ausstattung der Kindertagesstätten zu nutzen. Insofern richtet sich unser Antrag nicht gegen die Erzieherinnen oder gegen ver.di. Das ist eine völlig schiefe Argumentation.

Uns als Rat obliegt nicht die Aufgabe, uns in den Tarifkonflikt einzumischen. Dafür gibt es die Spitzenverbände der kommunalen Arbeitgeber, und dafür gibt es ver.di. Diese beiden Tarifparteien tragen den Konflikt aus. Selbstverständlich erkennt jedes kommunale Parlament das Koalitions- und Streikrecht an; darüber brauchen wir hier gar nicht zu diskutieren. Mit unserem Antrag wollen wir eine Brücke bauen und versuchen, aufgebürdete Belastungen zumindest abzumildern. Das ist sowohl ein symbolischer als auch wertschätzender Akt.

Jetzt zu den beiden Punkten im Antrag der Linken, die tatsächlich völlig fehl am Platz sind:

Erstens können wir nicht in diesen Tarifkonflikt eingreifen, das wollen wir auch nicht. Wir erkennen die Tarifautonomie an. Es wäre schön, wenn die Linke das auch tun würde.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens halte ich es für verkehrt und kritisiere das auch ausdrücklich, dass Bundespolitiker auf Kundgebungen von ver.di wohlfeil auftreten und sagen: Wir unterstützen das alles. Denn sie tragen überhaupt keine Verantwortung für die Finanzierung der durchaus berechtigten Anliegen der Erzieherinnen und Erziehern.

(Jochen Ott [SPD]: Richtig!)

Das geht an die Adresse von Herrn Müntefering, an die von Frau Künast und insbesondere an die von Frau von der Leyen. Die kann man alle in einen Sack stecken, man trifft immer den Richtigen. Das war eine verlogene Nummer.

(Karl Klipper [CDU]: Wie heißt eure Vertreterin?)

- Das ist nicht Frau von der Leyen. Aber gerade sie meine ich in diesem Zusammenhang ganz besonders.

Nun zur Ziffer 6 im Antrag der Linken. Das ist nun wirklich der Gag des heutigen Abends. Vor einer halben Stunde haben wir darüber

diskutiert, ob die SBK in den Kommunalen Arbeitgeberverband zurückkehren sollte oder nicht. Ich will die Diskussion nicht noch einmal aufgreifen. Aber wenn man Ihre Ausführungen in Ziffer 6 ernst nehmen würde, bedeutete dies den zwingenden Austritt aus der Kommunalen Tarifgemeinschaft. Hier heißt es nämlich: Sollte der KAV diese Forderung nicht erfüllen, setzt die Stadt Köln die Tarifforderung um. - Das würde bedeuten: Die Stadt Köln führt separate Verhandlungen und schließt mit den Beschäftigten einen separaten Vertrag ab. Ich frage mich langsam: Liegt das vielleicht an der Hitze - hier ist es doch eigentlich gut gekühlt -, oder tickt ihr nicht richtig? Entweder sind wir dafür, dass wir im KAV und der kommunalen Tarifgemeinschaft sind, oder wir sind nicht dafür. Aber einen solchen Blödsinn, wie in eurem Antrag formuliert, werden wir auch bei 30 Grad nicht beschließen.

(Zuruf: Hey! Mehr davon!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Jetzt noch einmal Frau Demirel.

Özlem Demirel (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Frank, Sie brauchen sich keine Gedanken zu machen: Ich bin überzeugt, dass wir richtig ticken. - Ich wende mich jetzt insbesondere an Sie, Herr Ott und Herr Frank. In unserem Antrag haben wir Folgendes formuliert:

Wir setzen uns im Kommunalen Arbeitgeberverband dafür ein - das haben Sie, Herr Frank, richtig wiedergegeben -, dass die berechtigten Forderungen der Beschäftigten erfüllt werden. Unser Vertreter im KAV ist Herr Stadtdirektor Kahlen. Mein Wunsch und meine Forderung sind, dass sich Herr Kahlen als Vertreter der Stadt Köln und wir, der Rat, als politischer Auftraggeber im Kommunalen Arbeitgeberverband dafür einsetzen und Druck aufbauen, dass die beiden Tarifparteien eine Einigung erzielen, die im Sinne der Forderungen der Beschäftigten ist. Sollte dies nicht geschehen - das sagen wir sehr wohl -, werden wir als Stadt die Erfüllung dieser Forderungen übernehmen. Das bedeutet nicht automatisch einen Ausstieg aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband. Das wissen Sie alle ebenso wie ich. Ein Ausstieg aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband ist nur dann möglich, wenn wir unter den ausgehandelten Tarif fallen, nicht aber, wenn wir darüber hinausgehen.

Wir als Stadt Köln haben im Moment die Möglichkeit, im Kommunalen Arbeitgeberverband eine Vorbildfunktion einzunehmen, wenn wir im Sinne der Beschäftigten, im Sinne der Kinder und im Sinne der Eltern agieren. In vielen Reden hier im Rat wurde gebarmt: unsere armen Kinder, und gesagt: Wir wollen etwas für unsere Kinder tun. Ich bin der Meinung: Wenn wir wirklich etwas für unsere Kinder tun wollen, dann müssen wir auch einen Beitrag dazu leisten, nämlich indem wir für die Beschäftigten für bessere Arbeitsbedingungen sorgen, sie bei ihrer Arbeit motivieren. Dazu müssen wir an der Seite der Beschäftigten stehen, die tagtäglich mit unseren Kindern zu tun haben. Machen wir das nicht, sind Sätze wie: Wir setzen uns für die Kinder sehr ein, nichts anderes als Lippenbekenntnisse. - Danke schön.

(Beifall von Claus Ludwig
(Die Linke.Köln))

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Das, was Sie fordern, würde die Zerstörung der Lohngerechtigkeit in ganz Deutschland zur Folge haben. Aber gut.

(Zuruf von Claus Ludwig
[Die Linke.Köln])

Ich möchte einen Vorschlag unterbreiten, damit eine deutliche Mehrheit der Fraktionen dem Antrag, gestartet von den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, unter Einbeziehung des FDP-Antrags zustimmen kann. Wir schlagen vor, dass in Ziffer 2 des Antrags von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ergänzt wird: für die eingetretenen Belastungen durch den bisherigen Streik. Das heißt, es sollen die Wörter „bisherigen Streik“ ergänzt werden. Des Weiteren soll - das zum Wortprotokoll - auf die Ausführungen der Dezernentin Bezug genommen werden. Die Einfügung würde also lauten: bisherigen Streik.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Statt „die Streiks“ „bisherigen Streik“!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Der guten Ordnung halber: Nachdem meine Fraktion diesen Antrag zuerst eingebracht hat, finde ich es doch etwas eigenartig, dass Sie uns hier gar nicht mehr erwähnen; denn wir waren es, die den Kompromissvorschlag gemacht haben. Wir waren es, die den Antrag eingebracht haben, den Eltern das Geld zurückzahlen. Das bitte ich, zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Des Weiteren gehe ich davon, dass das, was Frau Dr. Klein hier gesagt hat, im Protokoll vermerkt wird, sodass wir in dem Antrag nicht noch einmal darauf zurückkommen müssen. - Okay. Dann werden wir dem Antrag zustimmen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Bevor wir zur Abstimmung über den großen, gemeinsamen Änderungsvertrag in der eben noch einmal redigierten Fassung kommen, der jetzt von CDU, SPD, Grünen und FDP getragen wird, lasse ich zuerst über den Änderungsantrag der Linken abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen.

(Ulrich Breite [FDP] hebt versehentlich die Hand - Martin Börschel [SPD]: Er zeigt sein wahres linkes Kämpferherz! Bravo! - Heiterkeit)

- Er hat sich schon auf die Finger geklopft.

(Der Redner kommentiert das Versehen von Ulrich Breite [FDP])

Dafür ist die Linke. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den gemeinsamen Antrag. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Dieser findet eine ganz große Mehrheit. Auch die Linke, Herr Dr. Müser und pro Köln sind dafür. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.15 auf:

**2.1.15 Antrag der SPD-Fraktion betreffend
„Offensive für mehr geförderten
Wohnraum“
AN/1105/2009**

Dazu spricht Herr Ott.

Jochen Ott (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Abschmelzen von Sozialwohnungsbeständen ist ein genereller Trend in vielen Städten. Grund dafür ist das Auslaufen von Mietpreis- und Belegungsbindungen. Die Fertigstellungsvolumina reichen nicht aus, um diesen Verlust zu kompensieren. Auch aufgrund stagnierender beziehungsweise rückläufiger Haushaltseinkommen steigt der Bedarf an preisgebundenem Wohnraum. Er wird auf dem sehr angespannten Wohnungsmarkt zur Versorgung einkommenschwacher Haushalte dringend benötigt. Neubauten im frei finanzierten Segment sind in der Regel nicht sehr preiswert. Der Bestand im frei finanzierten Segment ist von großen Preisspannen geprägt. Bei der sozialen Wohnraumversorgung in dieser Stadt besteht eindeutig Handlungsbedarf.

(Beifall bei der SPD)

Zu wenig preiswerter Wohnraum in Köln ist ein Problem; denn im langjährigen Mittel der letzten Jahre sind nur 650 Sozialmietwohnungen der Typen A und B entstanden. Die Zielzahl von 1 000, die wir vor wenigen Jahren in Auftrag gegeben haben, ist deutlich unterschritten worden. Der Gesamtbestand von gefördertem Wohnraum ist auf 8,4 Prozent gesunken. Das heißt: In Köln besteht dringend Handlungsbedarf.

Köln wächst. Köln wird bereits 2020 weit über 1 Million Einwohner haben. Die Haushaltszahl wird bis 2025 steigen und bis 2035 stabil bleiben. Aber: Die Haushalte verkleinern sich, und das Alter der Bevölkerung nimmt zu. Auch deshalb wird es in Zukunft einen steigenden Wohnflächenbedarf geben. Insbesondere der Gruppe der 18- bis 30-Jährigen, den Studentinnen und Studenten und vielen anderen jungen Leuten, die in Köln wohnen wollen, muss man preiswerten Wohnraum anbieten, damit sie auch angesichts von Studiengebühren und anderen Belastungen die Möglichkeit haben, in dieser Stadt wohnen zu können. Der Anteil der über 65-Jährigen steigt weiter. Die meisten von ihnen - auch hier im Saal sitzen einige - wollen in Wohnungen wohnen, die barrierefrei und so bemessen sind, dass sie auch im Alter in ihren Wohnungen leben bleiben können. Das bedeutet für uns: Wir müssen handeln. Wir müssen dafür sorgen, dass in dieser Stadt wieder massiv geförderter Wohnungsbau betrieben wird.

Verehrte Damen und Herren, es gibt noch einen weiteren Grund, warum wir alle dafür werben und daran arbeiten müssen, dass es mehr

geförderten Wohnraum in dieser Stadt gibt: Wenn wir an dieser Stelle das Angebot nicht deutlich erhöhen, wird es auf dem angespannten Markt zu Mietsteigerungen für alle Kölnerinnen und Kölner kommen. Diese Mietsteigerungen müssen vermieden werden. Das ist im dringenden Interesse der Menschen in dieser Stadt. Deshalb brauchen wir mehr geförderten Wohnraum.

(Beifall bei der SPD)

Angesichts der steigenden Sozialkosten, einschließlich der Wohngeldkosten, würden die Folgekosten - diese müssten wir ja aus dem Sozialetat leisten - bei einem noch knapperen Angebot so hoch, dass es wirklich unverantwortlich wäre, auch im Sinne des vernünftigen Umgangs mit dem Geld der Steuerzahler, wenn wir nicht dafür sorgten, dass jetzt umgesteuert wird.

Die SPD-Fraktion hat diesen Antrag hier eingebracht, weil wir der festen Überzeugung sind, dass hier umgesteuert werden muss. Es geht um die Korrektur von Fehlern, die CDU und FDP in dieser Stadt seit 1999 gemacht haben. Sie tragen die Verantwortung dafür, dass dieser Bestand seit 1999 noch stärker abgeschmolzen worden ist. Denn CDU und FDP haben alle Flächen in dieser Stadt zugunsten von Einfamilienhausbauten umgewidmet. Das war ein Riesenfehler.

(Karl Klipper [CDU]: Äußerst positiv!)

Die Korrektur dieses Fehlers wird uns noch einige Jahre harter Arbeit kosten.

Wir wollen in Zukunft verhindern, dass geförderter Wohnraum nur auf einem Fleck, nur in einem bestimmten Teil der Stadt zu finden ist. Wir wollen dafür sorgen, dass geförderter Wohnungsbau in der gesamten Stadt umgesetzt wird. Wenn sich eine Volkspartei wie die CDU öffentlich dafür feiern lässt, dass es im Stadtbezirk Lindenthal so wenig geförderten Wohnraum gibt, ist das ein Zeichen dafür, dass hier etwas falsch läuft. Unser Vorschlag ist ein erster Schritt hin zu gefördertem Wohnraum in allen Teilen der Stadt. Dafür muss geworben werden.

Auch unser Stadtentwicklungs- und Baudezernent muss bei allen Gelegenheiten die positiven Errungenschaften des geförderten Wohnungsbaus herausstellen und dafür werben. Das, was insbesondere bei der GAG, aber auch bei Privaten entstanden ist, ist ja nicht von

schlechten Eltern. Das ist sehr qualitätsvoller, guter Wohnraum.

(Martin Börschel [SPD]: Sehr richtig!)

Mit dem, was wir dort angestoßen haben, sind wir schon auf einem guten Weg. Aber wir brauchen noch mehr geförderten Wohnraum. Das, was wir bisher realisiert haben, reicht nicht aus. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag - zum Wohle der Menschen in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke, Herr Ott. - Herr Klipper, bitte.

Karl Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte es vom Platz aus beantworten.

(Martin Börschel [SPD]: Das macht es auch nicht besser!)

- Ihre Anträge werden nicht besser. - Alle zwei Jahre, meine Damen und Herren von der SPD, legen Sie Anträge zum Wohnungsbauprogramm für Köln vor: am 1. Dezember 2005, am 26. November 2007 und am 30. Juni 2009.

(Martin Börschel [SPD]: Alle gegen Ihre Stimmen!)

- Genau. Denn wir sind nicht davon überzeugt, dass das etwas bringt.

(Martin Börschel [SPD]: Aha!)

Das Ergebnis davon war, dass die Zahl der Wohnungen im geförderten Wohnungsbau im Jahr 2008 480 Wohnungen betrug. Das war der tiefste Stand seit 20 Jahren. Das ist das Ergebnis nach fünf Jahren rot-grüner Politik. „Herzlichen Glückwunsch!“

(Lachen von Jochen Ott [SPD])

Jetzt werden Sie wieder Ihre berühmte Ausrede anführen, der Oberbürgermeister sei daran schuld. In Wirklichkeit ist es aber so, dass sozialer Wohnungsbau nicht per ordre mufti befohlen werden kann.

(Martin Börschel [SPD]: Das stimmt! - Jochen Ott [SPD]: Deshalb gibt es ja Anreize!)

Sie müssen überzeugen, dass das richtig ist.

(Martin Börschel [SPD]: Jetzt muss die Frau Moritz Ihnen das doch noch erklären!)

Herr Ott, ich darf Sie daran erinnern, dass wir die negativen Wanderungsbewegungen der 90er-Jahre beseitigt und erreicht haben, dass die jungen Familien hier in Köln geblieben sind, weil sie mit ihren Kindern Einfamilienhäuser beziehen konnten. Diese Familien sind tragende Elemente dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU sowie von Teilen der FDP)

Sie können noch so viele Anträge stellen und fordern, die Anzahl der Sozialbauwohnungen auf 1 000 oder 2 000 zu erhöhen. Das nützt nichts; denn diese Zahlen werden dadurch nicht erreicht werden. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab. Die Wohnungsnot wird durch diese Papiere nicht gemildert. Ihren Antrag können Sie zu den anderen ins Archiv hängen und zur Wiedervorlage dann wieder in zwei Jahren hervorholen. Und ich werde dann hier die gleiche Rede halten. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Klipper. - Frau Moritz.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Darauf muss ich jetzt etwas erwidern. Wenn man Anträge wiederholt stellt, dann könnte ein Grund dafür sein, dass die Instrumente, die man per Beschluss eingesetzt hatte, nicht griffen. In dem heute vorliegenden Antrag wird ein weiteres Instrument vorgeschlagen, nämlich den Anteil zu erhöhen.

(Karl Klipper [CDU]: Von 25 auf 30!)

Die Politik, nur auf Einfamilienhäuser zu setzen, war genauso falsch wie die, die nur auf Großsiedlungen gesetzt hat. Wir sind heute einen Schritt weiter. Leider wird das nur sehr schleppend umgesetzt.

Ich muss noch etwas lobend erwähnen. Wir haben im letzten Wohnungsbauforum feststellen können, dass die Gesamtzahl der fertiggestellten Wohnungen deutlich zugenommen hat und bestimmte Maßnahmen, die wir ergriffen haben, zu wirken beginnen, wenn auch zeitversetzt. Wenn wir hier etwas beschließen, dauert es noch eine Weile, bis der B-Plan erstellt, das Haus

gebaut und die Wohnungen fertiggestellt sind. Mit dem heute vorliegenden Antrag schärfen wir noch einmal die Instrumentenpalette.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Moritz. - Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Der Vorsitzende des Mietervereins Köln, Franz-Xaver Corneth, hat auf dem letzten Wohnungsbauforum gefordert, 2 000 Wohnungen zu bauen.

(Karl Klipper [CDU]: 3 000, 4 000!)

- Herr Klipper, Sie waren leider nicht da.

(Karl Klipper [CDU]: Das habe ich bedauert!)

Die Verwaltung hat gesagt, dass Herr Corneth eigentlich recht habe, man aber realistisch bleiben müsse; denn es sei nur eine Zahl von 1 000 Wohnungen möglich. - Es deutet sich jetzt an, dass 2009 wahrscheinlich 1 000 Wohnungen gebaut werden können; aber das ist ein Sonderfall.

Herr Klipper, Sie tun hier so, als ob Sie der Retter der Nation seien. Ich darf Sie daran erinnern, dass die Eigenheimzulage inzwischen abgeschafft worden ist, wofür es ja verschiedene Gründe gab.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wegen der Zersiedlung!)

- Genau. - Wir alle wissen, dass es Probleme gibt. Aber, Herr Klipper, wir müssen eine reale Lösung für diese Probleme finden. Ansonsten kommen wir in dieser Diskussion schlicht und ergreifend nicht weiter. Ich nenne hier nur das Stichwort sozial gerechte Bodennutzung. Das Thema würde Wind in die Sache bringen. Die Diskussion darüber werden wir in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen. - Das ist mein erster Vorschlag.

(Karl Klipper [CDU]: Ich freue mich auch darauf!)

Wir wollen jetzt den Anteil von 25 auf 30 Prozent erhöhen. Ich würde mir auch wünschen, dass wir bei bestimmten Objekten in ganz bestimmten Stadtteilen sagen könnten: Da, wo es möglich ist, erhöhen wir auch auf 30, 40 oder 50 Prozent. Das muss je nach Objekt betrachtet werden. - Das ist mein zweiter Vorschlag.

Mein dritter Vorschlag: Die GAG ist wirklich aktiv, gar keine Frage. Aber wir müssen auch die Genossenschaften, die es hier in Köln gibt, dafür gewinnen, sich bei diesem Projekt zu beteiligen. Das halte ich für sehr wichtig.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Da sind wir ja dabei! - Karl Klipper [CDU]: Macht das mal! Ich habe wegen gefördertem Wohnungsbau schon so viele Gespräche geführt!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin dankbar, dass Herr Detjen hier die Maske fallen gelassen und uns gesagt hat, wohin der wohnungspolitische Zug der Mehrheit von Rot-Rot-Grün, die in den letzten Jahren hier im Rat besteht, hinführt: Er fährt in Richtung 30, 40 und 50 Prozent - davon träumt Herr Detjen.

Jochen Ott hat gesagt, die Wohnungsbaupolitik, die wir von FDP und CDU nach 1999 in Köln betrieben haben, sei ein Fehler gewesen. Lieber Jochen, das sehe ich ganz anders. Wir haben damals festgestellt, dass junge Familien zum Beispiel in Köln kein bezahlbares Grundstück mehr bekommen hatten und darum in den Speckgürtel abwanderten,

(Beifall bei der FDP)

weil sie nur dort die Chance auf ein bezahlbares Grundstück hatten. Junge Familien wie die Familie Börschel oder die Familie Ott konnten sich ihr Reihenhaus in Köln sichern, auch weil Sie beide ja Ratsmitglieder in Köln sind. Aber halten wir einmal fest: Es ist auch richtig so, dass wir solche Familien in Köln halten. Grundstücke eines verknappten Marktes sind nur Familien mit höherem Einkommen vorbehalten. Deswegen war es richtig, dass wir zugunsten von jungen Familien mehr Einfamilienhausgrundstücke hier in Köln ausgewiesen haben.

Ich habe eingangs schon darauf hingewiesen, dass sich Herr Detjen 30, 40 oder gar 50 Prozent vorstellt. Ich sage: Genau andersherum wird ein Schuh daraus.

Wir haben im letzten Stadtentwicklungsausschuss über den sogenannten Millionenacker am Langendahlweg in Ostheim gesprochen. Ostheim ist ein

Stadtteil - auch wenn Sie sich dort nicht so gut auskennen, dürfte Ihnen das bekannt sein -, der aufgrund der falsch betriebenen Wohnungsbaupolitik der Vergangenheit gewisse Probleme hat. Jetzt soll am Millionenacker gemäß Ihrer Vorgabe von 25 Prozent wieder sozial geförderter Wohnungsbau entstehen. Das halte ich für zu viel für den Stadtteil Ostheim.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist doch das Allerletzte! Unmöglich!)

Nun sagt Herr Detjen, er würde sich 30, 40 oder sogar 50 Prozent wünschen. Das wäre aber für den Stadtteil Ostheim viel zu viel. Was wir am Millionenacker bräuchten, wäre ein Wohnungsbau, der sich stabilisierend auf den Stadtteil auswirkt; das sind frei finanzierte Wohnungsbau und Einfamilienhäuser. Wir hatten das als Änderungsantrag eingebracht. Sie haben jedoch vorgezogen, das abzulehnen. Die Bürgerinnen und Bürger im Wahlkreis Ostheim werden darüber entscheiden, ob sie diese Politik unterstützen.

(Beifall von Marco Mendorf [FDP])

Herr Klipper hat schon darauf hingewiesen, dass Sie in schöner Regelmäßigkeit Ihren wohnungspolitischen Giftschrank öffnen.

(Lachen von Jörg Detjen
[Die Linke.Köln])

Auch zur sozial gerechten Bodennutzung, eines der Lieblingsthemen meiner geschätzten Kollegin Barbara Moritz, liegen längst klare Stellungnahmen vor, zum Beispiel von der IHK, die davor warnt,

(Jochen Ott [SPD]: Aber nur die IHK!)

mit diesem Instrument den Wohnungsbau in Köln weiter zu verteuern. Auch das treibt Investoren in andere Städte. Auch Düsseldorf und Bonn haben schöne Grundstücke, wo Investoren ihre Häuser bauen können. Sie müssen nicht in Köln bauen, wenn sie anderswo vielleicht viel bessere Gegebenheiten vorfinden. Deswegen warne ich davor, sowohl solche Vorgaben wie die Anzahl der sozial zu fördernden Wohnungen noch solche Instrumente wie die sozial gerechte Bodennutzung zu implementieren und festzuschreiben.

Heute haben Sie die Mehrheit hier im Rat und können froh sein, dass Sie das mit Ihrer rot-rot-grünen Mehrheit, mit Ihrem Partner, der Linken, beschließen können. Ich hoffe, dass uns die Wählerinnen und Wähler am 30. August eine

andere Zusammensetzung beschieren, damit wir mit der falschen Wohnungsbaupolitik der letzten vier Jahre Schluss machen können.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Sterck. - Herr Ott hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

Jochen Ott (SPD): Ergänzen möchte ich, dass das nicht nur im Ausschuss Bauen und Wohnen, sondern auch im Sozialausschuss vorgestellt wird. Das habe ich eben vergessen, zu sagen.

Lieber Ralph Sterck, wir können hier gerne eine Diskussion - Herr Pohl wird sich vielleicht auch noch melden - über die Problematik in Ostheim führen. Aber dass sich ein FDP-Politiker erdreistet, sich hier hinzustellen und zu sagen, das Problem Ostheim sei in erster Linie ein Bausündenproblem, ist schon ein starkes Stück.

Das Problem in der Gernsheimer Straße besteht doch nicht, weil dort städtebaulich etwas schiefgelaufen ist. Dieses Problem gibt es in erster Linie deswegen, weil die Besitzer der Häuser dort zu einem Teil die sogenannten Heuschrecken sind, die die Menschen, die in ihren Wohnungen wohnen, bis aufs Letzte aussaugen, die sich um nichts kümmern, die keine Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben damals davor gewarnt, die GAG zu privatisieren. Schauen Sie sich doch einmal an, wie viele Bereiche in dieser Stadt, sei es in Finkenberg, in Chorweiler oder in Ostheim, jetzt aussehen. Dort können Sie doch genau erkennen, dass diese Finanzinvestoren, die seit Jahren die Objekte von einem an den anderen weitergeben, die bis zum Letzten aussaugen, nichts für das Wohnumfeld tun, nicht auf die Belegung achten, nicht darauf achten, dass sich der Stadtteil gut entwickelt.

(Zuruf: Stichwort Neue Heimat!)

Ich kann nur sagen: Das, was dort passiert ist, ist ein starkes Stück. Ausgerechnet du sprichst das jetzt an, obwohl sich doch gerade die FDP/CDU-Landesregierung mit dem LEG-Verkauf demaskiert hat,

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei der Linken.Köln)

der noch mit immensen Folgekosten verbunden sein wird. Wir werden die Folgekosten des LEG-Verkaufs zu tragen haben. Wir hier in diesem Rat werden wegen des heruntergefahrenen Instandhaltungsaufwands der LEG in kürzester Zeit die Kosten dafür aufbringen müssen. Am Ende muss der Stadtrat entscheiden, wie er damit umgeht; seien es Maßnahmen über den Sozialetat oder über Stadtentwicklungsmaßnahmen. Und warum kommt das so? Weil man die schnelle Mark machen wollte.

Wer anerkennt, was die GAG in den vergangenen Jahren in dieser Stadt geleistet hat, der sollte hier nicht predigen: Das alles muss privatisiert werden. Das von der GAG Geleistete ist vorbildlich. Es gibt auch - das will ich klar sagen - vorbildliche private Wohnungsunternehmer in unserer Stadt, Leute, die als Person dafür stehen, die sich Mühe geben und sich anstrengen. Ich nenne das Unternehmen Sahle. Aber es gibt eben auch viele Bereiche, wo Heuschrecken unterwegs sind. Deshalb ist es so wichtig, ein Steuerungselement von städtischer Seite zu haben und ganz genau darauf zu achten, wer im Besitz des Wohnungsbestandes ist. Im Grundgesetz steht: Eigentum verpflichtet. Diese Heuschrecken haben mit dem Grundgesetz überhaupt nichts am Hut. Die sitzen ja auch nicht in Ostheim, sondern auf der Ile of Man, und steuern von dort ihren Wohnungsbestand.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Karl Klipper [CDU])

- Herr Klipper, der Kollege Sterck hat bereits eine ausführliche Bestandsaufnahme zu Ostheim gemacht.

Letzter Punkt. Wir haben gemeinsam verabredet, dass bei Wohnungs- und Entwicklungsfragen wie zum Beispiel am Langendahlweg die Bevölkerung einbezogen und versucht wird, einen solchen Stadtteil gemeinsam zu entwickeln. Das macht man nicht, indem man den Leuten Angst macht und Dinge sagt, die sich sehr schnell vor Ort verbreiten können wie zum Beispiel:

(Ralph Sterck [FDP]: Angst haben die schon!)

Da kommen jetzt alle von der Gernsheimer Straße hin; da werden wieder Hochhäuser wie in der Gernsheimer Straße gebaut. - Ralph, ich fahre mit dir gerne noch einmal den Wohnungsbestand der GAG ab, und dann zeigst du mir, welche dieser Wohnungen frei finanziert und welche gefördert sind. An vielen Stellen lässt sich das gar nicht mehr erkennen, weil wir eine verantwortliche Wohnungspolitik in dieser Stadt gemacht haben. So muss es auch in Zukunft sein. Denn das ist vernünftig.

Abschließend zu Ihnen, Herr Klipper, damit es keine Legendenbildung gibt. Der Bestand an Einfamilienhäusern ist über Jahrzehnte fast immer gleich geblieben; es gibt keine besonderen Ausschläge nach oben. Es gibt ein bestimmtes Potenzial an Menschen, die Einfamilienhäuser kaufen. Aber das, was nachgelassen hat, ist der Mietwohnungsbau für diejenigen, die nicht so viel Geld haben. Die Kosten dafür wird am Ende der Steuerzahler zu tragen haben. Deshalb ist das, was Sie hier erzählt haben, ökonomischer Unfug.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Klipper noch einmal.

Karl Klipper (CDU): Herr Ott, ich möchte nicht zur Legendenbildung beitragen.

Erstens. Die Maßnahmen zur Eigentumsbildung, die von allen Sozialpolitikern als vorrangig angesehen wird, um den sozialen Frieden zu erhalten, sind von Ihrer rot-grünen Bundesregierung abgeschafft worden.

Zweitens. Die degressive Abschreibung - ein steuerlicher Gesichtspunkt -, die es in der Vergangenheit vielen ermöglicht hat, ein Mehrfamilienhaus zu bauen, ist damals unter der Regierung Schröder abgeschafft worden.

Diese beiden Dinge haben dazu geführt, dass der Mietwohnungsbau in der Bundesrepublik auf den tiefsten Stand seit ewigen Zeiten gesunken ist. Den Mitteilungen des Verbandes der Wohnungsunternehmen und der Mietervereine können Sie entnehmen, wie viele Wohnungen pro Jahr noch gebaut werden. Der Grund für diese Zahl ist aber nicht das soziale Umfeld, sondern sind die wirtschaftlichen Anreize, die nicht stimmen. Mit dem Vorschlag, den Sie hier heute vorgestellt haben, werden Sie keine einzige neue Wohnung schaffen.

(Jochen Ott [SPD]: Wir werden sehen!)

Sie kennen doch die Zahlen aus dem letzten Jahr. Es waren 480 Sozialbauwohnungen im Jahr 2008. Im Jahr 2009 werden auch keine 1 000 Wohnungen entstehen; das sage ich Ihnen heute schon voraus. Wenn Sie die sozial gerechte Bodennutzung einführen, werden Sie dort, ähnlich wie in München, die höchsten Preise der Bundesrepublik bekommen. Das wird nicht zu einem positiven Ergebnis im Wohnungsbau führen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Klipper. - Herr Wolf, bitte.

Manfred Wolf (FDP): Jochen Ott hat eben die Politik der GAG gelobt. Sie ist ja auch besser geworden; das gebe ich zu. Nur, hast du eigentlich vergessen, wer den sozialen Brennpunkt Nummer eins in Köln gebaut hat, den Donewald? - Die GAG. Sie ist auch für die Belegung dort verantwortlich. Daran muss man auch einmal denken. Es ist nicht alles Gold, was du uns hier verkaufen willst.

(Beifall bei der FDP - Jochen Ott [SPD]:
Dann frage mal, wer da den Aufsichtsrat gehabt hat! - Gegenruf von Karl Klipper [CDU] - weitere Zurufe)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Für die Verwaltung spricht jetzt Frau Bredehorst, bitte.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zu diesem Punkt muss ich mich als Sozialdezernentin doch noch einmal zu Wort melden. Der Brennpunkt Nummer eins, das betone ich, ist nicht Donewald.

Wir kämpfen im Moment sehr stark dafür, dass das Viertel von dem schlechten Image der vergangenen Jahre wekommt; denn darunter haben die Bewohner sehr zu leiden.

Ich möchte zum Image des sozialen Wohnungsbaus insgesamt etwas sagen - jetzt sage ich selbst schon „sozialer Wohnungsbau“. Wir bezeichnen diesen heute als geförderten Wohnungsbau.

(Karl Klipper [CDU]: Da haben Sie auch recht!)

Wir sprechen deswegen von gefördertem Wohnungsbau, weil, wie wir jetzt ausgerechnet haben, 42 Prozent der gesamten Kölner Bevölkerung berechtigt sind, einen Wohnberechtigungsschein zu erlangen. 42 Prozent der Kölner Bevölkerung!

(Jochen Ott [SPD]: Aber die CDU blendet das aus!)

Deshalb kann man nicht mehr von sozialem Wohnungsbau sprechen. Das ist geförderter Wohnungsbau.

(Zurufe)

Noch einmal: 42 Prozent der Kölnerinnen und Kölner sind berechtigt, einen Wohnberechtigungsschein zu bekommen, weil ihr Einkommen so gering ist, dass sie sich die teuren Mieten in Köln nicht leisten können.

Wir haben ein Problem: Wir haben nicht ausreichend preiswerten Wohnraum für 42 Prozent der Kölnerinnen und Kölner. Neuen preiswerten Wohnraum können wir nur über geförderten Wohnungsbau schaffen, weil dann die Mieten begrenzt und die Mietpreise stabil gehalten werden können. Ich möchte Sie deshalb noch einmal inständig bitten, sich das zu Herzen zu nehmen.

Inzwischen verfolgen wir vonseiten des Wohnungsamtes eine anders geartete Wohnungspolitik. Das schlechte Image des geförderten Wohnungsbaus ist zum Beispiel aufgrund von schlecht ausgewählter, zusammengeballter Belegung entstanden, aber auch, weil es verantwortungslose Eigentümer gibt, die ihre Häuser verkommen lassen. Das kann man an Vierteln wie Finkenberg sehen: Dort gilt die Hälfte der Häuser als unproblematisch, weil die in der Hand verantwortungsvoller Eigentümer ist. Die andere Hälfte der Häuser jedoch sieht verwahrlost aus. Dementsprechend verhalten sich auch deren Bewohnerinnen und Bewohner. Aber auch eine verantwortungslose Belegungspolitik vonseiten der Wohnungseigentümer hat zum schlechten Image beigetragen. Das ist ein soziales Problem in Köln. - Hieran arbeiten wir. Aber dazu brauchen wir unbedingt den geförderten Wohnungsbau.

Lassen Sie mich noch etwas zu den Zahlen sagen, die hier in den Raum gestellt worden sind. Das Wohnungsbauprogramm sieht vor,

1 000 geförderte Wohnungen pro Jahr fertigzustellen. Das haben wir in den letzten Jahren nicht ganz geschafft; es waren 800 bis 900 Wohnungen pro Jahr. Eine Aufgabe des Wohnungsamtes ist, stärker neue Investoren zu werben. Inzwischen haben wir genug Investoren an der Hand. Dass im letzten Jahr nur knapp 500 Wohnungen fertiggestellt werden konnten, lag daran, dass sich kurz vor Jahresende die Richtlinien geändert haben, sodass es attraktiver war, die Anträge erst im Folgejahr, also 2009, zu stellen. Deswegen werden wir in diesem Jahr unter Garantie auf über 1 000 Wohnungen kommen.

Ich möchte hier noch einmal für den Versuch werben, das Image des geförderten Wohnungsbaus zu verbessern. Wie gesagt, wir haben inzwischen genug Investoren an der Hand. Das, was uns tatsächlich fehlt, sind Grundstücke in Köln. Das ist im Moment das Problem. Ich will noch einmal wiederholen, dass wir für die 42 Prozent der Kölner Bevölkerung mit Anspruch auf geförderten Wohnraum insgesamt nicht genug preiswerten Wohnraum haben. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön für die Ergänzungen, Frau Bredehorst.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag der SPD ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen und die Linke. Enthaltungen? - Gibt es bei pro Köln. Damit ist der Antrag so angenommen.

Meine Damen und Herren, die Hälfte der Sitzung liegt jetzt hinter uns. Ich will Sie zu diesem Zeitpunkt noch einmal an die vereinbarte Redezeit erinnern. Auch wenn alles, was Sie hier vortragen wollen, wichtig ist, möchte ich Sie noch einmal bitten, sich auf kurze Redebeiträge zu beschränken. Fünf Stunden Debatte liegen jetzt hinter uns, aber 7 Anträge und 40 Vorlagen allein im öffentlichen Teil liegen noch vor uns.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.16 auf:

2.1.16 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Konzept zur Minimierung von Wärmeinseln“ AN/1101/2009

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion AN/1201/2009

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion AN/1209/2009

Dazu spricht Frau Moritz.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Ende April dieses Jahres hat das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung die Ergebnisse einer Studie über den Klimawandel in Europa und seine Folgen veröffentlicht und den Umweltministern von Bund und Ländern vorgestellt. Minister Uhlenberg, Umweltminister von Nordrhein-Westfalen, hat in einer Pressekonferenz die Kommunen aufgefordert, sich dieser Herausforderung zu stellen.

Wohlgemerkt, unser Antrag dient nicht dem Klimaschutz. Ich glaube, das ist von der CDU missverstanden worden. Vielmehr geht es uns darum, die Folgen des Klimawandels zu thematisieren und zu überlegen, wie wir die Stadtentwicklungspolitik und die Stadtplanungspolitik an diese Folgen anpassen können.

Wir bitten die Verwaltung, ein Konzept zu erstellen. Die CDU schlägt in ihrem Antrag ein Zeit-Maßnahmen-Programm vor. Wie wir das nennen, ist mir persönlich egal. Wir würden den Antrag der CDU übernehmen, mit Ausnahme der Ausführungen zu CO₂; denn das gehört zum Thema Klimaschutz und passt an dieser Stelle nicht.

Uns geht es darum, zu erfahren, was die Städte tun können, um dieser Überhitzung entgegenzuwirken. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass die Hitzewelle in Europa im Sommer 2003 rund 70 000 Menschen das Leben gekostet hat. Insbesondere alte und kranke Menschen sind infolge dieser Hitzewelle gestorben. Das weiß heute keiner mehr.

(Zuruf von der CDU)

- Das ist unbestritten. Sie sollten sich einmal mit diesem Thema beschäftigen. 70 000 Tote infolge eines heißen Sommers sind sehr viel.

Frankfurt hat als erste Stadt daraus Konsequenzen gezogen - dort regiert eine CDU-Oberbürgermeisterin, die sich offensichtlich darum kümmert - und ein detailliertes Konzept erstellt. Das geht so weit, dass schattenspendende Sonnensegel in der Zeil aufgespannt werden sollen. Man sollte sich auch

in den mediterranen Ländern umschaun, um zu lernen, mit welchen Konzepten dort versucht wird, den Menschen in den steinernen Innenstädten Schatten und Kühlung zu verschaffen.

Ich spreche jetzt besonders Herrn Streitberger an, weil er genau der richtige Ansprechpartner dafür ist, und bitte die Verwaltung, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen und uns eine geeignete Instrumentenpalette vorzulegen. Dazu kann auch die Anschaltung der Brunnen gehören; das kann von mir aus als Vorschlag aufgegriffen werden. Den FDP-Antrag, in dem diverse Maßnahmen vorgeschlagen werden, wollen wir nicht übernehmen, weil wir der Meinung sind, dass heute noch nicht konkrete Maßnahmen beschlossen werden sollten. Nach langem Lesen des FDP-Antrags ist mir allerdings auch nur ein Vorschlag aufgefallen, der sich von unseren Vorschlägen unterscheidet. Dieser eine Vorschlag kann als ein mögliches Instrument übernommen werden. Den CDU-Antrag können wir komplett übernehmen. Ich bitte den Rat, unseren Antrag zu unterstützen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Moritz. - Herr Dr. Paul, bitte.

Dr. Michael Paul (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Vieles von dem, was Frau Moritz gesagt hat, ist richtig; das will ich gar nicht bestreiten. Wenn es um die Frage „Folgen des Klimawandels für Köln“ geht, sollten sich die Positionen der einzelnen Fraktionen nicht unterscheiden; denn diese Herausforderungen müssen wir gemeinsam stemmen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch ein Fortschritt, Herr Paul!)

Was wissen wir? Wir wissen, dass die Klimaänderung eine Tatsache ist. Wir wissen, dass es, wenn wir keine Gegenmaßnahmen ergreifen, bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu einer weltweiten Klimaerwärmung von bis zu 6 Grad Celsius kommen wird. Unsere Ökosysteme können allenfalls Änderungen bis 2 Grad Celsius aushalten.

Was wissen wir nicht? Wir wissen nicht, welche konkreten Auswirkungen eine solche Klimaänderung auf Großstädte wie Köln haben

wird. Deshalb wissen wir auch nicht, welche Konsequenzen wir in Köln ziehen müssen und wie wir dieser Änderung entgegenzutreten können.

Insofern greift der Ansatz des Antrags von Bündnis 90/Die Grünen, die Wärmeinseln zu betrachten und Luftschneisen zu schaffen, einen wichtigen Aspekt auf. Trotzdem greift er insgesamt gesehen zu kurz. Denn wir müssen wissen, welche Folgen die Klimaänderung für Köln haben wird. Was wird sich in Köln dadurch verändern?

Die Vorschläge im FDP-Antrag, beispielsweise Luftschneisen sogar in den Bebauungsplänen auszuweisen, halte ich wiederum für zu weitgehend. Wir brauchen zunächst einmal eine Antwort auf die Frage, was sich in unserer Stadt verändern wird. Erst dann können wir Maßnahmen benennen und beschließen, mit denen wir diesen Herausforderungen entgegenzutreten.

Auch das CO₂-Minderungsprogramm, das wir hier gemeinsam auf den Weg gebracht haben - leider liegt es immer noch nicht vor; Gleiches gilt für die CO₂-Bilanz -, ist dabei sicherlich ein wichtiger Baustein. An dieser Stelle greifen Klimaschutz, CO₂-Reduzierung und der Aspekt der Klimaänderung sehr wohl zusammen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! Dann übernehme ich den Antrag doch nicht!)

Wir werden dann beschreiben, wie diese Maßnahmen im Einzelnen umgesetzt werden sollen. In unserem Antrag sind die Elemente benannt. Natürlich werden auch die Maßnahmen, die Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagen haben, wie Dachbegrünung und Fassadenbegrünung greifen; das sind wichtige Elemente in einer Großstadt. Darüber hinaus müssen wir aber auch Aspekte wie zum Beispiel Niedrigwasser und Hochwasser, verstärkte Regenfälle im Sommer und anderes, was die Klimaänderung herbeiführen wird, im Blick haben. Dazu gehört auch, welche Folgen sie für die Gesundheit der Menschen in dieser Stadt haben kann. Es ist ja nicht nur mit Hitzetoten zu rechnen; das geht noch darüber hinaus. Möglicherweise werden wir uns mit Krankheiten auseinandersetzen müssen, die man in diesen Breitengraden noch nicht oder nicht mehr kennt. Auch das gilt es zu beobachten.

Aufgabe einer Großstadt ist, sich mit den Folgen des Klimawandels auseinanderzusetzen. Ich begrüße ausdrücklich, dass die Grünen erkannt

haben, dass unser Antrag an dieser Stelle zumindest den besseren Ansatz hat.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt verstehe ich Sie! Ich ziehe das zurück!)

Ich gehe auch davon aus, dass man die im FDP-Antrag vorgeschlagene Prüfung, inwiefern man Brunnen anschalten sollte, um das Stadtklima zu verbessern, aufgreifen kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich habe das vorhin so verstanden, dass Frau Moritz den Antrag der CDU übernehmen will.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber nicht nach den Aussagen!)

- Aber nach dem letzten Vortrag will sie das nicht mehr. - Jetzt spricht Herr Bürgermeister Wolf.

Manfred Wolf (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Stadt ist keine ökologische Wüste, im Gegenteil: Die Stadt kann die Natur sogar unterstützen. Aber urbane Regionen mit einer hohen Konzentration von Gebäuden, Straßen und anderen künstlichen Oberflächen speichern die Hitze und lassen Wärmeinseln entstehen. Barbara Moritz hat eben an die Toten der Hitzewelle in Europa im Sommer 2003 erinnert. Es war die Großstadt Paris, in der besonders viele Menschen, insbesondere ältere Menschen, einen Kreislaufkollaps erlitten und gestorben sind.

Deshalb ist es wichtig, dass wir uns dieser Wärmeinseln annehmen. Selbst einfache Maßnahmen können hier schon enorme Wirkung entfalten. Die Temperatur ist in den Städten höher als in den sie umgebenden ländlichen Gebieten, weil es hier trockener ist; denn in den meisten Städten fehlen feuchte Grünräume und Wasser. Hier in Köln ist es in den Gebieten rund um den Rhein immer etwas kühler als in den gänzlich zugebauten Stadtteilen. Was können wir daraus schließen? Dass wir, wenn wir Bäume pflanzen und Wasserelemente wie Brunnen oder künstliche Wasserläufe schaffen, nicht nur unsere Umwelt verschönern, sondern sie auch abkühlen können.

Wenn die Temperaturen infolge des Klimawandels vor allem in der Wärmeinsel Großstadt weiter ansteigen, wird - das wurde eben schon gesagt - eine klimaoptimierte Stadtplanung ungeheuer wichtig. Doch man kann hier nicht, wie ihr in eurem Antrag, mit der Vorschlaghammermethode vorgehen und praktisch alles, was zu machen ist, bereits vorschreiben.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: „Beispielsweise“ steht da!)

- Das steht nicht in der Begründung eures Antrags, aber im Beschluss. - Eine Pflicht zu Dachbegrünung kann nicht die Lösung sein. Ich will in diesem Zusammenhang ein Beispiel anführen, nämlich eine Fläche zwischen Mülheimer Ring, Gronauer Straße und Piccoloministraße in Köln-Mülheim, die immer noch eine Brache ist. Warum ist sie das? Es wurde kein Investor gefunden, weil bereits im Bebauungsplan die Dachbegrünung vorgeschrieben wurde. Diese festgeschriebene Bedingung hat dazu geführt, dass hier niemand investieren wollte.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich sucht jeder bei sommerlichen Temperaturen einen schattigen Platz. Deshalb befürworten wir natürlich Baumpflanzungen, allerdings nur auf städtischen Parkplätzen. Entsiegelung ja, aber nur auf städtischen Grundstücken. Ein Eingriff in private Grundstücke wäre uns zu stark; das würde das Eigentum des Bürgers betreffen. Aber selbst der einfache Vorschlag, die Brunnen wieder anzustellen, kann zur Klimaoptimierung beitragen. Das lässt sich vielleicht nicht in Zahlen messen; aber ich bin der Meinung, dass der Effekt größer sein wird als die zusätzlichen finanziellen Kosten, die der Stadt daraus entstehen. Deshalb bitten wir Sie, unserem Änderungsantrag zuzustimmen.

Sollte bei der Abstimmung nur noch der Antrag der Grünen übrig bleiben - im Moment sieht es danach aus -, werden wir uns enthalten, weil wir der Auffassung sind, dass ihr das zu eng abgefasst habt. Die Tendenz des Antrags unterstützen wir allerdings.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau Moritz noch einmal, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Nachdem ich jetzt die Äußerungen gehört habe - das stand teilweise so gar nicht in den Änderungsanträgen drin -, nehme ich mein großzügiges Angebot, dieses und jenes zu übernehmen, wieder zurück. Denn jetzt ist klar geworden, Herr Wolf, dass Sie bei den Instrumenten eine Festsetzung in den Bebauungsplänen ausschließen wollen. Das möchte ich jetzt grundsätzlich nicht beschließen, aber auch nicht grundsätzlich ausschließen. Wir sind der Auffassung, Festsetzungen in Bebauungsplänen sind etwas ganz Normales.

Wir sagen auch: Wir sind für Wettbewerb, um die Qualität zu verbessern. Das gilt nicht nur für städtische, sondern auch für private Grundstücke. Die freiwilligen Maßnahmen - das haben wir alles schon erlebt - haben dazu geführt, dass es auf jedem Dach Entlüftungskisten oder andere Aufbauten gibt. Schauen Sie sich einmal die Dachlandschaft in Köln an. Schön ist das nicht.

(Zuruf: Spanischer Bau!)

- Genau. Das sehen Sie auch an dem, was unsere Gebäudewirtschaft auf den Spanischen Bau installiert hat; das ist nicht schön. - Wenn man in Städten wie Rom über die Dächer blickt, sieht man eine zweite grüne Ebene. So etwas stelle ich mir auch hier in Köln vor.

Herr Dr. Paul ist dafür, dass in dieses Konzept alles, was mit Klima zu tun hat, aufgenommen wird. Das ist mir zu weitgehend. Natürlich brauchen wir eine klimaorientierte Stadtentwicklung; aber uns geht es in diesem Punkt um ganz bestimmte Anpassungen, um der Erwärmung des Klimas begegnen zu können. Das jetzt in ein Konzept einzubeziehen, was uns womöglich erst in drei Jahren vorliegt, das will ich ausdrücklich nicht. Ich dachte, Sie würden unseren Antrag unterstützen. Aber wir können gerne mit einem weiteren Antrag eine gemeinsame Initiative starten.

Den ersten Spiegelstrich Ihres Antrags können wir uns schenken. Dazu gibt es bereits wissenschaftliche Untersuchungen; unsere Verwaltung muss das nicht noch extra machen. - Der zweite Spiegelstrich betrifft dasselbe, was ich gesagt habe. Ich bin bereit, diesen zu übernehmen. - Aber eine CO₂-Minimierung gehört nicht in diesen Antrag. Das will ich ausdrücklich nicht übernehmen.

Die FDP soll sich dann enthalten, wenn sie mag. Ich weiß nicht, warum ich deren Antrag übernehmen sollte.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Dr. Paul noch einmal, bitte.

Dr. Michael Paul (CDU): Ich würde es bedauern, wenn wir an dieser Stelle nicht zu einer Einigung kommen könnten. Ich glaube, der erste Punkt, nämlich die konkreten Auswirkungen für Köln untersuchen zu lassen, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Die sind genauso wie in Düsseldorf, in Essen oder in Frankfurt!)

Insofern verstehe ich nicht, warum wir ausgerechnet diesen Punkt streichen sollten.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Thema ist doch schon zu Tode untersucht!)

Auch dass wir die Maßnahmen einbeziehen, die wir im Rahmen des Klimaschutzes ergreifen wollen, ist aus meiner Sicht eine Selbstverständlichkeit. Dass das nicht auf die lange Bank geschoben wird, haben wir durch den ersten Satz unseres Antrags sichergestellt, in dem es heißt: Wir fordern die Verwaltung auf, uns bis Ende des Jahres 2009 - also nicht erst in drei Jahren, wie Sie, Frau Moritz, gemutmaßt haben - ein solches Konzept vorzulegen.

Insofern darf ich Sie noch einmal herzlich bitten, im Zuge einer Mehrheitsfindung über alle Parteigrenzen hinweg dem, wie ich meine, in der Sache näher an dem Problem Klimaänderung orientierten Antrag der CDU-Fraktion die Stimme zu geben.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke. - Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Ich lasse über die drei Anträge einzeln abstimmen.

Wer für den Antrag der CDU-Fraktion ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU-Fraktion und meine Stimme. Enthaltungen? - Gibt es bei der FDP und Herrn Dr. Müser. Dann ist der Antrag so abgelehnt.

Wer für den Antrag der FDP-Fraktion ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP und

meine Stimme. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Nun zum dritten Antrag, dem man genauso gut zustimmen kann. Dieser hat das Thema etwas enger gefasst; Frau Moritz hat das gerade erklärt. Wer für den Antrag der Grünen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, die CDU, die SPD, die Linke, Dr. Müser und der OB. Gegenstimmen? - Pro Köln stimmt dagegen. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der FDP ist dieser Antrag mit großer Mehrheit so beschlossen. - Das ist doch ein schönes Geburtsgeschenk, Frau Moritz.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.17 auf:

2.1.17 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Graffitifreie KVB“ AN/0846/2009

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/1191/2009

Es eröffnet Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch mit Blick auf die Uhr möchte ich mich kurz fassen. Außerdem habe ich angesichts des Ergänzungsantrages von Rot-Grün den Eindruck, dass wir uns hier sehr schnell einig werden können.

Bei mir im Veedel, dem Agnesviertel, fährt die KVB auf den Strecken, die ich regelmäßig fahre, also vom Ebertplatz in Richtung Rudolfplatz oder Dom und auf den Hauptstrecken Richtung Neumarkt, mit so hoher Frequenz, dass es mit Vernachlässigungen oder Graffiti nicht so viele Probleme gibt. Auf das Thema bin ich aufmerksam geworden, als mir eine Bürgerin aus meinem Veedel geschrieben hat: Sie dürfen nicht nur in Ihrem Umfeld gucken, sondern müssen einmal eine Haltestelle weiter, zur Lohsestraße in Nippes, fahren; dort sehen die Zustände schon ganz anders aus. - Anhand des Fotos, das wir unserem Antrag beigelegt haben, können Sie sehen, welche Zustände sie meint. Man hat den Eindruck, dass die Stadt und die KVB hier kapituliert haben.

Uns geht es nicht nur darum, für unsere Bürgerinnen und Bürger objektive Sicherheit zu schaffen, sondern wir wollen auch für subjektive Sicherheit sorgen. Solche verwehrten

öffentlichen Räume wie die auf dem Foto in unserem Antrag sind dabei nicht gerade hilfreich.

Leider gibt der öffentliche Personennahverkehr in Köln ein schlechtes Beispiel ab. Wir haben den ersten Zugriff auf die stadteneigene Gesellschaft KVB. Aber auch die Deutsche Bahn - in dem Änderungsantrag von Rot-Grün wird zu Recht darauf hingewiesen - steht in Sachen Vernachlässigung ihrer Einrichtungen der KVB im Grunde in nichts nach. Ich bin auch sehr dankbar - das ist ja schon eine Leistung -, dass sich die Grünen heute zum Thema Graffiti kritisch äußern

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das hat auch einen künstlerischen
Aspekt!)

- Herr Frank spricht von der künstlerischen Bedeutung -; denn in ihrer kuschelpädagogischen Phase waren die Grünen diesen Dingen eher zugeneigt.

Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, dass wir bei öffentlichen Einrichtungen - dazu gehören auch die KVB-Haltestellen - eine ganz klare Kante zeigen müssen. Die Stadt darf den öffentlichen Raum nicht einfach Sprayern oder anderen überlassen, die meinen, mit Vandalismus, Beschädigungen und Verunreinigungen das subjektive Sicherheitsgefühl in Köln beeinträchtigen zu dürfen. Von daher hoffe ich, dass eine breite Mehrheit unserem - den Antrag von Rot-Grün würden wir gerne übernehmen - Antrag zustimmen kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Es spricht Herr Kron, bitte.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nicht viel sagen jetzt!)

Peter Kron (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Jörg Frank hat mir gerade zugerufen, ich solle nicht so viel sagen. Also sage ich nicht viel dazu. - Den FDP-Antrag unterstützen wir natürlich, weil auch wir das Anliegen für richtig halten. Aber dass Sie sich nur auf die Fahrzeuge und die Haltestellen der KVB beziehen, finden wir etwas zu kurz gesprungen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Sterck hatte ja zugesagt, den Antrag von Rot-Grün zu übernehmen.

Peter Kron (SPD): Ja, das hat er gesagt. - Uns geht es auch darum, die Koordination von Stadt und KVB zu optimieren. Damit muss sofort begonnen werden; denn mit dem Problem der Verunreinigungen sehen wir uns ja schon seit längerer Zeit konfrontiert. Daher wäre es gut, wenn wir schon im Verkehrsausschuss im August - wir haben ja noch eine Sitzung in dieser Wahlperiode - einen Bericht erhalten, der aufzeigt, was schon begonnen worden und was noch zu machen ist.

Hier stellt sich die Frage, wer das alles in die Hand nimmt. Ehe man das jetzt lange diskutiert, könnte man natürlich auch in Erwägung ziehen, die Beseitigung in eine Hand zu geben, also zum Beispiel die AWB zu beauftragen, das zu koordinieren.

Herr Sterck hat schon gemahnt, in diesem Zusammenhang auch die DB nicht zu vergessen. Wir haben nicht die Möglichkeit, deren Entscheidungen zu beeinflussen, sollten aber auf jeden Fall an sie appellieren, dass sie ihre Anlagen in einen sauberen Zustand versetzt.

Ich habe den Eindruck, dass wir den guten FDP-Antrag zusammen mit dem Zusatzantrag von Rot-Grün mit einer großen Mehrheit verabschieden können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau Wilden, bitte.

Regina Wilden (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zwei Sätze möchte ich dazu gerne sagen. Meine Fraktion, die Fraktion pro Köln, hat in der jetzt zu Ende gehenden Ratsperiode mehrere Anträge zur Beseitigung von Graffiti eingebracht. Stets wurden diese Anträge von Ihnen geschlossen abgelehnt. Sie haben immer gegen unsere Anträge gestimmt. Damit haben Sie Ihr gespaltenes Verhältnis zur Demokratie offenbart.

Doch was gut ist, kommt wieder - jetzt auf FDP-Briefpapier. Selbstverständlich werden wir dem Antrag zustimmen. Wir sind gespannt auf weitere von uns abgekupferte Anträge in neuem Gewand. Vielleicht besinnen Sie sich einmal

darauf, was Demokratie eigentlich bedeutet. Kaum stehen wir vor den Wahlen, da fischen die Parteien schon in fremden Gewässern. Das ist ja bekannt. Wir freuen uns, dass Sie unserem damaligen Antrag in gewisser Weise endlich zustimmen. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Sehen Sie, meine Damen und Herren, dieses Mal bekommen Sie die Zustimmung von pro Köln und nicht wir. - Unsere Zustimmung zu den Anträgen werden Sie hier nicht bekommen.

Ich möchte Sie noch auf Folgendes hinweisen: An den U-Bahn-Stationen der KVB gibt es auch legale Graffiti, zum Beispiel in der Station Frankfurter Straße in Höhenberg.

(Der Redner zeigt zwei Fotografien hervor - Zuruf: Die sind ja gut!)

- Die sind super. - Schauen Sie sich das einmal an: Das sind legale Graffiti. Ob sie von der KVB bezahlt worden sind, weiß ich nicht. Auf jeden Fall sind das Projekte, die unterstützenswert sind; denn auf legalen Graffiti wird es keine wilden Graffiti geben. Das sieht schön aus. Das wäre ein Projekt unter dem Stichwort „legale Wand“. In Diskussionen zu diesem Thema habe ich schon oft gefordert, legale Wände an Brücken und U-Bahn-Stationen zuzulassen. Solche nichtrepressiven Maßnahmen können zu einer Minimierung von Schmierereien und wilden Graffiti führen. Wenn man diese Linie fahren und das propagieren würde, fände ich das gut. Deshalb wollte ich hier auch auf solche Projekte hinweisen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Schön, dass wir nun auch solche Fotos gesehen haben.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der FDP und den Änderungsantrag von SPD und Grünen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegen die Linke. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das mit sehr großer Mehrheit so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.18 auf:

2.1.18 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Einrichtung einer weiteren Gesamtschule“ AN/1123/2009

Frau Demirel, bitte.

Özlem Demirel (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Am Bildungsstreik in Köln nahmen mehrere Tausend Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten sowie Auszubildende teil. Ihre Forderungen waren deutlich: Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems, kostenlose Bildung für alle, Chancengerechtigkeit und bessere Lernbedingungen. Die Symptome eines kranken Bildungssystems werden immer deutlicher. Neben der Wirtschaftskrise gibt es auch eine Bildungskrise, was der bundesweite Bildungsstreik mit 265 000 streikenden Jugendlichen in der vergangenen Woche bewiesen hat.

Auf dem Kölner Bildungsstreik wurden die allgemeinen Forderungen auf einzelne Schwerpunkte heruntergebrochen. So wurde auf den Kundgebungen in verschiedenen Reden betont, dass die Ablehnungen an den Gesamtschulen nicht länger geduldet werden. Die Forderung nach einer weiteren Gesamtschule in Köln wird immer lauter.

Die Fraktion Die Linke setzt sich seit Jahren für die Gründung von mindestens einer weiteren Gesamtschule ein. Dazu haben wir zahlreiche Anfragen gestellt, darüber haben wir auch im Schulausschuss schon debattiert. Seit Jahren wird in Köln der erklärte Eltern- und Schülerwille missachtet. Die Ablehnungen von Hunderten Schülern Jahr für Jahr zeigen: Die Nachfrage für eine weitere Gesamtschule ist groß; der Bedarf ist vorhanden.

Meine Damen und Herren von der CDU und von der FDP, in Diskussionen, in denen es um das mehrgliedrige Schulsystem geht, führen Sie immer gerne den Elternwillen an. Mit Argumenten, dass die Eltern das so wollen oder dass nur mit diesem System jeder nach seinen Fähigkeiten gefördert werde, wird das veraltete, selektive Schulsystem - übrigens noch ein Erbe aus dem Kaiserreich - verteidigt. Allerdings zeigt das Anmeldeverhalten in Köln, aber auch über Köln hinaus, dass die Eltern sehr wohl eine Alternative zum dreigliedrigen Schulsystem bevorzugen. Trotz Ihrer ureigenen Argumentation, es zähle allein der Elternwille,

wird dem Willen der Eltern und der Schülerinnen und Schüler in Köln nicht entsprochen; denn bei den Anmeldungen zum Schuljahr 2009/2010 wurden erneut circa 800 Kinder an Gesamtschulen abgelehnt.

In den vergangenen Jahren wurde die Diskussion über die Einrichtung einer weiteren Gesamtschule immer wieder mit der Begründung abgeblockt, es gebe Vorschriften der Landesregierung, die vorsehen, dass eine Drittelparität gewährleistet sein müsse. Das Verwaltungsgericht Köln hat kürzlich festgestellt, dass für die Einrichtung einer Gesamtschule diese Parität nicht zwingend notwendig ist. Das heißt, die formale Hürde ist gefallen. Nun ist der politische Wille entscheidend.

Meine Damen und Herren, überraschenderweise haben SPD und Grüne im vergangenen Schulausschuss einen Dringlichkeitsantrag beschlossen, der vorsieht, eine Elternbefragung zum Wechsel auf die weiterführenden Schulen durchzuführen sowie eine Fachtagung zum Thema „Längeres gemeinsames Lernen“ zu initiieren. Dieser Beschluss geht der Linken nicht weit genug. Wir sind der Meinung, dass jetzt endlich gehandelt werden muss. Uns fehlt hier ein klares Bekenntnis zur Einrichtung einer weiteren Gesamtschule.

Um keine Zeit zu verlieren, sollte die Verwaltung jetzt schon prüfen, welche konkreten Maßnahmen dafür erforderlich sind. Eine allgemeine Diskussion zum Thema Gemeinschaftsschule, ohne konkrete Maßnahmen im Schulentwicklungsplan zu verankern, bringt uns nicht weiter. Deshalb sollte sich diese Fachtagung explizit auch auf den Schulentwicklungsplan beziehen. Das Anmeldeverhalten der Eltern in den vergangenen Jahren hat bereits verdeutlicht, welches Ergebnis diese Elternbefragung bringen wird. Das Ergebnis der Befragung in St. Augustin, das uns zu unserem heute vorliegenden Antrag inspiriert hat, war deutlich.

Meine Damen und Herren, seit Jahren macht die Linke deutlich, dass es eine grundsätzliche Debatte zur Bildungsstruktur und zum Bildungssystem geben muss. Wir Linke fordern eine Schule für alle. Das ist unsere Grundposition. Im Gegensatz dazu steht die Forderung nach einer Gemeinschaftsschule, bei der nicht einmal die Urheber genau wissen, was darunter zu verstehen ist. Wir leiten unsere Forderung her, begründen sie und sagen in der Öffentlichkeit explizit, was dahintersteckt.

Verwunderlich ist, dass genau die Parteien, die uns bislang immer vorgehalten haben, dies liege nicht in der Entscheidungskompetenz der Kommune, just in dem Moment, da wir einen Antrag dazu stellen, eine Diskussion zu diesem Thema anregen wollen. Wir glauben, das es ein Ablenkungsmanöver ist, damit sie ihrer kommunalen Verantwortung, eine weitere Gesamtschule einzurichten, aus dem Weg gehen können. Im Gegensatz zu Ihnen geben wir keine Lippenbekenntnisse ab, sondern fordern die Einrichtung einer weiteren Gesamtschule, und zwar umgehend.

Ich komme zum Schluss. Jedes weitere Jahr mit zu wenigen Gesamtschulplätzen in Köln bedeutet mangelnde Bildungschancen für unsere Kinder. Jedes weitere Jahr mit zu wenigen Gesamtschulplätzen in Köln bedeutet auch, dass wir den Willen der Eltern und der Schülerinnen und Schüler missachten. Das können und das wollen wir nicht hinnehmen. Deshalb fordern wir heute die Verwaltung auf, die für eine Gesamtschulgründung notwendigen Maßnahmen zu prüfen und uns die entsprechenden Ergebnisse so schnell wie möglich vorzulegen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau Heuer, bitte.

Ulrike Heuer (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Demirel, ich verkneife es mir - so gerne ich das tun würde -, jetzt eine inhaltliche Diskussion anzuschließen. Lassen Sie mich nur zu einem Punkt etwas sagen. Wir haben diesen Antrag nicht „merkwürdigerweise“ gestellt, sondern aus tiefster schulpolitischer und fachlicher Überzeugung.

Wir nehmen den Elternwillen auch sehr ernst. Deshalb wollen wir abwarten, was bei der Befragung herauskommt.

Für alle zur Erklärung: Wir haben im Schulausschuss mit großer Mehrheit die Befragung der Eltern beschlossen - allerdings nur des 4. Schuljahres, da das für dieses Schuljahr machbar ist. Wir haben auch beschlossen, dann mit allen Beteiligten eine Veranstaltung dazu durchzuführen, bei der diese Dinge erörtert werden sollen.

Das Wesentliche einer Befragung ist, dass man abwartet, was dabei herauskommt. Anschließend wollen wir uns ganz gezielt damit auseinandersetzen und diesen Elternwillen auch umsetzen.

Insofern beantragen wir, das Ganze wieder in den Fachausschuss zu verweisen, um dann dort die Ergebnisse zu diskutieren.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Diesen Verweisungsantrag kann ich hier zur Abstimmung stellen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die antragstellende Fraktion der SPD, die CDU, die Grünen, die Linken, Herr Dr. Müser und meine Stimme. Gegenstimmen? - Bei FDP und pro Köln. Damit ist die Verweisung in den Schulausschuss zur weiteren Behandlung beschlossen. Nach den Ergebnissen wird diese Frage wieder aufgegriffen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

2.1.19 Antrag von Ratsmitglied Dr. Müser (Kölner Bürger-Bündnis) betreffend „Wiederherstellung des Rathausplatzes“ AN/1144/2009

Herr Dr. Müser, bitte warten Sie noch einen Moment. Weil das Thema von großer Bedeutung ist, möchte ich es gerne kurz ansprechen.

Sie wissen vielleicht - es sind aber immer Vertreter der Fraktionen dabei -, dass am 17. Juni dieses Jahres unter meinem Vorsitz der Wissenschaftliche Beirat zur Archäologischen Zone getagt hat, der für die weitere Planung der Archäologischen Zone herausragend wichtige Ergebnisse erzielt hat.

Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats wie auch die zugeladenen externen Experten haben sich von den neuen archäologischen Befunden im südlichen Teil des Rathausplatzes - das ist der Bereich zum Wallraf-Richartz-Museum hin - beeindruckt gezeigt. Übereinstimmend empfehlen die Wissenschaftler - das sollten Sie vielleicht wissen -, die Grabungsfunde im südlichen Bereich des Rathausplatzes für die Besucher unterirdisch zu erschließen und die Zeugnisse der jüdischen Geschichte Kölns in den geplanten Museumskomplex der Archäologischen Zone zu integrieren.

Auch aufgrund der übrigen Entwicklung sehe ich die neue Befundlage, auf die wir sicherlich alle

stolz sein können und die vorher nicht unbedingt zu erahnen war, aus vielen Gründen sehr positiv. Diese Lösung erlaubt uns, ja, sie gebietet es uns sogar, den oberirdischen Schutzbau für die Archäologische Zone in seinem Bauvolumen zugunsten einer großzügigeren Platzfläche vor dem Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud zu reduzieren.

Eine qualitätsvolle und sachgerechte Präsentation unserer Stadtgeschichte auf der einen und eine neue Aufenthaltsqualität in Rathausnähe auf der anderen Seite - das finde ich eine sehr schöne Lösung.

Meine Damen und Herren, wir haben die große Chance, sowohl städtebaulich als auch unter dem Aspekt der Kosteneffizienz mit Blick auf die Bau- und Betriebs- bzw. Unterhaltungskosten des künftigen Museumsgebäudes eine gegenüber der bisherigen großen Lösung optimierte Planungsalternative zu entwickeln.

Hinzu kommt die mir in persönlichen Gesprächen zugesagte Unterstützung dieser Variante auch durch Herrn Minister Lienenkämper und die Agentur Regionale 2010.

Daher wird die Verwaltung den ersten Preisträger des Architektenwettbewerbs auffordern, den Siegerentwurf auf der Grundlage eines modifizierten Raum- und Funktionsprogramms zu überarbeiten.

Außerdem werden die Gespräche mit der Gesellschaft zur Förderung eines Hauses und Museums der Jüdischen Kultur in Nordrhein-Westfalen fortgesetzt, um auf ihr Engagement und ihre Beteiligung im Rahmen der angepassten Planung hinzuwirken.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass gestern Abend bereits ein erstes intensives Gespräch stattgefunden hat.

Die Entwurfsalternativen einschließlich einer geprüften Kostenberechnung werde ich dem Rat im September 2009 vorlegen. Sie entscheiden dann, welches Modell Sie umsetzen möchten. Die, was den Bauträger angeht, größere Lösung einer Bebauung ist ja komplett durchgeplant. Die neue Variante wird diesen Status Ende dieses Sommers ebenfalls erreicht haben.

Meine Damen und Herren, im Übrigen möchte ich Sie herzlich einladen, in den nächsten Wochen die Gelegenheit zu ergreifen, sich im Rahmen einer Führung durch die Archäologische Zone den aktuellen Projektsachstand darstellen

zu lassen. Herr Dr. Schütte lädt Sie herzlich dazu ein.

Herr Dr. Müser, das wollte ich im Vorfeld doch noch zur Sachstandsdiskussion beitragen. - Bitte schön, Sie haben das Wort.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das sind ja gute Neuigkeiten. Wir müssen aber auf der einen Seite die Archäologische Zone - bei der es natürlich tolle Entwicklungen und Funde gibt, die auch ganz neue Möglichkeiten eröffnen - und auf der anderen Seite das gescheiterte Projekt des Hauses und Museums der Jüdischen Kultur auseinanderhalten. Darauf gilt es zu reagieren. Deswegen ist dieser Antrag auch nach Ihren Äußerungen mehr als richtig.

Meine Damen und Herren, der Platz vor dem Rathaus war nie ein Aushängeschild höherer Architekturkunst. Durch die Ausgrabungen im Rahmen der Archäologischen Zone wird der Platz auch nie mehr so sein wie vorher - zum Glück, muss man sagen.

Sicherlich war es ein fundamentaler Fehler, dass es vor der Auslobung des Wettbewerbs für die Schutzbauten und das Museum keine ausreichende Diskussion über eine mögliche künftige Nutzung des Platzes gegeben hat. Zu dieser Erkenntnis ist zumindest das siegreiche Architekturbüro von Professor Lorch gekommen.

Ebenso war es ein fundamentaler Fehler, dass man sich auf den einzigen Entwurf geeinigt hat, der keine zweistufige Baurealisierung ermöglicht. Das Scheinargument, der Innenausbau eines Museums sei die zweite Baustufe, entpuppt sich mittlerweile als schwerer Planungsmangel.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wenn ich Ihre Ausführungen richtig verstanden habe, bleibt die Vorstellung, dass dieses Museum in den verbleibenden Baukörper integriert wird, auch weiterhin bestehen, sodass nicht die reine Schutzbaufunktion für die Archäologische Zone im Mittelpunkt steht.

Nachdem nunmehr deutlich geworden ist, dass die Gesellschaft zur Förderung eines Hauses und Museums der Jüdischen Kultur in Nordrhein-Westfalen als Träger für dieses Projekt ausfällt, besteht wieder die Chance, den Bürgern einen attraktiven Platz zu geben - attraktiv nicht zuletzt durch die gestalterischen Möglichkeiten, die sich durch die Nähe zum Wallraf-Richartz-Museum,

zur Archäologischen Zone, zum ehemaligen Kaufhaus Kutz und zum Historischen Rathaus ergeben. In diesem Zusammenhang sind die von Ihnen eben angesprochenen Funde im tiefer gelegenen Teil im Südosten natürlich besonders zu nennen; denn sie eröffnen ganz neue Möglichkeiten. Dieser Platz kann und muss ein Juwel werden - durch Einbeziehung all dieser Schätze, die hier zusammenkommen.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass Köln ein Haus und Museum der Jüdischen Kultur guttut. Wir sind auch eindeutig für ein solches Haus. Der Rathausplatz ist hierfür jedoch nicht der geeignete Ort. - Dieser Standpunkt wird übrigens von allen Bürgern geteilt, die sich mit diesem Thema beschäftigt haben, zum Beispiel namhaften Mitgliedern der Synagogen-Gemeinde Köln.

Wir wollen mit dem vorliegenden Antrag die bisherigen gescheiterten Planungen einem Ende zuführen und damit den Weg für eine Archäologische Zone frei machen, mit der sich die Kölner auch identifizieren können und die sie gerne aufsuchen werden, weil man gerne auf diesem großzügigen und dann auch geschichtsträchtig erschlossenen Platz ist. - Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke, Herr Dr. Müser. - Für die CDU-Fraktion Herr Granitzka, bitte. - Nein, er muss nichts sagen. Dann hat Herr Börschel das Wort. - Nein.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir wollen nicht reden!)

- Ihr wollt nicht. - Herr Sterck auch nicht.

(Michael Zimmermann [SPD]: Sie haben das Nötige gesagt!)

- Okay. - Danke.

Dann lasse ich abstimmen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Herr Dr. Müser und pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Rest dagegen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

2.1.20 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Nutzung der Platzfläche südlich Arnsberger Straße in Köln-Buchheim“ AN/1115/2009

Hierzu spricht Herr Philippi.

Franz Philippi (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sie alle wissen, dass wir uns bereits seit geraumer Zeit mit der geplanten Erweiterung des Dialog-Gymnasiums an der Arnsberger Straße in Buchheim beschäftigen. Die SPD-Fraktion bringt diesen Antrag heute auf die Tagesordnung, weil es nach unserer Auffassung erforderlich ist, dass in dieser wichtigen, grundsätzlichen, schwierigen und auch sehr umstrittenen Frage der Rat der Stadt Köln das letzte Wort haben muss.

Die SPD-Fraktion hat im Verlauf der Debatten stets deutlich gemacht, dass es uns primär um eine schulpolitische Frage geht, nämlich darum, welche Auswirkungen die Erweiterung des Dialog-Gymnasiums auf die benachbarten weiterführenden Kölner Schulen hat.

Anders als etwa in der Innenstadt oder im linksrheinischen Köln gibt es im Stadtbezirk Mülheim keinen Bedarf für ein zusätzliches Gymnasium. Nach der Diskussion in mehreren Fachausschüssen und Gremien wurden von vielen Seiten mehr oder weniger offen deutliche Zweifel an der von der Verwaltung vorgeschlagenen Nutzung der Platzfläche geäußert. Eine Erweiterung der Schulkapazitäten im Stadtbezirk Mülheim gefährdet die Existenz der benachbarten Schulen in öffentlicher Hand, unserer Kölner Schulen.

Wir sind davon überzeugt, dass nur unser öffentliches Schulsystem die notwendige Differenzierung bietet und unseren Kindern die gleichen Entwicklungsperspektiven und Lebenschancen gibt. Statt der Förderung weiterer Privatschulen, in welcher Trägerschaft auch immer, müssen wir Hand in Hand mit den im Land Verantwortlichen höheren Wert auf die Qualität unserer staatlichen Schulen legen, damit diese für alle Kinder wie Eltern attraktiv sind. Dies beinhaltet selbstverständlich auch die Schaffung weiterer bilingualer Angebote an unseren Kölner Schulen.

Die SPD-Fraktion wird von daher nichts unterstützen, was zu einer Schwächung unserer Schulen in Mülheim führt. Eine Grundstücksvergabe ohne Not mit der Konsequenz der Gefährdung von Schulstandorten ist weder sinnvoll noch jemandem vermittelbar, der sich intensiv mit Schulentwicklungsplanung auseinandersetzt. Es muss uns allen klar sein, dass ein Rückgang der Schülerzahlen auch in geringem Maße für unsere Kölner Schulen weniger Lehrer, die Einschränkung des Kursangebotes und

letztendlich auch eine Bestandsgefährdung bedeutet.

Uns haben in letzter Zeit zahlreiche Schreiben erreicht.

Die drei Schulleiter der kooperierenden Gymnasien im Stadtbezirk Mülheim - des Genoveva-Gymnasiums, des Rhein-Gymnasiums und des Hölderlin-Gymnasiums - haben darauf hingewiesen, dass das Privatgymnasium eine unmittelbare Konkurrenz zu ihren Schulen darstellt und nicht ohne Wirkung auf die bestehenden Einrichtungen bleiben wird. Besonders hart wäre das Genoveva-Gymnasium betroffen - eine Schule, die ausgewiesenermaßen seit vielen Jahren mit hohem Engagement eine erfolgreiche integrative Arbeit vor Ort leistet.

Weitere Schulen fühlen sich ebenfalls in ihrer Existenz bedroht. Das Erich-Gutenberg-Berufskolleg in der Modemannstraße befürchtet eine Angebotserweiterung in der Sekundarstufe II, einen Schülerverlust und damit eine Einschränkung seines derzeit noch sehr attraktiven Kursangebotes.

Das - ich zitiere - „sehr gute Angebot an den bestehenden Schulen“ hebt auch der Bürger- und Heimatverein Buchheim in einem Schreiben an die Bezirksvertretung Mülheim deutlich hervor. Er spricht sich ebenfalls gegen die Privatschulerweiterung aus, da das bisherige Angebot - wieder Zitat - „auch für die Zukunft bei weitem ausreicht“.

Die Bezirksvertretung Mülheim hat in der vergangenen Woche mit den Stimmen von SPD, CDU, Grünen und Linken gegen die Beschlussvorlage gestimmt. Deutlicher geht es eigentlich nicht.

Ich fasse zusammen: Das Privatgymnasium Dialog am Arnsberger Platz dient nicht der Bedarfsdeckung, sondern steht ausschließlich in unmittelbarer Konkurrenz zu den in Mülheim ansässigen öffentlichen Kölner Schulen. Das ist nicht unser Ziel. Vorausschauende Schulentwicklungsplanung sieht für die SPD-Fraktion anders aus.

Auch der häufig zitierte und bemühte Spruch „Konkurrenz belebt das Geschäft“ zieht in dieser Angelegenheit nicht.

Die SPD-Fraktion stellt sich demonstrativ hinter die öffentlichen Schulen in Mülheim. Wir schätzen - das möchte ich an dieser Stelle betonen - die hervorragende pädagogische

Arbeit der weiterführenden Schulen im Stadtteil Mülheim und im Stadtbezirk Mülheim. Gleiches gilt selbstverständlich auch für die betroffenen Zubringerschulen, sowohl Grundschulen als auch Sekundarstufe-I-Schulen.

Meine Damen und Herren, ich hatte im vergangenen Jahr persönlich Gelegenheit, mir diese Schule im Rahmen eines Tages der offenen Tür anzuschauen. Von Vertretern des Trägervereins wurde mir versichert, dass man eine offene, europäisch-international angelegte Schule wünscht und anstrebt. - Zwei Fragen seien mir in diesem Zusammenhang gestattet.

Erstens. Warum gelingt es dieser Schule bis dato nicht, auch deutschstämmige Schülerinnen und Schüler oder Schülerinnen und Schüler aus EU-Ländern in nennenswerter Zahl zu rekrutieren?

Zweitens. Warum hat es bis heute in allen Verlautbarungen und Stellungnahmen des Trägervereins keine klare Position zur Bewegung von Fethullah Gülen und ihren Lehren gegeben? - Im Übrigen bringen selbst die Ausführungen des Vorsitzenden, die man in einem Interview mit dem *Kölner Stadt-Anzeiger* nachlesen konnte, keine weitere Klarheit; sie sind eher kryptisch.

Unsere Bundestagsabgeordnete Lale Akgün hat es heute auf den Punkt gebracht: Eine ethnische Privatschule reißt eher Gräben auf, als dass sie der Integration förderlich ist. Eine Schule, die fast ausschließlich von türkischstämmigen Kindern besucht wird, schafft eine ethnische Nische und ist weit von dem Ziel entfernt, gleiche Lebensverhältnisse und gleiche Chancen zu schaffen.

(Beifall bei der SPD - Beifall bei pro Köln - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist der Beifall aus der richtigen Ecke!)

Noch ein deutliches Wort zum Schluss, weil der Beifall aus der falschen Richtung kommt:

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Das war der Beifall für eine falsche Rede!)

Ich weise für die SPD-Fraktion hier und jetzt alle faktischen und potenziellen Vorwürfe zurück, die in die Richtung gehen, wir würden mit diesem Antrag die integrationspolitische Correctness verletzen und gegen die Interessen bestimmter Migrantengruppen stehen. Die Kölner SPD hat sich in der Vergangenheit stets für die Belange gerade der Kölnerinnen und Kölner mit

türkischem Migrationshintergrund eingesetzt. Dies wird auch so bleiben.

Unsere türkischen Freundinnen und Freunde wissen, dass es ohne das Engagement der Kölner SPD in Stadt und Bezirk keinen Moscheebau in Ehrenfeld geben würde.

(Beifall bei der SPD und der Linken.Köln)

Wir haben zusammen mit den Migranten in den verschiedensten Institutionen lange für die Beibehaltung der kommunalen Integrationsräte und gegen deren Abschaffung gekämpft.

Meine Damen und Herren - diese Worte sind an die Damen und Herrschaften von Rechts gerichtet -, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, egal welcher Herkunft, wissen ganz genau: Wenn in unserer Stadt bedauerlicherweise fremdenfeindliche Kundgebungen in Szene gesetzt werden, dann stehen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Protest in der ersten Reihe. Das wird auch so bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Schlussendlich halte ich fest: Die Erweiterung des Dialog-Gymnasiums ist und bleibt schulpolitisch in der Sache kontraproduktiv.

Ich bitte Sie deshalb herzlich um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Philippi. - Frau Manderla, bitte.

Gisela Manderla (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Kollegen von der SPD, Ihr Antrag strotzt von Scheinheiligkeit und mühsam zusammengesuchten Argumenten

(Beifall bei der CDU und der FDP)

gegen ein schon bestehendes und lange genehmigtes Privatgymnasium.

Dass Sie gegen eine Privatschule sind, entspricht Ihrer sozialromantischen SPD-Politik. Das haben Sie auch eben zum Ausdruck gebracht, Herr Philippi.

Dass Sie jetzt aber auch gegen eine Schule sind, die wertvolle Integrationsarbeit leistet, entlarvt Ihren Populismus. Sie geben den Befürchtungen der Schulleiter der umliegenden Schulen nach, die Angst haben, dass die zurückgehenden Anmeldezahlen an ihren Schulen auf dieses bestehende Privatgymnasium zurückzuführen sind. Ich kann Ihnen nur sagen, dass zum Beispiel das Herder-Gymnasium das Ganze positiv beurteilt und schon seine Mitarbeit angeboten hat.

Meine Damen und Herren, Sie betreiben hier Wahlkampf pur. Sie geben den Stimmen zum Beispiel des Mülheimer Bürgervereins nach.

Das Privatgymnasium Dialog ist eine genehmigte Schule. Auf dem Arnsberger Platz, der jahrelang total verwaist war und als Drogenumschlagplatz galt, hat es das ehemalige Arbeitsamt umgebaut und eine wunderbar ausgestattete Schule geschaffen - mit einem begrünten Schulhof, der diesem Platz endlich ein Gesicht gegeben hat.

Bisher können die Schülerinnen und Schüler nur bis zur Klasse 7 in dieser Schule unterrichtet werden. Im Übrigen handelt es sich hier um einen Erweiterungsbau. Es ist keine Erweiterung einer Schule. Vielmehr geht es jetzt darum, dass die Schüler der Klassen 8 bis 12 auch in diese Schule gehen können, die sie bereits heute besuchen können.

Wenn dann noch eine Sporthalle dazukommt, wird genau den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger in Mülheim entsprochen, die nämlich unbedingt eine Sporthalle für ihre Aktivitäten brauchen.

Das Gymnasium Dialog ist international und national öfter für seine Integrationsarbeit gelobt und ausgezeichnet worden. Die Unterrichtssprache ist selbstverständlich Deutsch.

Diese Schule ist keine Konkurrenz für die bestehenden öffentlichen Schulen in Mülheim, die hervorragende Arbeit leisten, sondern stellt eine Bereicherung dar. Ich kann mir gut vorstellen, dass man gerade mit dieser Schule in der Oberstufe gemeinsame Angebote machen kann.

Diese Schule ist für katholische, evangelische und muslimische Kinder sowie Kinder anderer Religionen offen. Sie ist ein weiterer Eckstein in der reichhaltigen Kölner Schullandschaft.

Meine Damen und Herren, wir können Ihren Antrag nur ablehnen.

Besonders populistisch finden wir es, dass Sie jetzt wahrscheinlich geheime Abstimmung beantragen werden,

(Beifall bei der FDP)

weil Sie glauben, dass es in anderen Fraktionen vielleicht Abweichler geben wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich fordere Sie auf: Stimmen Sie heute für das erweiterte Privatgymnasium Dialog.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Manderla. - Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die SPD begründet ihren Antrag damit, dass die Diskussionen in den Fachausschüssen überwiegend Zweifel an der von der Verwaltung vorgeschlagenen Lösung aufgezeigt hätten. Das kann ich ernsthaft nicht erkennen. Wir haben schon eine Menge Entscheidungen getroffen, die wesentlich knapper ausgefallen sind. Die Ratsausschüsse haben diese Entwicklung allesamt mit einer großen Mehrheit für gut befunden.

Vieles hat Frau Manderla schon gesagt. Es handelt sich um eine bestehende Schule, die ein gesamtstädtisches Angebot macht, das sogar über die Stadt hinausgeht. Auch Schüler aus dem Umland besuchen diese Schule. Unabhängig davon, ob diese Schule in Mülheim, in Chorweiler, in Porz, in der Innenstadt, in Rondorf oder wo auch immer steht, kann sie durchaus von Schülern besucht werden, die in Mülheim beheimatet sind.

Im Übrigen haben wir ein sehr breites Spektrum staatlich anerkannter Ersatzschulen in privater Trägerschaft. Wir haben auch Schulen, die sich mit einem besonderen Profil von den normalen staatlichen Angeboten unterscheiden und gesamtstädtische Angebote darstellen.

Ich persönlich kann beispielsweise Folgendes berichten: Als meine Kinder klein waren, haben die Grundschulen in der Südstadt darunter gelitten, dass es eine Peter-Petersen-Schule gab. Sehr viele Eltern haben ihre Kinder nämlich

dorthin geschickt, weil sie dieses Profil dieser Schule so gut fanden. - Damals habe ich auch kein Schreien gehört. Es gab auch keine Ratsdebatten, um das zu verhindern.

Zur Konkurrenz für die Bildungslandschaft in Mülheim: Können Sie sich an die Einführung der ersten Gesamtschulen erinnern? Damals begann ein Flächensterben von Hauptschulen oder zumindest der Niedergang der Hauptschule. Ich wüsste aber nicht, warum man das verhindern sollte. Ich war immer der Meinung, dass die Gesamtschule eine gute Schulform ist.

Im Endeffekt müssen dann natürlich andere Schulformen darunter leiden. Ja, warum nicht? Wir machen die Schule doch nicht für die Schulen, sondern für die Schüler.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn die Schüler nicht mehr dahin gehen, muss der Staat sich fragen, ob er die richtigen Bildungsinhalte und -qualitäten festsetzt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Viele Menschen leben auf dem Land. Wenn man auf dem Land lebt, kann man nur die nächste Schule besuchen. Als Stadtmensch hat man den Vorteil, dass man zwischen einer Vielzahl von Angeboten wählen kann. Darunter sind Schulen, die ebenso staatlich anerkannte Ersatzschulen in privater Trägerschaft sind. Herr Börschel, ich kann mich aber nicht daran erinnern, dass wir darüber in diesem Rat jemals eine solche Debatte geführt haben. Und immer gehen auf diese Schulen irgendwelche Kinder, die dann nicht auf die anderen Schulen gehen. C'est la vie.

Die Wahlfreiheit bei Schulen haben wir übrigens schon immer gehabt,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP sowie von Dr. Helge Schlieben [CDU])

nicht erst seit Schwarz-Gelb. Schwarz-Gelb hat sie bei den Grundschulen eingeführt. Das finde ich ziemlich problematisch; denn Grundschulkinder brauchen tatsächlich die fußläufige Nähe. Die Wahlfreiheit bei den weiterführenden Schulen hatten wir aber schon immer.

Wenn man Wahlfreiheit sagt, muss man auch Wahlfreiheit praktizieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn die Mülheimer Schüler demnächst auf das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium oder ein anderes Gymnasium gehen, hat das gar nichts mit dem Dialog-Gymnasium zu tun. - Das ist aber nur *ein* Argument der Antragsteller.

Heute Morgen - ich dachte, mich trifft der Schlag - habe ich im *Kölner Stadt-Anzeiger* den von Lale Akgün geschriebenen Artikel gelesen. Das kam natürlich super - genau pünktlich zum heutigen Tag. Mir war es noch nicht vergönnt, einen Artikel auf der ersten Seite schreiben zu dürfen. Dafür muss man wirklich Connections haben.

Darin fällt folgender Begriff, der ja quasi aus der Giftküche stammt: Privatschule. Ganz schlimm! - Dabei gibt es bei uns gar keine klassischen Privatschulen. In England, in Frankreich, in Italien und in Spanien gibt es klassische Privatschulen. Bei uns ist der Staat Hüter der Inhalte.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP] - Jochen Ott [SPD]: Und bezahlt!)

Der Staat definiert die Qualitätsstandards, der Staat genehmigt, und der Staat zahlt 94 Prozent der Kosten.

(Beifall bei der FDP sowie von Dr. Helge Schlieben [CDU])

Das ist der große Unterschied zu England, Frankreich und so weiter.

Dann wird in diesem Artikel auch noch von ethnischen Privatschulen gesprochen. Die Privatschule an sich ist für einen Sozialdemokraten ja schon Horror. Und dann noch in Kombination mit ethnisch!

Meine Damen und Herren, ich bin wirklich sprachlos gewesen. Mir hat es die Sprache verschlagen. Ich will das jetzt nicht mehr kommentieren.

Wir haben eine Italienische Schule und eine Englische Schule. Wir haben in Istanbul eine Deutsche Schule. Wir haben in jeder europäischen Großstadt solche Schulen, die Sie als ethnische Privatschulen bezeichnen würden. Nur bei uns ist das der Weltuntergang. Obwohl die Eingangsklassen - das muss man sich auch einmal auf der Zunge zergehen lassen - nur 52 Kinder pro Jahrgang umfassen, bricht hier angeblich die Welt zusammen.

Damit komme ich zur fehlenden Integration und den angeblichen Nischen. - Ich habe meine

Redezeit überschritten, Herr Oberbürgermeister. Soll ich in der zweiten Runde darauf eingehen?

(Zurufe)

- Das mit der Integration hebe ich mir für gleich auf und sage nur noch Folgendes: Die Rechnung, dass Minderheit plus Minderheit plus Minderheit die Mehrheit gibt, kann man nur aufmachen, wenn man auf bestimmte Stimmen spekuliert, liebe SPD.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Moritz. - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zuerst möchte ich für die Rede von Barbara Moritz auch im Namen meiner Fraktion recht herzlich danken;

(Beifall bei der FDP sowie von Dr. Helge Schlieben [CDU])

denn sie hat es mit ihrem Charme auf den Punkt gebracht. Das Gleiche habe ich gedacht, als ich heute Morgen diesen Artikel gelesen habe, in dem der Vorwurf erhoben wird, der Träger, der einer Minderheit angehört, würde die Jugendlichen mit einer solchen Schule separieren.

Ich kann mich an Folgendes erinnern: Als ich den SC Janus übernommen hatte und wir immer größer geworden sind, bin ich gefragt worden, ob wir uns separieren würden. Da habe ich gesagt: Wenn man Vorurteile abbauen will, muss man auf gleicher Augenhöhe sein; denn nur dann funktioniert das.

Hier versucht eine türkische Minderheit mit einem Träger auch, auf gleiche Augenhöhe zu kommen. Sie von der SPD wollen das verhindern und sprechen in diesem Zusammenhang über Schulpolitik. Machen wir uns aber doch nichts vor! Dahinter stecken andere Gründe, auch wenn man das in dieser Form nicht sagt.

Das finde ich sehr, sehr schade; denn wenn sich jemand in unsere Gesellschaft einbringen will, darf so etwas nach meiner Überzeugung überhaupt nicht zählen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Winrich Granitzka [CDU])

Zu dieser Schule haben wir ja schon einmal A gesagt. Alle Genehmigungen liegen vor. Jetzt entwickelt sie sich. Nun soll es mit den höheren Klassen weitergehen. Dafür braucht sie natürlich weitere Klassenräume; sie muss sich erweitern. Also geht es jetzt darum, B zu sagen.

Sie aber sagen: Nein, ihr dürft das nicht; denn eine solche Erweiterung ist ja Konkurrenz. - Wenn eine solche Schule in türkischer Trägerschaft schon Konkurrenz für drei Gymnasien ist, frage ich Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren: Was wird denn hier für ein Bild gezeichnet? Bleiben wir doch bitte bei der Realität und lassen die Tassen im Schrank!

Wenn nach dem Grundgesetz das Recht zur Errichtung von privaten Schulen gewährleistet ist, muss das meiner Meinung nach für alle gelten. Dann wird das alles von der Bezirksregierung überprüft. Wenn sie Ja sagt, können wir nicht plötzlich argumentieren: „Nein, uns passt die Trägerschaft nicht“, sondern dürfen, weil alles überprüft worden ist, gar nicht dorthin gucken - wie die Justiz eigentlich auch nicht dahin guckt, wo es um Recht und Gesetz geht.

Von daher würde ich mich sehr freuen, wenn wir uns bei der Abstimmung über diesen Antrag für einen weiteren Aufbau dieser Schule entscheiden würden.

Gerade wurde es als populistisch bezeichnet, hier geheime Abstimmung zu beantragen. Darum geht es gar nicht. Jede Fraktion hat das demokratische Recht, an dieser Stelle, wenn sie die Größe hat, geheime Abstimmung zu verlangen. Das ist nicht mein Problem.

Dass das aber gerade bei diesem Thema gemacht wird,

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

bei dem man nämlich auch auf bestimmte Abweichler einer anderen Fraktion zählt, hätte ich gerade von der SPD nicht erwartet. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Breite. - Für pro Köln spricht Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der hier vorliegende Antrag der SPD-Fraktion ist ein wunderbares Beispiel dafür, wie man auch aus der Opposition - auch aus der Position der Minderheit, die wir einnehmen - heraus nachhaltigen Einfluss auf die Realpolitik nehmen kann.

Was ist denn hier passiert? Es gibt ein Auseinanderklaffen der offiziösen Debatte und der Debatte, die in den Veedeln in dieser Stadt wirklich geführt wird. Das ist auch in den Beiträgen meiner Vorredner durchgekommen; man darf nicht alles sagen und nicht alles laut und offen ansprechen.

Jedermann weiß natürlich, worum es hier in Mülheim geht. Da schafft sich der etwas besser gestellte Teil der türkischen Diaspora eine Privatschule, in der dann der eigene Nachwuchs unter sich bleibt. Offizielle Sprache in dieser Schule ist natürlich Deutsch. Das muss auch so sein; denn es hat ja eine Schule zu sein, die nach hiesigem Recht im vollen Umfang anerkannt ist. Auf dem Schulhof werden dann aber natürlich die heimischen Themen diskutiert. Man bleibt in allen Fragen, die unter der Woche in diesen Kreisen interessieren, unter sich. Man schottet sich weiter ab. Man verfestigt die Gettobildung. - Das weiß auch jeder; das ist jedermann bewusst. Es schickt sich aber nicht, das in aller Öffentlichkeit anzusprechen.

Soweit eine der großen Fraktionen, sei es die CDU oder die SPD, den Kontakt zur Normalbevölkerung noch nicht vollständig verloren hat - und das scheint hier bei der SPD noch nicht ganz der Fall zu sein; bei der CDU war es ähnlich, als es um den Bau der Großmoschee in Ehrenfeld ging -, werden solche simplen Erkenntnisse natürlich auch in den politischen Betrieb hineintransportiert, und es wird erwartet, dass die Damen und Herren Volksvertreter gerade auch in den großen Fraktionen endlich einmal etwas für die Belange ihrer Leute tun.

Das hat die SPD-Fraktion hier gemacht und deshalb diesen Antrag eingebracht. Dann kommt es auch nicht so sehr darauf an, ob sie für dieses völlig einleuchtende Anliegen, das selbstverständlich die Unterstützung meiner

Fraktion finden wird, nun komplizierte schulpolitische Begründungen anführt.

Meine Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass dieser Antrag in der geheimen Abstimmung - die demokratisch selbstverständlich legitim und sachlich geboten ist - auch eine klare Mehrheit finden wird; denn ein gehöriger Teil der CDU-Ratsmitglieder ist natürlich nicht so weit weg von der Realität in dieser Stadt, dass er jetzt der offiziellen Version der eigenen Fraktion folgen und den Antrag ablehnen würde. Das weiß man ja. In der offenen Abstimmung wäre man an die Fraktionsdisziplin gebunden. In dem Moment, in dem jeder so abstimmen kann, wie er will, kommt ein völlig anderes Ergebnis heraus.

Meine Damen und Herren, das bedeutet aber auch, dass das hier einer der ganz wenigen Momente in dieser Ratsperiode ist, in dem die gewählten Volksvertreter tatsächlich einmal für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt eine gute Tat vollbringen können.

In diesem Sinne bitte ich Sie: Tun Sie bei der jetzt folgenden Abstimmung als Kölner Ihre Pflicht für unsere Heimatstadt.

(Beifall bei pro Köln - Ralph Sterck [FDP]: Da könnt ihr Sozialdemokraten einmal sehen, von welcher Seite ihr hier Zuspruch bekommt!

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau Demirel, bitte.

Özlem Demirel (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wie bereits im Schulausschuss angekündigt, wird meine Fraktion dem Antrag der SPD zustimmen - aus zwei Gründen, die ich hier kurz darlegen möchte. Im Wesentlichen hat Herr Philippi in seiner Rede auch deutlich gemacht, worum es an dieser Stelle eigentlich geht.

Der erste Grund, warum wir diesem Antrag zustimmen werden, ist unsere grundsätzliche Haltung zum Thema Privatschulen, auch wenn es sich um staatlich anerkannte Privatschulen handelt. Dazu haben wir eine ganz klare Haltung. Wir lehnen Privatschulen, auch staatlich anerkannte Privatschulen, ab und befürworten stattdessen die Ausdehnung von staatlichen Schulen - und nicht die Ausdehnung von Privatschulen.

Der zweite Grund, warum wir diesem Antrag zustimmen werden, ist die Besonderheit dieser Schule. Wir glauben nämlich nicht, dass diese Schule der Integration und somit der Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit insbesondere der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund dienlich ist. Darüber hinaus stehen wir natürlich auch dem Schulträger sehr kritisch gegenüber.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, anstelle der Ausdehnung dieser Schule treten wir von der Linken für ein integratives Schulsystem für alle ein. Das heißt für uns, dass Kinder mit Migrationshintergrund, Kinder mit Behinderung und sozioökonomisch benachteiligte Kinder, aber auch Kinder mit besonders guter Begabung alle zusammen gemeinsam in einem integrativen Schulsystem gefördert werden. Das ist für uns der einzige Weg, der wirklich hin zu einer Gerechtigkeit führt - wovon auch unsere Kinder mit Migrationshintergrund sehr profitieren werden.

Herr Rouhs, insofern geht es hier nicht um Ihre rassistische Hetze. Vielmehr geht es um wirkliche Integration und um das, was den Kindern und Jugendlichen, insbesondere den Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, zugute kommt. Diese Schule tut das nicht.

(Beifall bei der Linken.Köln und der SPD - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich denke, der Elternwille sei so wichtig!)

Frau Manderla, Sie haben eben erklärt, diese Schule leiste wertvolle Integrationsarbeit. Auch diese Einschätzung teilen wir nicht. Das Ganze hängt natürlich davon ab, was man unter Integration versteht. Für mich ist Integration nicht nur, dass man Unterricht in deutscher Sprache bekommt oder nur die deutsche Sprache erlernt. Integration bedeutet ein wirkliches Zusammenkommen und Sich-in-ein-System-Einfügen.

Insofern kann eine Schule, die Migrantinnen und Migranten nur unter sich hält,

(Winrich Granitzka [CDU]: Das tut sie doch gar nicht!)

nicht der Integration dienlich sein. Dies kann nur eine Schule leisten, die Menschen aus den unterschiedlichsten ethnischen, religiösen, aber auch sozialen Herkunftsfamilien zusammenbringt. Das

ist Integration. Insofern denken wir, dass diese Schule der Integration wirklich nicht dienlich ist.

Es stimmt in der Tat, dass diese Schule wahrscheinlich keinen sehr großen Einfluss auf den Sozialraum haben wird; da haben Sie - insbesondere Frau Moritz - mit Ihrer Kritik schon recht. Das sehen wir auch gar nicht kritisch. Das ist auch nicht unsere Begründung.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber die SPD-Begründung!)

- Es kann sein, dass die SPD so argumentiert hat. Ich sage, dass Sie in diesem Punkt natürlich recht haben.

Unsere Begründung ist vielmehr - das erklären wir ganz offen und ehrlich -: Es geht darum, dass wir wirkliche Chancengerechtigkeit einfordern. Es geht darum, dass wir nicht einer solchen Trägerschaft zustimmen werden. Und es geht darum, dass wir Privatschulen nicht befürworten werden - nicht heute und auch weiterhin nicht.

(Beifall bei der Linken.Köln - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber diese Schule besteht doch schon!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Bitte schön, Herr Dr. Müser.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch wir möchten hier zum Ausdruck bringen, dass wir das Angebot dieses privaten türkischen Gymnasiums außerordentlich begrüßen.

Zum Ersten stehen wir Privatschulen generell positiv gegenüber; denn Privatschulen können schlicht und ergreifend Nischen bedienen, die staatliche Schulen nicht bedienen. Das sind nicht immer nur elitäre Nischen, sondern - wie man an diesem Beispiel sieht - auch Nischen, die durchaus in unterschiedlichste Richtungen gehen können.

Zum Zweiten - das ist für uns der sehr viel wichtigere Punkt - sehen wir in diesem Angebot einen interessanten Ansatz, gerade was den Erwerb von Sprachkompetenz angeht. Immerhin wird hier ja die deutsche Sprache in den Mittelpunkt gestellt; die türkische Sprache ist ein Ergänzungsangebot. Darin sehen wir eine interessante Möglichkeit, auch ein Schulangebot

vorrätig zu halten, das vielen türkischstämmigen Migranten sonst vorenthalten bliebe.

Deswegen begrüßen wir dieses Angebot von Dialog ausdrücklich. - Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Zimmermann.

(Michael Zimmermann [SPD]: Ich möchte geheime Abstimmung beantragen!)

- Ich wollte jetzt auch abstimmen lassen. Oder gibt es noch weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Michael Zimmermann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Dann möchte ich für meine Fraktion geheime Abstimmung über unseren Antrag beantragen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe: Pfui!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Zimmermann. - Dann möchte ich Sie kurz über das Verfahren informieren, meine Damen und Herren. Bevor wir jetzt in den Abstimmungsakt eintreten, möchte ich Sie auf Folgendes hinweisen: Machen Sie Ihre Wahlentscheidung eindeutig durch ein Kreuz deutlich. Es gibt nur die Möglichkeit, Ja oder Nein anzukreuzen. Stimmen, die Zusätze oder mehr als ein Kreuz enthalten, sind ungültig, wie Sie wissen. Wenn Sie sich der Abstimmung enthalten wollen, werfen Sie den Stimmzettel bitte ohne jede Kennzeichnung oder jeden Vermerk, also blanko, in die Wahlurne. Ungültige Stimmen und Stimmenthaltungen zählen bei der Berechnung nicht mit.

Ich darf jetzt die Stimmzähler für heute - das sind Herr Petelkau, Herr Waschek und Herr Brust - bitten, sich mit nach vorne zu begeben. - Bitte schön, Frau Moritz.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Würden Sie bitte noch einmal für alle sagen, was es bedeutet, wenn ich Ja ankreuze, und was es bedeutet, wenn ich Nein ankreuze? Ich glaube nicht, dass das so klar ist.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Zur Abstimmung steht der Antrag der SPD. Wer Ja ankreuzt, sagt zum Antrag der SPD Ja.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Oder zu pro Köln! - Beifall bei Teilen der CDU - Beifall bei pro Köln)

- Da es sich um eine geheime Abstimmung handelt, könnte es ja auch in dem Kreis unter Umständen eine andere Meinung geben.

Also: Wer Ja ankreuzt, stimmt für den SPD-Antrag und damit gegen die Erweiterung von Dialog.

Jetzt darf ich die Stimmzähler bitten, ihre Plätze einzunehmen. - Dann darf ich Frau Kramp als Schriftführerin bitten, die Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge aufzurufen; zum Schluss mögen die Stimmzähler auch zur Stimmabgabe aufgerufen werden. - Sie kommt ans Rednerpult. Frau Kramp, bitte.

(Aufruf der Ratsmitglieder durch Schriftführerin Petra Kramp - Abgabe und Auszählung der Stimmen von 20.19 bis 20.31 Uhr)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Meine Damen und Herren, das Ergebnis liegt jetzt vor. Insgesamt sind 88 Stimmen abgegeben worden. Es gab zwei Enthaltungen, 42 Jastimmen und 44 Neinstimmen.

(Beifall bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt worden.

Dann darf ich übergehen zu:

2.1.21 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Gründung einer Arbeitsgruppe für eine integrative kulturelle Nachnutzung des Rautenstrauch-Joest-Museums am Ubiering durch die Rheinische Musikschule und Luxet“ AN/1139/2009

Ich bitte um Wortmeldungen. - Herr Repgen.

Dietmar Repgen (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir kennen dieses Thema und haben auch an dieser Stelle schon des Öfteren über die

Nachnutzung des Rautenstrauch-Joest-Museums am Ubierring gesprochen.

Unser hier vorliegender Antrag zielt nun darauf ab, die beiden ernsthaftesten Bewerber im wahrsten Sinne des Wortes an einen Tisch zu bringen. Beide, die Rheinische Musikschule und die Initiative Luxet, haben nach unserer Auffassung sehr gute Vorschläge gemacht und hervorragende Bewerbungen eingereicht.

Wie Sie wissen - das steht auch alles in der Begründung des Antrags -, hat es bereits Machbarkeitsstudien gegeben. Wir von der FDP-Fraktion sind der Auffassung, dass man im ersten Schritt vom Raumbedarf her auch beide Initiativen in diesem Haus unterbringen kann.

Das Problem ist nur, dass es hierzu noch keine abgestimmte Verwaltungsmeinung gibt. Alle Versuche, die Verwaltung zu einer Stellungnahme zu bewegen, sind bisher nicht von Erfolg gekrönt gewesen. Das hat unterschiedliche Gründe, auf die ich jetzt gar nicht näher eingehen möchte.

Interessant ist allerdings ein Zeitungsinterview mit einer Dame, die beim zuvor behandelten Antrag schon einmal Thema war. In einem Interview im Kulturteil des *Kölner Stadt-Anzeigers* mit dem Titel „Köln darf nicht zurückgehen“ äußert sich die Bundestagsabgeordnete der SPD Lale Akgün nämlich in die Richtung, wie wir sie uns inhaltlich hier auch vorstellen. Ich zitiere:

Vielleicht darf ich das Beispiel Luxet ins Spiel bringen, die in den Ubierring wollen, in das alte Gebäude. Die sagen selbst, dass die Stadt das Gebäude ohnehin sanieren muss, auch wenn die Musikschule reingeht. Ich sage ganz offen: Natürlich soll die Musikschule zu ihrem Recht kommen, aber auch Luxet als ein neues innovatives Projekt in der Kinoszene. Es gibt also junge kreative Leute, die gute Ideen haben. Ich unterstütze das sehr, weil wir das brauchen.

(Beifall bei der FDP)

Insofern haben wir hier gefordert, eine Arbeitsgruppe zu gründen, mithilfe derer alle Beteiligten an einen Tisch gebracht werden. Diese Arbeitsgruppe können wir schon im Sommer 2009 ins Werk setzen.

Ein bisschen Zeit gewinnen wir dadurch - das ist ein in diesem Zusammenhang glücklicher

Zufall -, dass sich die Arbeiten am Neubau des Rautenstrauch-Joest-Museums am Neumarkt verzögern. Insofern können wir bis Anfang 2010 hier zu einer Entscheidung kommen, indem wir die Verwaltung bitten, in der ersten Sitzung des Jahres 2010 eine letztendliche Beschlussvorlage vorzulegen, über die wir dann entscheiden können.

Ziel dieses Antrags ist, endlich einen Dialog zustande zu bekommen und alle Beteiligten zusammen mit Verwaltung und Politik an einen Tisch zu bringen. Die Arbeit muss jetzt beginnen, damit wir Anfang 2010 eine endgültige Entscheidung treffen können.

Ich würde mich freuen, wenn Sie unserem Antrag zustimmten. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Repgen. - Herr Dr. Lemper, bitte.

Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich kurz auf den FDP-Antrag eingehe, möchte ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen von der Sozialdemokratischen Partei mein Bedauern für meinen Zwischenruf auszusprechen. Ich habe nie daran gedacht, die Sozialdemokraten mit pro Köln in Verbindung zu bringen. Zwar hat es mich eben sehr geschmerzt, dass Sie Zustimmung zu Ihrem Antrag von pro Köln bekommen haben. Es gibt aber sehr saubere Unterschiede zwischen einer traditionsreichen Sozialdemokratischen Partei und diesem Laden, bei dem einem eigentlich nur einfällt: Alles muss raus.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Ralph Sterck [FDP]: Wenn die so nah zusammenhängen und bei der Abstimmung mit diesen Stimmen spielen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu dem Vorschlag der FDP, eine Arbeitsgemeinschaft zwischen der Rheinischen Musikschule und Luxet zu bilden, stelle ich Folgendes fest: Das ist ein guter Prozess. Nach einer langen Diskussion sind wir jetzt wirklich in der Lage, dieses wunderbare alte, an einer interessanten städtebaulichen Stelle stehende ehemalige Museum mit zwei Elementen - darunter einer sehr interessanten, scheinbar verschiedenen, aber auch wieder in Verbindung

zu bringenden kulturellen Aktivität - zusammenzuführen.

Deswegen unterstützen wir es sehr, dass Luxet und die Rheinische Musikschule eine solche Arbeitsgemeinschaft bilden. Ich habe auch den Eindruck, dass beide sehr daran interessiert sind.

Die Voraussetzung ist allerdings, Herr Quander, dass es auch ein auf Dauer tragfähiges Konzept zur Finanzierung des Umbaus und der neuen Nutzung dieses Gebäudes geben muss. Es reicht nicht aus, wenn wir nur den Wunsch nach dieser Zusammenarbeit äußern; gleichzeitig muss auch ermöglicht werden, dass das Ganze realisiert wird. Allerdings sind bei dieser Gelegenheit sicherlich auch die haushaltspolitischen Voraussetzungen zu beachten.

Es ist auch deswegen ein interessantes Projekt, weil sich in Verbindung mit der veränderten Funktionsbestimmung des ehemaligen Rautenstrauch-Joest-Museums ein völlig neuer Stadtteil mit einer völlig neuen soziologischen Struktur entwickelt hat. Insofern ist es ein vernünftiger kulturpolitischer Beitrag, beides - ein neues kulturelles Zentrum und Innovation - miteinander zu verbinden und eine entsprechende Zusammenarbeit zu ermöglichen. Dem stimmen wir zu.

Wir als CDU-Fraktion hoffen, dass die haushaltspolitischen Rahmenbedingungen uns dabei keinen Strich durch die Rechnung machen, sodass dies nicht nur eine theoretische, visionäre Überlegung ist, sondern auch in die kulturpolitische Wirklichkeit überführt werden kann.

Bei dieser Gelegenheit spreche ich auch den beiden Institutionen meinen Dank dafür aus, dass sie zueinandergefunden haben und nicht der Versuchung erlegen sind, sich gegeneinander auszuspielen, sondern ein gemeinsames, tragfähiges, gutes, kreatives, interessantes und neues kulturelles Konzept für dieses hochinteressante historische Haus, in dem sehr viel für diese Stadt geleistet worden ist, finden wollen.

Deswegen geben wir diesem Antrag der FDP-Fraktion unsere volle Zustimmung. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Dr. Lemper, Sie haben den Kulturdezernenten angesprochen. Ich schaue gerade einmal zum Wirtschafts- und Liegenschaftsdezernenten herüber. Als Liegenschaftsdezernent und auch als Kämmerer hat er ja noch einen anderen Aspekt zu berücksichtigen. Ich möchte ihn bitten, diesen jetzt kurz vorzutragen. Vielleicht erübrigt sich dann auch eine weitere Runde. - Herr Dr. Walter-Borjans, bitte.

Stadtkämmerer und Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ganz bewusst als Liegenschaftsdezernent habe ich vor etwas mehr als einem Jahr den Auftrag bekommen, mich um dieses Thema zu kümmern - und zwar vor dem Hintergrund, dass es verschiedene konkurrierende Nutzungen aus verschiedenen Dezernatszuständigkeiten gab. Damals waren nicht nur Luxet und die Rheinische Musikschule ein Thema; es ging auch noch um die Fachhochschule. Daher haben wir gesagt: Um die Zuständigkeit nicht in einen bestimmten Bereich zu legen, übernimmt der Liegenschaftsdezernent - quasi als neutrale Institution - diesen Punkt.

Die Fachhochschule hat dann relativ schnell ihr Interesse zurückgezogen. Dann hatten wir diese beiden Konkurrenten um die Immobilie.

Wir haben beide Bewerber gebeten, Machbarkeitsstudien vorzulegen. Im Oktober letzten Jahres wurden sie auch von beiden vorgelegt.

Diese beiden Studien haben wir ausgewertet. Anders, als immer wieder behauptet wird, hat es auch Gespräche mit den Interessenten gegeben.

Dann haben wir eine Beschlussvorlage vorbereitet, die wir an dem für unsere Stadt bedeutenden Tag, dem 3. März dieses Jahres, im Stadtvorstand vorgetragen und auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht haben.

Diese Vorlage beinhaltete das ganz klare Votum, das Rautenstrauch-Joest-Museum für die Rheinische Musikschule zu nutzen. Deutlich haben wir gesagt - ich kann das noch einmal vorlesen; ich habe den Text, den ich auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht habe, dabei -:

Die Rheinische Musikschule ist aus unserer Sicht eine erfolgreiche städtische Institution, die zweierlei miteinander verbindet. Sie ist ein

Vorzeigeprojekt der Musikstadt Köln nach außen, und sie erreicht Tausende von Kindern und Jugendlichen in allen Stadtteilen. Der Musikschule die Basis für noch mehr Außenwirkung und effektive Arbeit in die Stadt hinein zu verschaffen, ist ein wichtiger Auftrag für die Stadt.

Genauso deutlich haben wir aber gemacht:

Das zurzeit noch theoretische Luxet-Konzept für ein Haus für Kino- und Medienkultur stünde der Stadt ebenfalls sehr gut und käme der Stärkung und internationalen Wahrnehmung des Medienstandortes sehr zugute.

Ein noch nicht realisiertes Projekt steht vor zwei Herausforderungen. Erstens. Macht es Sinn? Diese Frage beantworten wir eindeutig mit Ja. Zweitens. Wie wird es finanziert? Das ist nach unserer Ansicht noch sehr offen.

Wir müssen jetzt sagen, dass innerhalb des Stadtvorstandes dann noch weitere Abstimmungsrunden stattgefunden haben. Klar erkennbar hat es auch eine Stärkung der Aussagen zugunsten von Luxet gegeben; das muss man ehrlich sagen. Es ist auch noch einmal deutlich geworden, dass die Rheinische Musikschule, die ein neues Domizil benötigt - diese Kosten kämen also ohnehin auf die Stadt zu, sage ich jetzt als Kämmerer -, in diesem Zusammenhang natürlich auch Partner braucht. Egal ob man die Musikschule an dieser Stelle nun infrage stellt oder nicht, macht das alles das, was uns bislang von Luxet vorgelegt worden ist, aber keinen Deut wirtschaftlicher. Dieses Projekt ist bislang definitiv nicht finanziert. Man muss ganz klar sagen: Dahinter steht die hohe Erwartung, dass die Stadt dieses Projekt dann auch zu realisieren hat.

In diesem Antrag wird suggeriert - Herr Lemper, Sie haben das jetzt auch noch einmal gesagt -, dass beide Bewerber bereit seien, zusammen in ein Gebäude zu gehen. Das ist mir völlig neu; denn noch vor kurzem, als wir zum letzten Mal mit den Luxet-Machern gesprochen haben, ist eine Kombination der beiden Ideen ohne jedes Wenn und Aber abgelehnt worden. Dieser Punkt war also geklärt. Wir wollen aber keine Entscheidung weitertreiben, die sich dann möglicherweise den Vorwurf gefallen lassen muss, sie habe neue Entwicklungen nicht berücksichtigt.

Aus diesem Grund haben wir auf Verwaltungsebene eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die jetzt allerdings noch nicht erneut getagt hat. Sie besteht aus Vertretern der Ämter 23 und 26, des Kulturamts, der Medienstabsstelle, des Amtes für Wirtschaftsförderung und des Dezernats IV unter Hinzuziehung der beiden, wenn man so will, Konkurrenten oder möglichen Kooperationspartner.

Wir haben aber ganz bewusst gesagt - das haben wir im Stadtvorstand auch noch einmal diskutiert -, dass wir auf dieser Basis eine Verwaltungsmeinung herbeiführen wollen, über die wir in Zwischenrunden sicher auch immer wieder die Politik informieren wollen. Das Ganze sollte aber nicht eine gemischte Arbeitsgruppe sein. Vielmehr sollte es dazu führen, dass wir - möglicherweise auch auf der Grundlage der einen oder anderen Veränderung in der Grundhaltung nach dem Wahltermin - durchaus die Möglichkeit haben, eine abgestimmte Verwaltungsmeinung zu diesem Projekt herbeizuführen.

Ich betone noch einmal, dass es hier nicht darum ging, das eine Projekt für gut und das andere für schlecht zu befinden - sie sind beide gut -, sondern darum, dass wir zurzeit nur diese eine Immobilie haben, um die sich beide Träger bewerben.

Man muss in einer solchen Arbeitsgruppe eventuell auch noch den Gedanken mit aufnehmen, dass im Zweifel auch die Möglichkeit besteht, beide an eine andere Stelle zu bringen, dieses Gebäude anders zu nutzen und mit dieser anderen Nutzung auch die dazu erforderlichen Mittel zu beschaffen. Diese Öffnung möchte ich jetzt zum Beispiel noch mit hineinbringen.

Lassen Sie mich aber noch einmal mein Plädoyer wiederholen. Wir machen eine Verwaltungsarbeitsgruppe unter Hinzuziehung der jeweiligen Beteiligten - mit der Garantie, die Politik dann auch zeitnah darüber zu unterrichten.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herzlichen Dank, Herr Dr. Walter-Borjans. - Gibt es danach noch weitere Wortmeldungen? - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Werte Antragsteller, hier ist noch einmal deutlich geworden, dass dieser Antrag und seine

mögliche Beschlussfassung zum jetzigen Zeitpunkt überflüssig sind.

Eine solche Beschlussfassung wäre auch deshalb nicht besonders förderlich, weil in Punkt 2 des Antrags eine seltene Vermischung stattfindet: Verwaltungseinheiten sollen mit Bewerbern zusammenarbeiten. Meines Erachtens sollte man schon zwischen privaten erwerblichen Interessen und dem trennen, was die Verwaltung vorbereitet und dann dem Rat vorlegt. Ich bin nicht der Meinung, dass wir das vermischen sollten.

Lassen Sie mich noch einmal die Fakten festhalten. Zurzeit gibt es zwei relevante Bewerber für dieses alte Gebäude. Beide Bewerber haben bisher keine ausreichenden Fakten vorlegen können, die es ermöglichen würden, sich für den einen oder den anderen von ihnen zu entscheiden.

Die Initiative Luxet, für die wir große Sympathien haben, was auch bekannt ist, hat eine sehr interessante Projektidee, aber kein Geschäftsmodell und auch keine Finanzierungsbasis. Dazu kann es noch kommen. Die Filmstiftung NRW hat der Initiative Luxet ja fachkundige Unterstützung zugesagt - die auch geleistet wird -, um ihr Modell umsetzungsreif zu bekommen. Das muss man abwarten. Natürlich braucht Luxet auch einen Finanzier. Meines Erachtens können sich in der Medien- und Kulturwirtschaft, wo sehr viele Befürworter für dieses Projekt vorhanden sind, durchaus noch Träger und Unterstützer finden. Für eine abschließende Beurteilung ist es aber noch zu früh.

Die Rheinische Musikschule hat bislang kein realistisches Raumprogramm präsentiert. Sie hat auch keine Fakten darüber vorgelegt, wie sie ein so großes Gebäude bespielen will, was dann ja über den Haushalt finanziert werden muss. Offenbar hat sie auch nicht verstanden, dass die Schullandschaft sich in einem völligen Umbruch befindet, sodass nicht mehr um 15 Uhr massenhaft musikbeflissene Schüler zu ihr hereinstürmen. Sie muss vielleicht darüber nachdenken, sich auf die Schulen zubewegen, anstatt die Schüler zu sich kommen zu lassen. Ich glaube, dass man bei der Rheinischen Musikschule auch keine realitätstüchtigen Vorstellungen hat. Das kann aber noch werden; klar ist nur: ihr jetziges Domizil in der Vogelsanger Straße ist tatsächlich auf Dauer kein vernünftiges Domizil.

Kurz und gut: Beide Interessenten haben keine wirklich belastbaren Planungen.

Ob es überhaupt dazu kommt, dass einer von beiden dieses Haus nutzen kann, ist zum jetzigen Zeitpunkt auch noch nicht absehbar. Aber das wäre ja die nächste Entscheidung, nachdem man die Recherchen zu Ende geführt hat.

Vor dem Hintergrund der Ausführungen des Beigeordneten Walter-Borjans denke ich, dass wir uns mit dem Beschluss eines solchen Antrags im Moment überhaupt keinen Gefallen tun. Wir sollten jetzt erst einmal sehen, ob hier überhaupt tragfähige Konzepte erarbeitet werden können. Deshalb können wir diesen Antrag nur ablehnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Es gibt eine weitere Wortmeldung von Herrn Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! An den Anträgen, die wir in diese Ratssitzung eingebracht haben, sehen Sie, dass es heute, in der letzten Sitzung vor der Kommunalwahl, so etwas wie eine Inventur gibt. Wichtige Entscheidungen dieser Ratsperiode sind offen geblieben, sei es zum Deutzer Hafen, zum Stadtarchiv und auch zur Nachnutzung des Rautenstrauch-Joest-Museums am Ubierring.

Ich kenne auch die Probleme, die der Stadtvorstand mit der Klärung dieser Angelegenheit hat. Mit dem Referenten von Herrn Dr. Walter-Borjans bin ich schon fast per Du, weil ich ihn jeden Dienstag angerufen und gefragt habe, ob der Stadtvorstand inzwischen darüber entschieden hat. Die Entscheidung ist von Woche zu Woche vertagt worden. Die Verwaltung konnte sich keine Meinung bilden.

Herr Frank, Herr Walter-Borjans hat unseren Vorschlag offen aufgegriffen. Er hat nämlich gesagt, dass er sich vorstellen könne, sich mit den beiden Interessenten an einen Tisch zu setzen. Das Problem ist doch, dass sich beide sicher sind, das Haus auch alleine zu bekommen, weil sie beide dieses Signal aus der Politik bekommen haben. Deshalb denken sie, es gäbe gar keinen Grund, sich zusammenzurufen. - Wir wollen, dass der Rat einen Beschluss fasst, in dem klar gesagt wird, dass keiner von den beiden das Haus alleine

bekommt und sie sich zusammenraufen müssen, weil es nicht anders geht.

Deswegen meine ich, dass das noch in dieser Ratsperiode entschieden werden sollte. Wenn wir das an den neu zu wählenden Rat verweisen, vergeht wieder mindestens ein halbes oder ein Dreivierteljahr, bis auch nur die nächsten Schritte eingeleitet werden können. Von daher meine ich, heute, in der letzten Ratssitzung vor der Kommunalwahl, ist genau der richtige Zeitpunkt, der Verwaltung diesen Planungsauftrag für das Gebäude dieser beiden Institutionen zu geben. Die Verwaltung wird dann dem Rat das Ergebnis vorlegen. Dann werden wir alle ein halbes Jahr älter und ein halbes Jahr schlauer sein. Aber wenigstens haben wir dann die Zeit nicht vergeudet. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Der Dezernent hat deutlich gemacht, dass an diesem Thema weiter gearbeitet wird und auch eine zeitliche Perspektive angedeutet. Wir wollen das nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben. Norbert, hast du eine Zeitvorstellung? Es wäre für den Rat wichtig, das zu wissen.

Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans: Ich kann nur noch einmal wiederholen: Wir haben hier eine Vorlage, die noch einmal auf den Prüfstand gestellt werden soll. Es hilft nichts, darum herum zu reden. Man merkt nicht nur am Verhalten der Interessenten, sondern auch an dem aller Fraktionen eindeutig, dass es dazu beide Meinungen gibt. Klar ist: Es ist eine nachvollziehbare taktische Verhaltensweise der Interessenten, jetzt nicht die Bereitschaft erkennen zu lassen, sozusagen in ein Boot zu steigen, weil jeder sich sicher sein kann, dass er aus allen Fraktionen dafür Unterstützung bekommt. Es sind ja schon die verschiedensten Unterstützer - das geht bis in den Bundestag hinein - zitiert worden.

Aus diesem Grund sollten wir diese Phase, in der man weder die Bereitschaft der beiden Interessenten noch eine geschlossene Bereitschaft aller dazu notwendigen politischen Kräfte bekommen wird, nutzen, sich jetzt an einen Tisch zu setzen. Wir haben schon an anderen Beispielen gezeigt, dass die Einbindung von Interessenten, aber auch die Einbindung der Politik möglich ist, ohne dass es dazu einer gemeinsamen Arbeitsgruppe bedurft hat. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, wie

wir das mit den Künstlern auf dem Clouth-Gelände gelöst haben. Da sind nicht nur die Kulturpolitiker, sondern natürlich auch die Künstler immer wieder miteinbezogen worden. Trotzdem haben wir uns die Vorbereitungsarbeiten, das Abwägen und letztendlich auch die Verantwortung, dafür eine Entscheidung vorzuschlagen, nicht aus der Hand nehmen lassen. Wir haben dann einen neutralen Vorschlag vorgelegt. Dieser ist natürlich noch einmal diskutiert worden, aber im Regelfall war das immer sehr schnell einigungsfähig.

Ich würde vorschlagen, diese Zeit auf jeden Fall zu nutzen. Nun beginnt gerade die Zeit, in der viele Menschen, auch die Beteiligten, Urlaub machen werden. Insofern halte ich es für ein bisschen vermessen, zuzusagen: Wir sind im September so weit, dass wir das vorlegen können. Ich denke, dass wir das alles bis zum Ende der Ratsperiode noch einmal überprüft haben werden und dass uns das Ergebnis dieser Prüfung dann zu einer vorzeigbaren Position führen wird.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Auf der anderen Seite müssen wir auch ein konkretes Datum benennen, damit auch die beiden Interessenten - beide haben sicherlich wertvolle Konzepte - ihre Wirtschaftlichkeitsberechnung darauf abstellen können. Ansonsten hängen wir ewig in diesem Dilemma.

Die Lösung „eins plus eins“, sprich: wir führen sie beide zusammen, ist nicht immer die bessere. Du hast selbst gesagt, dass es diese Lösung nicht unbedingt geben muss. Die wird zwar hin und wieder kolportiert; aber die muss hier nicht die Lösung sein. Du könntest es dir jetzt einfach machen, indem du sagst, dass du als Liegenschaftler einfach diese Immobilie verkauft und dann Ausschau nach einer anderen hältst. - Nein, das will der Dezernent gar nicht. Er macht es sich eben nicht so einfach, sondern bemüht sich darum, jetzt mit den Leuten zu verhandeln.

Ich schlage vor, dass wir einen Termin im September festhalten. Bis dahin sind immerhin noch zwei Monate Zeit zu arbeiten. Man muss mit den Interessenten so verhandeln, dass sie wissen, dass sie jetzt etwas darlegen müssen. Von der einen Seite liegt bereits etwas vor, weshalb die Vorlage so aussieht, wie sie ist. Die andere Seite muss noch tüchtig daran arbeiten.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer für den Antrag der FDP ist, bitte ich um das

Handzeichen. - Das sind die CDU und die FDP. Gegenstimmen? - Bei der SPD, den Grünen, der Linken und Herrn Dr. Müser. Enthaltungen? - Bei pro Köln und dem OB. So leid es mir tut, ich sehe das auch so, dass wir schon mitten in der Arbeit sind. Wir müssen nun mit den Interessenten sprechen. Das Verhältnis zwischen Verwaltung und Wettbewerbern - Jörg Frank hat darauf hingewiesen - ist nicht immer ganz gefahrlos; das wissen wir. Deswegen werden wir mit dem Thema entsprechend sensibel umgehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.22 auf:

**2.1.22 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln
betreffend „Für den Erhalt aller
Arbeitsplätze bei KHD Humboldt-
Wedag“
AN/1138/2009**

Herr Ludwig hat das Wort.

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Im Stadtteil Kalk sind einige der letzten qualifizierten Industriejobs bedroht. Im März und April gingen Beschäftigte des Anlagenbauers KHD Humboldt-Wedag auf die Straße, um gegen die geplanten Entlassungen zu demonstrieren. Der Besitzer von Humboldt-Wedag, der Private-Equity-Fonds Mass Financial - manche nennen solche Fonds auch Heuschrecken -, hatte geplant, die Fertigung in Kalk mit 100 Arbeitsplätzen gänzlich zu schließen und weitere 80 Kollegen des Bereichs Entwicklung in Holweide auf die Straße zu setzen.

Humboldt-Wedag ist keineswegs ein Pleite- oder Verlustbetrieb. Mass Financial hat in den letzten Jahren mit dem Laden immer satte Gewinne von über 20 Millionen Euro gemacht. Aber die Zukunft ist angesichts der Wirtschaftskrise offen, und der Fonds hat offensichtlich die Absicht, den Anlagenbauer abzustoßen, ehe etwaige Verluste überhaupt entstehen können.

Im Mai wurde dann von einer Rettung geredet. Es gab einen Kaufinteressenten, und zwar den indischen Mischkonzern McNally. Dieser hatte vorgeschlagen, die Fertigung in Kalk zu kaufen und zu erhalten. Angeblich sollte der Verkauf im Juni über die Bühne gehen. Da das bisher noch nicht geschehen ist, bleiben die Jobs weiterhin gefährdet. Die Kollegen befürchten, dass sie nur hingehalten und im Unklaren darüber gelassen werden, wie es um ihre Jobs bestellt ist. Aber selbst wenn der Verkauf an McNally zustande

kommen sollte, gibt es die Befürchtung, dass es dabei nicht um eine Rettung geht, sondern nur um ein Hinauszögern der Werksschließung.

Dazu ein Beispiel: Nach Angaben aus dem Unternehmen soll McNally für die Übernahme der Fertigung in Kalk nichts bezahlen, im Gegenteil: Es soll dafür 6 Millionen Euro bekommen. Das heißt, der Private-Equity-Fonds schafft sich die Fertigung vom Hals und spart 16 Millionen Euro geschätzte Abfindungen, die er zahlen müsste, indem er 6 Millionen Euro an McNally zahlt. Deswegen befürchten die Kolleginnen und Kollegen zu Recht, dass ihre Jobs nur für ein Jahr erhalten bleiben und dass sie dann mit geringeren Abfindungen, als ihnen von dem alten Eigentümer hätten gezahlt werden müssen, auf die Straße gesetzt werden.

Gleichzeitig plant die Deutz AG jetzt auch betriebsbedingte Kündigungen. Wie Sie wissen, hat sie die Leiharbeiter und die befristeten Beschäftigten schon entlassen. Jetzt geht es auch den Beschäftigten sowohl im Werk Porz als auch in anderen Lager- und Verwaltungsbereichen in Deutz, Mülheim und Kalk an den Kragen.

Als die Deutz AG 1996 in ihre große Krise geriet, wurden viele öffentliche Gelder mobilisiert, um das Unternehmen zu retten, unter anderem von der Sparkasse. Das wurde jedoch nicht mit Jobgarantien verbunden. So ging der Abbau von Arbeitsplätzen bei der Deutz AG und ihren ehemaligen Bestandteilen munter weiter. Vielleicht erinnern Sie sich noch an das Traktorenwerk Deutz-Fahr in Kalk, das plattgemacht wurde. Sicherlich erinnern Sie sich auch an den Abbau von Arbeitsplätzen bei der Deutz AG und an das Abschmelzen bei Humboldt-Wedag. Die Aufkäufer wie der Private-Equity-Fonds Maas Financial haben gutes Geld verdient und trotzdem Arbeitsplätze weiter abgebaut.

Jetzt geht es um den Erhalt der industriellen Inseln; so muss man sie inzwischen nennen. Wir wollen, dass sich der Rat heute dazu bekennt, dass es eine öffentliche Verantwortung für den Erhalt von Industriearbeitsplätzen gibt, und damit ein Signal an die Belegschaft aussendet, um sie in ihrem Kampf um die Verteidigung der Arbeitsplätze zu ermutigen. Außerdem wollen wir prüfen lassen, was die öffentliche Hand hier machen kann.

Ein Schutzschirm sollte nicht nur für die Banken möglich sein, er sollte auch über den Beschäftigten aufgespannt werden können. Wir

sagen ganz klar, was wir uns darunter vorstellen: Öffentliche Gelder dürfen nicht als Subvention an private Unternehmen gegeben werden. Vielmehr müssen diese Unternehmen Beschäftigungsgarantien abgeben. Die Beschäftigungsgarantien sollen unter Kontrolle der öffentlichen Hand und der Beschäftigten selbst stehen. In diesem Sinne möchte ich Sie bitten: Bekennen Sie sich zum Auftrag der öffentlichen Hand in Köln, auch Industriearbeitsplätze mit einem Schutzschirm zu versehen, sie zu verteidigen und die Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich schlage vor, den Wirtschaftsdezernenten zu bitten, noch einmal das Wort zu ergreifen. Dr. Walter-Borjans, bitte.

Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Um es vorweg zu sagen: Der Fall Humboldt-Wedag ist schwierig und alles andere als schön. Nach allem, was wir aus Gesprächen, die wir geführt haben, wissen, ist klar: Hier handelt es sich nicht um ein marodes Unternehmen, das keine Zukunft hat. Vielmehr ist dieses Unternehmen zum Spielball internationaler Investoren geworden.

Das passiert im Übrigen nicht zum ersten Mal in unserer Stadt - ich habe das noch einmal recherchieren lassen. Ähnliches haben wir mit der Druckerei - ich habe deren Namen jetzt nicht parat - in Mülheim erlebt, die einen israelischen Investor hatte. Damals haben wir sogar über die Botschaft zu den Investoren Kontakt aufgenommen und auch keine Lösung finden können.

Jetzt haben wir es mit dem Problem zu tun, dass ein kanadischer Investor etwas an einen indischen Investor verkauft, wenn es denn dazu kommt. Dabei spielt das Werk in Köln-Kalk auf der Weltkarte dieser beiden Akteure - das muss man ganz offen sagen - keine Rolle. Das heißt, natürlich werden davon Arbeitsplätze betroffen sein. Ich kann nur noch einmal hervorheben, dass ich das furchtbar finde.

Natürlich sehen auch wir die Situation, dass Arbeitsplätze in Unternehmen, egal, ob durch die Weltwirtschaftskrise oder durch Missmanagement oder durch Finanzinvestoren oder anderes, in Gefahr geraten, wofür die

Menschen, die dort arbeiten, nichts können. Insofern wäre es enorm schwierig, zu sagen: Das ist ein Fall, in dem die öffentliche Hand sagen muss: Wir bezahlen das, was die Wirtschaftenden in diesem Bereich nicht mehr zu zahlen bereit sind.

Wir pflegen einen kurzen Draht zur IG Metall. Wir haben auch mehrfach versucht, Gespräche mit dem Unternehmen zu führen. Allerdings ist uns das nur einmal gelungen; dieses Gespräch hat dann keine halbe Stunde gedauert. Man hat uns definitiv erklärt, dass man im Zuge der Verkaufsverhandlungen an den indischen Investor nicht bereit ist, mit uns zu reden. Wir haben auch von anderer Seite keine Möglichkeit - wir sind auch nicht Eigentümer des Grundstücks -, da hineinzugrätzen. Wir können nur unsere Gesprächsbereitschaft und unseren Service anbieten.

Ich habe die vage Hoffnung, dass bei dem indischen Investor möglicherweise der Gedanke, einen Produktionsstandort und Ingenieure in Deutschland zu haben, eine andere Rolle spielt, weil es denen auch um die Sache geht und nicht nur um eine Finanzinvestition, wie es bei dem kanadischen Investor der Fall war. Wie gesagt, das ist eine sehr vage Hoffnung, ein Strohalm, an den wir uns im Moment klammern. Wir werden weiterhin unsere Gesprächsbereitschaft signalisieren und auch Gespräche führen, sobald die Möglichkeit dazu besteht. Im Moment wird sie uns schlicht und ergreifend nicht eingeräumt.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herzlichen Dank, Herr Dr. Walter-Borjans, dass Sie uns dargestellt haben, was wir tun können und was nicht. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer für den Antrag der Linken ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Die Linke und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das mit großer Mehrheit so abgelehnt.

Ich rufe als letzten Antrag jetzt noch einmal Tagesordnungspunkt 2.1.5 auf:

2.1.5 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Nord-Süd-Stadtbahn - Ausbau Rheinuferstraße“ AN/0961/2009

Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der SPD-Fraktion AN/1219/2009

Wir hatten die Diskussion dazu vorhin unterbrochen. Dieser Antrag ist jetzt zu einem gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und FDP zusammengefasst worden. Es gibt einen neuen Beschlusstext, der inzwischen als Tischvorlage an Sie ausgeteilt worden ist. Die Diskussion dazu ist jetzt wieder eröffnet. Es gibt eine erste Wortmeldung. Frau Moritz, bitte schön.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Dass CDU und FDP eine Autolösung auf der Rheinuferstraße wollten, wussten wir bereits; denn das haben sie bei allen Abstimmungen bekundet. Aber die SPD hat heute erst die Hosen heruntergelassen. Aus „Tunnel prüfen“ ist jetzt „Tunnel planen“ geworden. „Wunderbar!“ „Ein echter Fortschritt!“ Diese Autokoalition, die jetzt um die SPD erweitert worden ist, ist übrigens die gleiche, die den Bau der Nord-Süd-U-Bahn beschlossen hat, und zwar gegen unsere Stimmen. Die Leute in der Südstadt fragen sich zu diesem Projekt: Wer hat uns das bloß eingebrockt? Wer hat uns gefragt, ob wir 1 Milliarde Euro ausgeben wollen, damit wir sechs oder acht Minuten schneller durch die Stadt kommen? Wer hat uns unser Leben gestohlen? - Kein Mensch versteht das.

Diese Autokoalition, identisch mit der U-Bahn-Bau-Koalition, bereitet jetzt das nächste Desaster vor. Wenn dieser Tunnel gebaut wird - ich möchte, dass das zu Protokoll genommen wird -, wird das teurer, es wird ewig lange dauern und die Baustelle wird die Leute ein weiteres Mal zwei bis drei Jahre lang quälen. Ich garantiere Ihnen heute: Das wird mein Lieblingsthema!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eine so schlechte Kommunikation, wie wir sie damals im Severinsviertel und in der Südstadt hatten, wird uns nie wieder passieren. Das verspreche ich Ihnen hier. Wir stimmen gegen den gesamten Antrag.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Barbara, ich kann verstehen, dass du traurig bist. Gerade an deinem Geburtstag ist das nicht schön.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/
Die Grünen]: Wütend!)

- Ich verstehe auch, dass du wütend bist. Du hast vorhin eine hervorragende Rede gehalten. Die eben vorgetragene fand ich nicht so gut, weil sie dir etwas zu emotional geriet.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir wollen in der Tat nicht das, was ihr wollt, nämlich den Verkehr dort zum Stillstand zu bringen und die Leute die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel aufzuzwingen. Das hat noch nie geklappt, und das wird auch jetzt nicht klappen.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen haben wir wirklich fair um jedes Wort gerungen, um einen gemeinsamen Antrag vorlegen zu können. Ich will den Antrag jetzt nicht mehr begründen. Wir sind sicher, dass damit ein Zeichen der Vernunft gesetzt worden ist - im Sinne derjenigen, die dort ihres Weges gehen oder fahren müssen. Wir verwirklichen - darauf will ich noch hinweisen - eine wirklich tolle grüne Variante, wenn wir den Tunnel mit einem Trog überbauen und dadurch den Grüngürtel bis an den Rhein ziehen.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Ich glaube, das werden sehr viele Leute als etwas Besonderes erleben.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die
Grünen]: Das habt ihr bei der U-Bahn
damals auch versprochen! Das wird
„super“!)

- Ich habe die nicht mitbestimmt, Barbara; aber ich finde sie trotzdem gut. Ich will mich da gar nicht heraushalten. - Wie gesagt, ich glaube, das wird etwas Besonderes werden. Wir sind froh, dass wir hier zu einer gemeinsamen Koalition der Vernunft gefunden haben. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Granitzka. - Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Liebe Frau Kollegin Moritz! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann ja verstehen, dass aufgrund der relativen zeitlichen Knappheit, in der dieser Antrag

vorgelegt wurde, noch nicht jeder die Möglichkeit hatte, diesen in Gänze zu lesen und zu würdigen.

Es gibt unterschiedliche Positionen und Prioritäten zu der Frage, unter welchen Umständen man einen solchen Tunnel zu bauen bereit ist. Es gibt aber auch unterschiedliche Einschätzungen zu der Frage, ob dann, wenn ein sechsspuriger Ausbau nicht verfolgt werden soll, wofür ja CDU, Grüne und auch FDP sind, alles so bleiben soll, wie es ist, oder nicht.

Dieser Antrag gewährleistet, dass wir jetzt fundierte Daten bekommen, auf deren Grundlage man ermitteln kann, wie teuer ein solcher Tunnel würde - ich sage bewusst: würde -; denn unsere Prognose - ich wiederhole das - unterscheidet sich von der Prognose der CDU und FDP. Wir glauben nicht, dass die Kosten 40 Millionen Euro betragen werden, sondern wir fürchten, dass sich die Kosten selbst bei dieser Planung eher im Bereich von 80, 90 oder gar mehr als 100 Millionen Euro bewegen werden. Das ist der erste Teil eines Dissenses, den man klären muss. Den Bau kann man nicht einfach aus dem Ärmel heraus entscheiden. Das können, glaube ich, weder die Grünen noch andere hier im Haus.

Es gilt noch einen zweiten Punkt zu klären. Bei dieser Gelegenheit will ich mich ausdrücklich auch bei Herrn Fenske und Herrn Streitberger bedanken, die ihren fachkundigen Rat in die Formulierung dieser Grundlagen mit eingebracht haben, die uns in die Lage versetzen sollen, in der Ratssitzung alsbald eine Entscheidung pro oder contra treffen zu können. Die zweite Frage, die geklärt werden muss, lautet: Wie sieht die Fördersituation aus? Wir alle wissen bisher nur, dass ein mögliches Tunnelbauwerk förderfähig ist. Wir wissen aber nicht, wie diese Förderung konkret aussehen würde. Wir müssen wissen: Wer trägt von der noch zu ermittelnden Summe am Ende wie viel?

Wir haben eben in der Debatte gelernt, dass die CDU eine sehr niedrige Hemmschwelle hat, um am Ende zu einer Entscheidung für ein Tunnelbauwerk zu kommen. Wir dagegen sagen: Wenn festgestellt wird, dass der Tunnel am Ende 80, 90 oder gar 100 Millionen Euro kostet und dafür keine Bezuschussung erfolgt, werden wir dieses Vorhaben nicht beschließen. Das haben wir vorhin in der Debatte gesagt, und das sagen wir auch jetzt. An unserer Aussage hat sich nichts geändert; dabei bleibt es. Denn unter Ziffer III. des Antrags - wer lesen kann, ist klar im Vorteil - heißt es ausdrücklich: Dem Rat sind schnellstmöglich alle Prüfergebnisse mit einer

Bewertung der Verwaltung zur abschließenden Beschlussfassung vorzulegen.

Wir fassen hier heute also keinen Baubeschluss,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Planungsbeschluss!)

sondern schaffen vor dem Hintergrund verschiedener Prioritäten lediglich die Grundlagen, um dann eine endgültige Entscheidung treffen zu können. Wir wissen relativ genau, bis zu welcher Grenze wir mitgehen wollen - das habe ich vorhin schon gesagt, und das habe ich jetzt noch einmal wiederholt -, und dann sehen wir weiter.

Ausgangspunkt dieser Debatte war, dass der sechsspurige Ausbau und die Auffächerung der Straße von einer Mehrheit dieses Rates eben nicht gewollt werden. Das mussten wir akzeptieren; deshalb mussten wir weiterdenken. Man kann sich zu der Frage nicht in Fundamentalopposition begeben. - Vielen Dank.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Man muss aber nicht autogerecht planen! Man kann auch menschengerecht planen! Der Masterplan sagt doch: Wir wollen von einer autogerechten Stadt zu einer menschengerechten Stadt!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Börschel, Herr Detjen hat noch eine Frage an Sie.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Börschel, können Sie mir den Unterschied zwischen Planen und Prüfen erklären?

Martin Börschel (SPD): Den entscheidenden Unterschied erkennt man in der Aussage des gesamten Satzes: Im CDU-Antrag stand unter Ziffer 9 der Punkt, dass eine detaillierte Planung vorgelegt werden muss. Damit kann die Verwaltung einschätzen, wie viel das Bauwerk kosten würde - das kann sie ja nicht aus dem Ärmel schütteln -, und damit weiß der Fördergeber, auf welcher Grundlage er entscheidet, ob er das Geld geben kann oder nicht. Diese Planung wird nun vorgelegt werden. Auf Grundlage dieser Ergebnisse wird der Rat zu prüfen, zu bewerten und zu entscheiden haben.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Vielleicht sollte die Bewertung eher von Journalisten vorgenommen werden, aber mit Blick auf die heutige Ratssitzung und deren 22 Anträge stellt man schon fest, dass es zwischen Rot und Grün sehr viele Unterschiede gegeben hat, und zwar nicht nur unterschiedlich gestellte Anträge, sondern auch unterschiedliches Abstimmungsverhalten. Man hat ein bisschen den Eindruck, dass die rot-grünen Gemeinsamkeiten am Ende dieser Ratsperiode aufgebraucht sind.

(Martin Börschel [SPD]: Vielfalt, Herr Sterck!)

Das gibt auch wieder Hoffnung für die Zeit nach der Wahl.

(Martin Börschel [SPD]: Freuen Sie sich nicht zu früh!)

Natürlich kann ich verstehen, dass Barbara Moritz sauer ist, weil die Grünen natürlich zeitweise gedacht haben, sie könnten als Kriegsgewinnler - in Führungszeichen - herausgehen, wenn sie hier alles blockieren.

(Zuruf von Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen])

Wenn wir am Ende nur den ersten Satz beschlossen hätten, nämlich unseren damaligen Beschluss aufzuheben, wäre genau das übrig geblieben, was die Grünen sich vorgestellt hatten.

Deswegen war es richtig, dass sich hier jetzt dafür diese Mehrheit gefunden hat, statt weiter mit diesen merkwürdigen Mehrheiten zu arbeiten. Gerade bei so großen Verkehrsprojekten und Stadtentwicklungsprojekten, die die Stadt über Jahre binden, ist es notwendig, dass sich eine breite Mehrheit findet. Deswegen bin ich dankbar, dass die SPD neu nachgedacht und sich der Tunnellösung geöffnet hat.

Mein Dank geht auch an diejenigen, die sich vonseiten der Verwaltung und der KVB an der Formulierung beteiligt haben. Wir hatten vorhin nur wenige Minuten Zeit, zusammen darüber zu beraten. Das waren keine leichten Verhandlungen und jeder musste sich etwas bewegen. Was wir jetzt mit diesem Beschlusstext vorschlagen, ist ein Gemeinschaftswerk.

Wir haben diesen neuen Beschlusstext dem Rat vorgelegt. Die eigentliche Entscheidung erfolgt aber erst nach der Wahl; auch das ist wichtig zu wissen. Die Leute im Kölner Süden und in der Südstadt können jetzt ganz klar entscheiden, ob sie für Stau und dicke Luft sind - dann können sie für die Grünen stimmen - oder ob sie Verkehrsfluss und eine Landschaftsbrücke wollen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir es ernst meinen mit dem Masterplan, mit der Führung des Grüngürtels an den Rhein, mit der Verbindung vom Friedenspark zum Rheinuhafen, dann ist diese Tunnellösung die richtige Lösung. Von daher hoffe ich, dass wir nach der Wahl eine entsprechende Mehrheit dafür bekommen. Wer für Verkehrsfluss und für diese grüne Brücke ist,

(Martin Börschel [SPD]: Aber nicht um jeden Preis!)

der wählt am besten am 30. August die FDP oder vielleicht auch die CDU. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Frank noch einmal, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Sterck hat hier gerade ein grandioses Triumphgeheul angestimmt. Ich möchte dazu Folgendes anmerken: Wer zuletzt lacht, lacht am besten. Der Antrag hat natürlich einen ganz klaren wahltaktischen Vorteil: Bei allen Verwerfungen, bei allen Unklarheiten, die wir in der Kölner Innenstadt haben, ist jetzt ganz klar, wer die Maulwurfsparteien sind, wer die Maulwurfsfraktionen sind und wie die Maulwurfskoalition aussieht. Man kann sich jetzt ganz klar entscheiden, ob man für einen massiven Kahlschlag stimmen will. Denn beide Modelle - egal, für welches Sie sich letztlich entscheiden - werden ja Hunderte von Bäumen kosten. Für uns als derzeit stärkste Partei in der Innenstadt ist das, was Sie uns hier geliefert haben, fast schon ein Wahlgeschenk. Insofern: Besten Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dann können wir jetzt abstimmen. Wer für den Antrag

der drei Fraktionen ist - der Umdruck wurde ausgeteilt -, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die SPD, die FDP, Herr Dr. Müser und meine Stimme. Gegenstimmen? - Bei den Grünen und der Linken. Enthaltungen? - Bei pro Köln. Dann ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.2.2 auf:

**2.2.2 Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK)
Entlastung des Vorstandes
2429/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? - Dagegen sind die Grünen, die FDP, pro Köln und Herr Dr. Müser. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Linken ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**3. Anfragen gemäß § 4 der
Geschäftsordnung des Rates und der
Bezirksvertretungen**

Dazu liegen die Antworten der Verwaltung bereits vor.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1:

**3.1 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln
betreffend „Nord-Süd-Stadtbahn und
Fahweggesellschaft Köln/Bonn (FGKB)“
AN/1103/2009**

Gibt es dazu eine Nachfrage? - Das ist nicht der Fall.

Zu Tagesordnungspunkt 3.2:

**3.2 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend
„Bilanz der Kölner Umweltschutzzone“
AN/0988/2009**

**Antwort der Verwaltung vom 29.06.2009
2820/2009**

Gibt es dazu eine Nachfrage? - Auch das ist nicht der Fall.

Zu Tagesordnungspunkt 3.3:

**3.3 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln
betreffend „Einsatz von Praktikanten bei
der Fa. Kötter Airport Security GmbH am
Flughafen Köln-Bonn“
AN/1151/2009**

**Antwort der Verwaltung vom 29.06.2009
2847/2009**

Dazu gibt es eine Nachfrage. Herr Ludwig, bitte.

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Zu Punkt 3 führen Sie aus, die Einhaltung der Einstellungsabsichtserklärung werde überprüft.

In welcher Form und in welchem Rhythmus überprüfen Sie das? Ich weise dazu auf den einleitenden Text unserer Anfrage hin. Dort haben wir geschrieben, dass durch den Einsatz von Praktikanten befristete Verträge nicht verlängert werden und dass nach dem Einsatz der Praktikanten neue befristete Verträge abgeschlossen werden. Das heißt, es findet dadurch eine Umwälzung bei den Arbeitnehmern statt. - Haben Sie irgendeinen Check, das zu kontrollieren?

Eine weitere Nachfrage bezieht sich auf Punkt 2. Hierzu haben Sie unserer Meinung nach keine Antwort geliefert. Denn wir haben nicht gefragt, wie diese Dinge generell ablaufen, sondern wollten wissen, welche Träger diese durchführen.

Des Weiteren haben wir gefragt, ob die ARGE diese Maßnahmen bezahlt. Ich gehe davon aus, dass die ARGE diese Maßnahmen bezahlt; das geht aus Ihrer Antwort aber nicht direkt hervor.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das werden wir schriftlich beantworten. - Frau Bredehorst dazu, bitte.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Die Fragen betrafen ja die ARGE. Bis auf die letzte Frage ist das zu 100 Prozent von meinem Dezernat beantwortet worden.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Können Sie die Frage beantworten?

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Ich kann das leider auch nicht beantworten, weil wir dazu erst bei der ARGE nachfragen müssen. Ich würde vorschlagen, dass wir die Antwort schriftlich nachreichen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das schlage ich auch vor. - Die Antwort auf Ihre Fragen wird Ihnen schriftlich gegeben, Herr Ludwig.

Zu Tagesordnungspunkt 3.4:

3.4 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Einsturz des Historischen Archivs“ AN/1170/2009

Antwort der Verwaltung vom 30.06.2009 2891/2009

Die umfangreiche Antwort der Verwaltung liegt Ihnen vor. Ein frühzeitiger Umdruck war leider nicht möglich, da mit der Beantwortung eine Reihe von Abteilungen, unter anderem auch externe Stellen, befasst waren. Ich bitte dafür um Verständnis. Gleichzeitig möchte ich Sie darauf hinweisen, dass die Verwaltung plant, zur nächsten Hauptausschusssitzung am 10. August noch einmal ausführlich zum aktuellen Stand der Bergungsarbeiten, der Schadensregulierung und der Ursachenklärung zu informieren. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Schon aufgrund der fortgeschrittenen Zeit können wir uns mit dieser Antwort jetzt nicht befassen. Deshalb bitte ich darum, die Antwort sowohl in den Hauptausschuss als auch in den Ausschuss Kunst und Kultur zu verweisen. Dann kann man in beiden Ausschüssen auf die Beantwortung eingehen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das Informieren im Hauptausschuss hatte ich schon zugesagt.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Der Ausschuss Kunst und Kultur sollte aber auch informiert werden.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Die Informationen können wir auch dort geben.

Wir fahren mit Tagesordnungspunkt 5.1 fort:

5.1 Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 5.1.2:

5.1.2 Genehmigung der Satzungsänderung der Krankenhausstiftung Porz am Rhein 2348/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 5.1.4:

5.1.4 Satzung zur Änderung der Betriebssatzung der Bühnen der Stadt Köln 2174/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 5.1.5:

5.1.5 3. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Festlegung des Geldbetrages je Stellplatz (Ablösesatzung) hier: Verlängerung des Baulückenbonus 2377/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5.3 auf:

5.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Zu Tagesordnungspunkt 5.3.1:

5.3.1 2. Ordnungsbehördliche Verordnung für das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtteil Severinsviertel 1950/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

6. Unterrichtung des Rates über die vom Kämmerer/Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, Mehrauszahlungen und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2009 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2008/2009 2505/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das einstimmig so zur Kenntnis genommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

9. Allgemeine Vorlagen

Ich rufe die Vorlagen einzeln auf, und gebe, wenn es angesagt ist, zu Beginn bekannt, nach welchem letzten Gremium wir hier beschließen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.1:

9.1 Sanierung der Straßenentwässerung mit Sickergrubenanlagen auf den erforderlichen Stand der Technik 4564/2008

Abstimmung wie Finanzausschuss, Anlage 3. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.2:

9.2 Teilplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2008/2009 der Stadt Köln bei der Finanzstelle 6903-1201-0-9000, Z an KVB für Umrüstungsstrecken 0633/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 9.3:

9.3 Erweiterter Planungsbeschluss für den Umbau der Stadtbahnhaltestelle Rektor-Klein-Straße im Stadtbezirk Ehrenfeld 0649/2009

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 9.4:

9.4 Zuschuss zur Hundehaltung für Hunde aus Kölner Tierheimen 0909/2009

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 9.5:

9.5 Deutsches Tanzarchiv hier: Abschluss eines Kooperationsvertrages mit der SK Stiftung Kultur der Sparkasse KölnBonn

1493/2009

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 9.6:

9.6 Änderung des Ratsbeschlusses vom 19.03.1996, wonach die Kinderoper sich vollständig durch Sponsorenmittel oder Einnahmen finanzieren muss 1535/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Auch nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.8:

9.8 Teilergebnisplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV Instandsetzungsplanung für die Mülheimer Brücke 1915/2009

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 9.9:

9.9 Jahresabschluss 2008 der Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB), AöR 1951/2009

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 9.10:

9.10 Erweiterter Planungsbeschluss für den Umbau der Stadtbahnhaltestelle Gutenbergstraße in Ehrenfeld 1988/2009

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Auch keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 9.11:

9.11 Flexibilisierung der Öffnungszeiten der Stadtteilbibliotheken 2007/2009

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 9.12:

9.12 Durchführung von Sanierungsmaßnahmen in den städtischen Wohngebäuden Am Rolshover Hof 1-26, 51105 Köln-Poll 0987/2009

Abstimmung wie Ausschuss Bauen und Wohnen, Anlage 4. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 9.13:

9.13 Einleitung eines Vergabeverfahrens für die Durchführung des Umzuges Rautenstrauch-Joest-Museum hier: Korrektur des Bedarfsfeststellungsbeschlusses vom 15.08.2006 1183/2009

Abstimmung wie Finanzausschuss, Anlage 1. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Linken ist das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.14:

9.14 Sanierung der Bogenbrücke Stadtwaldweiher 1192/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 9.15:

9.15 Zuschuss für den Verein „Christlich-Islamische Gesellschaft e. V.“ 1367/2009

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.16:

9.16 Durchführung der Interkulturellen Woche in Köln - Zuschuss an den Caritasverband für die Stadt Köln 1368/2009

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.18:

9.18 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2008 für das Gürzenich-Orchester Köln 1469/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.19:

9.19 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2009 1783/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Auch nicht. Enthaltungen? - Ebenso nicht. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 9.20:

9.20 Realisierung des Denkmals für die Opfer der NS-Militärjustiz 2338/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Die gibt es nicht. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.21:

9.21 Weiterführung des Aufgabenbereichs „jusch - jung und schwanger“ Beratung und Begleitung beim Gesundheitsamt bis August 2010 1793/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.22:

9.22 Teilergebnisplan 1201 - Verkehrsflächen und -anlagen ÖPNV Erneuerung des Korrosionsschutzes der Schrägkabel und des Pylons der Severinsbrücke 1860/2009

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.24:

9.24 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2009/2010 2052/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.25:

9.25 Kulturentwicklungsplanung für Köln 2273/2009

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion AN/1085/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Es gibt eine Wortmeldung von Herrn Dr. Lemper, Vorsitzender des Kulturausschusses. Sie fassen sicherlich gekonnt wie immer die wichtigen Ergebnisse in drei bis vier Sätzen zusammen.

Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU): Der Fraktionsvorsitzende der CDU hat mir das mit einem Blick auf die Uhr schon deutlich gemacht. Ich bekomme auch jetzt noch Sätze ohne Komma hin, obwohl ich wüsste, wo sie hinkämen.

(Heiterkeit)

Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben im Kulturausschuss lange über den Kulturentwicklungsplan diskutiert. Ich glaube, es ist das erste Mal, dass diese Stadt über einen solchen Kulturentwicklungsplan verfügt. Dieser Kulturentwicklungsplan ist keine unverbindliche Fleißarbeit. Er soll nicht nur zu den Akten gelegt werden, sondern neue Aktivitäten auslösen. Er ist ein Stück weit eine bindende Selbstverpflichtung. Er soll kein Fünfjahresplan nachgewiesener kulturpolitischer Aktivitäten sein. Vor allem soll er auch keine Einladung zu einem städtischen oder politischen Oktroi sein. Vielmehr soll er Entfaltung ermöglichen sowie den Kulturinstituten und all denjenigen, die an der Kulturpolitik dieser Stadt interessiert sind, Klarheit vermitteln.

Es gäbe sehr vieles zu diesem Kulturentwicklungsplan zu sagen. Er ist sehr umfassend. Er ist sehr präzise. Er ist ein Gemeinschaftswerk - auf diese Feststellung lege ich großen Wert - von Politik und Verwaltung. Manchmal hatte man zwar den Eindruck, dass die Politik nur einen marginalen Beitrag dazu leistet. Aber das hängt eher mit gewissen Strategien der Selbstdarstellung der Administration zusammen und entspricht nicht der Realität. Aber das ist egal, Vaterschaften gehen hin und her.

Erstaunt und irritiert hat mich, als ich bei den Grünen las, der Kulturentwicklungsplan trage die grüne Handschrift.

(Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen]: Eine!)

Unterzeichnet ist das Papier von Frau Spizig. Mich hat schon immer gewundert, dass auch Frauen zu Vaterschaften kommen können.

(Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen]: Mutterschaften! - Heiterkeit)

Ich will das jetzt nicht weiter vertiefen. Ich halte fest: Das ist ein Gemeinschaftswerk.

Wenn wir diesen Plan heute auf politischer Ebene verabschieden, können wir stolz darauf sein. Eine Möglichkeit wäre, dass jetzt jede Fraktion ihre Vorstellungen dazu einbringt. Aber dann würden wir das Ganze zerreden und nach draußen den Eindruck vermitteln, dass das nicht ernst gemeint sein könnte. Ich bin der Meinung: Wir sollten hier geschlossen zeigen, dass wir bereit sind, die wesentlichen Schwerpunkte der Kulturpolitik gemeinsam zu tragen.

Die vier demokratischen Fraktionen haben sich auf ein sehr knapp gehaltenes Papier geeinigt, das Folgendes deutlich macht: Das Historische Archiv hat höchste Priorität. Weitere Schwerpunkte sind die Akademie der Künste - darauf kommen wir später noch zu sprechen -, die kulturelle Bildung sowie die Stärkung der Musik in Köln. Über Letzteres haben wir hier auch schon gesprochen, nämlich über die Verpflichtung des Landes Nordrhein-Westfalen bezüglich unseres Gürzenich-Orchesters, Landesorchester zu werden.

Es stecken großartige Potenziale in der Alten und in der Neuen Musik. Das muss weiterentwickelt werden. Köln kann sich in Europa zu einer hochangesehenen Stadt der Musik entwickeln. Weitere Schwerpunkte sind der Tanz in Köln und das Kulturmarketing.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Ihren Zuruf, Herr Börschel, einbeziehend, will ich hier feststellen, dass das sozusagen nicht vorhandene Kulturmarketing etwas sonderbar ist und jeden, der eine ausgeprägte leidenschaftliche Zuneigung zu dieser Stadt und auch zu deren Selbstbewusstsein hat, etwas irritiert. Denn mit dem derzeit betriebenen Marketing stellt die Stadt ihr Licht unter den Scheffel.

(Martin Börschel [SPD]: Die Gefahr des Zerredens steigt gerade rapide!)

Wir können mehr; das müssen wir auch draußen deutlich zeigen. Deswegen, Herr Oberbürgermeister und Herr Quander, muss die Frage des Kulturmarketings professionell entschieden werden. Das darf nicht hausgemacht werden. Denn die Potenziale, die in dieser Stadt vorhanden sind, die Schwerpunkte, die Aktivitäten, die auch international angesehene Ausrichtung vieler kultureller Institutionen müssen weltweit deutlich gemacht werden. Das Kulturmarketing bildet eine ganz wichtige Voraussetzung dafür, dass wir in dieser Stadt wieder mit größerem Selbstbewusstsein auf unsere kulturellen Aktivitäten und Angebote schauen können.

Ich sage für die CDU-Fraktion, dass wir es als sehr wichtig erachten, uns nicht nur auf institutionelle Träger der Kulturarbeit zu fixieren, sondern auch die freien Träger im Bereich der Theater und im Bereich der Musik stärker zu fördern. Auch das ist ein wichtiges Ergebnis dieses Kulturentwicklungsplans.

Meine Damen und Herren, ich darf im Namen der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP mitteilen, dass wir diesen Kulturentwicklungsplan mit dem Willen verabschiedet haben, dass er in der nächsten Wahlperiode die weitere, hoffentlich gute Entwicklung dieser Stadt ermöglicht. In diesem Sinne, Herr Oberbürgermeister, habe ich die Ehre, für die genannten Fraktionen empfehlen zu dürfen, dass sie den Kulturentwicklungsplan ohne weitere Diskussion mit voller Zustimmung akzeptieren.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Jetzt spricht noch Frau Spizig. Sie hält einen Zettel in der Hand.

Angela Spizig (Bündnis 90/Die Grünen): Ich danke dem Kulturausschussvorsitzenden für seine fulminante Rede. Vereinbart war auch - das hat er vor lauter Überschwang vergessen -, das Papier, das wir gemeinsam erstellt haben, zu Protokoll zu geben.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das hatte ich als inkludiert aufgefasst.

Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU): Herr Oberbürgermeister, meine schriftlich angefertigte Rede, die etwas umfangreicher war, würde ich gerne auch noch zu Protokoll geben wollen.

(Heiterkeit)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das gemeinsame Papier wird, wie angekündigt, zu Protokoll genommen.¹ Herzlichen Dank.

Dann können wir jetzt darüber abstimmen.

(Martin Börschel [SPD]: Über die Vorlage?)

- Ja. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das einstimmig so beschlossen. - Herzlichen Dank allen Beteiligten. Ich denke, das ist ein gutes Werk geworden.

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Tagesordnung mit den Vorlagen fort.

Zu Tagesordnungspunkt 9.26:

**9.26 Konjunkturpaket II
hier: Festlegung der Maßnahmen der
2. Tranche, Benennung von
Ersatzmaßnahmen
2461/2009**

Abstimmung wie Finanzausschuss. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Auch nicht. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.27:

**9.27 Konjunkturpaket II
Festlegung der Maßnahmen der
1. Tranche für freie Träger
2535/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.28:

**9.28 Handlungskonzept gegen die Folgen
von Kinderarmut
5156/2008**

¹ Anlage 1

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1198/2009**

Dazu gibt es eine Wortmeldung von Herrn Kellner.

Michael Kellner (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister, wenn Sie einverstanden sind, würde ich meine Rede aus zeitlichen Gründen zu Protokoll geben.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gerne. Wir nehmen die Rede von Herrn Keller also zu Protokoll.² - Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lasse ich darüber abstimmen.

Zuerst stimmen wir über den Änderungsbeziehungsweise Zusatzantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Die Antragsteller von SPD und Grünen, die CDU, die FDP, die Linke, Herr Dr. Müser und ich stimmen dem zu. Gibt es Gegenstimmen? - Bei pro Köln. Enthaltungen? - Keine.

Zu Tagesordnungspunkt 9.29:

**9.29 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Neubaus für die Hauptschule (Kopernikusschule) Bonner Str. 40, 51145 Köln
1282/2009**

Abstimmung wie Schulausschuss, Anlage 5 und BV 7. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 9.30:

**9.30 Erweiterung der Schulsozialarbeit ab dem Schuljahr 2009/2010
1395/2009**

Abstimmung wie Jugendhilfeausschuss, Anlage 4.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nicht ganz!)

- Nicht ganz. Warum nicht?

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Wir stimmen über den Beschlussvorschlag der Verwaltung in Anlage 4 ergänzt um die Ziffer 7 ab. Den folgenden Ergänzungsantrag zur Koordinationsstelle würden wir ablehnen. Das heißt, es geht uns um die Beschlussvorlage der Verwaltung plus die ergänzte Ziffer 7.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dazu muss ich erst die Ausschussvorsitzende befragen. Wäre das okay, Carola?

Carola Blum (CDU): Nein, für mich ist das nicht okay.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Dann müssen wir das kontrovers abstimmen.

Carola Blum (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir alle sind froh über die erhebliche Erweiterung der Schulsozialarbeit. Neu ist, dass jetzt auch an ausgewählten Grundschulen Schulsozialarbeit angeboten werden soll. Gemäß Verwaltungsvorlage wird das so funktionieren, dass die einzelnen Schulen jeweils mit einzelnen Trägern der freien Jugendhilfe kooperieren. Das ist im Prinzip in Ordnung, aber noch nicht optimal. Optimal wird es erst dann laufen, wenn dafür eine Koordinationsstelle eingerichtet wird. Diese Stelle hat der JHA in einem zweiten Beschluss so beschlossen.

Welches Interesse hätten die Träger der freien Jugendhilfe, also die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, eine Koordinationsstelle zu fordern, als rein sachliche Gründe? Die haben selbst nichts davon; denn diese Stelle soll beim Jugendamt angedockt sein. Es waren wirklich ganz wesentliche sachliche Gründe, die uns veranlasst haben, die Schaffung einer Koordinationsstelle zu beschließen: Es geht um Vernetzung, um das Erreichen von Synergieeffekten, um rasche Hilfestellung usw. Die einzelnen Träger haben selbst gesagt, dass sie mit der Koordination überfordert wären. Um das optimal zu gestalten und auch langfristig Geld zu sparen, plädiere ich sehr dringend dafür, dass wir jetzt für diese Stelle Geld in die Hand nehmen und ganz wie JHA abstimmen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

² Anlage 2

Oberbürgermeister Fritz Schramma: So sah es auch die Beschlussvorlage vor. Wenn aber jetzt ein anderer Vorschlag kommt, wäre dieser als Änderungsantrag zu behandeln, über den wir abstimmen müssten. - Vorab gebe ich Herrn Stadtdirektor dazu das Wort.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedaure, dass wir nicht die Chance hatten, Ihnen direkt zum Jugendhilfeausschuss unsere Stellungnahme zu übermitteln. Wir haben sie erst im Anschluss an diesen Beschluss gefertigt.

Sie finden unter Anlage 5, die Ihnen als Tischvorlage zugeleitet worden ist, drei Gründe, weshalb wir glauben, dass es besser ist, das Geld - es sind über 60 000 Euro - unmittelbar in die Schulsozialarbeit zu investieren, statt dort wieder 1,2 Stellen abzuziehen und mit den dafür vorgesehenen Mitteln diese Koordinationsstelle zu bezahlen.

Es ist relativ einfach: Gemäß Anlage 5 richtet sich die Schulsozialarbeit inhaltlich nach dem pädagogischen Konzept, das an der jeweiligen Schule entwickelt werden muss. Das steht in § 3 Schulgesetz. Im Schulgesetz ist auch festgelegt, dass die Kooperation mit den freien Trägern von der Schule zu bestimmen ist. Deshalb gibt es gar keinen Grund, eine Koordination vorzunehmen. Das ist ein bilateraler oder, wenn Sie so wollen, ein trilateraler Prozess zwischen den Akteuren der jeweiligen Schule.

Für den zusätzlichen Bedarf, beispielsweise in der Fort- und Weiterbildung, gibt es genug Möglichkeiten. Das ist in der Tat bei der Bezirksregierung, der Schulaufsicht und den Jugendämtern verankert. Sie kümmern sich darum. Für die einzelne Programmarbeit jedoch braucht man keine zusätzliche Koordination, im Gegenteil: Das stört.

Ich kann Ihnen daher nur empfehlen: Beschließen Sie das ohne die Einrichtung einer Koordinationsstelle. Anderenfalls wird die Schulsozialarbeit an einer Schule verloren gehen.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau Blum noch einmal, bitte.

Carola Blum (CDU): Herr Kahlen, ich sehe die Logik darin nicht: Wieso soll den Schulen etwas verloren gehen, wenn zusätzlich eine Koordinationsstelle eingerichtet wird? Sie haben eben von 1,2 Stellen gesprochen. Das wäre überhaupt nicht nötig; es könnte auch eine halbe Stelle sein. Diese muss auch nicht den Schulen abgezogen werden. Denn das, was die Schulen selbstständig machen können, nämlich Kooperationen einzugehen, wird ihnen ja nicht genommen. Sie verwalten auch das Geld, das ihnen überwiesen wird. All das entbehrt der Logik, Herr Kahlen. Es geht darum, zusätzlich eine Koordinationsstelle einzurichten, die letztendlich die Arbeit an den einzelnen Schulen verbessern wird.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Darauf noch einmal Herr Kahlen.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sie haben dankenswerterweise für die Schulsozialarbeit im Haushalt 750 000 Euro bereitgestellt. Das ist das Budget, mit dem wir entweder ausschließlich Schulsozialarbeiter oder eine bestimmte Anzahl von Schulsozialarbeitern plus diese Koordinationsstelle finanzieren können. Wir können nicht noch eine Koordinationsstelle draufsatteln.

Wir hatten entschieden, auf die Koordination - ich sage bewusst: aus inhaltlichen Gründen - zu verzichten und mit dem vorhandenen Budget nicht nur 12, sondern 13,2 Schulsozialarbeiterstellen zu finanzieren. Im Ergebnis sind das 1,2 Stellen mehr für Schulsozialarbeit, als wir ursprünglich angedacht hatten.

Ich bitte Sie wirklich dringend, einmal in den Schulen nachzufragen. In den Schulen gibt es keinen Bedarf für eine irgendwo verankerte Koordination der Schulsozialarbeit. Abgesehen davon müsste man, wenn man über eine Koordinationsstelle nachdenkt, diese dann auch mit den Stellen verzahnen, die landesfinanziert Schulsozialarbeit machen.

(Beifall bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau Blum noch einmal.

Carola Blum (CDU): Herr Kahlen, federführend sind die Schulen; das ist klar. Die Schulsozialarbeit wird aber in Kooperation mit der Jugendhilfe durchgeführt. Daher muss man die Anregung der Jugendhilfe ernst nehmen. Nach intensiver Beratung haben sich die Vertreter der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sehr dringend für eine Koordinationsstelle ausgesprochen. Sie stehen ja für die einzelnen Träger, deren Angestellte die Schulsozialarbeit machen sollen. Deshalb sollte man sie ernst nehmen, wenn sie sagen: Wir sind dafür, dass es eine solche Koordinationsstelle gibt, und zwar angedockt beim Jugendamt. Alles andere würde letztendlich zu einer Verzettelung führen.

(Stadtdirektor Guido Kahlen: Das sagen Sie mal den Schulen!)

- Das sagen Sie mal der Jugendhilfe.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Wurm muss dem Fisch schmecken und nicht dem Angler! - Zurufe: Abstimmen!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Ich gebe zu Protokoll, dass sich der Jugendhilfeausschuss, und zwar alle Fraktionen, die dort vertreten waren, bei diesem Antrag enthalten hat.

(Zuruf: Alle? Auch die CDU?)

Carola Blum (CDU): Die Fraktionen haben sich enthalten, aber sie hatten sich vorher abgestimmt. Sie wussten, dass der Antrag trotzdem mehrheitlich so angenommen ist; denn durch die Stimmen der Liga der Spitzenverbände war der Antrag angenommen. Da es nicht genügend Rückkopplung in den Fraktionen gab, haben sich die Vertreter aller Fraktionen enthalten, aber nur, weil sie wussten, dass durch die Stimmen der Liga dieser Antrag angenommen ist.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist die Welt, wie Frau Blum sie sich malt!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Die Argumente sind ausgetauscht. Wir sollten zur Abstimmung kommen. Zuerst stimmen wir ab

über Anlage 5 mit der Ergänzung, die Herr Kahlen vorgestellt hat. Danach stimmen wir über die Vorlage insgesamt ab.

(Martin Börschel [SPD]: Das habe ich noch nicht verstanden! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben doch Anlage 4! Da ist die Ergänzung drauf! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Verwaltung hat eine Stellungnahme gegeben! Die ist in Anlage 4!)

Wir stimmen über die Vorlage plus Ziffer 7, die eben genannt worden ist, ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die FDP, pro Köln, die Linke, Dr. Müser. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Gibt es bei den übrigen Ratsmitgliedern.

(Martin Börschel [SPD]: Bei zwei Enthaltungen der CDU!)

Damit ist das einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9.31 auf:

9.31 Stärken vor Ort
Durchführung eines
Nachfolgeprogramms von LOS 'Lokales
Kapital für soziale Zwecke' in
Zusammenarbeit mit dem
Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
für die Stadtgebiete Chorweiler/Seeberg-
Nord, Bocklemünd/Mengenich,
Finkenbergl/Gremberghoven, Kalk und
Meschenich
1908/2009

Hier ist Abstimmung wie Finanzausschuss vorgesehen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 9.32:

9.32 Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2
GemHVO NRW i. V. m. § 8 Ziffer 7
Haushaltssatzung der Stadt Köln für die
Haushaltsjahre 2008/2009
hier: Einführung Ganztags Sek I
2163/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch das ist einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 9.33:

**9.33 Vereinsgründung Gesundheitsregion
KölnBonn e. V.
2187/2009**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine.

Zu Tagesordnungspunkt 9.34:

**9.34 Haus der Kulturen der Welt / Akademie
der Künste der Welt, Köln
hier: Konzept
2213/2009**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-
Fraktion
AN/1218/2009**

Dazu spricht Herr Dr. Lemper, bitte schön.

Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ihnen liegt heute ein sehr umfassendes Konzept zur Akademie der Künste der Welt zur Abstimmung vor, das sich vor allen Dingen mit der Frage beschäftigt - diese müssen wir uns angesichts der Tatsache, dass hier in dieser Stadt 30 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund leben, sehr ernsthaft stellen -, wie wir diesen Fakt auch kulturpolitisch aufgreifen und wie wir diese Menschen einbinden und eine gegenseitige Beziehung herstellen. Neben konkreten Vorstellungen zum Haus der Kulturen der Welt beziehungsweise zur Akademie der Künste der Welt ist der eigentliche Kern dieses Anliegens: Wie kommt Kultur bei Menschen mit Migrationshintergrund an, und wie verhält sich Kultur zur Migration?

Erstens. Die Einstellung der Bevölkerung zu Einwanderungspolitik und Migration hat sich geändert: Während Einwanderung in unserer Gesellschaft früher eher als problematisch angesehen wurde, erkennen wir heute, dass Migration auch Chancen bringt, weil diese Menschen ungeheuer großartige Potenziale haben. Die Potenziale gilt es zu erkennen, zu entfalten, anzusprechen, zu mobilisieren und sie auch für die Kultur in unserer Gesellschaft sinnvoll einzusetzen. Deswegen ist dieses Konzept zum Haus der Kulturen der Welt/Akademie der Künste der Welt ein grandioses Konzept. Damit wird die Kulturpolitik sozusagen in eine neue Umlaufbahn gebracht.

Ich möchte allen, die in der Verwaltung an diesem Konzept, auch in internationalen Foren, mitgewirkt haben, ein herzliches Wort des

Dankes sagen. Mein Dank gilt insbesondere Herrn Schmidt-Werthern, der dieses Konzept ganz hervorragend vorbereitet hat.

(Beifall von Dr. Ralf Elster [CDU])

- Ich gebe zu, dass dieses retardierende Moment verständlich ist; denn mein Lob an die Verwaltung ist von erkennbarer Zurückhaltung gekennzeichnet. Ich will jetzt nicht darüber sinnieren, ob es dafür berechnete Gründe gab oder nicht.

Zweitens. Es wurde auch deutlich, dass es ein sehr respektables öffentliches Interesse und einen öffentlichen Diskurs über das Haus der Kulturen der Welt/Akademie der Künste der Welt gibt. Das können Sie in den Zeitungen von heute, auch in den überregionalen, nachlesen. Es gibt ein hohes Maß an Aufmerksamkeit.

Viele - das will ich bei dieser Gelegenheit auch sagen -, die manchmal stereotype Vorbehalte gegenüber kulturpolitischen Aktivitäten in dieser Stadt haben, die sie zwar erkennen, aber nicht hinreichend transportieren, sollten sich daran gewöhnen, dass es in den letzten fünf Jahren, wie ich finde, sehr vernünftige, gute Schwerpunkte, Entscheidungen, Ideen und Umsetzungen gegeben hat. Diese können sich sehen lassen und haben diese Stadt nach meinem Dafürhalten auch kulturpolitisch viel stärker profiliert, als es der eine oder andere, vielleicht auch wegen seiner pathologischen Vorurteile, bereit ist, zu akzeptieren.

Drittens. Im Kulturentwicklungsplan ist das Haus der Kulturen der Welt/Akademie der Künste der Welt von allen Fraktionen als wichtig eingestuft und mit einer hohen Priorität versehen worden.

(Regina Wilden [pro Köln]: Nein, Herr Dr. Lemper!)

- Ich meine die ernst zu nehmenden Fraktionen,

(Bernd M. Schöppe [pro Köln]: Dann können Sie von sich nicht reden!)

die von der Bedeutung der Integration für den Frieden etwas verstehen.

(Zuruf von Regina Wilden [pro Köln])

Diejenigen, die keine Integration wollen, wollen letztendlich auch keinen Frieden. Sie wollen Konflikte, um von diesen Konflikten leben zu können. Dazu gehören Sie, meine Damen und Herren von pro Köln.

Wir haben zum Haus der Kulturen der Welt einen Änderungsantrag eingebracht. Punkt 1 würden wir streichen, weil dieser im Prinzip das beinhaltet, was wir bereits beschlossen haben, nämlich das umsetzen zu wollen. Uns geht es aber auch um die langfristige Sicherstellung dieses Projektes. Nun müssen wir alle miteinander auch ehrlich sein - das gilt auch für die Kulturverwaltung -: Keiner von uns ist im Moment in der Lage, vorherzusehen, welche finanziellen Probleme auf diese Stadt zukommen. Wir kennen einige Fakten, die nicht ermutigend sind. Dennoch: Wenn es heute die politische Entscheidung für diese Priorität gibt, darf die Umsetzung dieses Projekts nicht von den finanziellen Ressourcen dieser Stadt abhängig gemacht werden.

Wir haben das Haus der Kulturen der Welt mit einer hohen Priorität versehen. Daher sehen wir nur zwei Möglichkeiten: Entweder haben wir einen Zuwachs im Kulturetat zu verzeichnen, der uns in die Lage versetzt, dieses Haus zu finanzieren, oder aber - wenn das nicht der Fall ist - es bleibt dabei, dass das Projekt finanziell durch Umschichtungen im Kulturetat abgedeckt wird. Diese beiden Möglichkeiten haben wir in unserem Antrag dargestellt. Damit unterstreichen wir, dass wir die Umsetzung nicht von den finanziellen Ressourcen dieser Stadt abhängig machen wollen. Vielmehr wollen wir dieses Projekt in jedem Fall umgesetzt wissen.

Ich will ein Letztes sagen. Natürlich ist es für jeden, der einen Etat zu verwalten hat, nicht ganz unwesentlich, ob für ein solches Projekt zusätzliche Gelder fließen oder ob es aus dem Etat finanziert werden muss. Aber angesichts dessen, dass wir nachher beispielsweise eine Vorlage zu den Umzugskosten beraten werden, - -

(Unruhe)

- Ich bin sofort fertig, wenn Sie mich bitte ausreden lassen.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Sie reden vom Platz aus, weil man dann länger reden kann! Das ist in der Geschäftsordnung offen!)

Angesichts dessen, dass wir für Umzugskosten für das neue Kulturzentrum Neumarkt, die einmal auf 400 000 Euro prognostiziert waren, das Fünffache zur Verfügung stellen werden müssen - wir werden das nachher noch beschließen -, wird die Verwaltung auch in der Lage sein, Möglichkeiten zu finden, die

finanziellen Voraussetzungen für die Verwirklichung dieses hervorragenden und auch international, wie ich glaube, renommierten Konzeptes zu schaffen.

Die CDU-Fraktion wird dieser Vorlage uneingeschränkt zustimmen. Wir bitten Sie, auch unserem Antrag zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Lemper. Wegen der Ausführlichkeit Ihrer Darstellung dachte ich, Sie würden wiederum für alle Fraktionen sprechen. Aber jetzt liegen noch viele andere Wortmeldungen vor. - Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will versuchen, mich etwas kürzer zu fassen.

Das Konzept zur Akademie der Künste der Welt geht auf einen Ratsantrag zurück - das sollte man hier auch sagen -, den SPD und Grüne zum Haus der Kulturen der Welt analog zum Haus der Kulturen in Berlin eingebracht hatten. Dieser Ursprungsantrag ist von verschiedenen Beteiligten in mehreren großen Fachgesprächsrunden weiterentwickelt worden.

Unser ausdrücklicher Dank gilt der Verwaltung, die dafür die Federführung hatte, insbesondere Herrn Dr. Schmidt-Werthern - Herr Dr. Lemper hat ihn bereits lobend erwähnt -, aber auch ehemaligen Mitarbeitern und Externen. Ich will an dieser Stelle insbesondere Herrn Nordt und Dr. Navid Kermani nennen, die sich beide, wie ich finde, in ganz exzellenter Weise um die Fortentwicklung dieses Grundsatzbeschlusses des Rates verdient gemacht haben.

Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass der Beschluss, den wir heute fassen werden, eine der besten kulturpolitischen Entscheidungen der letzten Jahre für Köln ist, nicht nur, weil damit der großen Multikulturalität dieser Stadt Rechnung getragen wird, sondern auch, weil Köln die Chance erhält, mit einer Institution überregionale, nationale, wenn nicht sogar internationale Strahlkraft zu gewinnen und in den Feuilletons dieser Republik positiv gewürdigt zu werden.

Das muss allen Beteiligten klar sein, allen Haushaltsvorbehalten zum Trotz. Natürlich - das

ist doch logisch - können wir aus rechtlichen Gründen keine Vorgriffe auf die Haushalte der nächsten Jahre machen. Aber jeder, der heute dem Beschluss zur Akademie der Künste der Welt zustimmt, muss wissen und sich darüber im Klaren sein: Das Ding muss dann auch laufen.

Auf diese Einrichtung kann diese Stadt verflixt stolz sein. Wir sind uns darüber im Klaren und wollen mit unserer Zustimmung zu diesem Beschluss ein ganz klares Bekenntnis dazu abgeben, auch wenn die eine oder andere haushalterische Entscheidung erst zu einem späteren Zeitpunkt getroffen werden kann. Aber das Bekenntnis dazu geben wir hier heute ab. Das ist eine gute Entscheidung, die beste seit Jahren.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Börschel. - Sie haben eingangs etwas zur Geschichte dieses Antrags gesagt und den ursprünglichen Titel noch einmal genannt. Ich will es nicht ausdrücklich zu Protokoll geben, aber doch daran erinnern, dass Herr Kermani schon in der ganz frühen Projektphase bei mir im Büro war und wir beide das besprochen haben und dass Sie daran anschließend Ihren Antrag gestellt haben. Nur, um das noch einmal klarzustellen.

(Martin Börschel [SPD]: Er war vorher bei mir! Aber egal!)

Hauptsache, wir setzen das um; da haben Sie völlig recht. - Frau Bürgermeisterin Spizig, bitte.

Angela Spizig (Bündnis 90/Die Grünen): Köln ist eine der wenigen Großstädte in Deutschland, die bisher nicht über eine solche Akademie verfügt. Die Vorzüge, die die Akademie für die Stadt mit ihrem speziellen Profil bringen würde, sind hier schon dargestellt und illustriert worden. Dem können wir uns anschließen. Köln ist eine Stadt, deren Einwohner aus 180 Nationen kommen. Mit dieser Akademie werden wir nicht nur auf qualitativ sehr hohem Niveau in die Welt hinausstrahlen, sondern auch interessante Anregungen aus aller Welt in die Stadt hereinbringen, was auch für die Kulturträger, die es hier schon gibt, durchaus inspirierend sein kann.

Zum konkreten Antrag: Wir sind dafür, das Projekt baldmöglichst umzusetzen. Wir Kulturpolitiker haben in unserem gemeinsamen Beschluss festgestellt, dass wir der Akademie Priorität einräumen. Wir sollten heute auch den

Kosten für das Vorbereitungsjahr in Höhe von 498 770 Euro, also fast 500 000 Euro, zustimmen. Bezüglich der Nachfolgekosten - diese werden sich erst in der Phase der Projektumsetzung ergeben; dafür sind weitere Pläne, Analysen und Untersuchungen notwendig - folge ich Herrn Börschel, der gesagt hat: Das ist schon der nächste Schritt, den wir heute noch nicht beschließen können. Wir müssen abwarten, um das später zu beschließen.

Die grundsätzliche Zustimmung, das Projekt baldmöglichst umzusetzen, haben Sie auch von den Grünen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Bürgermeisterin Spizig. - Herr Reppen, bitte.

Dietmar Reppen (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zu den Inhalten des Konzeptes und der Vorlage ist schon alles gesagt worden. Deshalb möchte ich jetzt nicht näher darauf eingehen.

Ich möchte einen Änderungsantrag unserer Fraktion einbringen, der sich auf den Änderungsantrag der CDU bezieht. Es geht um den letzten Satz in Ziffer 2. Dort heißt es: In jedem Fall kann dies durch Umschichtung des Kulturretats abgedeckt werden. - Herr Dr. Lemper hat zwar vorhin schon gesagt, dass man das heute nicht entscheiden kann. Er hat diesen Satz aber auch nicht zurückgenommen. Wir plädieren dafür, diesen Satz zu streichen, und bitten darum, wenn nötig, getrennt abzustimmen, es sei denn, der Antragsteller übernimmt unseren Änderungsantrag.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich hätte Herrn Quander sowieso noch gefragt, wie sich das aus seiner Sicht darstellt. Aber zunächst möchte ich weiter in der Rednerliste vorgehen. - Herr Kellner, bitte.

Michael Kellner (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Diese Rede kann ich nicht zu Protokoll geben. Weil meine Fraktion sich für dieses Konzept nicht erwärmen kann, sollten Sie das Recht haben, unsere Argumentation zu hören.

Im Gegensatz zum früheren Konzept will die Akademie ihren eigenen Weg gehen. Ich glaube schon, dass man mit dem vorliegenden Konzept bewusst heikle Schnittpunkte mit der hiesigen Kulturszene vermeiden wollte, die zu Konkurrenz um dieselben Töpfe hätte führen können.

Ich möchte aber zunächst einen Blick auf das Konzept selbst werfen. Aus dem Haus ist eine Akademie geworden - mit einem Präsidenten, einem Generalsekretär, einem Kuratorium und 40 Mitgliedern aus aller Welt, die einmal in Jahr nach Köln kommen sollen. Dazu gibt es zwei Ausschüsse und 40 lokale Botschafter aus der Kölner Kunstszene. Bundesweit herausragend soll die Akademie sein. Auch wenn man sich bewusst von der klassischen Akademie selbst absetzt, so ist ihr Apparat klassisch, um nicht zu sagen: klassizistisch. Die Sprache des Konzeptes zeigt diese Abgehobenheit. Viele Aussagen sind so allgemein formuliert, dass man das Gefühl hat, man soll über die konkrete Ausgestaltung bewusst im Unklaren gelassen werden. Ich will in diesem Zusammenhang nur ein Beispiel nennen:

Die Mitglieder der Akademie sollen die Erfahrung der Menschen in Köln, in NRW, im Einwanderungsland Deutschland aufnehmen und im Kontext globaler Entwicklung reflektieren.

Ist das möglich, wenn die Mitglieder der Akademie einmal im Jahr nach Köln kommen?

Viele Kölner Kultureinrichtungen und Initiativen praktizieren schon längst einen kosmopolitischen Ansatz, den die Akademie mit ihrem Kulturbegriff erst noch etablieren will. Während sie in den Kölner Niederungen weiter um ihr Überleben kämpfen, wird demnächst hoch über ihnen die Akademie mit ihren hehren Zielen und ihrem reichhaltig gefüllten finanziellen Topf schweben. Denn die zu errichtende Akademie der Künste wird natürlich Geld kosten, Geld, das den Kulturinitiativen und -einrichtungen verloren gehen wird, selbst wenn das völlig verschiedene Töpfe sind. Ich kann es auch umgekehrt ausdrücken: Das Geld, das für die Akademie ausgegeben werden soll, hat die Kölner Kunstszene bitter nötig.

Ich möchte dazu ein Beispiel erwähnen: FilmInitiativ Köln e. V. veranstaltet seit 1994 alle zwei Jahre in unserer Stadt ein afrikanisches Filmfestival. Inzwischen hat sich diese Veranstaltung zum größten afrikanischen Filmfestival in der BRD gemausert. Im Gegensatz zu vergleichbaren Festivals in

Frankfurt und Berlin arbeitet FilmInitiativ aber weitgehend ehrenamtlich. Von der Stadt erhält diese Initiative 10 000 Euro. Das ist nur ein Bruchteil dessen, was die Organisation des Festivals kostet. Damit ist das Filmfestival im kommenden Jahr akut gefährdet. Anderen Initiativen geht es übrigens ähnlich.

Ich möchte noch einmal betonen: Meine Fraktion hat nichts gegen die Inhalte des Konzeptes. Wir sind jedoch der Meinung, dass es dazu nicht der Gründung eines bürokratischen Großprojektes bedarf. Eine kleine koordinierende Einrichtung, die auf dem aufbaut, was unsere Stadt bietet, was hier gewachsen ist, und die dies sichert, würde unserer Ansicht nach genügen. - Ich danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Kellner. - Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal betonen - mein Kollege Dr. Lemper hat es hier eben deutlich gemacht -, dass wir ohne Wenn und Aber hinter diesem Antrag stehen. Wir sagen: Jawohl, wir wollen diese Institution.

Da wir, wie schon von Herrn Börschel ausgeführt, heute nicht über die Haushaltsplanberatungen des nächsten Jahres entscheiden können und somit nicht wissen, wie viel Geld für dieses Projekt zur Verfügung gestellt werden kann, haben wir in unseren Änderungsantrag formuliert: Das Geld dafür soll aus dem Kulturetat kommen. Wir wären einverstanden, wenn dieser Antrag so in die Haushaltsplanberatungen überwiesen wird.

(Beifall bei der CDU)

Damit dokumentieren wir mit denjenigen, mit denen wir den Haushalt beschließen werden, klar, dass wir hier 100-prozentig zu diesem Projekt stehen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Das letzte Wort in dieser Debatte hat Herr Professor Quander. Können Sie uns sagen, auf wie viel Geld wir im Falle einer Umschichtung verzichten müssten? In welcher Größenordnung wäre das anzusiedeln?

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Zahlen können Sie sowohl der Vorlage als auch dem Änderungsantrag der CDU entnehmen. Es handelt sich um eine Summe von rund 1,7 Millionen Euro, die zusätzlich bereitgestellt werden müsste, um dieses neue Projekt finanzieren zu können. Das ist darstellbar im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung, auch für den Kulturetat.

Nur, wir alle wissen, dass die mittelfristige Finanzplanung im Moment - ich will nicht sagen: Makulatur - auf sehr unsicheren, tönernen Füßen steht. Deswegen finde ich die Anregung gut, das in die Haushaltsplanberatungen zu verschieben; denn eines ist sicher - das will ich an dieser Stelle deutlich sagen -: Verschiebungen innerhalb des Kulturetats in dieser Größenordnung halte ich für nicht darstellbar. Wir haben die freien Fördermittel, die wir an Initiativen der freien Szene ausgeben, im Kulturamt gebündelt. Ein Betrag in Höhe von 1,7 Millionen Euro entspräche etwa einem Drittel der dem Kulturamt insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel. Wenn wir diesen Betrag dort umschichten würden, - -

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, wenn ich Ihnen diesen Satz noch mit auf den Weg geben darf - -

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich bitte Sie um Aufmerksamkeit. Ich glaube, es ist ganz wichtig, das zu wissen. Bitte fahren Sie fort, Herr Professor Quander.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Wenn wir diesen Betrag dort umschichten würden, würde das eintreten, was an Befürchtungen und Vorbehalten gerade aus der Szene gegen das Akademiekonzept, das ich für hervorragend halte, vorgebracht wurde, nämlich: Die Stadt leistet sich ein Premiuminstitut, und uns wird das Geld dafür weggenommen. - Wenn wir diesen Betrag umschichten würden, hätte das genau diesen Effekt: Wir müssten praktisch allen freien Initiativen die Mittel um 30 Prozent kürzen, um dieses Projekt finanzieren zu können.

(Widerspruch von Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU])

- Doch, das ist so, Herr Dr. Lemper. - Es geht hier um eine dauerhafte Finanzierung und nicht um eine einmalige Finanzierung. Insofern hinkt

Ihr Vergleich bezüglich der Finanzierung, wie wir sie im vergangenen Jahr für die Umzugskosten gefunden haben; sie ist uns schwer genug gefallen. Hier aber geht es um eine jährliche, dauerhafte Finanzierung. Deswegen glaube ich, dass das in den Haushaltsplanberatungen richtig platziert ist. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Börschel noch einmal.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Quander, ich möchte angesichts der hervorragenden Vorarbeit der Verwaltung sowie ehemaliger Mitarbeiter der Verwaltung hier noch Folgendes zu Protokoll geben: Angesichts Ihrer Erklärung finde ich es außerordentlich bedauerlich, dass offensichtlich der Einzige, der dieses Projekt noch irgendwie gefährden kann, die Spitze der Kulturverwaltung ist.

(Beifall bei der SPD)

Das, was Sie hier gesagt haben, war wenig hilfreich und wenig produktiv. Ich glaube, Sie sollten sich in Zukunft dreimal überlegen, ein Projekt, das im Grunde von allen hier gelobt wird, derart in Zweifel zu ziehen.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Ich darf noch einmal ganz kurz replizieren: Ich habe nicht das Projekt in Zweifel gezogen,

(Martin Börschel [SPD]: Doch! Soviel Dummheit ist nicht zu glauben!)

sondern gesagt, dass es durch eine Umschichtung in dieser Größenordnung innerhalb des Kulturetats nicht darstellbar ist. Damit habe ich aber nicht das Projekt an sich in Zweifel gezogen.

(Martin Börschel [SPD]: Die Verwaltung kann sich nur selbst im Wege stehen! Es ist nicht zu glauben!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das bedeutet, der Rat möchte etwas sehr Wichtiges, etwas ganz Hervorragendes mit sehr großer Mehrheit beschließen; das ist in Ordnung. Wir müssen aber auch wissen, dass wir dafür zusätzlich Geld ausgeben müssen. Darüber sollten wir uns alle im Klaren sein. So viel Ehrlichkeit muss sein.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Herr Oberbürgermeister, wenn die Voraussetzung gegeben sind, dann ist ja keiner dagegen! Aber wenn es nicht anders machbar ist, dann muss man auch überlegen, wie man das Konzept unter anderen Bedingungen durchsetzen kann! - Zuruf von Michael Zimmermann [SPD])

Das wird vom Rat in den Haushaltsplanberatungen erörtert werden. Das wurde eben so beantragt. Deswegen können wir jetzt darüber abstimmen.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

- Nein, die Verwaltung ist nicht dagegen. Professor Quander hat dieses Projekt positiv hervorgehoben und es ausdrücklich gelobt.

(Martin Börschel [SPD]: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass! Das hat Herr Quander gesagt!)

Zuerst stimmen wir über den Änderungsantrag ab, das in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen. Dieser Vorschlag findet, wie ich eben gesehen habe, großes Einverständnis. Gibt es Gegenstimmen? - Gegen die Fraktionen von pro Köln und Die Linke. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt werden wir über die Vorlage insgesamt abstimmen. Wer ist dafür? - Das sind die CDU, die SPD, die Grünen, die FDP, Herr Dr. Müser und meine Stimme. - Gegenstimmen? - Gegen pro Köln und die Linke. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Zu Tagesordnungspunkt 9.35:

9.35 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2009

hier: Förderanträge Islamischer Kulturverein e. V., Jugendhilfe Afrika 2000 e. V., Weltmusik, Klezmer und Ästhetik Akademie-Integrations- und Begegnungszentrum e. V.
2251/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Es ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.38:

**9.38 Kooperation mit dem Rhein-Erft-Kreis zur Übernahme des Telefonservices durch das Call-Center der Stadt Köln
1956/2009**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist das einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 9.39:

**9.39 Erschließung des „Erlebnisraums Römerstraßen“
2128/2009**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 9.40:

**9.40 Berichterstattung der KVB über die Restrukturierungserfolge im Geschäftsjahr 2008
2516/2009**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Auch hier Einstimmigkeit.

Zu Tagesordnungspunkt 9.42:

**9.42 Zuschüsse für Familienbildungsstätten in 2009
Teilergebnisplan 0601 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
2219/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

10. Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

**10.1 166. Änderung - Teilbereich A - des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal
Arbeitstitel: „Umgebung Eupener Straße (inklusive ehemaliges Sidol Gelände)“ in Köln-Müngersdorf/-Braunfeld
hier: Feststellungsbeschluss**

2458/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen Herrn Dr. Müser. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

11. Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 11.1:

**11.1 Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 76430/07
Arbeitstitel: An der Judengasse in Köln-Rath/Heumar, 1. Änderung
1477/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 11.2:

**11.2 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 67551/02
Arbeitstitel: Kasselberger Weg/Merkenicher Hauptstraße in Köln-Merkenich
1913/2009**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 11.3:

**11.3 Beschluss zur Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan Nr. 71410/05
Arbeitstitel: André-Citroën-Straße in Köln-Porz-Westhoven
1369/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Auch nicht. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist das einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 11.4:

**11.4 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 67480/03
Arbeitstitel: Clouth-Gelände in Köln-Nippes
1622/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Thelen.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es geht hier um eine wichtige Vorlage. Wir sind froh, dass es jetzt endlich zum Satzungsbeschluss kommt. Wir möchten in diesem Zusammenhang zu Protokoll geben: Die Lage auf dem Gelände bereitet den Künstlern Schwierigkeiten. Sie haben vor kurzem die Halle 10 als Ausstellungshalle bekommen. Nach Gesprächen mit den Künstlern wären sie nun bereit, das Obergeschoss dieser Halle für ihre Ateliers zu nutzen. Dazu müsste allerdings der bisherige Bebauungsplan geändert werden. Herr Streitberger hat dazu Folgendes gesagt: Es wäre sinnvoll, wenn im Verlauf der weiteren Planungen von der Entwicklungsgesellschaft die Frage der Unterbringung der Künstler auch im Hinblick auf die Halle 10 noch einmal geprüft würde.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das ist in Ordnung; das sollte noch dazu gesagt werden. Wir nehmen das mit auf. - Gibt es zu diesem Punkt weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.5:

**11.5 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61439/04
Arbeitstitel: Waldsiedlung in Köln-Junkersdorf, 1. Änderung
1328/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 11.6:

**11.6 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 63538/02
Arbeitstitel: Schaaffhausenstraße in Köln-Seeberg
2370/2009**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 11.8:

11.8 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 66452/16
Arbeitstitel: Aufstockung Richmodstraße in Köln-Altstadt/Nord 2546/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 11.9:

11.9 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6646 Nd/03 (67470/03)
Arbeitstitel: 2. Änderung Stadtautobahn/Innere Kanalstraße in Köln-Neustadt/Nord 2421/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

12. Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

12.1 Aufhebung des Fluchtlinienplanes Nr. 4009 Bl. 2
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Ottostraße in Köln-Neuhrenfeld 0822/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

14. Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Zu Tagesordnungspunkt 14.1:

14.1 Umlegungsanordnung für das Umlegungsgebiet Nr. 378 in Köln-Rodenkirchen 1280/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.2:

14.2 Städtebauliche Entwicklung Eifelwall hier: Überprüfung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie und Gegenüberstellung mit den Entwicklungszielen des Masterplans Innenstadt 5740/2008

Abstimmung wie Finanzausschuss, identisch mit StEA. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.3:

14.3 Förderprogramm des Bundes für Investitionen in nationale Welterbestätten

hier: Förderantrag für die Module

A: Städtebauliche Neuordnung Dionysoshof / Baptisterium im unmittelbaren Umfeld der Welterbestätte Kölner Dom; Planungsbeschluss / Änderung der Bebauungspläne, Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen

B: Restaurierung der acht Chorpfeilerfiguren mit Konsolen und Baldachinen im Binnenchorpolygon

C: Internationale Fachtagung "Schutzräume für Welterbestätten"; Sicherstellung der Finanzierung

1277/2009

Abstimmung wie StEA, Anlage 3. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist es einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 14.4:

14.4 Regionale 2010 - Rheinboulevard 1765/2009

Abstimmung wie StEA, identisch mit Finanzausschuss. Gibt es dazu

Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.
Gegenstimmen? - Gegen die Linke.
Enthaltungen? - Bei pro Köln. Das ist mit großer
Mehrheit beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

15. KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

Zu Tagesordnungspunkt 15.1:

15.1 205. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 2051/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der
Fall. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln.
Enthaltungen? - Keine. Mit großer Mehrheit
beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

16. Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

16.1 Kunststiftung im Museum Ludwig Köln hier: Bestellung des Kuratoriums 2086/2009

Abstimmung wie Ausschuss Kunst und Kultur,
Anlage 1. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das
ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen
pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Mit großer
Mehrheit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.2:

16.2 Bestellung von beratenden Pflichtmitgliedern in den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - 2504/2009

Abstimmung ohne OB. - Abstimmung wie
Jugendhilfeausschuss. Gibt es dazu
Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.
Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch
nicht. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 16.3:

16.3 Bestellung des Geschäftsführenden Direktors Patrick Wasserbauer zum Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln

2172/2009

Abstimmung mit OB. - Gibt es Wortmeldungen? -
Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine.
Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 16.4:

16.4 Berufung eines Vertreters / einer Vertreterin einer Religionsgemeinschaft als ständiges stellvertretendes Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung 1899/2009

Abstimmung ohne OB. - Gibt es dazu
Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.
Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch
nicht. Einstimmig.

Zu Tagesordnungspunkt 16.5:

16.5 Ausländerrechtliche Beratungskommission, Einsetzung eines Mitglieds durch den Rat 2235/2009

Abstimmung ohne OB. - Gibt es hierzu
Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.
Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch
keine.

Zu Tagesordnungspunkt 16.6:

16.6 Antrag der CDU-Fraktion bezüglich der Umbesetzung von Gremien hier: Nachwahl eines Mitgliedes für den Aufsichtsrat der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB) AN/0983/2009

Abstimmung mit OB. - Gibt es dazu
Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.
Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch
keine. Einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.7:

16.7 Zweckverband VRS: Entsendung eines stellvertretenden Mitglieds der Verbandsversammlung 2624/2009

Abstimmung mit OB. - Gibt es dazu
Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.
Gegenstimmen? - Gegen pro Köln.
Enthaltungen? - Keine. Mit großer Mehrheit so
gewählt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

17. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

17.1 Unterstützung des Appells „Für ein kulturelle Vielfalt und demokratisches Miteinander“ 1963/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? -

(Teresa De Bellis [CDU]: Ich gebe meine Rede zu Protokoll)

Frau De Bellis gibt ihre Rede zu Protokoll³. - Von Herrn Rouhs kommt eine Wortmeldung.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Stadt Köln hat an und für sich in politischen Streitigkeiten neutral zu sein. Warum es Ihnen so wichtig ist, in solchen Streitigkeiten gegen uns öffentlich Stellung zu beziehen, dass Sie gleich eine Dringlichkeitsentscheidung daraus machen, ergibt sich natürlich aus dem politischen Kontext, zeugt aber nicht von Souveränität. Es wird Sie daher nicht wundern, dass wir diese Vorlage ablehnen. Erlauben Sie mir bitte, dass ich ausdrücklich rüge, dass Sie in dieser institutionellen Form versuchen, gegen einen Teilnehmer des politischen Wettbewerbs, gerade auch im Vorfeld und im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit einer Wahl, einen Popanz aufzubauen. Allzu viel nützen wird Ihnen das am Ende nicht.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich muss hier nicht mehr deutlich machen, dass mich bei Ihnen nichts mehr wundert. Insofern war das nicht überraschend. - Gibt es weitere Wortmeldungen? -

(Zuruf von Götz Bacher [SPD])

- Das darf ich als Sitzungsleiter nicht sagen. - Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

17.2 Zukunft der kommunalen Migrantenvertretungen 1966/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen FDP und pro Köln. Enthaltungen? - Gibt es keine. Mit Mehrheit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

17.3 Teilnahme am Landesförderprogramm zur Substanzerhaltung herausragender Kulturgüter 2124/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

17.4 Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für den Schlachthof der Stadt Köln 1976/2009/1

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Das ist einstimmig so beschlossen.

Der öffentliche Teil der Sitzung ist beendet.

(Schluss: 22.23 Uhr)

³ Anlage 3

Anlage 1

Zu Protokoll gegebene gemeinsam vereinbarte Prioritätenliste der Ratsmitglieder Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU), Anke Brunn (SPD), Angela Spizig (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Ulrich Wackerhagen (FDP) zu Tagesordnungspunkt 9.25 Kulturentwicklungsplanung für Köln 2273/2009

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion AN/1085/2009

Der Kulturentwicklungsplan wird für die kommenden Jahre eine wichtige Grundlage für kulturpolitisches Handeln in unserer Stadt sein. Neben der Bestandsaufnahme und den Zielformulierungen enthält er eine umfangreiche Sammlung von Maßnahmen. Die inhaltliche und zeitliche Schwerpunktsetzung bei der Umsetzung der Maßnahmen wird vom Rat gestaltet. Dazu wollen wir Kulturpolitiker im Einvernehmen mit unseren Fraktionen über unsere jeweils eigenen Prioritätenlisten hinaus ein gemeinsames Zeichen zur Stärkung der Kultur in unserer Stadt setzen:

1. Historisches Archiv

- Neubau im Zentrum der Stadt
- Realisierung einer Interimslösung - Restaurierung, Digitalisierung - Bürgerarchiv
- Entscheidung zu diesen Punkten noch in dieser Ratsperiode

2. Akademie der Künste der Welt

- Köln braucht einen selbstständigen Ort des Dialogs und der kulturellen interreligiösen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Das Konzept einer Akademie der Künste der Welt ist unverzüglich umzusetzen und langfristig abzusichern.

3. Kulturelle Bildung

- Die Kulturinstitutionen sollen gemeinsam mit Schulen, Einrichtungen der Ganztagsbetreuung, Jugendeinrichtungen und Kunst- und Kulturinitiativen Konzepte und Strategien entwickeln, um Kinder und Jugendliche an Kunst und Kultur

heranzuführen und in das Kölner Kulturleben einzubinden.

4. Bildende Kunst

- Erhaltung, Schaffung und Ausbau von Räumen für künstlerische Produktionen
- Entwicklung freier Kunsträume und Unterstützung bei wichtigen Vernetzungen

5. Stärkung der Musik in Köln

- Vorrangig Alte Musik, Neue und Improvisierte Musik
- Das Gürzenichorchester soll Landesorchester werden.

6. Tanz in Köln

- Wie keine andere Stadt in NRW ist Köln Heimat von Tänzern, Tänzerinnen, Choreographinnen und Choreographen. Köln braucht eine Konzeption für den Tanz, insbesondere einen Produktions- und Aufführungsort (Tanzhaus).

7. Kulturmarketing

- Köln braucht ein effizientes, leistungsstarkes Kulturmarketing auf der Basis einer innovativen Konzeption, um die Stadt Köln als attraktive und kreative Kultur- und Medienstadt überregional und international besser zu vermarkten.

Anlage 2**Zu Protokoll gegebene Rede des Ratsmitgliedes Michael Kellner (Die Linke.Köln) zu Tagesordnungspunkt 9.28, Handlungskonzept gegen die Folgen von Kinderarmut 5156/2008****Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/1198/2009**

Michael Kellner (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ausgerechnet im Europäischen Jahr der Chancengleichheit 2007 wurde aufgrund des neuesten Zahlenmaterials deutlich, dass jedes vierte Kind unter 15 Jahren in Köln Sozialgeld erhielt und damit als arm gelten musste. Das hat sich bis heute nicht geändert. In der neuesten Ausgabe der *StadtRevue* wird eine aktuelle Studie des Kölner Soziologen Jürgen Friedrichs zitiert, wonach „in Köln die Spaltung in Arm und Reich unter den 15 größten deutschen Städten am stärksten“ ist. Dabei geht die Schere in Bezug auf einzelne Stadtteile weit auseinander und reichte von 0 bis 63 Prozent.

Die Folge war der einstimmige Ratsbeschluss vom 8. November 2007, in dem ein Handlungskonzept gegen die Folgen von Kinderarmut und ein jährlicher Sozialbericht gefordert wurden. Das Handlungskonzept liegt nun vor. Die Verwaltung hat sich durchaus Mühe gemacht und zahlreiche Maßnahmen - bereits beschlossene, zu erweiternde und zukünftige - aufgelistet und dargestellt. Darunter sind Maßnahmen, die die Fraktion Die Linke.Köln im Rat und in den Ausschüssen gefordert hat und zu deren Durchsetzung sie beitragen konnte. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang der Köln-Pass, das Projekt „Schwimmen macht Schule“ und die integrative - besser wäre noch inklusive - Erziehung in den Kitas und Schulen. Probleme hat meine Fraktion damit, wenn allgemein von Integrationsmaßnahmen gesprochen wird. Wenn Jugendliche Schulabschlüsse nachholen können, befürworten wir das. Nicht einverstanden ist meine Fraktion mit Vermittlungsbemühungen in 1-Euro-Jobs oder Minijobs.

Es gibt in diesem Konzept durchaus bemerkenswerte Aussagen. Wenn zum Beispiel als langfristiges Ziel gelten soll, dass „zukünftig jedes Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf an seiner allgemeinbildenden

Schule in der Nähe des Wohnortes bleiben und dort gefördert werden kann“, dann findet Die Linke hier eine ihrer grundlegenden Forderungen wieder. Auch an anderer Stelle kommt die Vorlage der Linken durchaus entgegen, nämlich wenn „die Gesetzeslage - insbesondere ALG II - als eine hauptsächliche strukturelle Ursache von steigender Armut“ bezeichnet wird. Dem können wir nur zustimmen. Hartz IV ist eben Armut per Gesetz. Das steht bis heute auf vielen Wahlplakaten der Partei Die Linke.

Aber die Zeit drängt, und die Stadt steht unter Druck. Das merkt man dem Konzept an. Die Analyse wird nur knapp gestreift. Im Mittelpunkt des Konzeptes steht die Auflistung von Handlungen, teilweise in enger kommunaler Führung. Von einem wirklichen Konzept erwartet meine Fraktion, dass den strukturellen Ursachen von Armut in der Gesellschaft mehr Raum eingeräumt wird. Auch geht das Konzept sehr stark vom Mangel und den Handicaps der Menschen aus. Die positiven Handlungsfelder wie die Vermittlung von lebensbejahenden und Kindern zugewandten Werten, von Selbstbestimmung und Lebensfreude kommen zu kurz.

Der Vorschlag der Verwaltung mit diesem Handlungskonzept gegen die Folgen von Kinderarmut ist ein erster Schritt in der Debatte. Eine Erweiterung und Veränderung durch den neu gewählten Rat wird sich als notwendig erweisen, bevor die erweiterten Maßnahmen umgesetzt werden. Genauso notwendig ist aber auch die Erstellung und Veröffentlichung des Sozialberichtes. Schließlich ist der letzte Bericht 2004 erschienen.

Dem Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird meine Fraktion zustimmen.

Anlage 3

Zu Protokoll gegebene Rede des Ratsmitgliedes Teresa De Bellis (CDU) zu Tagesordnungspunkt 17.1, Unterstützung des Appells „Für kulturelle Vielfalt und ein demokratisches Miteinander“ 1963/2009

Teresa De Bellis (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Die CDU-Fraktion lehnt den Appell „Für kulturelle Vielfalt und ein demokratisches Miteinander“ in seinem vorliegenden Wortlaut ab. Grund hierfür ist die Aussage des letzten Satzes in Punkt 7 der Resolution, in dem das Wahlrecht für alle Zugewanderten gefordert wird. Ohne diese Formulierung hätte die CDU-Fraktion den Appell gerne unterschrieben. Auch wir wollen verhindern, dass im Wahlkampf Rassismus und Ausgrenzung zur politischen Willensbildung benutzt wird.

Ich finde es befremdlich, dass in diesem Fall mit der bisherigen guten Gepflogenheit, Resolutionen so zu formulieren, dass diese mit allen vier demokratischen Parteien beschlossen werden können, gebrochen wird, insbesondere da die Forderung nach einem Wahlrecht für Zugewanderte nicht in der Kommune entschieden werden kann.

Auch wenn wir in diesem Fall dem vollständigen Inhalt der Resolution nicht zustimmen können, so werden wir natürlich auch darauf achten, dass die im Resolutionstext genannte Selbstverpflichtung, die Themen Rassismus und Religion nicht im Wahlkampf zu missbrauchen, auch von der CDU eingehalten wird.